

THOMAS TROGER

GESCHICHTE DER VERFASSUNG DES KANTONS WALLIS

VOM 8. MÄRZ 1907



Geschichte der Verfassung
des Kantons Wallis
vom 8. März 1907

Meinen lieben Eltern
in Dankbarkeit

GESCHICHTE DER VERFASSUNG
DES KANTONS WALLIS
VOM 8. MÄRZ 1907

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte,
vorgelegt der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen
Fakultät der Universität Freiburg in der Schweiz

von

Thomas Troger
Raron/Turtig (VS)

981 62 0

Rotten-Verlag

TA 44.480



88/720

© Rotten-Verlags AG, Visp

Ausführung:

Mengis Druck und Verlag, Visp

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	10
----------------------	----

KAPITEL I

Das Wallis im Wandel des 19. Jahrhunderts

I	Die wirtschaftliche Entwicklung	13
	1. Allgemeines	13
	2. Die Rhonekorrektur (1863–1875)	17
	3. Strassenbau	18
	4. Der Eisenbahnbau	18
	5. Beginn der Industrialisierung	19
	6. Der industrielle Durchbruch	20
II	Die touristische Entwicklung	21
III	Die politische Konstellation	22
	1. Die katholisch-konservative Partei	22
	2. Die liberal-radikale Partei	23
IV	Acht verschiedene Verfassungen	24
	1. Allgemeines	24
	2. Die Verfassung vom 30. August 1802	25
	3. Die Verfassung vom 12. Mai 1815	26
	4. Die beiden Verfassungen von 1839	26
	5. Die Verfassung vom 14. September 1844	27
	6. Die Verfassung vom 10. Januar 1848	28
	7. Die Verfassung vom 23. Dezember 1852	28
V	Medienpolitische Situation	29

KAPITEL II

Anstoss zur neuen Verfassung

I	Die Motion Seiler	32
	1. Allgemeines	32
	2. Argumente der Befürworter	33
	3. Die konservative Übermacht	35
II	Die Auswirkungen der Motion in Presse und Politik	39
	1. Im Oberwallis	39
	2. Im ganzen Kanton	42
III	Gedanken des Verfassers	44

KAPITEL III

Verfassungsreferendum und Abstimmung

I	Das Verfassungsreferendum	47
	1. Das Volk soll entscheiden!	47
	2. Der Kampf für die Volksrechte	48
	3. Die Einreichung des Referendums	60
II	Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Revision	62
	1. Allgemeines	62
	2. Inhalt	63
	3. Interpretation	66
III	Die Abstimmung vom 19. Juni 1904	68
	1. Allgemeines	68
	2. Das Wahlergebnis	69
	3. Der Wahlausgang aus der Sicht der Presse	69
IV	Das weitere Vorgehen	73

KAPITEL IV

Eine neue Politik

I	Versöhnung der Demokraten und der Konservativen im Oberwallis	75
	1. Allgemeines	75
	2. Entstehung	76
	3. Die Unterwalliser Presse	83

KAPITEL V

Verfassungsrevisionsentwurf

I	Botschaft und Entwurf	85
1.	Allgemeines	85
2.	Staatsrätlicher Entwurf und Botschaft	86
3.	Die Hauptpostulate der Demokraten	86
3.1	Das obligatorische Gesetzesreferendum	86
3.2	Die Volksinitiative (Gesetzesinitiative)	88
3.3	Die Proporzwahl (Verhältnisswahlverfahren)	89
3.4	Wirtschaftliche und soziale Aspekte	90
4.	Weitere Neuerungen	93
4.1	Allgemeines	93
4.2	Einteilung des Kantons	93
4.3	Politischer Stand der Bürger	93
4.4	Öffentliche Gewalten	93
4.5	Bezirks- und Gemeindeverwaltung	94
4.6	Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Ämter	95
4.7	Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus	96
5.	Kommentar	96
II	Kommissionsbericht	98
1.	Allgemeines	98
2.	Anträge der 1. beratenden Kommission	100
2.1	Allgemeine Grundsätze	100
2.2	Einteilung des Kantons	104
2.3	Politischer Stand der Bürger	104
2.4	Ausübung der Volksrechte	105
2.5	Öffentliche Gewalten	106
2.6	Bezirks- und Gemeindeverwaltung	107
2.7	Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Ämter	107

KAPITEL VI

Der Entwurf vor dem Grossen Rate

I	Einleitung	108
---	------------------	-----

II	Verhandlungen im Grossen Rate	110
	1. Die römisch-katholische Religion als Staatsreligion	110
	2. Abschaffung der Vorrechte	112
	3. Die persönliche Freiheit	115
	4. Pressefreiheit und freie Meinungsäusserung	116
	5. Eine obligatorische Feuerversicherung	118
	6. Subsidiäre Staatshaftung	120
	7. Amortisation der Staatsschuld	121
	7.1 Kommentar	123
	8. Obligatorisches Gesetzesreferendum	124
	9. Das Initiativrecht	125
	10. Immunität der Abgeordneten im Grossen Rate	127
	11. Wahlart des Staatsrates	128
	12. Art. 64 KV von 1907	132
	13. Gemeindeautonomie	132
	14. Die Einführung eines Generalrates	133
	14.1 Kommentar	135
	15. Forderung nach der Proporzwahl	136
	16. Unvereinbarkeit geistlicher und ziviler Ämter	140

KAPITEL VII

Die neue Verfassung vor dem Volke

1.	Allgemeines	146
2.	Volksabstimmung vom 12. Mai 1907	148
	2.1 Beteiligung	148
	2.2 Das Wahlresultat	148
	2.3 Wahlinterpretation	149
3.	Inkraftsetzung	150

KAPITEL VIII

Die Verfassung von 1907 bis 1987

I	Die Änderungen bis 1987	152
	1. Allgemeines	152
	2. Erhöhung der Repräsentationszahl für die Grossratswahlen	152

3. Die Einführung des Proporz und die Revision der Art. 30, 43, 44, 52, 85 und 90	155
4. Feste Anzahl Grossratsmandate	156
5. Die Einführung des Proportionalwahlverfahrens für die Gemeinde- und Bürgerwahlen	157
6. Die Einführung des Frauenstimmrechtes	158
7. Das Finanzreferendum	159
8. Öffentlich-rechtliche Anerkennung beider Kirchen	160
9. Eine neue Gemeindeordnung	161
10. Primäre Staatshaftung	162
11. Die Einführung von Halbbezirken	163
 Schlussbetrachtungen	 164

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I	Quellen	167
II	Literatur	173
	Abkürzungsverzeichnis	178
	 Anhang I	 180

VORWORT

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die demokratische Bewegung im Wallis richtig Fuss fassen können. Unter der Führung der beiden Hoteliers Dr. Alexander Seiler und Othmar Kluser war die «demokratische Gruppe des Oberwallis» für die Erweiterung der Volksrechte eingetreten. Denn das Wallis besass, als einer der letzten Schweizer Kantone, weder die Gesetzesinitiative noch das Gesetzesreferendum. Die Demokraten setzten sich daher zum Ziele, diesen beiden Rechten, sowie der Volkswahl der Staats- und Ständeräte, Aufnahme in die Kantonsverfassung zu verschaffen. In diesem Sinne fiel denn auch ihre Motion aus, die sie am 18. November 1903 einreichten. Diese Motion bildete den Ausgangspunkt für eine Totalrevision der Verfassung vom 26. November 1875.

Die Aufgabe der vorliegenden rechtshistorischen Arbeit besteht nun darin, die Ereignisse nach der Einreichung der Motion Seiler und Konsorten bis zur Inkraftsetzung der neuen Verfassung vom 8. März 1907 eingehend darzustellen und aufzuzeigen. Damit wollen wir eine wichtige verfassungsgeschichtliche Lücke des Wallis schliessen. Die Ereignisse jedoch vollständig erfassen zu können, wird auch in diesem Falle unmöglich bleiben. So war es uns unter anderem aus verschiedenen Gründen nicht möglich, Einsicht in die Korrespondenz von Dr. Alexander Seiler zu erlangen, der im Verlaufe der Revisionsverhandlungen eine führende Rolle innehatte. Wir waren somit gezwungen, uns auf die andern vorhandenen Quellen zu stützen. Es gibt aber, alles in allem gesehen, doch wenig wirklich fundierte Materialien, die uns neue und wichtige Aufschlüsse und Erkenntnisse erlaubt hätten. Wir sind uns daher auch bewusst, dass diese rechtshistorische Arbeit nicht Anspruch auf absolute Vollständigkeit erhebt.

In einem einleitenden Kapitel versuchen wir, dem Leser einen kurzen Einblick in das Wallis des 19. Jahrhunderts zu geben. Wir erachten es als notwendig, dass der Leser sich mit den Personen jener Zeit identifizieren kann, um letztendlich die Gründe und Motive für die Ereignisse nach 1903 erfassen zu können.

Ein zweiter Teil befasst sich mit dem Schicksal der Motion Seiler und Konsorten vor dem Grossen Rate. Obwohl von den oppositionellen Liberal-Radikalen unterstützt, unterliegt die Motion im Grossen Rate klar, da sie von der katholisch-konservativen Regierungspartei abgelehnt wird.

Die erstmalige Ergreifung des Verfassungsreferendums in der Geschichte des Kantons Wallis durch die Oberwalliser Demokraten ist die unmittelbare Antwort auf die ablehnende Haltung der Katholisch-Konservativen gegenüber der Erweiterung der Volksrechte. Damit sind letztere gezwungen, die Volksrechte mitzuunterstützen, wollen sie nicht eine totale Absplitterung der Demokraten von ihnen. In der Abstimmung vom 19. Juni 1904 beschliesst das Walliser Volk eine Totalrevision der Verfassung von 1875.

Gleichzeitig zeichnet sich auch eine Versöhnung der beiden politischen Gruppen im Oberwallis ab. Ende November 1904 ist es dann soweit: Die Demokraten und die Katholisch-Konservativen treten fortan unter der Bezeichnung «katholisch-konservative Gruppe des Oberwallis» auf. Die Demokraten behalten sich jedoch jede Agitationsfreiheit offen.

Im ersten Teil von Kapitel V versuchen wir aufzuzeigen, inwiefern die Postulate der Demokraten im neuen Verfassungsentwurf des Staatsrates berücksichtigt worden sind. Zugleich führen wir auch die zusätzlichen Neuerungen an, die der Staatsrat in sein Projekt aufgenommen hatte. Im zweiten Teil folgen die Verbesserungsanträge der Kommission, die über den staatsrätlichen Entwurf zu beraten hatte.

In einem sechsten, sehr wichtigen Abschnitt berichten wir eingehender über die Beratungen des Grossen Rates über den Entwurf. Wir wollen dabei dem Leser die Hintergründe und Motive erläutern, weshalb gewisse Bestimmungen Aufnahme in die neue Verfassung fanden, welche für uns heute nicht mehr wichtig erscheinen mögen, es aber in jener Zeit offenbar waren.

Am 8. März 1907 wird die neue Verfassung vom Grossen Rate einstimmig angenommen. Am 12. Mai 1907 entscheidet sich auch das Walliser Volk mit grossem Mehr für die Annahme der neuen Verfassung.

In einem abschliessenden Kapitel wollen wir es jedoch nicht unterlassen, auch auf die verschiedenen Teilrevisionen der Verfassung seit 1907 kurz einzugehen. Wir lassen es aber mit einem knappen Überblick bewenden, da wir uns gezwungen sahen, wie bei jeder wissenschaftlichen, so auch bei dieser Arbeit, den Rahmen klar abzugrenzen und das Thema einzuschränken.

Dem Verfasser bleibt abschliessend die angenehme Aufgabe, allen zu danken, die in irgendeiner Form zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Ein besonderer Dank gebührt meinem verehrten Professor, Herrn Dr. Louis Carlen, für die Betreuung und die Beratung, die er meiner Arbeit gewährte. Mein Dank geht auch an Herrn Dr. Bern-

hard Truffer, Chef des Staatsarchivs, an Herrn Schnyder Wilhelm, 1. Vizepräsident des Grossen Rates, Steg, an Herrn Kalbermatter Marinus, Visp und an die Herren Andreas und Paul Salzgeber, Raron. Dank aber auch dem Personal des Staatsarchivs und der Kantonsbibliothek in Sitten und all jenen, die mir sonstwie zur Seite standen. Mein herzlicher Dank gilt auch Herrn Emanuel Troger, Raron, der mir für die Textverarbeitung in grosszügiger Weise gratis und franko seinen Personalcomputer zur Verfügung gestellt hat.

Raron, im Juli 1987

Thomas Troger

KAPITEL I

DAS WALLIS IM WANDEL DES 19. JAHRHUNDERTS

I Die wirtschaftliche Entwicklung¹

1. Allgemeines

«O ja vielgeliebtes Vaterland! grossartiges, majestätisches und fruchtbares, einzig in deiner Art und noch niemals gänzlich erforscht, wohl nirgendwo anders vereinigen sich in so kleinem Raume wie hier die Klimate und Produkte aller Breiten von Island bis Sizilien. Die schnelle Abwechslung der entgegengesetztesten Gegenstände, die unbeschreibliche Mannigfaltigkeit einer grässlichen, Tod und Zerstörung ankündigenden und hinwieder der schönen und fruchtbaren Natur.»² Auf diese Weise umschrieb der Walliser Lorenz Justin Ritz im Jahre 1839 seine Heimat in malerischen Worten.³ Wallis war ein Tal der Gegensätze und ist es bis heute geblieben. Im Vergleich zu unseren Tagen hatte Wallis aber während des ganzen 19. Jahrhunderts wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitisch auf die umliegenden Länder und auf die übrige Eidgenossenschaft einen jahrzehntelangen Rückstand aufzuholen. Das erkannte schon Eschasseriaux, als er über Wallis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts folgende Bemerkung machte: «L’histoire du 14e siècle est encore pour lui l’histoire du temps présent, les traits de caractère national sont les mêmes, et le

¹ Vgl. dazu den interessanten und kurzen Überblick bei Henri Roh, *Fédéralisme politique et décentralisation économique et industrielle*, Diss. Paris, Sion 1960.

² Lorenz Justin Ritz, *Notizen aus meinem Leben*, hg. von Anton Gattlen in Vallesia 1961, S. 127.

³ L.-J. Ritz lebte von 1796 bis 1870. Er war der bedeutendste Porträt- und Kirchenmaler seines Jahrhunderts im Wallis. Seine Lehr- und Wanderjahre verbrachte er in Willisau, München und Wien, bevor er eine Stelle als Zeichenlehrer an den Kollegien von Brig (1823) und Sitten (1848) annahm. Seine Lebenserinnerungen fasste er im genannten Werke eindrücklich zusammen. Er war der Vater des berühmten Walliser Malers Raphael Ritz.

temps qui s'est écoulé depuis cette époque, ne signale aucun changement dans son existence morale, aucune amélioration dans son système d'économie politique.»⁴

Ursachen dieser allgemeinen Zustände im Kanton Wallis gab es mehrere: Wallis, eingebettet in eine wunderbare Bergwelt, war nur durch seinen natürlichen Ausgang, der Enge von St. Maurice, mit der restlichen Eidgenossenschaft verbunden. Wohl hatte man schon früh die Wichtigkeit des Wallis als Transit- und Verbindungsland zwischen Frankreich und Oberitalien erkannt, doch war Wallis verkehrstechnisch schlecht erschlossen. Erst mit der Inbetriebnahme der Route Napoleon fand erstmals eine Besserung statt.⁵ Wurde schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in den meisten Ländern Westeuropas und in den andern Schweizer Kantonen die Eisenbahn gebaut, so musste das Rhonetal bis in die späten 70er Jahre warten, um endlich eine Bahnverbindung bis Brig zu erhalten.⁶ Aber auch die Rhone, dieser wilde und ungebändigte Fluss, tat das ihrige zu dieser unglücklichen Lage dieses Kantons. So suchte sie sich ihren Lauf durch das ganze Tal selber. Die regelmässigen und starken Überschwemmungen machten zudem ein Bebauen der gesamten Talsohle von Brig bis St. Maurice fast unmöglich. Hinzu kam noch der lange und strenge Winter, der oft mit seinen gewaltigen Lawinnenniedergängen bestes Kulturland in den Bergtälern mit Schutt und Dreck übersäte.

Doch nicht nur die natürlichen Gegebenheiten, sondern auch die Mentalität des damaligen Wallisers schienen einem Fortschritt in diesem Gebirgskanton entgegenzuwirken. Lorenz Justin Ritz beklagte sich nämlich in seinen Lebensnotizen: «Wie kommt es, dass Du dennoch arm, verachtet, von allen misskant bist, ja selbst von deinen eigenen Bewohnern so wenig gekannt, gepflegt, durchforscht und beschrieben bist?! – Was möchte denn doch die Ursache sein, warum du nach so vielen aufgezählten Vorzügen, die nicht zu erschöpfen und dir unbestritten eigen sind, dass du dennoch, sage ich, dennoch arm, unwissend und im Hintergrunde liegst, so zwar, dass allerorten gesagt wird: Wallis sei allen andern Ländern zurück?! – Ist möglich, dass der

⁴ J. Eschasseriaux, *Lettre sur le Valais, sur les mœurs de ses habitants usw.*, Paris 1806, Neudruck Genf 1980, S. 16. J. Eschasseriaux war der Geschäftsträger von Kaiser Napoleon Bonaparte im Wallis.

⁵ Siehe S. 18.

⁶ Siehe S. 18 f

ganze Talgrund noch jetzt, der Rhone preisgegeben, aus Auen und Sandwüsten bestehe, aus welchen stehenden Wassern und Pfützen verheerende Krankheiten entstehen, welche unangebaute Moore und Moose mit sich bringen müssen? ...Warum die grosse Unwissenheit...? Das sind freilich grelle, dunkle Schatten..., beweist aber weiter nichts, als dass dasjenige was Gott gemacht gut ist, dass unser Land von Natur aus schön und fruchtbar sei, aber dass es die Bewohner so wie ein nichtswürdiger Vogt seine Pupille, so wir Walliser unser Vaterland und dadurch uns selbst vernachlässigen. Daher (sind) bei uns Künste und Wissenschaften so selten, daher Handel und Industrie verachtet und erdrückt, daher (ist) bei uns alles in Misskredit, was andere Kantone reich und blühend gemacht.»⁷ Diese wehmütigen und leidenschaftlichen (aber gewiss auch nicht vorurteilslosen) Worte aus dem Munde dieses Walliser Künstlers lassen die wirtschaftlichen und sozialen Missstände und die Mentalität der Einwohner deutlich erkennen. Eindrücke, die die ersten Naturgelehrten, die grösser werdende Zahl von «Touristen» und viele Durchreisende oft überraschten und zugleich erschreckten. In vielen Reisebeschreibungen und Briefen findet man Worte des Erstaunens und der Freude ob einer solch grandiosen, einmaligen und aussergewöhnlichen Berglandschaft mit ihren majestätischen Berggipfeln und Gletschern, den klaren Bergseen und der leuchtenden Pflanzenvielfalt, die anmutete wie im Paradiese.⁸ Und doch muss auf den Besucher dieses Tales damals die Kultur, die Lebensgewohnheiten und die Lebenseinstellung dieses Volkes archaisch und fremd gewirkt haben. Eschasseriaux umschrieb es so: «... la vie purement agricole et pastorale du Valaisan a déposé dans ses mœurs un fonds de simplicité et de désintéressement que l'on ne retrouve pas chez d'autres peuples placés dans un autre ordre de choses, et un autre nature de société. Les mœurs du Valaisan sont simples, parce qu'il ne connaît pas les éléments des jouissances des peuples

⁷ L.-J. Ritz, a.a.O., S. 127 f. – Vgl. auch P. Bumann, Hundert Jahre Eisenbahn in Brig, Brig 1978, S. 15-17. Es ist heute nicht mehr leicht, die Lebensweise und die Mentalität der Walliser Bevölkerung von damals wiederzugeben. Freilich gibt es eine grosse Anzahl von Reiseberichten und Abhandlungen übers Wallis, doch muss man dabei immer in Betracht ziehen, dass diese meist nicht ohne Vorurteile abgefasst wurden!

⁸ Vgl. J. Eschasseriaux, a.a.O., S. 5 ff und S. 43. – S. Furrer, Statistik von Wallis, Sitten 1852, S. 11 ff. – F. Jost, Goethes Reise durch das Wallis, in: WJB 1941, S. 43 ff. – L. Lathion, Chateaubriand et Goethe en Valais, Siders 1944, S. 169 ff. – H. Schiner, Description du Département du Simplon, Sitten 1812, S. 83 ff.

avancés en civilisation, et que la nature de son existence et de son climat lui inspire peu de besoins.»⁹

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Wallis fast ausschliesslich ein Agrarkanton.¹⁰ Die Leute ernährten sich von den Gütern, die sie aus ihrem eigenen Boden erwirtschafteten. Es herrschte vorwiegend das Prinzip der häuslichen Eigenversorgung vor. Man gab sich meist mit dem wenigen, das man besass, zufrieden.¹¹ All diese Gründe führten dazu, dass weder der Handel noch das Gewerbe im Wallis richtig Fuss fassen konnten und man vor allem den Handel den Ausländern überliess.¹² Gewerbe mit fachmännischem Handwerk trat nur im Holzbau in Erscheinung. Hier gab es einzelne kleine Betriebe, die sich auf den Häuserbau spezialisiert hatten.¹³ Ansonsten diente das Handwerk mehrheitlich dem Eigengebrauch und dem Anfertigen von Werkzeugen und Kunstgegenständen, sowie zu Reparaturzwecken.

J.-B. Bertrand sah es folgendermassen: «Le peuple valaisan se désintéressait donc dans sa généralité du commerce et de l'industrie;...»¹⁴

Weit negativer über den Walliser äusserte sich Schiner, als er von jenem sagte: «....qu'il n'est point né pour le commerce et moins encore pour les art mécaniques...»¹⁵

Hatte jedoch rund um Wallis der grosse wirtschaftliche Umschwung Mitte des vorigen Jahrhunderts schon lange stattgefunden, so war es

⁹ J. Eschasseriaux, a.a.O., S. 16. – Vgl. auch H. Schiner, S. 21 ff. und S. 28. – J.-B. Bertrand, *Vieux papiers: Reflexion d'un paysan genevois sur le Valais en 1831*, Ann. Val. 1/1934 S. 222 f.

¹⁰ Vgl. J.-B. Bertrand, *Notes sur le commerce, l'industrie et l'artisanat en Valais avant le XIX siècle*, in: Ann. Val. 4/1942, S. 518–521; derselbe, *Le Valais, étude sur son développement intellectuel à travers les âges*, Sion 1909, S. 33–40. – S. Furrer, a.a.O., S. 328–333. – B. Kaufmann, *Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton*, Diss. Basel 1965, S. 7 ff. – J.-H. Papilloud, *La population valaisanne à l'époque contemporaine*, S. 83, in: *Développement et mutations du Valais*, hg. von der Groupe valaisan de sciences humaines 1976. – H. Schiner, a.a.O., S. 47 ff. – M. Salamin, *Le Valais de 1798 à 1940*, Siders 1978, S. 204.

¹¹ Vgl. J. Eschasseriaux, a.a.O., S. 14. – H. Schiner, a.a.O., S. 34 ff.

¹² L. Courthion, *Le peuple du Valais*, Genève 1903, S. 114. – B. Kaufmann, a.a.O., S. 16. – W. Kämpfen, *Alexander Seiler der Jüngere*, Zürich 1945, S. 15. – Dennoch entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein reger Holzhandel mit der Westschweiz und Frankreich. Das Holz wurde mittels Flössen via Rhone und Genfersee exportiert. Auch in andern Bereichen gab es einen kleinen Binnenhandel innerhalb des Kantons und der Schweiz (Wein, Mineralien, Vieh, Käse, Leinen etc.). Vgl. dazu das handgeschriebene Manuskript von alt Forstinspektor Th. Kuonen über die Geschichte des Waldes für den Bezirk Sitten (im Besitze des Autors). Vgl. auch M. Zermatten, *Wallis*, Genf 1965, S. 127–130.

¹³ L. Courthion, a.a.O., S. 109.

¹⁴ In: *Notes sur le commerce, l'industrie et l'artisanat en Valais avant le XIX siècle*, Ann. Val. 4/1942, S. 551.

¹⁵ H. Schiner, a.a.O., S. 51, vgl. aber auch S. 29.

nur noch eine Frage der Zeit, bis diese wirtschaftliche Aufwärtsbewegung auch im Bergkanton Wallis einsetzen würde. Verschiedene Gründe miteinander führten denn nach 1850 zu diesem Aufstieg im Wallis.¹⁶

2. Die Rhonekorrektur (1863–1875)

Ein erster entscheidender Schritt in diese Richtung wurde mit der Korrektur des Rhonelaufes getan.¹⁷ Bis anhin hatte sich der Rotten seinen Weg auf der gesamten Talebene selber gesucht. So wurde denn die Rhone um die vorige Jahrhundertwende etwa noch umschrieben als «un fleuve qui tantôt se précipite comme un torrent, tantôt s'épanche sur toute la largeur de la vallée, change son cours et son lit tour à tour, et roule ses eaux et ses pierres succesivement sur toute la vallée qu'il dévaste».¹⁸

Nach den schweren Überschwemmungen vom 1. bis 3. September 1860 jedoch intervenierte die Walliser Regierung beim Bund.¹⁹ Aufgrund der Bundesverfassung von 1848 (Art. 21) konnte der Bund nämlich öffentliche Werke im Interesse der Eidgenossenschaft subventionieren. Dem Subventionsbegehren des Kantons Wallis wurde schliesslich im Bundesbeschluss vom 28. Juli 1863 auch zugestimmt. Die Arbeiten nahm man noch im gleichen Jahre auf. Zwölf Jahre später fanden sie ihren provisorischen Abschluss. Der Flusslauf wurde korrigiert, das Flussbett ausgeglichen und der gesamte Fluss eingedämmt. Der «wilde Rotten» hatte seine schärfsten Zähne verloren, zumindest blieb das Rhonetal jetzt von den verheerenden Katastrophen früherer Zeiten verschont. Hingegen blieben aber kleinere Überschwemmungen auch in den nachfolgenden Jahren nicht aus. Die Abschlussarbeiten sollten noch bis weit in unser Jahrhundert hinein dauern. Mit Hilfe von kleinen Kanälen konnte die ganze Rhoneebene entsumpft, entwässert und zu bestem Kulturland umgewandelt

¹⁶ Zur wirtschaftlichen Situation im Kanton Wallis nach 1800 vgl. H. Michelet, *Industries bas-valaisannes (1800–1850)*, in: *Vallesia*, 1968, Bd. 23, S. 133–203.

¹⁷ B. Kaufmann, a.a.O., S. 21–24. – G. Arlettaz, *Les transformations économiques et le développement du Valais 1850–1914*, S. 32 ff., in: *Développement et mutations du Valais*. – L. Courthion, a.a.O., S. 58 f. – P. de Rivaz, *Histoire contemporaine du Valais*, Sitten 1946, Bd. II, S. 166. – M. Salamin, *Valais*, S. 205 f. – P. Bumann, a.a.O., S. 11 f.

¹⁸ J. Eschasseriaux, a.a.O., S. 10 f. – Vgl. aber auch L. Courthion, a.a.O., S. 12 ff.

¹⁹ STAS: Brief der Walliser Regierung vom 4. 12. 1860 an den Bundesrat, in: *Lettres du Conseil d'Etat (de 1860–1862)*, II. 6, No. 6, S. 182 f.

werden.²⁰ Wahrlich ein Jahrhundertwerk! So bezeichnete es H. Carron auch als «une œuvre colossale pour un canton dénué de ressources» und mehr noch «c'est une preuve de la ténacité du peuple valaisan, qui s'est trouvé un moment un peu en retard dans d'autres domaines, ayant dû consacrer tout son temps et tout ses moyens pour mener à bien cette tâche immense.»²¹ Dass dieses Monumentalwerk aber überhaupt durchgeführt werden konnte, war nur möglich dank der grossen und generösen Unterstützung durch den Bund und den Kanton Wallis.²²

3. Strassenbau

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts begann im Wallis die Epoche des Strassenneubaus.²³ Neue notwendige Strassenverbindungen wurden erstellt und die bestehenden Strassen und Strässchen, oft nur schmale Karrenwege, ausgebessert, verbreitert und befahrbar gemacht. Nachdem schon 1805 die Simplonstrasse eingeweiht worden war, die Napoleon als Militärstrasse durchs ganze Tal bis hinauf auf den Simplonpass erbauen liess, folgte als zweite Passtrasse die Furkastrasse.²⁴ Sie konnte 1867 dem Verkehr übergeben werden. Dagegen war etwa die Gr. St. Bernhardpassstrasse im Jahre 1897 erst auf Schweizerseite bis zur Passhöhe befahrbar. 1840 baute man die gesamte Rhonetalstrasse aus. Im gleichen Zeitraum wurde aber auch die Strassenverbindung in das Val d'Anniviers gebaut (1840–1841).

4. Der Eisenbahnbau

Als dann aber nach jahrelanger Ungewissheit die Eisenbahnlinie von St. Maurice bis Brig im Jahre 1878 endlich fertiggestellt war, bedeutete dies wohl endgültig den Startschuss für eine erhebliche Besserung der

²⁰ H. Carron, L'assainissement de la plaine du Rhône depuis 1862 in: Ann. Val. 2/1942, S. 417 f.

²¹ H. Carron, a.a.O., S. 417 oben.

²² H. Carron, a.a.O., S. 420.

²³ Vgl. M. Salamin, Valais, S. 197 f. – B. Kaufmann, a.a.O., S. 28. – L. Imesch, Das Oberwallis im Bild 1850–1919, Brig 1979.

²⁴ Über die Furka- und die Simplonstrasse gibt es verschiedene interessante Werke: u. a. L. Carlen, Die Furka. Von Gletsch zum Rhonegletscher nach Realp, S. 13–25. – Furkastrasse, Gedenkschrift zur Erinnerung an den Ausbau der Teilstrecke Mörel-Gletsch 1937–1955, Sonderdruck aus: Strasse und Verkehr, H. 7, 1955, S. 9–15. – P. Arnold, Simplon. Die vier Strassen, Brig 1975, S. 23–66. – H. P. Nething, Der Simplon, Thun 1977, S. 53–91.

sozialen und wirtschaftlichen Struktur im Bergkanton Wallis.²⁵ Diese Bahnverbindung bis Brig schloss das gesamte Rhonetal an das Westschweizer Eisenbahnnetz an. Damit war Wallis verkehrspolitisch nicht mehr von der Aussenwelt abgeschnitten. Mit der Einweihung der Eisenbahnlinie ins Oberwallis fand das Wallis Anschluss an die übrige Eidgenossenschaft.

5. Beginn der Industrialisierung

Die Rhonekorrektur, der Neubau von Strassen und der Bau der Eisenbahn haben dem Gebirgskanton Wallis erst den Schritt heraus aus der Anonymität, heraus aus der Vergangenheit hinein in die Zukunft ermöglicht; einen Schritt weg vom reinen Agrarstaat mit seinem Selbstversorgungssystem hinein in die Anfänge eines Industrie- und Tourismusstaates. Kaufmann bemerkt dazu folgendes: «Der neue Verkehrsweg öffnete dem Wallis den wirtschaftlichen Anschluss an die Aussenwelt und fügte eine Reihe von früher isolierten Lokalmärkten zu einem grösseren Gesamtmarkt zusammen. Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse bleiben. Die traditionelle Bedarfsdeckungswirtschaft mit handwerklicher Einzelanfertigung musste mehr der industriellen, marktorientierten Massenproduktion weichen. Arbeitsteilung wurde Trumpf.»²⁶ Folgen zeigten sich schon bald. Es entstanden verschiedene neue, kleine Fabriken und Gewerbebetriebe in der Talebene: eine Sägerei in Brig (1858), eine Bierbrauerei in Sitten (1861), eine Tabakfabrik in Monthey (1881), eine Konservenfabrik in Saxon (1885), eine Tuchfabrik in Brämis, eine Likörfabrik in Martigny, eine Dynamitfabrik in Gamsen und viele andere mehr. Mit diesen kleineren Fabrikgründungen und dem Gewerbe kam Hand in Hand auch der Handel auf.²⁷

²⁵ Die Geschichte der Eisenbahn im Wallis hier näherdarstellen zu wollen, würde zu weit führen! Es sei daher auf die ausführlichen Werke verwiesen, von: F. Bonjour, *Le Percement du Simplon*, Lausanne 1906. – P. Perrin, *Les débuts du chemin de fer en Valais*, in: *Ann. Val.* 3-4/1961, S. 61 ff. – P. de Rivaz, a.a.O., Bd. I, S. 96 ff und Bd. II, S. 79 ff. – H. de Preux, *Notice historique des chemins de fer du Canton du Valais*, in: *travaux statistiques du Canton du Valais* 1907, S. 447 ff., hg. von der Union des statisticiens officiels et de la Société suisse de statistique, Bern 1908. – J. Stockmar, *Histoire du chemin de fer du Simplon*, Lausanne 1920, S. 15 ff. – P. Bumann, a.a. O., S. 20-48. – M. Salamin, *Valais*, S. 197-204.

²⁶ B. Kaufmann, a.a.O., S. 24.

²⁷ Vgl. dazu u. a. W. Hänni, *Quelques mots sur l'industrie et le commerce en Valais. Sujet traité dans une conférence donnée à la Société industrielle et des arts et métiers*, Sitten 1927, S. 5 ff.

Freilich mag uns heute die Industrie, der Handel und das Gewerbe jener Zeit klein und unwesentlich erscheinen. Und dennoch bedeutete diese aufkommende Industrialisierung für den Kanton Wallis den Anbruch einer neuen Zeitepoche. Sie brachte diesem Bergkanton einen bisher nie dagewesenen Umbruch in seiner Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsstruktur. Für die Republik Wallis war das ein Übergang vom späten Mittelalter direkt in die Neuzeit.

6. Der industrielle Durchbruch

Seinen Höhepunkt aber fand der wirtschaftliche Aufschwung um die Jahrhundertwende mit dem Aufkommen der Elektrizitätstechnik.²⁸ Inzwischen war diese soweit ausgereift, dass sich ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit auch rentierte. Wallis mit seinen vielen wilden Bergbächen schien geradezu prädestiniert zu sein für die Umwandlung der Wasserkraft in Energie. Dieser Vorteil der «weissen Kohle», einer der wenigen wirklich produktiven Rohstoffe des Tales, lockte bald auch grössere Unternehmungen in den Kanton Wallis. Denn die Industrie erkannte die Möglichkeit billiger Stromerzeugung. Zudem war die gesamte Technik noch nicht so weit entwickelt gewesen, dass man hätte Strom über längere Strecken transportieren können. So siedelten sich denn in den 90er Jahren und zu Beginn unseres Jahrhunderts drei namhafte Grossfirmen am Fusse mächtiger Bergbäche an: 1897 die LONZA AG in Gampel und 1909 auch in Visp, die CIBA-MONTHEY 1904 in Monthey und die ALUMINIUM-INDUSTRIE-AKTIEN-GESELLSCHAFT (AIAG) 1905 in Chippis. Diese drei Unternehmen existieren heute alle noch (die LONZA AG betreibt heute allerdings nur noch ihr Werk in Visp).

Diese drei Gesellschaften brachten erst die Grossindustrie ins Wallis. Unzählige Walliser fanden fortan in diesen Unternehmen Arbeit und Beschäftigung.²⁹

²⁸ G. Arlettaz, a.a.O., S. 55. – W. Hänni, a.a.O., S. 6 ff. – P. de Rivaz, a.a.O., Bd. II, S. 165 ff.

²⁹ Noch heute gehören diese drei Grossunternehmen zu den wichtigsten Industriebetrieben im Kanton Wallis und noch heute ist die wirtschaftspolitische Entwicklung im Wallis von diesen drei Industriegesellschaften stark mitgeprägt. So beschäftigt etwa die Lonza in Visp heute 16 Prozent der Arbeitnehmer im Oberwallis, d.h. mit andern Worten, dass jeder 6. Oberwalliser in der Lonza seiner Arbeit nachgeht! Das zeigt wiederum deutlich auf, wie stark eine Randregion, wie eben das Oberwallis, von einem Grossbetrieb abhängen kann.

II Die touristische Entwicklung

Im Gleichschritt mit der industriellen Entwicklung erfolgte ebenfalls ein Aufschwung im Tourismusgeschäft. Wie die Industrie, so konnte auch der frühe Tourismus erheblich von der Eisenbahn profitieren. Die Reisezeiten ins Walliserland wurden bedeutend kürzer.³⁰ Der Reisekomfort konnte entscheidend verbessert und angehoben werden. Die Gaststätten und Hotels passten sich vermehrt den Erfordernissen und den Wünschen der Gäste und Touristen an. Zudem lenkten Pioniere wie Edward Whymper mit seiner Matterhornerstbesteigung (1865) das Interesse von ganz Europa auf dieses wunderschöne Bergland.³¹ Wallis wurde unverhofft zu einem beliebten Reise- und Ferientziel.³²

Eine wegleitende Funktion für den Walliser Tourismus hatte (und hat noch) Zermatt inne. Seinen Durchbruch zum weltberühmten Ferienort schaffte Zermatt mit der Inbetriebnahme der Visp-Zermatt-Bahn im Jahre 1891 und der Gornergratbahn 1898. Im Soge Zermatts entwickelten sich um die Jahrhundertwende noch andere Walliser Bergdörfer zu bedeutenden Fremdenverkehrsstationen: Leukerbad, Champéry, Zinal und etwas später auch noch Montana.

Mit der Eröffnung des Simploneisenbahntunnels am 1. Juni 1906 und des Lötschberg-Eisenbahntunnels am 27./28. Juni 1913 gewann das Wallis weiter an Attraktivität.³³ Durch die Lötschbergbahn war dieser von hohen Bergketten umgebene Kanton nun auch auf dem kürzesten Wege mit der nördlichen Schweiz verbunden.

All die Geschehnisse und wirtschaftlichen Verbesserungen der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bewirkten eine Öffnung des Kantons Wallis gegen aussen. Damit veränderten sich die Lebensweise, die Lebenseinstellung und die Mentalität des Wallisers. Zeigte sich der Walliser noch Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber Fremdem und Neuem verschlossen, verlor er um die Jahrhundertwende allmählich

³⁰ Siehe u. a. P. Perrin, a.a.O., S. 199.

³¹ W. Kämpfen, a.a.O., S. 32 ff. Edward Whymper wurde am 27. 4. 1840 in London geboren. Er war Holzschnitzer und Bergsteiger. Berühmt wurde er mit der Erstbesteigung des Matterhorns (4478 m ü.M.) am 14. 7. 1865 und des Chimborazo (6267 m ü.M.) am 4. 1. 1880 in Ecuador. Er verstarb am 16. 9. 1911 in Chamonix (Brockhaus, Bd. 20, S. 288).

³² Vgl. dazu u. a. P. Arnold, 2000 Jahre Pass- und Fremdenverkehr im Wallis, Brig 1979, S. 111-123.

³³ J. Stockmar, a.a.O., S. 93. – H.P. Nething, a.a.O., S. 91-163.

sein Misstrauen gegenüber den modernen Tendenzen und Ideen. Er erkannte die Möglichkeiten, die der Tourismus und die Industrie seinem Kanton und dessen Bevölkerung bot, und er nutzte sie glänzend.

III Die politische Konstellation

1. Die katholisch-konservative Partei

Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen und den sozialen Verbesserungen hatte sich in den letzten vier Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in der politischen Parteienstärke recht wenig verändert. Die weitaus stärkste Partei stellten die Katholisch-Konservativen. Dieser Partei gehörten mehr als drei Viertel der Walliser Bevölkerung an.³⁴ Sie besass sowohl im Grossen Rat wie auch in der Regierung die absolute Mehrheit. Diese mussten die Konservativen während dem letzten Jahrhundert nur in der Zeit von 1847 bis 1857 an die radikale-liberale Partei abgeben.³⁵

Die damalige konservative Partei hatte kein festes Parteiprogramm, das sie in ihren Presseorganen, dem «Walliser Boten» fürs Oberwallis und der «Gazette du Valais» für den französischsprachigen Kantonsteil, offiziell abdrucken konnte. Die konservative Partei richtete ihre Politik nach den jeweiligen Bedürfnissen, sei es nach den bevorstehenden Wahlen, sei es nach den Angriffen der Oppositionspresse. Sie ging kaum ein auf die Anträge der Minderheitspartei, der Liberal-Radikalen. Dem industriellen Fortschritt schien sie die Landwirtschaft, dem Fortschritt im allgemeinen die altbewährte Tradition vorzuziehen.³⁶ Dies ist einerseits verständlich, wenn man die konservative Einstellung der Bevölkerung von damals kennt. Sie versperrte sich gegen jede Öffnung nach aussen und hielt an der bäuerlichen und katholischen Tradition fest. So stellte sich denn auch die Kirche und

³⁴ E. Roux, *La vie politique en Valais*, Freiburg 1976, S. 72 und 85 ff. – M. Salamin, *Valais*, S. 209–211. – derselbe, *Schweizer Kantone: Wallis*, S. 43–46.

³⁵ Vgl. hierzu P.-M. Rey, *La démocratie radicale*, in: *Histoire de la démocratie en Valais*, S. 160–188, hg. von der Groupe valaisan de sciences humaines, Sion 1979; derselbe, *Le régime radical en Valais 1847–1857*, Freiburg 1971. – M. Salamin, *Le Valais de 1798–1940*, Siders 1978.

³⁶ G. Arlettaz, a.a.O., S. 40.

der Klerus auf die Seite dieser Partei. Diese Kooperation kam schliesslich beiden Seiten verschiedentlich zugute. Die Kirche konnte ihre Machtstellung beim Volke behalten, stellte aber andererseits ein wichtiges Werbeorgan für die Konservativen dar. E. Roux erkannte denn auch in ihrer Arbeit: «Les principes religieux et les membres du clergé sont les piliers fondamentaux de cette politique.»³⁷

Und dennoch war Ende des letzten Jahrhunderts die konservative Partei gezwungen, von ihrem traditionalistischen Festhalten an der Kirche, der Aristokratie und dem Bauerntum sich zu lösen. Denn innerhalb der Konservativen bildeten sich Splittergruppen, die sich mit den Prinzipien und den Ideen der nun mehr von Aristokraten geführten Partei nicht mehr identifizieren konnten. Diese Gruppierungen innerhalb der konservativen Partei, angeführt von der Gruppe um Alexander Seiler im Oberwallis, einer Gruppe in der Region von Sitten und den gemässigt Konservativen im Unterwallis, kämpften für bessere Volksrechte und für eine Politik des Fortschrittes.³⁸ Um nicht die totale Absplitterung dieser Gruppierungen von der Mutterpartei zu provozieren, musste sich diese anderen und moderneren Ideen öffnen. Dies wiederum sollte, wenn auch teilweise gezwungenermassen, zu einer verbesserten Wirtschafts- und Sozialpolitik führen.³⁹

2. Die liberal-radikale Partei

Einzig Oppositionspartei jener Zeit waren die Liberal-Radikalen.⁴⁰ Sie hatte nur eine kleine Anhängerschaft, da über $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung die konservative Partei unterstützten. Sie war vor allem in den west-

³⁷ E. Roux, a.a.O., S. 61.

³⁸ Vgl. E. Roux, a.a.O. S. 76-80.

³⁹ Vgl. dazu die folgenden drei Kapitel!

⁴⁰ Die radikale Bewegung tauchte im Wallis erstmals um 1840 auf (vgl. hierzu R. Roten, *Les débuts du radicalisme en Valais 1840-1848*, Freiburg 1971). Sie war mitunter der Auslöser der politischen Krise von 1841-1844, die schlussendlich mit dem Sieg des Konservatismus und des Klerus und mit der neuen Verfassung von 1844 endete. Nach 1844 stand die radikale Partei auf der Seite der übrigen Kantone im Sonderbundskrieg gegen die 7 katholischen Orte (E. Bucher, *Die Geschichte des Sonderbundskrieges*, Zürich 1966 und L. Ribordy, *La réaction de 1843 en Valais et le Sonderbund*, Sitten 1886; derselbe, *Le Sonderbund en Valais 1844-1847*). Die Niederlage der Sonderbundskantone und mit ihnen die der Walliser Konservativen und des Klerus erlaubte den Radikalen, erstmals Ende 1847 als stärkste Fraktion in den Grossen Rat einzuziehen: 43 Radikale; 19 Liberale; 23 Konservative (vgl. P.-M. Rey, *Le régime radical en Valais 1847-1857*, S. 211). 1857 aber verloren sie die Mehrheit, die sie 1852 mit Hilfe der Liberalen noch innegehabt hatten und waren fortan wieder zusammen mit den Liberalen Oppositionspartei. – Zum ganzen vgl. auch M. Salamin, *Valais*, S. 105-180.

lichen Zenden des Kantons verbreitet, in jenen Bevölkerungskreisen also, die vermehrt mit neuen fortschrittlichen Tendenzen aus der Westschweiz oder Frankreich in Berührung kamen. Die Hauptzentren befanden sich in Martigny und Monthey, wo die liberal-radikale Partei den Konservativen hoch überlegen war. Kleinere Zentren gab es in St. Maurice, Conthey und Entremont.

Im Gegensatz zu den Konservativen besass die liberal-radikale Partei ein ausgearbeitetes Programm, das sie in ihrem Parteiorgan, «Le Confédéré», veröffentlichen konnte. Sie verfolgte verschiedene Ziele: Einführung des fakultativen oder obligatorischen Referendums, der Initiative, des Proportionalwahlverfahrens, die Ausdehnung der Unvereinbarkeiten bei öffentlichen Ämtern und der Verteidigung der Kantonsautonomie. Sie vertraten eine Neustrukturierung des Steuersystems und der Schulbildung. Sie wollten verhindern, dass der Klerus Politik betreibt, und dass er die Religion als Mittel, den Konservatismus zu propagieren, missbrauchte. Sie wollten ferner ein Pressegesetz und ein neues demokratisches Wahlgesetz. Sie traten für den industriellen Fortschritt ein. Dies sind moderne Ideen und Grundsätze, die denjenigen der konservativen Partei weitgehend widersprachen. Dass aber in der Verfassung von 1907 und in verschiedenen Gesetzen dennoch einzelne dieser Proklamationen verankert sind, ist mitunter hauptsächlich ein Verdienst der liberal-radikalen Partei und der Gruppe um Alexander Seiler.⁴¹

IV Acht verschiedene Verfassungen

1. Allgemeines

Das 19. Jahrhundert brachte dem Wallis eine wahre Verfassungsflut. Nicht weniger als acht verschiedene Staatsverfassungen wechselten einander im Verlaufe von nur etwas mehr als siebenzig Jahren ab. Die

⁴¹ Vgl. Kap. II.

kürzeste hatte eine Lebensdauer von nur wenigen Monaten, am längsten sollte jene vom 26. November 1875 in Kraft bleiben.⁴²

2. Die Verfassung vom 30. August 1802

Die Verfassung vom 30. August 1802 machte aus dem Wallis eine ein und unteilbare Republik. Diese stand unter dem Schutz der helvetischen, französischen und italienischen Republik (Art. 2). Der Staatsvertrag enthielt verschiedene Klauseln, die Frankreich den freien Durchzug durch das ganze Rhonetal und über den Simplonpass zusicherten (Art. 4). Dies war auch der Hauptgrund für die Bildung einer eigenen Republik Wallis gewesen. Dem Walliser Volk wurde der Staatsvertrag weder zur Genehmigung vorgelegt, noch konnte es sich dazu äussern. Unter den gegebenen Umständen konnte auch der Landrat nur noch zustimmen. Die Verfassung ihrerseits fusste auf den Grundsätzen der Volksherrschaft, des Einheitsstaates und der Gewaltentrennung. Das war zwar nirgends ausdrücklich in der Verfassung verankert, ergab sich jedoch aus dem Aufbau des neuen Staates. Gemäss diesen Grundsätzen wurde die Regierung einem Staatsrat aus drei Mitgliedern (Art. 31) und einem Landrat übergeben (wobei nach Art. 32 ein Deputierter auf 2000 Einwohner gewählt wurde). Der Zendenrat wählte den Landrat (Art. 33), der Landrat seinerseits den Staatsrat (Art. 39). Die zwölf Zenden und die Gemeinden verloren jedoch an Einfluss und wurden zu untergeordneten Verwaltungsbezirken degradiert (Art. 25-30). Die Wahl- und Wählbarkeitsbedingungen beschränkten die Volksherrschaft erheblich, denn gewählt werden konnten nur Bürger, welche schon öffentliche Ämter bekleidet hatten, sowie Offiziere und Notare (Art. 20/21 und 34). Der Staatsrat besass eine äusserst sichere und starke Stellung (Art. 51/59). Die Ein-

⁴² Für das tiefere Studium der Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts sei auf die nachfolgenden, sehr ausführlichen Werke verwiesen: P. Biderbost, *Die Republik Wallis 1802–1810*, Diss. Lausanne 1959. – S. Furrer, a.a.O., S. 157–214. – H. Gay, *Histoire du Valais*, Genf 1903, S. 223–309. – O. Gaye, *L'élaboration de la constitution valaisanne du 12 mai 1815*, Diss. Freiburg 1961. – P.-M. Rey, *Le radicalisme en Valais 1847–1857*, Freiburg 1971, S. 16 ff. und 45 ff. – P. de Rivaz, *Histoire contemporaine du Valais*, Sion 1946. – A. Seiler, *Die politische Geschichte des Wallis 1815–1844*, Diss. Freiburg 1939. – F. Seiler, *Die Anfänge der modernen Demokratie im Kanton Wallis*, Brig 1921. – M. Salamin, *Le Valais de 1798 à 1940*, Siders 1978. – derselbe, *La république indépendante du Valais 1802–1810*, Sion 1971. – R. de Constant, *Le Valais de 1840 à 1844*, Lausanne, 1845. – derselbe, *Une année de l'histoire du Valais*, Genf 1841. – L. Ribordy, *Documents pour servir à l'histoire contemporaine du Canton du Valais*, Sion 1885.

teilung in Zenden und Gemeinden wurde gleich belassen wie bis dahin (Art. 17). Freiheitsrechte wurden in der Verfassung mit keinem Worte erwähnt. Im Gegenteil, man fand nur gesetzliche Beschränkungen dieser Rechte. Der katholische Glaube war Staatsreligion, und der Bischof hatte Einsitz im Landrat (Art. 1 und 32). Das Referendum und das Initiativrecht verschwanden.⁴³

3. Die Verfassung vom 12. Mai 1815

Die Verfassung vom 12. Mai 1815, das Wallis war der Eidgenossenschaft als Kanton beigetreten, brachte einschneidende Änderungen. Neu führte man wieder das Referendum ein. Die Gesetze des Landrates mussten von den Zendenräten angenommen werden. Zusätzlich hatte man Finanzgesetze, Militärkapitulationen und Einbürgerungen den Gemeinderäten vorzulegen (Art. 20). Es gab nun 13 Zenden, sieben für das Oberwallis und sechs für das Unterwallis (Art. 3) Die Wählbarkeitsbestimmungen blieben bestehen (Art. 18). Neuerdings stellte das Oberwallis immer drei und das Unterwallis zwei Staatsräte (Art. 27). Der Präsident des Staatsrates, der Landeshauptmann, führte auch im Landrate den Vorsitz (Art. 15).

Diese Bestimmungen lassen deutlich erkennen, dass die Verfassung von 1815 dem Oberwallis enorme Vorteile zukommen liess. War der obere Kantonsteil dem Unterwallis bevölkerungsmässig klar unterlegen, so hatte er aber, dank der Regelung, dass jeder Zenden vier Abgeordnete stellte, im Landrat die Mehrheit.⁴⁴ Dass die Unterwalliser der Verfassung dennoch zustimmten, war nur darauf zurückzuführen, dass sie den Beitritt des Wallis als Kanton zur Eidgenossenschaft nicht gefährden und verzögern wollten.

4. Die beiden Verfassungen von 1839

Das Abhängigkeitsverhältnis der Unterwalliser konnte durchaus nicht zu einem Dauerzustand werden. Sie forderten fortan vehement eine Verfassungsänderung. Demnach sollte die Anzahl der Abgeordneten pro Zenden gemäss der Bevölkerungszahl festgelegt werden.

⁴³ Das damalige Referendum gab den einzelnen Zenden die Möglichkeit und das Recht, Landratsbeschlüsse anzunehmen oder abzulehnen. Es ist daher als eine Art Vorläufer zum heutigen Referendum zu verstehen.

⁴⁴ Dem Oberwallis gehörten zu jener Zeit auch die beiden Bezirke Siders und Sitten an!

Nach langem, hartem Ringen und nach grossen inneren Wirren kam der Verfassungsentwurf vom 30. Januar 1839 zustande, der aber von den Oberwallisern nie anerkannt wurde. Dieser Entwurf war praktisch identisch mit der Verfassung, die schlussendlich am 3. August 1839 in Kraft gesetzt wurde. Die Augustverfassung stellte ein gemässigt-liberales Staatsgrundgesetz dar. Sie führte Grundrechte ein, wie die persönliche Freiheit (Art. 4), das Recht auf den ordentlichen Richter (Art. 5), die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 6) und des Eigentums (Art. 7) und das Verbot der ewigen, unablösbaren Grundlasten (Art. 9). Die Pressefreiheit, die in der Januarverfassung noch enthalten war, wurde auf Drängen des Klerus nicht mehr in die Augustverfassung übernommen. Die Gewaltentrennung aber wurde streng durchgeführt (Art. 18). Der Landrat wurde durch den Grossen Rat ersetzt, der Titel eines Landeshauptmannes abgeschafft. Jeder Zenden sandte pro tausend Einwohner einen Grossrat nach Sitten (Art. 26). Das Verfassungsreferendum führte man neu ein und jede Verfassungsrevision musste vom Volke genehmigt werden (Art. 73).

5. Die Verfassung vom 14. September 1844

Dennoch sollte auch diese Verfassung nur von kurzer Dauer sein. Zeichneten noch die Liberalen verantwortlich für die Verfassungsrevisionen im Jahre 1839, so waren es schon 1844 wieder die Konservativen. Nachdem zu Beginn der 40er Jahre die Radikalen innerhalb der liberalen Partei eine Hetzkampagne gegen den Klerus starteten, wehrten sich der Klerus, die konservative Partei und die Bevölkerung für die katholische Kirche. Was anschliessend in den Jahren 1840 bis 1844 im Wallis geschah, ging als eines der düsteren Kapitel in die Walliser Geschichte des 19. Jahrhunderts ein.⁴⁵

Nach langen und blutigen Unruhen und Kämpfen kam die Verfassung vom 14. September 1844 zustande. Sie stärkte die Stellung des Klerus im Staat (Art. 2/3). Sie erleichterte die Wahl- und Wählbarkeitsbedingungen (Art. 68) und führte auch ein obligatorisches Gesetzesreferendum ein (Art. 71). Mit Ausnahme dieser beiden letzten Neuerungen brachte sie keine wesentlichen Änderungen mit sich.

⁴⁵ Vgl. u. a. A. Seiler, a.a.O., S. 71–163. – M. Salamin, Valais, S. 135–158. – Eine ausgezeichnete und sehr ausführliche Arbeit über diesen Zeitraum hat L. Bortier verfasst: *Kirche, Klerus und Staat des Wallis*, Diss. Freiburg 1960.

6. Die Verfassung vom 10. Januar 1848

Nach den Ereignissen im Jahre 1847, bei denen der Sonderbund der sieben katholischen Orte in einer bewaffneten Auseinandersetzung von den übrigen Kantonen zerschlagen worden war, übernahmen im Wallis die Radikalen die Führung.⁴⁶ Unter ihrem Regime entstand denn auch die Verfassung vom 10. Januar 1848. Die Gleichstellung aller Walliser vor dem Gesetze (Art. 2) und die Pressefreiheit (Art. 6) wurden neu verankert. Allen Wallisern gewährleistete man zudem die Handels-, Gewerbe- und Kunstfreiheit (Art. 7). Ebenso wurden sowohl die französische wie auch die deutsche Sprache als Nationalsprachen in die Verfassung aufgenommen (Art. 14). Der Klerus verlor seinen Einsitz im Grossen Rate und die geistlichen Ämter wurden unvereinbar erklärt mit den weltlichen Ämtern und der Ausübung der politischen Rechte (Art. 69). Das Referendum seinerseits wurde wiederum fallen gelassen. Neu dagegen war das Initiativrecht des Volkes für eine Verfassungsrevision (Art. 73). Das Volk konnte nun den Grossen Rat auf dem direkten Wege wählen (Art. 60). Den Grossräten kam während den Sitzungen Immunität zu (Art. 22).

7. Die Verfassung vom 23. Dezember 1852

1852 jedoch verloren die Radikalen die absolute Mehrheit im Grossen Rate (39 Radikale; 32 Konservative; 14 Liberale).⁴⁷ Es kam zu einer erneuten Verfassungsrevision. Die Verfassung vom 23. Dezember 1852 änderte die 48er Verfassung nur in wenigen Punkten ab. So wurde unter anderem die Zahl der Staatsräte auf fünf reduziert (Art. 32). Die wohl wichtigste Änderung war die Rücksichtnahme auf die Minderheiten bei der Wahl der Grossräte. Für jeden Bezirk wurde ein Abgeordneter auf 1000 Einwohner gewählt, wobei aber innerhalb des Bezirkes noch Wahlkreise gebildet werden konnten (Art. 59). Die Dauer der Legislaturperiode wurde auf vier Jahre herabgesetzt (Art. 60). Sie führte auch das obligatorische Referendum für die Erhöhung des Steuerfusses, ja für die Abänderung der Grundlage des bestehenden Finanzsystems überhaupt ein (Art 72). Sie sah im weiteren auch ein Konkordat zur Regelung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat vor (Art. 73).

⁴⁶ Siehe vorne S. 23.

⁴⁷ P.-M. Rey, *Le régime radical en Valais 1847-1857*, S. 45. – M. Salamin, *Valais*, S. 170.

Auf die Verfassung vom 26. November 1875 soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Sie wird Gegenstand eines Vergleiches mit der Verfassung von 1907 in den nachfolgenden Kapiteln sein. Zudem findet sich im Anhang eine Abschrift dieses Verfassungstextes.

V Medienpolitische Situation

Im frühen 20. Jahrhundert, vor allem in den Jahren 1900 bis 1910 herrschte im Wallis eine rege Pressevielfalt vor.⁴⁸ Unterstützen in unseren Tagen nur noch vereinzelte Zeitungen die Ideen und Grundsätze einer bestimmten Partei als Parteiblatt, war dies zu Beginn des 20. Jahrhunderts genau umgekehrt.

Für die katholisch-konservative Partei zeichnete im Oberwallis der «Walliser Bote» als offizielles Presseorgan.⁴⁹ Im Unterwallis war die «Gazette du Valais» ihr wichtigstes Sprachrohr zur Bevölkerung.⁵⁰ Im Wallis gab es aber noch andere Zeitungen, die der katholisch-konservativen Partei nahestanden und deren Ideen und Prinzipien vertraten. Dazu gehörte vor allem der welsche «L'ami du peuple valaisan».⁵¹ Dagegen bezeichneten sich andere Blätter als unabhängig und versprachen, sich nicht in die Politik einzumischen. So nannten sich «Le Journal et feuille d'avis du Valais et de Sion», das erstmals im November 1903 erschienen ist und die «Walliser Nachrichten», die nur eine kurze Lebensdauer hatten (1901–1903), als neutral. Dennoch neigten sie eher der Regierungspartei zu.⁵²

⁴⁸ Vgl. dazu F. Blaser, *Bibliographie der Schweizer Presse*, Basel 1956–1958, 2 Halbbände.

⁴⁹ Vgl. dazu S. 22.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Vgl. E. Roux, a.a.O., S. 75

⁵² Vgl. E. Roux, a.a.O., S. 75. – An dieser Stelle muss gesagt sein, dass das «Journal et feuille d'avis du Valais et de Sion» sich in der Pressefehde des Frühjahrs 1904 wirklich neutral verhielt. Wenn es die politischen Ereignisse überhaupt kommentierte, dann tat es dies überaus sachlich und nüchtern. Zur Motion Seiler schrieb es etwa in ihrer allerersten Nummer vom 28. Nov. 1903: «La proposition de M. Seiler, appuyé par un certain nombre de Députés, demande l'élection du Conseil d'Etat par le peuple, donne à la défunte session un caractère qui doit nécessairement la sauver de l'oubli. Cette question reviendra d'ailleurs sur le tapis tôt ou tard sous la forme d'une demande d'initiative populaire.»

Ähnlich verhielt es sich mit dem «Nouvelliste valaisan», der erstmals am 17. November 1903 erschienen ist. Auch er versprach keine Politik zu betreiben und neutral zu bleiben. In den ersten Jahrgängen hielt er sich denn auch meist an dieses Versprechen und vermochte in der Pressefehde von 1904 neutral zu sein. Er berichtete dabei nur das Allerwichtigste über die politischen Geschehnisse im Kanton Wallis.⁵³ Eine Sonderstellung nahm der «Briger Anzeiger» ein.⁵⁴ 1899 von Karl Tscherrig gegründet, übernahmen sogleich Alexander Seiler und Othmar Kluser die Patenschaft.⁵⁵ «Wenn sich das vierseitige Blättchen im Folioformat seinen Lesern als «ganz und gar friedlich» vorstellte und hoch und heilig beteuerte: «Mit politischen Zänkereien und Nörgeleien werde ich euch verschonen», so war's mit diesem Friedenswillen nicht weit her.»⁵⁶ Schon in den ersten Auflagen propagierte diese neue Oberwalliser Zeitung die Ideen und Grundsätze von Alexander Seiler und seiner Splittergruppierung, die sich um die Jahrhundertwende von der katholisch-konservativen Mutterpartei losgelöst hatte. Die Gruppe Seiler trat fortan vermehrt für fortschrittlichere Interessen zugunsten des Kantons und der Bevölkerung ein. Indem jedoch der «Briger Anzeiger» für diese Gruppe Partei ergriff, setzte er sich dadurch den unermüdlichen Angriffen der katholisch-konservativen Presse aus. Vor allem der Redaktor des «Walliser Boten», der Geistliche Theodor Arnold, riss stetig neue Pressefehden

⁵³ Vgl. E. Roux, a.a.O., S. 75. – In seiner Nummer vom 6. Februar 1904 beantwortet der Nouvelliste die von seinen Lesern aufgeworfene Frage, wie man sich dem Verfassungsreferendum gegenüber verhalten sollte (vgl. zum Referendum S. 47 ff.). Er erklärte, das Referendum sei unnütz und der «Nouvelliste» werde es nicht unterstützen, da der Staatsrat mit der Prüfung dieser Frage schon beauftragt worden sei. In der Nachfolgezeit begann der «Nouvelliste valaisan» die konservative Parteizeitung der Unterwalliser, die «Gazette du Valais», langsam zu verdrängen, bis er dann schliesslich im Jahre 1922 als konservatives Presseorgan an deren Stelle trat.

⁵⁴ Vgl. W. Kämpfen, a.a.O., S. 90 ff. – E. Roux, a.a.O., S. 77.

⁵⁵ Nach den Lehr- und Wanderjahren in Luzern, Freiburg und in Deutschland, entschloss sich Karl Tscherrig (22. 10. 1863 – 2. 6. 1933) im Jahre 1899, erstmals am 3. 6. 1899, eine eigene Zeitung, den Briger Anzeiger herauszugeben. Ein Jahr später sicherte er sich auch die geschäftliche Beteiligung und Mitarbeit von W. Tröndle. «Carl Tscherrig war bescheiden genug, dass er die Notwendigkeit wertvoller Mitarbeiter» – wie dies Dr. Alexander Seiler und Othmar Kluser waren – «in grossen, grundsätzlichen, politischen und volkswirtschaftlichen Fragen einsah... Der Briger Anzeiger war zu Anfang des Jahrhunderts vor allem das Organ, mit dessen Hilfe die Verfassungsrevision durchgeführt wurde und in dem zahlreiche Initiativen für soziale Werke lanciert und unterstützt wurden, an deren Bestehen das Oberwallis sich heute freuen kann.» Und Dr. Leo Hallenbarter schrieb im Nachruf weiter: «Wenn die Zeitungen heute schon allgemein die Aufgabe erfüllen, denen im Mittelalter die Chronisten dienten, ist mit Carl Tscherrig ein Landeschronist ersten Ranges von uns gegangen.» (BA, Nr. 45, 1933). – Der Verfasser dankt Hrn. Hermann Tscherrig, Brig, für seine freundlichen Auskünfte über seinen Vater.

⁵⁶ W. Kämpfen, a.a.O., S. 90, vgl. dazu auch S. 90–95.

vom Zaune und suchte mit persönlichen Pressekampagnen gegen die Mitglieder der Gruppe Seiler zu intrigieren.⁵⁷

Wurde somit der «Briger Anzeiger» zum einzigen Oppositionsblatt im Oberwallis, so war es vergleichsweise im Unterwallis «Le Confédéré».⁵⁸ Diese welsche Zeitung wurde getragen von der liberal-radikalen Partei und vertrat daher deren politische Vorstellungen. Dass er in der Wahl seiner Mittel und Ausdrucksweisen als oppositionelles Blatt nicht immer zimperlich vorging, wirkt heute durchaus verständlich. Als Kleinzeitungen erschienen noch «Le Bas-Valaisan» von 1904 bis 1906 und als dessen Nachfolger «Le Simplon» in der Zeit von 1906 bis 1908.⁵⁹

All diese Zeitungen wurden zwei- bis dreimal pro Woche herausgegeben. Sie hatten einen Umfang von vier Seiten im Folioformat.

Man kann also durchaus von einer regen Tätigkeit der Presse im Wallis sprechen. Einen wesentlichen Unterschied zu heute findet man in der durchschnittlich gröberen Ausdrucksweise. Überraschte oft die feine Federführung der Redaktoren, war andererseits eine harte, scharfe und volkstümliche Sprache nicht selten.⁶⁰

⁵⁷ Theodor Arnold (30. 5. 1857 – 6. 3. 1944) stammte aus Simplon. Nach seinen Studien in Brig und am bischöflichen Seminar in Sitten wurde er im Jahre 1882 zum Priester geweiht. In den ersten beiden Jahren nach seiner Priesterweihe war er Schulherr in Leuk. Von 1884 bis 1894 war er Pfarrer der Gemeinde Albinen. Von 1894 bis 1901 war er als Spiritual bei den Schwestern vom Hl. Kreuz in Ingenbohl tätig, bevor er 1901 die Stelle als Redaktor beim «Walliser Boten» übernahm, die er bis 1917 versah. Danach verwaltete er während zwei Jahren das Rektorat Agarn und war dann von 1919–1928 Hausgeistlicher in der Irrenanstalt von Malévoz. 1925 wurde er zum Ehrendomherr ernannt. (BWG, Bd. I, S. 290 und WJB, 1944, S. 78). – Als Redaktor des «Walliser Boten» führte er in den politischen Wirren von 1903/1904 (vgl. Kap. II ff.) oft eine spitze Feder und griff mitunter die Gruppe Seiler unfair und ohne haltbare Gründe an. Diese Art von Journalismus war gar selber manchem konservativem Politiker und dem Walliser Klerus zu forsch und unkontrolliert. In einem Brief von Domherr Meichtry an Nationalrat von Roten vom 12. Dez. 1904 lesen wir: «... so scheint mir, man müsste in Behandlung der Pressfrage behutsam vorgehen und besonders hier das Heft nicht aus den Händen vergeben. Vermutlich, wenn es sich darum handeln sollte, Herr Redaktor Arnold fallen zu lassen. Hat er in der Hitze des Kampfes auch ungeschickte Hiebe versetzt, wem kann das nicht begegnen im Ganzen. Auch hat er eine sehr gute Stelle geopfert und es wäre unzart, ihn im Handumdrehen fallenzulassen. Sollte dieser Punkt unüblich zur Sprache kommen, so wäre auch hier eine weitere Umfrage nützlich, denn der Klerus von Sitten hätte hier auch ein Wort zu sagen.» Im v.R.A.: Heinrich Roten 1916. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Herrn Ernst von Roten danken, dass er mir Einsicht in die Korrespondenz seines Vaters gewährt hat, die von der Einigung der Konservativen und Demokraten im Oberwallis (1904/1905) handelte.

⁵⁸ Vgl. E. Roux, a.a.O., S. 82 und 88 ff.

⁵⁹ Vgl. E. Roux, a.a.O., S. 89.

⁶⁰ Siehe dazu W. Kämpfen, a.a.O., S. 90–127. Auf diesen Seiten finden sich einige interessante Beispiele zu diesem Thema.

KAPITEL II

ANSTOSS ZUR NEUEN VERFASSUNG

I Die Motion Seiler

1. Allgemeines

Am 18. November 1903 gab der 2. Vizepräsident des Grossen Rates des Kantons Wallis, Ch. de Rivaz, die Einreichung folgender Motion bekannt:

«Die untengefertigten Abgeordneten haben die Ehre, folgende Motion zu stellen: Die Verfassung des Kantons Wallis ist im Sinne der Erweiterung der Volksrechte zu revidieren. Es sollen in dieselbe aufgenommen werden: Die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräthe, das fakultative Gesetzesreferendum und die Gesetzesinitiative.»¹

Unterzeichnet war die Motion von: Dr. Alexander Seiler, Othmar Kluser, Emil Cathrein, Robert Varonier, Josef Speckly, César de Sepibus, Viktor Franzen und Alphons de Sepibus.²

¹ STAS: Original der Motion auf Blatt 137 als Beilage zu den GRP der Mai- bis Novembersession 1903 (1002–71). Vgl. auch Bull. du GC. vom 18. November 1903, S. 78.

² Othmar Kluser (29. 3. 1868 – 7. 10. 1923), Advokat, Notar und Gasthofbesitzer, Grossrat für den Bezirk Brig 1893–1909. – Emil Cathrein (13. 1. 1847 – 14. 11. 1916), Hotelier, Besitzer der Hotels Eggishorn, Riederalp und Riederfurka, Direktor grosser Hotels in Johannesburg und Kapstadt, Grossrat für den Bezirk Brig 1889–1913. – Robert Varonier (19. 8. 1854 – 12. 10. 1914), Hotelier, Grossrat für den Bezirk Leuk 1897–1914, Miteigentümer und Verwaltungsrat der Hotel- und Bädergesellschaft Leukerbad. – Joseph Speckly (23. 3. 1845 – 21. 2. 1910), Hotelier, Grossrat für den Bezirk Goms 1897–1909. – César de Sepibus (23. 8. 1845 – 16. 8. 1908), Arzt, Grossrat für den Bezirk Östl. Raron 1885–1889 und 1893–1897, für den Bezirk Siders 1901–1908. – Viktor Franzen (8. 5. 1851 – 2. 12. 1919), Landwirt, Grossrat für Östl. Raron 1901–1913. – Alphons de Sepibus (5. 6. 1860 – 29. 12. 1945), Notar, Grossrat für Östl. Raron 1901–1913 und 1917–1925, Instruktionsrichter desselben Bezirkes 1901–1920, Privatsekretär des Herzogs von Parma (Vallesia 1982, S. 269 ff.).

2. Argumente der Befürworter

Die Motion Seiler und Mitunterzeichner stand denn auch als erstes Traktandum der Grossratssitzung vom 23. November 1903 zur Debatte.

Im Namen der Motionäre ergriff Dr. Alexander Seiler das Wort und begründete ihren Antrag.³ In einfachen, treffenden und verständlichen Worten zeichnete er die absolute Notwendigkeit und Wichtigkeit der in der Motion verlangten Volksrechte auf. In seiner fast halbstündigen Rede versuchte er, den Grossen Rat und den Staatsrat von der Einführung und Erweiterung der erwähnten Volksrechte zu überzeugen.⁴

Dass dies ein äusserst schwieriges Unterfangen darstellen würde, war den Motionsstellern schon lange bewusst gewesen. Obwohl die vorliegende Motion durchaus keine revolutionären Rechte zum Inhalt hatte, kam sie für die Mehrheit der Walliser Konservativen doch eher überraschend.⁵ Da die konservative Partei in jener Zeit unter der Führung der Walliser Aristokratie stand, zeigte sie sich auch nicht bereit, grössere Konzessionen zugunsten des Volkes zu erteilen.

Mit seinen stichhaltigen Argumenten konnte Dr. Seiler zumindest die Unterstützung der oppositionellen liberal-radikalen Partei für seine Interessen gewinnen. Diese Partei verfolgte die obigen Postulate zudem schon lange als oberstes Parteiziel.⁶

Der Kanton Wallis sei, argumentierte Dr. Seiler, mit Freiburg der einzige Kanton der Eidgenossenschaft, der weder das fakultative, noch das obligatorische Gesetzesreferendum kennen würde.⁷ Man dürfe im weiteren nicht vergessen, dass Wallis und Graubünden als die Wiege

³ Alexander Seiler wurde am 5. Januar 1864 als Kind des Alexander und der Katharina Cathrein in Brig geboren. Er war Burger von Blützingen und Zermatt. Seinen Wohnsitz hatte er in Zermatt und in Brig. Es waren wohl vor allem auch seine beiden Berufe, die ihn in die Politik einsteigen liessen: Dr. iur. Advokat und Notar und Hotelier. Er war lange Jahre Patron und Leiter der berühmten Seiler Hotels. Als Politiker engagierte er sich stark für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Kanton Wallis. Er war Grossrat (Bezirk Goms) von 1891 bis 1920, Präsident des Grossen Rates von 1908 bis 1910 und Nationalrat von 1905 bis 1920. Er war zudem Mitbegründer und erster Präsident der Vereinigung Pro Sempione und der Schweizerischen Verkehrszentrale (1918). Er verstarb am 3. März 1920 (Vallesia 1982, S. 370).

⁴ Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 143–151.

⁵ Vgl. hinten S. 35.

⁶ Siehe vorne S. 24.

⁷ Vgl. A. Breitenbach, Geschichte der Volksrechte und politischen Rechte im Kanton Freiburg, Diss. Freiburg 1944.

des Referendums gelten.⁸ So hätte Wallis schon in den Verfassungen von 1839 und 1844 das obligatorische Referendum verankert gehabt.⁹ Zudem bezeichnete er das Initiativrecht als eines der idealsten Volksrechte. Ja, das Volk selbst könnte von sich aus neue und verbesserte Gesetze vorschlagen. Über diese Vorschläge, die eine genau bestimmte Mindestzahl von Bürgern einbringen müsste, könnte dann abschliessend das Volk in einem Urnengange entscheiden. Genau dieses Recht jedoch besass die Bevölkerung des Wallis nicht, ebenso, wie jene von Freiburg und Luzern.¹⁰

Seiler kam aber auch auf das Vertrauen, welches das Volk in die Abgeordneten setzen würde, zu sprechen. Das Volk delegierte gemäss Art. 27 der Kantonsverfassung die gesetzgebende Gewalt dem Grossen Rate. Seiler verurteilte aufs schärfste den Missbrauch dieses Vertrauens. Oft hätten die Kommissionen ihre Berichte nicht vorbereitet gehabt, so dass es, als der Grosse Rat sich versammelt hatte, vielfach an Arbeit gemangelt habe und die Sitzung aus diesem Grunde abgebrochen und vertagt werden musste. Dies geschah mehrmals, obwohl, man muss sich das einmal vor Augen halten, noch viele Traktanden auf der Tagesordnung standen.

Ebenso kritisierte er die grosse Gesetzes- und Dekretsflut in den vergangenen 26 Jahren. Nicht weniger als 72 Gesetze und rund 300 Dekrete seien erlassen worden. Öfters, erklärte er, hatten diese Gesetze und Dekrete indes dem Volkswillen widersprochen und seien nur oberflächlich ausgearbeitet worden, so dass sie als unmittelbare Folge davon schon nach wenigen Jahren wieder hätten revidiert werden müssen.

Nach den Worten Seilers könnte all dem nur mit Hilfe des Referendums und der Initiative wirksam entgegengetreten werden. Denn nur diese beiden Volksrechte würden den wahren Volkswillen an den Tag bringen! Mit der Initiative und dem Referendum jedoch «bekämpft man am besten die politische Gleichgültigkeit» des Volkes und regt es an zur Mitarbeit und Mitregierung seines Landes!¹¹

Seiler verstand zudem die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte als eine wichtige Erweiterung der Volksrechte und als eine fundamen-

⁸ Über das Referendum im alten Wallis vgl. W. A. Liebeskind, Das Referendum der Landschaft Wallis, Diss. Leipzig 1928.

⁹ Siehe vorne S. 27.

¹⁰ Vgl. dazu auch W. Ruppert, Die Unterscheidung von Verfassungsinitiative und Gesetzesinitiative in den schweizerischen Kantonen, Diss. Zürich 1933, S. 9 f.

¹¹ Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 147.

tale Voraussetzung einer modernen Demokratie. Hierzu führte er vor allem das Abstimmungsresultat vom 4. November 1900 an. Damals hatten sich nämlich die Walliser mit 8557 gegenüber 5739 Stimmen für eine Wahl des Bundesrates durch das Volk entschieden.¹² Eine vom Volk gewählte Regierung ist zudem besser im Volke verankert und ist populärer. Sie wäre auch unabhängiger vom Grossen Rat, denn je grösser der Wahlkörper ist, um so unabhängiger sind die Gewählten. Bei einer Volkswahl spielen weniger persönliche Rücksichten, Kame-radschaft und Verwandtschaft mit, als dies bei einer Wahl der Regierung durch den Grossen Rat zutrifft! «Vetternwirtschaft, Coulissen-politik und Coterieen spielen eine grosse Rolle und es kommt mitunter vor, dass Männer gewählt werden, die das Vertrauen des Volkes nicht besitzen und die Feuerprobe einer Volkswahl nicht bestehen würden.»¹³

Er zerstreute auch die Bedenken, die einzelnen Landesteile würden die ihr gebührende Vertretung im Staatsrate verlieren. Es spiele nämlich keine Rolle, ob der Wahlkörper nur aus wenigen oder aus einer grossen Zahl Stimmenden bestehe.¹⁴

Muss man die Intelligenz und Weitsicht, den Blick für das Wesentliche bei diesem Manne bewundern, so kann man über dieses letzte Argument doch geteilter Meinung sein. Die Bedenken der Oberwalliser Konservativen in bezug auf die Volkswahl der Staatsräte waren aus der Sicht der deutschsprachigen Minderheit ganz sicher berechtigt.¹⁵

3. Die konservative Übermacht

Die Konservativen lehnten jedoch die Anliegen der Motionäre in ihrer Gesamtheit deutlich ab.¹⁶ In seiner Rede vor dem Grossen Rat bezweifelte Dr. Gustav Loretan ein allfälliges Interesse der Bevölkerung an einer Erweiterung der Volksrechte. Seine Frage, ob denn im Volke, ohne dass sie künstlich gemacht sei, überhaupt eine ernstliche Bewe-

¹² Rapport du Conseil d'Etat, 1900, S. 12.

¹³ Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 146.

¹⁴ Vgl. hierzu die Meinung des Verfassers auf S. 45 f.

¹⁵ Vgl. unter Ziff. 3.

¹⁶ Vgl. Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 151–161 und 172–177.

gung für die Einführung des Gesetzesreferendums bestehe, beantwortete er gleich selber mit einem eindeutigen Nein!!¹⁷

Gegen die Volkswahl des Staatsrates führte er ins Feld, diese würde zu einer Waffe der Unterwalliser und sich gegen den obern Kantonsteil richten. Die gegenwärtige Verfassung sichere dem Oberwallis zwei Staatsräte zu. Mit einer Volkswahl, war er überzeugt, würde es in Zukunft nicht mehr möglich sein, diese Verfassungsbestimmung zu erhalten und dem deutschsprachigen Kantonsteil zwei Sitze in der Regierung zu garantieren. Denn, würde die Motion angenommen, bestände das Wallis nur mehr aus einem einzigen Wahlkreis mit 35000 Oberwallisern und rund 80000 Unterwallisern. Art. 42 der Verfassung von 1875, konstatierte er, sei jedoch bis anhin oberster Garant gewesen, dass eine Minderheit deutscher Sprache und eine Unterwalliser Mehrheit, zumal zwei verschiedene Bevölkerungsgruppen, in Frieden miteinander leben würden und gemeinsam für die Interessen ihres Kantons eintreten würden. «Und dieses Palladium des innern Friedens und Fortschrittes wollten Sie, meine Herren Motionäre, ohne Not und leichten Herzens gefährden...?»¹⁸

Dennoch, so anerkannte Dr. Loretan, gehe er mit den Motionären einig in der Annahme, die Zeit für eine Verfassungsrevision sei nun endlich gekommen. Allerdings befürwortete er eine Revision nicht aus den gleichen Motiven wie die Motionäre. Aufgrund der enormen Entwicklung in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Tourismus müssten veraltete Verfassungsartikel durch neue, modernere und wirksamere Bestimmungen ersetzt werden. Ebenfalls müsste man den bevorstehenden Schulreformen und den anwachsenden, sozialen Aufgaben des Staates bei einer allfälligen Verfassungsrevision Rechnung tragen. Daher, gab er dem versammelten Rate bekannt, werde er einen Antrag einreichen, in welchem er den Staatsrat einlade, zu prüfen, ob es nicht angebracht und zeitgemäss wäre, die Verfassung zu revidieren.

¹⁷ Vgl. Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 154 f. – Gustav Loretan wurde am 3. November 1848 geboren. Er war Dr. iur. Advokat und Notar und hatte ein Grossratsmandat des Bezirkes Leuk von 1877 bis 1913 inne. Er vertrat zudem den Kanton Wallis als Ständerat von 1885 bis 1895 und als Nationalrat von 1895 bis 1908 in Bern. Er amtierte als Instruktionsrichter in Leuk von 1877 bis 1907, als Richter am Appellations- und Kassationsgericht von 1907 bis 1909 und als Kantonsrichter von 1909 bis 1929. Er verstarb am 24. Juli 1932 (Vallesia 1982, S. 327).

¹⁸ Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 156.

Anschliessend äusserte sich auch der Präsident des Staatsrates, de Torrenté, zur obigen Motion.¹⁹ Er gab dabei die Ansicht der Regierung kund (wohlwissend, dass die Regierung sich aus vier konservativen und nur einem liberalen Vertreter zusammensetzte, denn erst seit 1893 befand sich der liberal-radikale Jules Ducrey in der Regierung, dem nach seinem Tode 1905 Arthur Couchepin folgte).²⁰ De Torrenté sah bei einer Volkswahl der Staatsräte die Schwierigkeit unter anderem in den verschiedenen politischen Interessen der einzelnen Bevölkerungsgruppen in unserm Kanton. Er gab zu bedenken, die Exekutive und die Legislative könnten aus diesem Grunde öfters entgegengesetzte politische Ideen vertreten. Mitunter könnte das der Entwicklung des Kantons Wallis zum Schaden gereichen. Der Staatsratspräsident fürchtete sich zudem vor einer erheblichen Schwächung des Grossen Rates, weil die gesetzgebende Gewalt vom Grossen Rat auf das Volk übergehen würde.

Aus diesen Gründen könne, meinte de Torrenté, der Staatsrat der Motion Seiler nicht zustimmen. Gleichzeitig erklärte er sich aber mit dem Antrage Loretan einverstanden, fügte aber im gleichen Atemzuge hinzu : «Il n'est pas probable que cette étude aboutisse a des changements fondamentaux, car notre charte cantonale bien qu'elle en soit à sa 28me année ne paraît pas, dans ses grandes lignes, avoir trop vieilli. Si le contraire était vrai, nous aurions eu à enregistrer quelques

¹⁹ Henri de Torrenté, am 6. 12. 1845 in Naples geboren, war von Beruf Advokat und Notar. Er war lange Jahre Grossrat für den Bezirk Sitten (1877–1881 und 1906–1917) und über 20 Jahre lang Staatsrat (1881–1905). Er wurde während dieser Zeit auch zum mächtigsten Mann in der konservativen Partei. Viele Leute verglichen ihn mit einem Alleinherrscher und Tyrannen. Während seiner Amtszeit als Staatsrat hatte er nicht weniger als fünfmal das Amt des Staatsratspräsidenten inne: 1883/84, 1888/89, 1893/94, 1898/99, 1903/04. Nebenbei vertrat er das Wallis als Ständerat in den Jahren 1888–1898 und 1902–1903 und präsidierte die kleine Kammer 1894/95. Im Jahre 1905 wurde er zum Direktor der Hypothekar- und Ersparniskasse des Wallis ernannt, deren Geschicke er bis 1917 führte. Er verstarb am 20. Januar 1922 in Sitten (Vallesia 1982, S. 380).

²⁰ Jules Ducrey, am 27. Mai 1846 in Sitten geboren, wurde 1893 als erster liberal-radikaler Vertreter in den Staatsrat des Kantons Wallis gewählt. Der Advokat und Notar Ducrey blieb bis zu seinem Tode am 11. April 1905 in diesem Amt. Er präsidierte den Staatsrat in den Jahren 1897/98 und 1902/03 (Vallesia 1982, S. 292). Arthur Couchepin, geboren am 1. März 1869 in Martigny Bourg, trat nach dem Tode Ducrey's im Jahre 1905 dessen Nachfolge als liberal-radikaler Staatsrat an. Der studierte Advokat und Notar mit Wohnsitz in Martigny Bourg und Lausanne, vertrat den Bezirk Martigny in den Jahren 1893 bis 1905 als Grossrat, bevor er in den Staatsrat gewählt wurde (1905–1916). Er stand dem Staatsrat in den Jahren 1907/08 und 1912/13 als Präsident vor. Im Jahre 1916 wurde er als Bundesrichter nach Lausanne gewählt. Dieses geachtete Amt bekleidete er bis 1936. Ihm war es auch vergönnt in den Jahren 1935/36 das Bundesgericht zu präsidiieren. Er starb am 11. April 1941 im Alter von 72 Jahren (Vallesia 1982, S. 278).

manifestations témoignant d'une situation politique anormale..... Cette absence de toute effervescence est une circonstance heureuse, parce qu'elle permettra aux hauts pouvoirs et en toute liberté d'esprit le travail toujours important de la révision de notre loi fondamentale, et de n'apporter dans nos décisions qu'un seul souci, sentiment qui est commun à tous les membres qui font partie de cette Haute-Assemblée: celui d'assurer le bien-être moral et matériel du peuple valaisan.»²¹

Es war daher nicht weiter verwunderlich, dass der Antrag Kluser abgelehnt wurde. Er ergänzte den Antrag Loretan dahingehend, dass der Staatsrat die Notwendigkeit der Revision der Verfassung bis zur Mai-session 1904 prüfen sollte, und dass dieser Prüfung ein Bericht über die Erweiterung der Volksrechte beigelegt werden sollte.

Die Anliegen der Revisionisten unterlagen in der Abstimmung klar, und die Motion wurde vom Grossen Rat mit 76 gegenüber 28 Stimmen erwartungsgemäss hoch verworfen.²²

Unterstützt wurde die Motion neben den Antragsstellern nur noch von der liberal-radikalen Vertretung im Grossen Rat. Für die Motion und damit für die Erweiterung der Volksrechte stimmte auch der konservative Vertreter Joseph de Lavallaz, der sich in der Debatte mit seinem Votum für die Motionäre eingesetzt hatte.²³

Abschliessend nahm der Grosse Rat den Antrag Loretan mit grosser Mehrheit an. Der Staatsrat wurde somit aufgefordert, über die Prüfung einer allfälligen Verfassungsrevision Bericht zu erstatten. Eine bestimmte Frist zur Ausarbeitung desselben, wie es etwa der Antrag Kluser verlangt hatte, wurde der Regierung nicht gesetzt.

²¹ Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 165.

²² STAS. Vgl. dazu auch die Grossratsprotokolle der ordentlichen Session vom 23. November 1903 (in: 1002–71).

²³ Vgl. etwa Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 170–172. Joseph de Lavallaz, geboren am 13. März 1864 in Sitten, gehörte der konservativen Partei an und vertrat für diese den Bezirk Sitten als Grossrat von 1894 bis 1905. Von 1901 bis 1903 präsidierte er den Grossen Rat. Der studierte Advokat und Notar unterrichtete an der Rechtsschule in Sitten. Er wagte es als einziger katholisch-konservativer Abgeordneter, sich öffentlich für eine Erweiterung der Volksrechte einzusetzen. Er war, wie gesagt, der einzige konservative Abgeordnete, der für die Motion stimmte. Er bekannte sich auch später noch in einem langen öffentlichen Artikel zur Erweiterung der Volksrechte. Dass er es jedoch gewagt hatte, sich gegen die eigene Partei zu stellen, sollte ihn teuer zu stehen kommen. Er wurde zwar nicht offiziell aus der Partei ausgeschlossen, erhielt aber fortan keine Parteieinladungen mehr. Damit war er faktisch von der Partei als persona non grata erklärt (vgl. dazu BA, Nr. 23, 1904). So sollte er von seiner Partei für die Grossratswahlen von 1905 nicht mehr berücksichtigt werden. (Vallesia 1982, S. 325).

II Die Auswirkungen der Motion in Presse und Politik

1. Im Oberwallis

Alexander Seiler vertrat mit seiner Gruppierung den fortschrittlichen Flügel der katholisch-konservativen Partei. Da er jedoch die aristokratische Führung dieser Partei bekämpfte, hatte er sich mit seiner Splittergruppe von der Mutterpartei losgelöst und abgesondert.²⁴ Seiler war der festen Überzeugung, es sei ein Widerspruch, dass eine Partei, die vom Volke getragen wird und dessen Unterstützung bedarf, unter aristokratischer Führung stehe. Dass es einen eindeutigen Widerspruch darstellte, hatte ihm die Ablehnung seiner Motion durch die konservative Partei im Grossen Rate einmal mehr bewiesen. Diese Motion wollte dem Volke zu besseren und demokratischeren Rechten verhelfen. Jene aber, die konservative Partei, die nur dank der Mehrheit des Volkes die Regierungspartei im Kanton Wallis stellen konnte, lehnte eine rechtliche Besserstellung des Volkes ab! Welch eine paradoxe Situation! Dagegen anzukämpfen, wurde eines der Hauptziele von Alexander Seiler.

Seiler setzte sich vehement ein für jeglichen vernünftigen Fortschritt im ganzen Kanton, für eine gesunde und entwicklungsfähige Wirtschaft und für die Ausdehnung des Fremdenverkehrs. Die Zukunft hatte ihm Recht geben müssen und liess die Weitsicht und die Intelligenz dieses Politikers erst erkennen. Sie strafte diejenigen Lügen, die seine fortschrittlichen und weitsichtigen Pläne mit allen nur erdenklichen Mitteln zu bekämpfen suchten.

Weil er sich jedoch für den Fortschritt eingesetzt und eine Minderheitsidee vertreten hatte, war er bei seiner Mutterpartei, den konservativen Politikern und beim Klerus nicht sehr beliebt gewesen. Seine Pläne deckten sich zudem teilweise mit dem Parteiprogramm der Liberal-Radikalen des Unterwallis, was die Konservativen veranlasste, ihm Zusammenarbeit mit der Opposition vorzuwerfen. Eine solche Kooperation ergab sich nur scheinbar, da sowohl Seiler als auch die Liberalen den Fortschritt auf ihr Banner geschrieben hatten!

Im Gegensatz etwa zu den Liberal-Radikalen und zur Gruppe Seiler betrieb die konservative Partei eine Politik der Zurückhaltung und

²⁴ Vgl. W. Kämpfen, a.a.O., S. 90 f.

Vorsicht. Demokratischen Ideen, Freiheits- und Zukunftsidealen stand sie mit gemischten Gefühlen gegenüber. Enthusiasmus und Freude über Neuerungen und Verbesserungen kam bei ihr nie so recht auf. Dies mag mitunter, neben der Angst vor einem Machtverlust, ein entscheidender Grund für die Ablehnung der Motion Seiler gewesen sein. Die Angst vor der möglichen Machteinbusse war gewiss auch ein Grund für die starre Haltung gegenüber der Gruppe Seiler. Jene wurde Ende 1903 und vor allem im Frühjahr 1904 zur Zielscheibe manch ungerechtfertigten Angriffs seitens der Konservativen.²⁵

Erstaunlicherweise löste die Motion Seiler in der welschen konservativen Presse nicht die erwarteten politischen Reaktionen aus. Die «Gazette du Valais» teilte vielmehr kurz und sachlich die Hinterlegung der Motion mit und druckte sogar deren vollen Wortlaut in ihrem Blatte ab.²⁶

Hingegen sollte die Motion Seiler für den Redaktor des «Walliser Boten» Grund genug sein, einen neuen Pressestreit vom Zaune zu reissen. Vorerst aber berichtete der «Walliser Bote» über die Grossratssitzung vom 23. November 1903 und gab die Voten der einzelnen Redner in jener Verhandlung in verkürzter Form wieder.²⁷

Der «Briger Anzeiger» druckte die Voten aller Abgeordneten, die sich zu jener Motion geäussert hatten, in ausführlicher, für den Zeitungsleser fast zu weitschweifiger Weise ab; denn er benötigte dazu nicht weniger als sechs Fortsetzungsfolgen! Damit bot er dem Leser ein umfassendes Bild jener Grossratsdebatten und zeigte ihm zudem die Haltung der beiden Lager auf.²⁸

Am 25. November 1903 kommentierte ein Korrespondent die Motion Seiler im «Walliser Boten» auf eine ironische, sogar satirische Art und Weise. Hierauf forderte ihn Dr. Seiler in einer Erklärung auf, die er im «Briger Anzeiger» veröffentlichen liess, sachlich zu bleiben und verurteilte die persönlichen Anspielungen und Anfeindungen: «Es wäre uns ein Leichtes, dem Beispiele des N-Korrespondenten des W.B. folgend, einige Namen aus der Liste der 75 Grossräte, die gegen die Motion gestimmt, herauszugreifen, und zum Gegenstand spass-

²⁵ Vgl. dazu unter anderem die Anm. 57 in Kap. I. Ziel solcher Angriffe war nicht nur die Gruppe Seiler, sondern auch der «Briger Anzeiger», woraus heftige Pressefehden entsprangen.

²⁶ G. d. V., Nr. 93 und 94 vom 21. und 25. November 1903.

²⁷ WB, Nr. 94–96 vom 25. November bis 2. Dezember 1903.

²⁸ BA, Nr. 93–99 vom 21. November bis 12. Dezember 1903.

und lachhafter Bemerkungen zu machen. Wir werden das nicht tun, weil wir das Votum eines jeden Abgeordneten achten und ehren und weil uns die Volksrechte selbst, deren Aufnahme in die Verfassung wir im Grossen Rate zu verlangen die Ehre hatten, zu heilig sind, um sie zum Gegenstand einer gehässigen und in Persönlichkeiten ausarten-
den Pressefehde zu machen.»²⁹

In der Folgezeit erschienen im «Walliser Boten» vermehrt Artikel, die sich gegen eine Verfassungsrevision im Sinne der Erweiterung der Volksrechte aussprachen.³⁰

Dagegen fanden sich im «Briger Anzeiger» öfters Berichte, welche sich offen und mit aller Entschiedenheit für die Anliegen der Revisionisten einsetzten und dem Grossen Rate fehlende Weitsicht vorwarfen.³¹

Die Fronten hatten sich schon seit langem verhärtet und klar abgezeichnet. Es brauchte nur noch den zündenden Funken, um im Oberwallis eine grosse Pressefehde zu entfachen. Diesen lieferte sodann am Vorweihnachtsabend des Jahres 1903 der Geistliche und Redaktor Theodor Arnold mit der Publikation einer Gommer Korrespondenz im «Walliser Boten». Ein Gommer Bürger zweifelte darin die Echtheit der Leserbriefe aus dem Goms an, die im «Briger Anzeiger» erschienen waren. Er bestritt zudem das Vorhandensein von Sympathien der Gommer für die Ideen der Revisionisten und fügte provozierend hinzu: «.... mit Ausnahme einiger dienender und bezahlter Geister, die da meinen den Ton angeben zu müssen.»³²

Diese Beschuldigung, Bestechung oder Volksirreführung spiele da mit, hätte allein schon genügt, den Stein des Anstosses zu bilden. Anscheinend aber war dies dem Redaktor des «Walliser Boten» noch nicht genug, denn er setzte dem Leserbrief folgende verleumderische Bemerkung voran: «Von einem sehr angesehenen und mit den Verhältnissen von ganz Goms durch seinen Verkehr mit den verschiedenen Gemeinden gut bekannten Manne, dem das Treiben mit all den erdichteten und bestellten Korrespondenzen im «B.A.» endlich zu bunt wird, erhalten wir folgende Korrespondenz.»³³

²⁹ BA, Nr. 95 vom 28. November 1903.

³⁰ Vgl. u.a. WB, Nr. 99/102 vom 12./23. Dezember 1903.

³¹ Vgl. u. a. die Nummern 95, 97 und 98 aus dem Jahre 1903.

³² WB, Nr. 102 vom 23. Dezember 1903.

³³ WB, ebenda.

Diese eindeutige Provokation und die anmassende Anschuldigung wies der «Briger Anzeiger» aufs energischste zurück und versprach auch künftig jeden persönlichen Angriff bei der Besprechung der Revision zu unterlassen.³⁴ Gleichzeitig erklärte er jedoch, seinen Lesern und Korrespondenten, die persönlich angegriffen würden, zur Abwehr und zur Verteidigung ihrer Interessen, seine Spalten zu öffnen. Er stellte seinen Lesern fürderhin die Frage: «Kann ein Blatt, das zudem noch einen geistlichen Herrn zum Redaktor hat, nicht auch einmal eine Pressefehde führen, ohne gleich verletzend und beleidigend zu werden?»³⁵ Diese Frage offen zu beantworten, wagten viele nicht. Arbeitet man aber heute die Artikel des «Walliser Boten» jener Zeit durch, kommt man nicht umhin, festzustellen, dass Redaktor Arnold grosse Schwierigkeiten hatte, in dieser Angelegenheit objektiv und vorurteilslos zu berichten.

Mit dieser uneinsichtigen Haltung Arnolds und mit der Ankündigung des «Briger Anzeigers», seinen angegriffenen Lesern die Spalten zu öffnen, war der Pressekrieg im Oberwallis offen ausgebrochen. Die Motion Seiler erregte aber nicht nur im Wallis Aufsehen, sondern wurde in der Folge auch in verschiedenen Blättern der Deutsch- und Westschweiz besprochen und kommentiert. Zugesandte Korrespondenzen über die Motion Seiler fand man ebenso, wie Leitartikel bedeutender Schweizer Redaktoren.³⁶

2. Im ganzen Kanton

Am Neujahrstage 1904 erschien im «Briger Anzeiger» ein Aufruf, mit dem sich die acht Motionäre erstmals direkt an die Öffentlichkeit wandten.³⁷

In der Zwischenzeit hatten sie nämlich einen Unterschriftenbogen in Umlauf gegeben. Damit wollten sie die benötigten 6000 Unterschriften sammeln, um gemäss Art. 87 der KV das Verfassungsreferendum anzustreben. Würde ihnen dies gelingen, so hätte danach das Volk die Möglichkeit, in einem Urnengange selber darüber zu befinden, ob die

³⁴ BA, Nr. 104 vom 30. Dezember 1903.

³⁵ BA, ebenda.

³⁶ Vgl. dazu u.a. Zürcher Nachrichten vom 5. Dezember 1903 und das Basler Volksblatt vom 4. Dezember 1903.

³⁷ Vgl. auch Conf., Nr. 2 und 5 vom 6. und 23. Jan. 1904.

Verfassung überhaupt revidiert werden sollte, und wenn ja, ob es eine Total- oder eine Teilrevision sein sollte.³⁸

In diesem Aufruf unterrichteten sie die Bevölkerung von ihrem Vorhaben und baten die gesamte Bevölkerung, die Referendumsbögen zu unterschreiben. Dies schien den Revisionisten der einzig gangbare Weg gewesen zu sein, um dem Volke zu seinen Rechten zu verhelfen. Sie erkannten darin auch die beste Möglichkeit, die Festung der Konservativen zu überwinden und erblickten darin zudem den kürzesten Weg, um zu einer demokratischeren Verfassung zu gelangen.

Inzwischen hatten die Motionäre die Gefahr, die dem Oberwallis bei einer Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte bevorstand, erkannt! Sie liessen daher diese beiden Postulate für den Moment beiseite und nahmen nur mehr die Gesetzesinitiative und das Gesetzesreferendum in ihre Forderungen auf. Mit diesem weniger weit reichenden Postulat hofften sie, den Widerstand der Konservativen eher brechen zu können.

Handelte es sich bis anhin nur um eine Pressefehde im Oberwallis und um eine prestige- und imageträchtige Angelegenheit für die Oberwalliser Konservativen, sollte sich dies mit dem obigen Aufruf schlagartig ändern.

Hatte sich die Unterwalliser Presse bis zu Beginn des neuen Jahres beinahe still verhalten, so mussten die einzelnen Zeitungen nun Partei für eines der beiden Lager ergreifen. Die konservativen Blätter stärkten der katholisch-konservativen Partei den Rücken (der «Nouvelliste valaisan» und das «Journal et feuille d'avis du Valais et de Sion» verhielten sich vorderhand sehr zurückhaltend). Auf die Seite der Revisionisten schlug sich neben dem «Briger Anzeiger» nur noch «Le Confédéré».

Die kantonal-konservative Parteileitung hatte vorderhand nicht in dieses Pressegeplänkel im Oberwallis eingegriffen. Doch durch den bis dahin im Wallis einmaligen Versuch, das Verfassungsreferendum zu ergreifen, wurde sie ebenfalls gezwungen, Stellung zu beziehen.

³⁸ Art. 87 KV 1875 lautete:

«Die vorliegende Verfassung muss revidiert werden, wenn es die Mehrheit der stimmbfähigen Bürger begehrt.

Ein von sechstausend Bürgern gestelltes Revisionsbegehren wird in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet.

Im bejahenden Falle haben diese Versammlungen zugleich zu entscheiden, ob die Revision eine vollständige (Total-) oder teilweise (Partial-) sein, und durch einen Verfassungsrat vorgenommen werden solle.»

Der letzte Absatz zu diesem Artikel ist hier nicht angeführt! Vgl. auch S. 200.

Als Antwort auf den öffentlichen Aufruf der Revisionisten publizierten die beiden konservativen Parteizeitungen eine Mitteilung des kantonalen konservativen Parteikomitees. Dieses gab darin bekannt, die Referendumsbögen dürften von den Anhängern der konservativen Partei auf keinen Fall unterzeichnet werden!³⁹

In grossen, fettgedruckten Lettern stand im «Walliser Boten» vom 9. Januar 1904 das Wort WARNUNG am Kopfe dieser Pressemitteilung. An solchen Details lässt sich heute die politische Situation jener Zeit und die Aufsplitterung in zwei einander bekämpfende Gruppierungen gut erkennen. Den Entschluss, die Unterschriftensammlung nicht zu unterstützen, begründete das Kantonalkomitee einerseits mit der Trennung der Revisionisten von der Mutterpartei. Andererseits warfen sie der Gruppe Seiler vor, mit den Liberal-Radikalen des Unterwallis zu kooperieren. Zudem erklärten sie ihrem Wählerkreis, das Vorgehen der Revisionisten würde ein klares Misstrauensvotum an die Mehrheit des Grossen Rates bedeuten, da dieser die Motion Seiler in seiner Novembersession eindeutig abgelehnt hatte. Ebenso hätte der Grosse Rat dem Staatsrat in derselben Session schon den Auftrag erteilt, die Revision der Verfassung auf ihre Zweckmässigkeit zu überprüfen. Aus diesen Gründen sei das Vorgehen der Motionäre unnötig und voreilig.

Als Folge dieser divergierenden Meinungen sollte im Frühjahr 1904 ein Pressekrieg ausbrechen, der die beiden sich bekämpfenden politischen Lager mit einer ungeheuren Wucht und Gewalt aufeinanderprallen liess.⁴⁰

In diesen Pressekrieg griffen auch andere Schweizer Zeitungen ein. So fühlte sich der «Walliser Bote» zudem noch von liberal gesinnten Zeitungen, wie der «Neuen Zürcher Zeitung» oder dem «Bund», die die Interessen und Ziele Seilers mitunterstützten, angegriffen.⁴¹

³⁹ WB, Nr. 3 vom 9. Januar 1904. – G.d.V., Nr. 2 vom 6. Januar 1904. – Ami.d.p., Nr. 2 und 3 vom 6. und 9. Januar 1904.

⁴⁰ Man braucht nur die Walliser Zeitungen vom Januar und Februar des Jahres 1904 zu lesen, um erkennen zu können, wie heftig und grob diese Auseinandersetzung in der Presse geführt wurde. Verleumdungen, irreführende Meldungen und Klatsch schienen an der Tagesordnung zu sein. Hüben wie drüben wurde nicht mit harten und ehrverletzenden Worten geheizt.

⁴¹ WB, Nr. 4 vom 13. Januar 1904.

III GEDANKEN DES VERFASSERS

Wie jede Partei, so versuchte auch die katholisch-konservative Partei ihre politische Stellung und ihren Einfluss im Kanton Wallis zu verteidigen. Als Regierungspartei wollte sie ihre Machtstellung nicht preisgeben und liess daher nur eine beschränkte, gut kontrollierbare Opposition aufkommen. Als jedoch die Gruppe Seiler sich langsam von eben dieser katholisch-konservativen Partei zu lösen begann, kam sofort Bewegung in die Führungsreihen dieser Partei. Als Dr. Seiler und Konsorten ihre Motion im Grossen Rat einbrachten, erkannten die Konservativen in den geforderten Postulaten eine Gefahr für ihre Partei. Einerseits, so fürchteten sie, würde ihre Stellung im Oberwallis durch die Absplitterung der Gruppe Seiler von ihr geschwächt. Sie sahen die Einigkeit, die im Oberwallis vorwiegend herrschte, mit dem Aufkommen einer zweiten Partei schwinden. Zum andern glaubten sie, mit der Annahme der geforderten Postulate würde die liberal-radikale Opposition im Mittel- und Unterwallis erheblich gestärkt, ja sie könnte sogar zu einer akuten Gefährdung der konservativen Machtposition führen.

Es waren denn wohl vor allem diese Gründe, die zur eindeutigen Ablehnung der Motion Seiler beitrugen. Man darf aber das Vorgehen der konservativen Partei nicht damit allein entschuldigen. Denn es darf nicht vergessen werden, dass die konservative Mehrheitspartei nur mit der Unterstützung des Grossteils der Walliser Bevölkerung diese Machtstellung im Kanton erlangt hatte. Die Gunst des Volkes war und ist in jedem Falle und jederzeit der Gradmesser der politischen Parteienstärke. Mit der Ablehnung der Motion Seiler hatte man jedoch eine Ausdehnung und Verbesserung der Volksrechte verhindert! Eine an und für sich unlogische Erscheinung: Das Volk unterstützt eine Partei und genau jene Partei verhindert, dass das Volk zu seinen Rechten kommt!

Diese Erscheinung kann man auch noch aus einem andern Gesichtswinkel betrachten. Es war dazumal so, dass ein Vorschlag, der aus den Reihen der Opposition stammte, oftmals ohne Chancen war. Es muss dies auch hier der Fall gewesen sein. Wohl erkannten die Konservativen die verbesserten Rechte für das Volk, sahen aber gerade darin die grosse Gefahr für den traditionellen Konservatismus und erachteten die Motion als Angriff der Opposition auf die konservative Festung.

Dennoch musste auch den konservativen Führern klar gewesen sein, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis die geforderten Volksrechte auch im Wallis verwirklicht würden. Man darf vor allem nicht vergessen, dass die gesamtschweizerische konservative Partei schon jahrzehntelang für eben diese Volksrechte sich eingesetzt hatte.⁴² Auch sie hatte den Wandel vom Feind zum Freund dieser Volksrechte vollziehen müssen. Bis die Walliser Konservativen sich allerdings dazu entschliessen konnten, dem Volke zu seinen Rechten zu verhelfen, sollte noch ein langer und steiniger Weg bevorstehen.

⁴² Vgl. Th. Curti, Die schweizerischen Volksrechte, 1848–1900, Bern 1900, S. 99–114. – Vgl. auch den BA., Nr. 3 vom 9. Januar 1904.

KAPITEL III

VERFASSUNGSREFERENDUM UND ABSTIMMUNG

I Das Verfassungsreferendum

1. Das Volk soll entscheiden!

Nachdem die Motion Seiler auf dem parlamentarischen Wege von der Mehrheitspartei abgeblockt und aus den Voten der konservativen Politiker ersichtlich geworden war, dass sie die Einführung der erweiterten Volksrechte nicht als dringlich einstufen, blieb den Motionären nur mehr ein Weg offen. Sie mussten versuchen, über das Verfassungsreferendum dem Volke zu seinen Grundrechten in einer Demokratie zu verhelfen!

In diesem Sinne lautete denn auch der oben erwähnte Aufruf an die Walliser Bevölkerung vom Neujahrstage 1904:

«Werte Mitbürger! Nachdem der Grosse Rat in der letzten Novembertagung unsern Antrag auf Erweiterung der Volksrechte mit Wucht verworfen, haben die Motionsteller beschlossen, die Frage der Verfassungsrevision im Sinne der Ausdehnung der Volksrechte dem Souveräne selbst, d.h. dem Volke zu unterbreiten.

Es scheint uns, dass der Grosse Rat schlecht beraten war, als er von sich aus unsere Motion abwies.

In einem demokratischen Staate hat das Volk, nicht der Grosse Rat über seine Rechte zu entscheiden, ihm gehört das letzte Wort. Das Volk soll selbst seinen Willen kund geben, ob es reif, ob es fähig, an den Gesetzen mitzuarbeiten und denselben seine Genehmigung zu erteilen.

Es ist uns in erster Linie um das Gesetzesreferendum und die Initiative, die zwei idealsten Volksrechte, zu tun.

Die Frage der Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte mag für einstweilen noch offen bleiben; dieselbe stösst – wir anerkennen es – in unserem Lande in Folge der sprachlichen und topographischen Ver-

hältnisse auf nicht zu verkennende Schwierigkeiten. Auch sie wird in nicht zu ferner Zeit eine Lösung im Sinne der demokratischen Staatsauffassung finden.

Fürs erste aber verlangen wir ein Recht, das seine Wiege in unserm lb. Vaterlande hat, das unsere Vorfahren einst in langen und blutigen Kämpfen mit ihren Landesherren erstritten, das sie jahrhundertlang ausgeübt, ein Recht, in dem sie stets das kräftigste Bollwerk gegen Unterdrückung und Vergewaltigung erblickten.

Dieses Recht, das Gesetzesreferendum, besitzen wir im Bunde; wir wollen es auch im Kanton ausüben.

Oder soll das Volk, nachdem es im Bunde majorenn geworden, im Kantone minderjährig sein? Gewiss nicht.

Das Referendum ist uns in den Verfassungstürmen der vierziger Jahre verloren gegangen. Die Zeit ist gekommen, dasselbe wieder zu erobern.

Nachdem der Staatsratspräsident im Namen des Staatsrates in der Grossratssitzung vom 23. November abhin diese Volksrechte abgelehnt hat, bleibt uns nur mehr der durch die Verfassung bezeichnete Weg offen, wenn wir in den Besitz der Volksrechte, Referendum und Initiative, gelangen wollen.

Art. 87 der Verfassung vom Jahre 1875 bestimmt, dass ein von sechstausend Bürgern gestelltes Revisionsbegehren in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet werden muss.

Bürger von Wallis! Wir fordern Euch auf, mit uns das Referendum zu ergreifen und die in Circulation gesetzten Referendumsbogen recht zahlreich zu unterschreiben.»¹

2. Der Kampf für die Volksrechte

Die nötigen 6000 Unterschriften zu beschaffen, wurde nun zum vorranglichsten Ziele der Revisionisten. Man gründete eigens dazu ein Aktionskomitee für eine Verfassungsrevision mit Sitz in Brig. Von hier aus wurden die Referendumsbögen in Umlauf gesetzt, wurde die ganze Aktion organisiert, geleitet und überwacht.

Dass sich bei diesem Kampf um die Unterschriften auch Ungereimtheiten ergaben, ist durchaus verständlich. In einzelnen Teilen des Wallis herrschte um jene Zeit noch das Analphabetentum vor. Es

¹ BA, Nr. 1 vom 1. Januar 1904.

gelingt daher auch heute noch nicht, den Vorwurf, viele Unterschriften seien nicht mit rechten Dingen eingeholt worden, vollends zu entkräften. Vielmehr muss man annehmen, dass einzelne Unterschriften nicht eigenhändig zu Papier gebracht wurden, sondern, dass oft das Familienhaupt oder ein schreibkundiges Familienmitglied für andere Familienangehörige mitunterschrieben hatte. Doch angesichts der später erzielten grossen Anzahl von Unterschriften konnte dieses Argument dem Erfolge der Revisionisten keinen Abbruch tun.

Laufend konnte man in der Oppositionspresse des Wallis, im «Le Confédéré» und im «Briger Anzeiger» zu Beginn der Revisionskampagne Erfolgsmeldungen bei der Unterschriftensammlung bekanntgeben. Demgegenüber las man in der Regierungspresse, allen voran im «Walliser Boten» und im «L'ami du peuple», aber auch in den andern konservativen Blättern, gegenteilige Berichte.

Schon am 6. Januar sprach man im «Briger Anzeiger» von bald 700 Unterschriften allein aus dem Goms, dem Bezirk, den Alexander Seiler als Grossrat in Sitten vertrat.

Am selben Tage forderte der «Walliser Bote» die Oberwalliser Konservativen auf, ihrer Parteileitung die Treue zu halten und sich deren Beschluss, die Unterschriften zu verweigern, anzuschliessen.² Die Revisionisten zeigten sich von dem nicht sehr überraschenden Verhalten der konservativen Partei überhaupt nicht beeindruckt. Im Gegenteil, sie gaben ihre Überzeugung kund, innert kurzer Frist die benötigten Unterschriften beisammen zu haben. Sie drückten zudem ihre Hoffnung aus, allein im Oberwallis rund dreitausend Bürger für ihre Idee gewinnen zu können, d. h. dass die Hälfte der gesetzlich vorgeschriebenen Unterschriften aus dem vorwiegend konservativen obern Kantonsteil stammen würden.

Den Motionsstellern warf man weiterhin ständig vor, sie würden gemeinsame Sache mit den Liberal-Radikalen des Unterwallis machen. Dies wiederum stand nie im vordergründigen Interesse der Motionäre und lag weder in ihrer Absicht noch war es ihr Ziel. Diesen Vorwurf wiesen sie denn auch weit von sich und rechtfertigten ihr Vorgehen im «Briger Anzeiger»: «Der Aufruf, den diese Grossräte unterzeichnet, richtet sich an alle Bürger des Landes, ohne Unterschied der Parteien. Wenn die Liberalen von Mittel- und Unterwallis das Referendum unterstützen, ist das ihre Sache, uns kann es recht sein. Die Liberalen

² WB, Nr. 2 vom 6. Januar 1904.

des Wallis sind Bürger, die mit uns gemeinsam die Lasten des Staates tragen, sie haben ebenso gut, wie jeder andere Walliser Bürger das Recht, mitzuraten und mitzutaten und haben sich ihre Haltung nicht vorschreiben zu lassen von gewissen Sachpatrioten in Leuk und Raron.»³

Sie hatten sich aber auch der Unterstellung zu erwehren, die Ergreifung des Verfassungsreferendums sei nur um der Effekthäscherei wegen lanciert worden. Gewisse Personen hätten sich damit beim Volke profilieren wollen, hätten in Tat und Wahrheit jedoch andere Absichten verfolgt.⁴ Othmar Kluser bekräftigte dagegen seinen Standpunkt mit den Worten: «Wenn ich die Motion und den Aufruf an das Walliser Volk betreffend Verfassungsrevision im Sinne der Erweiterung der Volksrechte unterzeichnet habe, so bin ich von dem Grundsatz ausgegangen, dass diese Rechte dem Volke gehören und demselben nicht mehr länger vorenthalten werden können. Ich bin von der Überzeugung ausgegangen, dass ein längeres Zuwarten in dieser Hinsicht für unsern Kanton und gerade für die konservative Partei unklug und verhängnisvoll wäre; ich war mir vollständig bewusst, dass diese Begehren einer konservativen, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Politik nicht widersprechend, sondern in den meisten Kantonen der Schweiz gerade ein Haupt-Programmpunkt der gleichen Partei bildet.»⁵ In dieser Richtung sprach sich auch eine Korrespondenz im «Walliser Boten» vom 6. Januar aus. Die konservative Partei solle doch, hiess es darin, jetzt, da die Verfassungsrevision den Grossrat auf alle Fälle beschäftigen werde, die Initiative und das Referendum endlich in ihr Programm aufnehmen. Dieses Ansinnen wies jedoch, wie Redaktor Arnold schrieb, die konservative Partei entschieden ab.

Sie beharrte auf ihrem Entscheid, den sie in der Novembersession gefasst hatte und war nicht bereit, den Revisionisten entgegenzukommen. Vielmehr suchte sie weiterhin, am bestehenden politischen System festzuhalten. Die Bevölkerung beschwichtigte sie mit dem Argument, das ganze Land müsste sich jetzt auf die Entwicklung des ökonomischen Wohlstandes konzentrieren. Aus diesem Grunde,

³ BA, Nr. 3 vom 9. Januar 1904.

⁴ WB, Nr. 2 und 3 vom 6. und 9. Januar 1904. – Diese Vorwürfe richteten sich vor allem an die Adresse Dr. Seilers.

⁵ BA, Nr. 3 vom 9. Januar 1904.

erklärte sie ihren Wählern, wäre die revisionistische Agitation noch gar nicht nötig und zeitgemäss. Ob sich allerdings die Walliser Bevölkerung von diesem Ablenkungsmanöver würde irreleiten lassen, war ungewiss.

In der Folge blieben sich die beiden politischen Lager nichts schuldig. Die Auseinandersetzung um eine Verfassungsrevision wickelte sich zu einem grossen Teil über die Presse ab. Verurteilte der «Walliser Bote» das Vorgehen der Gruppe Seiler oder bemängelte er die Reformbewegung überhaupt, blieb eine gut fundierte Antwort der Reformanhänger im «Briger Anzeiger» nicht aus. Ähnliche Tendenzen liessen sich ebenfalls in der Unterwalliser Presse erkennen. Die Berichte, Kommentare und Leserbriefe in den Walliser Zeitungen ergeben ein interessantes Spiegelbild der damaligen Verhältnisse und Geschehnisse. Sie dokumentieren eindrücklich den hart und zum Teil unfair geführten Kampf um die Volksrechte. Nicht selten artete die Pressefehde in Persönlichkeitsverletzungen und Verleumdungen der allerschlimmsten Art aus. Manipulierte Meldungen, Verfälschungen von Tatsachen und offensichtliche Lügen waren an der Tagesordnung.⁶ Die gröbere Feder führten dabei eher die beiden Redaktoren des «Le Confédéré» und des «Walliser Boten», die sich nicht scheuten, die giftigsten ihrer Pfeile aus dem Köcher zu ziehen.

Die Wirren, die unaufhörlichen Fehden und die politischen Geplänkel konnten den Siegeszug der Reformbewegung nicht mehr gefährden. Immer mehr Walliser Bürger bekannten sich zu den Volksrechten und unterschrieben die Referendumsbögen. Schon am 17. Januar war dem «Le Confédéré» zu entnehmen, dass bis anhin knapp 3000 Unterschriften gesammelt worden seien. Weiter berichtete das Blatt, die Aktion würde sich auch im Unterwallis hervorragend anlassen.⁷ Als zudem am 23. Januar der Vorstand der liberalen Partei seine Wähler in einem publizierten Aufruf bat, sich für die Revision einzusetzen, schien es nur mehr eine Frage der Zeit zu sein, bis die benötigten sechstausend Unterschriften vorhanden sein würden.⁸ So schrieb denn der Redaktor des «Le Confédéré» in seiner nächsten Nummer zu Beginn seines Leitartikels: «Il est dès maintenant certain que le chiffre de 6000

⁶ Vgl. hierzu die folgenden Zeitungen vom Dezember 1903 bis zum Juli 1904: BA, WB, G.d.V., Ami d. p., Conf., und NL.- Vgl. auch W. Kämpfen, a.a.O., S. 90-120.

⁷ Conf., Nr. 5 vom 17. Januar 1904.

⁸ Conf., Nr. 7 vom 23. Januar 1904.

signatures en faveur de la demande de révision sera sensiblement dépassé.»⁹ Hingegen teilte der Redaktor des «L'ami du peuple» diese Ansicht ganz und gar nicht. «Les lanceurs de l'initiative révisionniste ne recueillent pas grand succès, nous assure-t-on, dans la partie française du canton. Les radicaux sont seuls à signer. Et encore, dans ce partie n'est-on pas unanime. On nous affirme que dans le Haut-Valais même plus d'un fervent partisan du mouvement au début, regrette maintenant d'avoir appuyé de sa signature cette campagne de vaine et stérile agitation..... En tous cas, que personne ne donne plus sa signature à la demande révisionniste.»¹⁰ Dennoch fand sich schon in der achten Nummer des «Briger Anzeigers», am 27. Januar, ein kleiner Artikel, in dem von der Zahl von bis anhin achttausend gesammelten Unterschriften die Rede war. In derselben Ausgabe erschien auf der Frontseite ein langer Artikel des konservativen Abgeordneten Joseph de Lavallaz. Darin sprach er sich mit glänzenden und objektiven Argumenten für eine Erweiterung der Volksrechte und für das Verfassungsreferendum aus.¹¹ Derselbe Aufruf wurde auch im «Journal et feuille d'avis du Valais et de Sion» abgedruckt.¹² Doch sollte de Lavallaz der einzige konservative Grossrat sein, der sich öffentlich für das Referendum eingesetzt hatte.¹³

Ende Januar und zu Beginn des Februarmonates überstürzten sich die Ereignisse und der Kampf über die Verfassungsrevision machte vorerst den Nationalratswahlen vom 7. Februar 1904 Platz.¹⁴

⁹ Conf., Nr. 8 vom 27. Januar 1904.

¹⁰ Ami d. p., Nr. 7, 1904.

¹¹ BA, Nr. 8 vom 27. Januar 1904.

¹² Feuille d'avis, Nr. 10 vom 26. Januar 1904. Die Redaktion des feuille d'avis machte ihre Leser in ihrer Nr. 14 (4. Februar 1904) darauf aufmerksam, dass der Artikel von Hr. de Lavallaz als Annonce erschienen und auch so gekennzeichnet gewesen sei. Er bedeute daher keine Einmischung der Redaktion und des Blattes in die Walliser Politik und solle auch nicht als solche gewertet werden.

¹³ Wie schon vorne auf S. 38 erwähnt, musste Joseph de Lavallaz diesen Einsatz bitter büssen. War er noch in den Jahren 1901 bis 1903 Präsident des Grossen Rates, wurde er von der konservativen Partei für die Grossratswahlen von 1905 nicht mehr als Kandidat aufgestellt.

¹⁴ Nach dem Tode des bisherigen Mandatsinhabers Alfred Perrig am 7. Dezember 1903, musste im alten 46. Wahlkreis ein neuer Nationalrat gewählt werden. Eigenartigerweise gehörten diesem Wahlkreise die Bezirke Goms, Brig, beide Raron, Leuk, Siders, Ering, Sitten und Gundis an (vgl. hierzu Art. 1 des Beschlusses des Staatsrates vom 8. Jänner 1904 betreffend die Ersatzwahl eines Abgeordneten auf den Nationalrat für die Legislaturperiode von 1902 bis 1905, in: AS/VS, Bd. 20, S. 177–181.

Nach langem Abwarten und Zögern konnte sich die konservative Partei entschliessen, den Rarner Heinrich von Roten als offiziellen Kandidaten aufzustellen.¹⁵

Eine Gruppe von Wählern aber war damit nicht einverstanden und bestimmte Dr. Alexander Seiler als Gegenkandidaten. Für die katholisch-konservative Partei bedeutete dies eine ungeheure Provokation. Denn bis anhin hatte im Oberwallis noch niemand gewagt, sich der konservativen Partei zu widersetzen. Nichts konnte zudem just in diesem Moment die führenden Politiker der Konservativen mehr verletzen und verärgern als die Gegenkandidatur Seilers. Seiler hatte es nämlich verstanden, das Volk für das Verfassungsreferendum zu gewinnen, wogegen der Kampf der Konservativen gegen das Referendum beim Volk durchwegs auf taube Ohren stiess. Die Reformisten, angeführt von Alexander Seiler, hatten ihnen, das zeichnete sich zu jenem Zeitpunkte deutlich ab, eine empfindliche politische Niederlage und Schmach beigelegt. Die Konservativen hatten die Zeichen der Zeit nun auch erkannt und wussten um die Popularität Seilers. Dadurch war er mit seiner Gruppe unabhängig von der Mutterpartei geworden und eine allfällige Wahl Dr. Seilers hätte gezwungenermassen die Gründung einer eigenen Partei bewirkt. Die Konservativen sahen das Einparteiensystem des Oberwallis schwanken.

Wollten sie daher ihre bisherige Stellung nicht verlieren, blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre gesamte Macht und Stärke, ihren Einfluss und all ihre Mittel in diesen Wahlkampf zu werfen. Die Konservativen bekämpften daher die Kandidatur Dr. Seilers vehement. Alexander Seiler hielt jedoch unbeirrt an seiner Kandidatur fest. Seine Anhänger setzten sich tatkräftig für ihn ein.

Daraus entsprang einer der heftigsten, umstrittensten und offensten Wahlkämpfe in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die beiden Lager prallten mit einer Heftigkeit, Ungestümheit und Wildheit

¹⁵ Heinrich von Roten, geboren am 15. Februar 1856 in Raron, hatte seinen Wohnsitz daselbst. Er stammte aus einem alten Geschlecht, aus dem viele verdiente Staatsmänner hervorgegangen sind. Er war verheiratet mit Maria Bertha Feigenwinter und übte den Beruf eines Notaren aus. Er war von 1890 bis zu seinem Tode Instruktionsrichter seines Wohnbezirkes. Wie viele andere aus der Familie Roten, so war auch Heinrich in der Politik tätig. Er vertrat den Zenden Westl. Raron als Grossrat in den Jahren 1881 bis 1916. Er hatte den Sitz als Nationalrat in den Jahren 1904 bis 1905 inne und wurde am 26. Okt. 1906 zum Ständerat gewählt. Dieses Amt bekleidete er bis zu seinem Tode am 18. Dez. 1916 (Vallesia 1982, S. 362). Vgl. auch W. Kämpfen, a.a.O., S. 104 f., zur Persönlichkeit von Heinrich Roten.

aufeinander, die uns heute unvorstellbar anmutet. W. Kämpfen bezeichnete ihn als «einen historischen Wahlkampf».¹⁶

Diesen Kampf um die Wahl in den Nationalrat begleitete zudem ein Pressekrieg von hinterhältiger und gemeiner Art. Es ist kaum vorstellbar, wieviele Unwahrheiten und erfundene Geschichten über die beiden Kandidaten während dem Wahlkampf über die Oberwalliser Presse an die Öffentlichkeit gelangten. Es lohnt sich daher nicht, an dieser Stelle näher darauf einzugehen.¹⁷

Die Folgen dieses von Hass, Hinterlist und Rache geschürten Wahlkampfes waren riesig. Er trennte ganze Dörfer in zwei Lager, die Roten-Anhänger und die Seiler-Verbündeten. Er streute viel Hass, Zwist, Neid und Streit unter die Oberwalliser Bevölkerung. Schlimmer noch, er führte dazu, dass ganze Familien auseinandergerissen wurden und fortan in Unfrieden und Hass miteinander lebten, weil ein Mitglied für Roten, das andere für Seiler eintrat. Dieser Wahlkampf sollte zum Ausgangspunkt mancher Familienfehde werden. Die Folgen waren unübersehbar und weitreichend.¹⁸

Ebenso ergriff die Geistlichkeit, angestachelt durch die Artikel ihres Konfraters Th. Arnold im «Walliser Boten» gegen Dr. Seiler, insgeheim oder öffentlich Partei für Heinrich von Roten und mischte sich damit in den Wahlkampf.¹⁹

Der Wahlkampf wurde beidseitig mit grösster Härte geführt. Die Unsitte mit dem sogenannten Stimmwein kam auf.²⁰ Auch sie führte zu manch ungebührlichem Wort in der Oberwalliser Presse.

Schlussendlich konnte sich aber am Abend des 7. Februar 1904 Heinrich von Roten als Sieger dieses «Wahlkrieges» ausrufen lassen. Mit

¹⁶ W. Kämpfen, a.a.O., S. 104. Vgl. zu diesem Wahlkampfe auch die nachfolgenden Seiten in Kämpfens Biographie. Er erzählt die Geschichte des Wahlkampfes in einer lebhaften und volksnahen Sprache.

¹⁷ Vgl. zu dieser Presseauseinandersetzung vor allem die beiden Oberwalliser Zeitungen, den BA und WB der 1. Februarwoche 1904.

¹⁸ Vgl. dazu Kap. IV.

¹⁹ Vgl. W. Kämpfen, a.a.O., S. 108 f. – Dr. Seiler wurde vorgeworfen, ein schlechter Katholik und Kirchgänger und eine eminente Gefahr für Kirche und Staat zu sein. Diese Angriffe waren nichts anderes als Verleumdungen gegen die Person von Dr. Seiler. Denn Dr. Seiler machte sich mehrmals für die Kirche stark. Dies sollte vor allem in den beiden Verfassungsdebatten von 1906 und 1907 zum Ausdruck kommen. Die gleichen Geistlichen, die ihn in der denkwürdigen Wahl von 1904 bekämpft hatten, ergriffen bei den Verfassungsdebatten für ihn Partei. Vgl. dazu Kap. VI.

²⁰ Das Spendieren von Stimmwein hatte im Wallis schon fast Tradition. Man darf aber doch sagen, dass dieser Brauch den Wahlausgang kaum beeinflusste. – Vgl. auch W. Kämpfen, a.a.O., S. 107.

rund 2200 Stimmen Vorsprung hatte ihn die Bevölkerung des 46. Wahlkreises zum neuen Nationalrat gewählt.²¹

Alexander Seiler konnte trotzdem für sich einen gewaltigen Achtungserfolg verbuchen, war es ihm doch beinahe gelungen, in die Phalanx der konservativen Partei einzubrechen. Er hatte eine grosse Stimmenzahl auf sich vereinigen können und genoss beim Volke viele Sympathien. Mit dieser Unterstützung im Rücken war Dr. Seiler erheblich gestärkt aus dem Wahlkampfe hervorgegangen. Vor weiteren Grosskämpfen gegen die konservative Übermacht brauchte sich seine Minderheitsgruppe nicht mehr zu fürchten.²²

Der «Briger Anzeiger» meldete den Wahlsieg von Rotens auf der Innenseite seines Blattes, währenddem er auf der Titelseite den Sieg der Demokraten im Kampfe für die Volksrechte bekanntgab.²³

Mit bisher insgesamt achttausend Unterschriften war das Verfassungsreferendum klar zustande gekommen.²⁴

Ob dieser gewaltigen Sympathiekundgebung für die Reformanhänger konnten die Konservativen fortan nicht mehr die Augen verschliessen. Die achttausend Walliser Bürger, die den Aufruf der Motionäre befolgt und die Referendumsbögen mitunterzeichnet hatten, stellten einen eindrücklichen Beweis zugunsten der Reformbewegung dar. Die Vorwürfe der Konservativen, die Unterschriften seien grossenteils gefälscht worden, waren nun unwesentlich geworden und fruchteten im Volke nicht mehr. Vielmehr muteten sie nun beinahe anmassend und verleumderisch an.²⁵ Der Regierungspartei blieb nur noch der Rückzug offen. Sie musste sich fortan ebenfalls für eine Verfassungsrevision unter Miteinbezug der erweiterten Volksrechte einsetzen. «Um diesen zu decken ersannen die Herren in Sitten den raffinierten Schachzug, dass man sich plötzlich auch zu den Volksrechten bekannte und tat, als wäre dieser Gesinnungswandel ohne Seiler und seine Motion erfolgt.»²⁶ Mit diesen Worten umschrieb Dr. Kämpfen den

²¹ Heinrich Roten wurde mit 8621 Stimmen gegenüber 6404 Stimmen für Dr. Seiler zum Nationalrat gewählt.

²² Dies hatten auch die Konservativen bemerkt, weshalb sie Ende 1904 die Versöhnung mit den Demokraten anstrebten. – Vgl. Kap. IV.

²³ Die Gruppe um Alexander Seiler nannte sich bald eine «fortschrittlich-demokratische». Daher wurden ihre Vertreter als Demokraten bezeichnet. Der «Briger Anzeiger» übernahm dabei die Rolle eines demokratischen Organs.

²⁴ BA, Nr. 12 vom 10. Februar 1904. – Conf., Nr. 13 vom 13. Februar 1904.

²⁵ BA, Nr. 8/12 vom 27. Januar und 10. Februar 1904.

²⁶ W. Kämpfen, a.a.O., S. 114.

plötzlichen Rückzug der konservativen Partei. Die Konservativen be-
 teuerten nun auf einmal, sie wären nie gegen eine Verfassungsrevision
 eingetreten. Im Gegenteil, sie hätten sich sogar für eine Verfassungs-
 revision eingesetzt und dem Staatsrat den Auftrag erteilt, dem Gros-
 sen Rate Bericht zu erstatten, ob eine Revision zeitgemäss und nötig
 wäre. Dies stimmt jedoch nur bedingt. Freilich setzte sich etwa Dr.
 Loretan in seiner Rede in der Novembersession für eine Revision ein.
 Dabei standen aber für ihn nicht die Erweiterung der Volksrechte im
 Vordergrund, wie es die Motion verlangt hatte, sondern vielmehr an-
 dere Gesichtspunkte.²⁷ Zudem liessen die Voten des konservativen
 Staatsrates Henri de Torrenté und des Grossrates Joseph Kuntschen
 keinen Zweifel offen über den Ausgang der geforderten Berichterstat-
 tung.²⁸ Der Entscheid würde mit Bestimmtheit gegen eine Verfas-
 sungsrevision bezüglich der Erweiterung der Volksrechte ausgefallen
 sein.²⁹

Dennoch traten die Konservativen nach dem plötzlichen Gesinnungs-
 wandel für eine Verfassungsrevision ein, als stammte die Idee von
 ihnen selbst.

Denn nachdem die Konservativen erkannt hatten, dass das Verfas-
 sungsreferendum problemlos ergriffen werden würde, heckten sie
 einen gekonnten politischen Schachzug aus. Sie wollten dem Volk
 damit Glauben machen, eine Verfassungsrevision wäre mit Sicherheit
 auch ohne das Referendum zustande gekommen und dieses sei nur um
 der Effekthäscherei wegen ergriffen worden.³⁰

Deshalb entschloss sich die Regierung, ihren Präsidenten und Vize-
 präsidenten mit der Aufgabe zu betrauen, ihr einen Bericht über die
 Notwendigkeit einer Verfassungsrevision vorzulegen.³¹

²⁷ Vgl. dazu unter Kapitel II, Ziff. 3.

²⁸ Joseph Kuntschen geboren am 12. November 1849 in Sitten, war Burger von Sitten und wohnte daselbst. Er war verheiratet mit Elisabeth de Rivaz. Er übte den Beruf eines Advokaten und Notaren aus. Er hatte ein bewegtes politisches Leben. So war er unter anderem Grossrat in der Zeit von 1877 bis 1905. Von 1905 bis zu seinem Tode war er als Staatsrat in der Walliser Regierung vertreten, der er in den Jahren 1908/09, 1913/14, 1917/18, 1922/23 und 1926/27 vorstand. Er hatte aber auch noch Einsitz im Nationalrat von 1890 bis 1921 und präsidierte die Grosse Kammer 1910/11. Er starb am 16. April 1928 im Alter von 79 Jahren in Sitten (Vallesia 1982, S. 323).

²⁹ Bull. du GC. vom 23. November 1903, S. 151 ff.

³⁰ Vgl. u.a. WB, Nr. 2-4 vom 6./9. und 13. Januar 1904.

³¹ Man darf hier nicht vergessen, dass vier von fünf Staatsräten der konservativen Partei angehörten!

Auf den Vorschlag seiner Kommission hin, forderte der Staatsrat die Regierungsstatthalter auf, die Bezirksräte einzuberufen und ihnen die folgenden Fragen vorzulegen:

- « 1. Ist eine Verfassungsrevision angezeigt?
2. Wenn ja, soll sie eine totale oder teilweise sein?
3. Welche Punkte hat sie in beiden Fällen zu berühren:
- Verfassungsmässige Wahlen,
 - Einführung des Referendums,
 - Einführung der Initiative,
 - Abänderung der Artikel betreffend die Unvereinbarkeiten,
 - Abänderung in der Verwaltungsbehörde,
 - Einführung von Bestimmungen betreffend die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons in Hinsicht auf die Landwirtschaft? Industrie? oder Handel?

Desgleichen, jegliche weitere Frage, die bei der Revision aufgeworfen werden könnte.»³²

Ziel dieser Befragung sollte, so umschrieb es der Staatsrat, die ausführliche Berichterstattung an den Grossen Rat mit Einbezug der Ansichten, Ideen und Wünsche der Bevölkerung sein.

Dass dieses Zirkular an die Bezirksräte, die vom Volke gewählt, dessen allgemeine Meinung am besten erfassen konnten, dennoch von Nutzen werden sollte, zeigte sich erst viel später bei der Beratung des Verfassungsentwurfes.³³

In erster Linie sollte aber dieses Vorgehen unter dem Volke die Meinung bekräftigen, der Mehrheitspartei und der Regierung wäre es mit dem Antrage Loretan ernst gewesen und man hätte sich auf jeden Fall mit einer möglichen Revision des Staatsgrundgesetzes befasst.³⁴

Der Verfasser nimmt vielmehr an, die konservative Parteiführung habe mit dieser Vorgehensweise den Weg eingeschlagen, der am wenigsten Aufsehen und Aufruhr unter der Walliser Bevölkerung verursachen sollte. Das Verfassungsreferendum war nämlich zu jenem Zeitpunkte praktisch schon zustande gekommen und das Vorgehen der Regierung nicht mehr notwendig, da die Frage der Verfassungs-

³² STAS: Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Verfassungsrevision vom 16. Mai 1904, S. 3 (in: GRP 1907, 1001–170bis) und SRP vom 12. Februar 1904 (in: 1101/66).

³³ Zu den beiden Verfassungsdebatten von 1906 und 1907 vgl. die Bull. du GC. von 1906 und 1907.

³⁴ Zum Antrage Loretan vgl. Kap. II, S. 48.

revision mit der Einreichung des Referendums dem Volke unterbreitet werden musste. Vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, war jedoch das Vorgehen des Staatsrates durchaus legitim und korrekt. Und dennoch hätte man dieser Doppelspurigkeit, einerseits dem sich abzeichnenden Referendum, andererseits dem verspäteten Vorgehen der Regierung, mit ein wenig Entgegenkommen seitens der konservativen Partei ausweichen können.

Letztendlich konnte man aber der Entscheidung des Staatsrates immerhin eine positive Seite abgewinnen: Sie bedeutete das Ende des harten Kampfes um eine Verfassungsrevision und um die beiden Volksrechte, die Initiative und das Gesetzesreferendum! Die konservative Parteiführung war nach unverständlich langem Zögern endlich eingeschwenkt in den Weg, den die Reformbewegung vorgezeichnet hatte.

Diesen Weg zu betreten, war der konservativen Gruppe äusserst schwer gefallen. Die Kehrtwende in deren Politik zu interpretieren, fiel auch «ihrer Presse» nicht leicht, so dass nach der kaum abgeflachten Pressefehde bei den Nationalratswahlen erneut verschiedentlich herbe Worte geschrieben wurden. Die bisherige konservative Haltung suchte die regierungsfreundliche Presse des öfters zu rechtfertigen, währenddem sie das Vorgehen der Demokraten immer noch verurteilten. Aber umgekehrt hatte auch die Oppositionspresse vermehrt die konservative Politik kritisiert.

Im «L'ami du peuple» etwa können wir folgendes lesen: «Puisque nous violâ sur le terrain de la révision, expliquons encore une fois en deux mots notre attitude. Nous avons dissuadé nos concitoyens de signer les feuilles de petition. Nous n'avons jamais combattu le principe de la révision. Mais nous avons condamné et condamnons encore les procédés des meneurs qui cherchent à créer une agitation aussi factice que stérile autour d'une révision qui demande à être entreprise et menée à bonne fin dans le calme et la concorde. C'est précisément ce que voulaient le gouvernement et la majorité conservatrice du Grand Conseil. Nous n'envions nullement les faciles mais douteux lauriers des pêcheurs en eau trouble. Quand on connaît les moyens dont on s'est servi en maints endroits pour recueillir des signatures pour l'initiative révisionniste, on est pris de pitié et de dégoût.»³⁵

³⁵ Ami d.p., Nr. 15 vom 20. Februar 1904.

Das veränderte politische Vorgehen der Konservativen zu rechtfertigen, versuchte auch der Redaktor des «Walliser Boten» in einem seiner Leitartikel. Betrachtet man aber heute diesen Kommentar, kommt man nicht umhin, festzustellen, dass er nur ein Zerrbild der Wirklichkeit wiedergibt. Er vertuschte die ursprüngliche Absicht der Regierungspartei, die offensichtlich versucht hatte, die in der Motion geforderten Volksrechte auf die lange Bank zu schieben. Andererseits warf Th. Arnold den Motionären vor, sie hätten nur eine Teil- und nicht eine Totalrevision der Verfassung gewollt. Dies entsprach natürlich nicht der Wirklichkeit. Freilich waren die Demokraten mit einer Totalrevision einverstanden, doch hatten sie ihrerseits nur eine partielle Revision verlangt, da sie damit im Grossen Rate eher Erfolg zu haben glaubten, als mit der Forderung nach einer Totalrevision. «Das wichtige Werk der Verfassungsrevision geht ruhig seinen Gang. Auch die Vorwürfe, als hätte die konservative Partei keine Revision gewollt, verstummen allmählich vor der offenkundigen Tatsache, dass die Regierung und die Bezirksräte die Sache schon ernstlich in Angriff genommen. Weder unsere Regierung noch die konservative Partei hat je die Abänderung unserer Verfassung im Prinzip bekämpft. Wir müssen das wiederholt festnageln. Wohl wurde vor Unterzeichnung der Bogen für die Revisionsbegehren gewarnt, weil das ganz unnütz war, da ja die Regierung die Vorarbeiten für eine neue Verfassung schon vorgenommen hatte und diese Unterschriftensammlung nur ein Schachzug zu ganz anderen Zwecken sein sollte... Die Regierung wollte eine allseitige und gründliche Abänderung der Verfassung in Angriff nehmen. Eine kleine Gruppe von Grossräten wollte nur einige Punkte abändern, die Regierung aber will eine gänzliche Abänderung. Wer ist nun fortschrittlicher gesinnt? Wem liegen die Volksrechte mehr am Herzen? Doch gewiss der Regierung, die in höchst uneigennütziger Weise und ohne Hintergedanken die Sache gründlich an die Hand nehmen will.»³⁶ Ob einer solch groben Verfälschung der Tatsachen erboste sich auch der Redaktor des «Briger Anzeiger», zu recht, wie ich meine: «Man lese doch die Reden nach, welche in der Novembersitzung im Grossen Rate gehalten worden sind und man wird finden, dass sämtliche Redner der Regierungspartei die Erweiterung der Volksrechte bekämpft, ja sich ganz entschieden gegen die Einführung des Referendums und der Initiative, der zwei

³⁶ WB, Nr. 22 vom 16. März 1904.

Volksrechte, die heute ernstlich in Frage kommen, ausgesprochen haben.»³⁷

Greifen wir als Beispiel einen kurzen Auszug aus der Rede von Dr. Loretan heraus, wie sie im «Walliser Boten» vom 28. November 1903 abgedruckt worden war: «Mit dieser Institution – dem Referendum – wurde Ende der 40er Jahre aufgeräumt, eben weil sie sich als für unsere Verhältnisse unpassend erwiesen. Die gegenwärtige Verfassung habe die Lehre beherzigt. Historisch lasse sich also das Bedürfnis der Einführung des Referendums und der Initiative nicht begründen. – Das Volk begehre diese Morgengabe nicht, es sei sonst abstimmungsmüde, da ihm von Bundeswegen reichliche Arbeit zugemutet werde; wenn nicht eine künstliche Bewegung im Volke hervorgerufen wird, so steht es diesem Begehren der Motion apathisch gegenüber.»³⁸

Man muss zur Verteidigung der Konservativen jedoch sagen, dass mit Bestimmtheit nicht alle so dachten wie Theodor Arnold, und dass seine Art Journalismus nicht von jedermann innerhalb der konservativen Partei gebilligt wurde.³⁹

3. Die Einreichung des Referendums

Diesen Presseauseinandersetzungen zum Trotz konnte der «Briger Anzeiger» in seiner Ausgabe vom 19. März 1904 das Erreichen der magischen 10000er Grenze bei der Unterschriftensammlung zugunsten einer Verfassungsrevision melden.⁴⁰ Auf eine eindruckliche Art und Weise hatten die Walliser ihren Willen für eine Revision der bestehenden Verfassung kundgegeben. Damit war auch das vordringliche Ziel der Gruppe Seiler und der Liberalen des Unterwallis erfüllt worden. Das Verfassungsreferendum konnte nun eingereicht werden und der Entscheid, ob eine Total- oder nur eine Teilrevision durchgeführt

³⁷ BA, Nr. 23 vom 19. März 1904.

³⁸ WB, Nr. 95 vom 28. November 1903. – Vgl. aber auch den BA, Nr. 23 vom 19. März 1904.

³⁹ Vgl. dazu unter Kapitel I die Anm. 57.

⁴⁰ Noch am 5. März hatte der «Briger Anzeiger» die Leute gebeten, alle noch ausstehenden Referendumsbögen dem Aktionskomitee für eine Verfassungsrevision in Brig zurückzusenden. Damit wurde die Unterschriftensammlung vorzeitig beendet.

werden sollte, lag nun bei der Walliser Bevölkerung (gemäss Art. 87 der KV).⁴¹

Der Kampf für die Volksrechte schien sich also zumindest bis anhin gelohnt zu haben. Die demokratischen Reformanhänger waren dem Ziel, der Einführung der erweiterten Volksrechte, schon beträchtlich nähergekommen.

Am 16. Mai 1904 konnten die Grossräte um Dr. Alexander Seiler (O. Kluser, R. Varonier, E. Cathrein, J. Speckly, C. und A. de Sepibus und V. Franzen) die rund 10440 Unterschriften für das Verfassungsreferendum einreichen. Der Wortlaut des beiliegenden Briefes lautete: «Herr Präsident und Herren. In der Sitzung vom 23. November 1903 hatten die unterzeichneten Mitglieder des Grossen Rates die Ehre ein Begehren auf Einführung der Volkswahl von Regierungs- und Ständeräten, des Referendums und der Gesetzesinitiative zu stellen.

Dieses Begehren wurde damals kurzer Hand abgewiesen mit der Begründung unser Volk verlange diese Rechte nicht, dieselben seien für unsere Verhältnisse unpassend.

Gleichzeitig wurde aber der hohe Staatsrat eingeladen, die Frage der Zweckmässigkeit einer Verfassungsrevision näher zu prüfen und beauftragt, dem Grossen Rate gelegentlich Bericht zu erstatten. Ein weiterer Antrag der Motionäre dahin zielend diesen Auftrag in dem Sinne zu ergänzen; es möge der h. Staatsrat sich in der jetzigen Mai-Session hierüber vernehmen lassen und gleichzeitig über die Einführung der genannten Volksrechte äussern, wurde ebenfalls abgewiesen. Dieses Verhalten bekundete eine entschiedene Gegnerschaft der Mehrheit des Grossen Rates gegen Erweiterung der Volksrechte, so dass den Antragsstellern kein anderer Ausweg blieb, als die Frage dem Souverän selbst, dem Volke, zu unterbreiten.

Gestützt auf Artikel 87 unserer Verfassung haben wir die Initiative ergriffen und haben heute die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass 10400 Walliser Bürger das Begehren stellen, es sei unsere Verfassung einer Totalrevision zu unterwerfen im Sinne der Erweiterung der Volksrechte.

⁴¹ Zur Entwicklung der direkten Demokratie in der Schweiz vgl.: M. Battelli, *Les institutions de démocratie directe en droit suisse et comparé moderne*, Diss. Genf 1932, S. 11 ff. und 193 ff. – H. Bühler, *Die Entwicklung und Geltendmachung des schweizerischen Volksinitiativrechts*, Diss. Zürich 1925, S. 20 ff. – F. Fleiner, *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*, Tübingen 1923, S. 11 ff. – Fleiner/Giacometti, *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*, Zürich 1949, S. 14 ff. – E. Fueter, *Die Schweiz seit 1848*, Zürich, Leipzig 1928, S. 92 ff. – E. His, *Geschichte des neuern schweizerischen Staatsrechts*, Bd. 3, Basel 1938, S. 323 ff.

Gemäss den Bestimmungen unserer Verfassung (Art. 87) richten wir dieses Revisionsbegehren nun an Sie mit der Bitte, dasselbe in nächster Zeit der Entscheidung des Volkes unterbreiten zu wollen.

Wir können nicht umhin, diesen Anlass zu benutzen, um des entschiedensten zu protestieren gegen alle jene Nebenmotive, die man uns beim Einbringen der Motion und bei der Ergreifung des Referendums unterschoben hat. Fern vor allem lag uns der Gedanke damit Miss-
trauen gegen die jetzige Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Nur der eine Gedanke hat uns beseelt: das Wohl unseres Volkes und unseres Landes, der uns auch leiten soll im Falle einer Revision unserer Verfassung.»⁴²

II Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Revision⁴³

1. Allgemeines

Wie schon in einem andern Zusammenhange erwähnt, erliess der Staatsrat des Kantons Wallis am 17. Februar 1904 ein Kreisschreiben an seine Regierungstatthalter.⁴⁴ Darin forderte er diese auf, die Bezirksräte zu einer Sitzung einzuladen und ihnen verschiedene Fragen betreffs einer allfälligen Verfassungsrevision zu stellen.

Nebenbei sei hier noch erwähnt, dass zu jenem Zeitpunkt, also Mitte Februar, schon lange bekannt gewesen war, dass die Revisionisten bis anhin über 8000 Unterschriften für ein Verfassungsreferendum gesammelt hatten, so dass man sagen muss, dass das Vorgehen des Staatsrates offensichtlich nur mehr eine Alibiübung darstellte.⁴⁵

⁴² STAS: Begleitbrief zum Verfassungsreferendum, vom 16. Mai 1904, als Beilage Nr. 33 zu den Grossratsprotokollen der Mai- bis Novembersession 1904 (1002-72).

⁴³ STAS: Die Botschaft ist als Beilage Nr. 1 zu den Grossratsprotokollen von 1906 in Nr. 1002-75 zu finden.

⁴⁴ Vgl. vorne S. 57. – Es sind dort ebenfalls die drei Fragen, die der Staatsrat den Bezirksräten stellte, mit dem vollen Wortlaut zitiert. – Dasselbe Zirkular wurde auch allen Gemeinderäten im Kanton Wallis zugestellt, mit der Bitte, sich über dieselben Fragen auszusprechen, sei es durch direkte Mitteilung an das Departement des Innern oder mittels Weisungen an die Bezirksräte.

⁴⁵ Vgl. dazu vorne S. 55.

Es dauerte sodann bis zum 29. März, bis all die Antworten, Anliegen und Anregungen der einzelnen Bezirke, auf die vom Staatsrat gestellten Fragen, beim Departement des Innern eintrafen.⁴⁶

Die Fragen des Zirkulars wurden in den Bezirksratssitzungen behandelt und anschliessend von den Präfekten schriftlich abgefasst und an das Departement des Innern gesandt. Oft schickte man nur das Sitzungsprotokoll nach Sitten. Aus den Antwortschreiben der Regierungsstatthalter ergibt sich daher nur ein sehr lückenhaftes und oberflächliches Abbild der Volksmeinungen zur Verfassungsrevision.⁴⁷ Waren einzelne Frage, wie etwa jene, ob es sich bei einer allfälligen Revision um eine totale oder partielle handeln solle, vollständig beantwortet, so wurde zu den restlichen Fragen gar nicht oder nur sehr bruchstückhaft Auskunft erteilt.

Freilich handelte es sich hier um eine rechtlich legitime Befragung, doch konnte sie niemals die Volksmeinung widerspiegeln, wie man sich das erhofft hatte. Es fehlte letztendlich einfach die Gewissheit, die Volksmeinung halbwegs, ja geschweige denn vollumfänglich, erfasst zu haben. Ihr Stellenwert ist daher schwer einzuschätzen. Wohl hat sie gewisse Denkanstösse und Anregungen zu Verbesserungen im sozialen Bereiche geliefert, wie wir noch feststellen werden.⁴⁸ Ob sie aber dennoch notwendig gewesen war, bleibe dahingestellt.

2. Inhalt

Die Botschaft begann mit einem Rückblick der Ereignisse in der Novembersession 1903. Der Einreichung der Motion Seiler und Konsorten folgte deren Ablehnung. Daraufhin wurde jedoch dem Staatsrat die Aufgabe überwiesen, zu gelegener Zeit einen Bericht über die Zweckmässigkeit einer Verfassungsrevision vorzulegen. Dazu mussten aber vorerst grundlegende Vorstudien gemacht werden. So wollte man vor allem die Volksmeinung zu einer allfälligen Revision des Staatsgrundgesetzes kennenlernen. Erst dann wollte man sich mit Sachkenntnis an einen Beschluss im Staatsrate heranwagen. In erster Linie sollte das Kreisschreiben des Staatsrates an die Bezirksräte dieses Ansinnen zu verwirklichen helfen.

⁴⁶ STAS: Die Antwortschreiben der Regierungsstatthalter an das Departement des Innern, Originale, (in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

⁴⁷ Dies wird bei der Durcharbeitung und dem genauen Studium der Antwortschreiben der Präfekten durchaus ersichtlich und klar.

⁴⁸ Vgl. dazu hinten S. 118.

Im weiteren beteuerte der Staatsrat, dass weder die exekutive noch die legislative Behörde einer Verfassungsrevision je feindlich gesinnt waren. Man habe die Motion, die verschiedene Ideen zusammengefasst hatte, nicht annehmen können, ohne genaue vorherige Prüfung. Es folgte sodann als Einführung in die gesamte Materie ein geschichtlicher Abriss des Referendums und der Verfassungen des 19. Jahrhunderts, auf den wir hier nicht näher eingehen wollen.

Danach wurden die ausgewerteten Resultate der Bezirksratsbefragung angeführt.⁴⁹ Die erste Frage beantworteten alle Bezirke und entschieden sich dabei einhellig für eine Verfassungsrevision. Bei der zweiten Frage stimmten zehn Bezirke für eine totale Verfassungsrevision, nämlich: Goms, Östlich Raron, Brig, Visp, Leuk, Siders, Sitten, Gundis, St. Maurice und Monthey. Dagegen sprachen sich Ering und Westlich Raron für eine Teilrevision aus. Der Bezirk Martigny gab auf die Frage nach einer Total- oder einer Partialrevision keine eindeutige Antwort. Liest man aber den Auszug des Protokolls der Bezirksrats-sitzung vom 9. März 1904, kommt man zur Überzeugung, dass die Mehrheit der Gemeinden für die Totalrevision eintraten: Isérables, Riddes, Saxon, Charrat, Fully, Martigny-Ville, Martigny-Combe, Trient und Bovernier).⁵⁰ Diesselbe Ansicht finden wir auch in der Botschaft des Staatsrates. Entremont seinerseits beantwortete diese Frage sehr unbestimmt: «Le Conseil de District d'Entremont est partisan de la révision de la constitution, sans déterminer les points sur lesquels cette révision devrait porter.»⁵¹

Bei der Frage nach dem Referendum wollten die Bezirke Visp, Westlich Raron, Leuk, Siders, Ering und Sitten das obligatorische Referendum einführen, dagegen setzte sich Brig als einziger Bezirk für das fakultative Referendum ein.⁵² Goms, Östlich Raron, Gundis, St. Maurice und Martigny wollten das Referendum ebenfalls, sprachen sich aber darüber nicht näher aus. Als einzige behandelten Monthey und Entremont diese Frage gar nicht.

Ebenso wurde in Sachen Verfassungs- und Gesetzesinitiative nur äusserst spärlich geantwortet. Für die Gesetzesinitiative sprach sich nur

⁴⁹ STAS: Vgl. dazu vor allem die Originale der Antwortschreiben der Regierungsstatthalter an das Departement des Innern, (in: Consultations/procès verbaux, 1004-7). Vgl. auch vorne S. 57.

⁵⁰ STAS: Conseil de District Martigny: Extrait du Protocole des séances du conseil de District de Martigny du 9 mars 1904, (in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

⁵¹ STAS: Séance du 3 mars 1904 du Conseil de District d'Entremont (in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

⁵² STAS: Protokoll der Bezirksratssitzung vom 21. März 1904, (in: Consultations/procès verbaux 1004-7).

Ering aus, für die Beibehaltung der Verfassungsinitiative Siders, Sitten, Visp und Leuk. Für die Initiative im allgemeinen (ohne genaue Bestimmung), entschieden sich Goms, Östlich Raron und Gundis, wozu noch Martigny gerechnet werden konnte, das für die Erweiterung der Volksrechte eintrat. Brig verwarf in seiner Bezirksratssitzung mit 10 zu 7 Stimmen die Einführung der Initiative.⁵³ Zu diesen kam noch Westlich Raron: «Der Initiative steht man kühl gegenüber», schrieb etwa der Regierungsstatthalter Eduard Roten in seinem Bericht an das Departement des Innern.⁵⁴ Monthey, St. Maurice und Entremont verzichteten auf eine Antwort.

Bei der Behandlung der Volkswahl der Regierungsräte kam der Staatsrat nochmals auf die Argumente zurück, die bereits in der letzten Novembersession aufgeworfen worden waren. «Eine andere diesem System anhaftende Unannehmlichkeit läge darin, dass die gesetzgebende und die vollziehende Behörde, obgleich beide aus der Volkswahl hervorgegangen, nicht selten entgegengesetzte und oft sogar feindliche politische Richtungen vertreten könnten. Statt gemeinsam für das allgemeine Wohl zu arbeiten, ergingen sie sich in fruchtlosen Streitigkeiten, die eine immerwährende Erregtheit begünstigten, ohne ein für das Gedeihen des Landes fruchtbringendes Resultat herbeizuführen. – Dieser gemeinsame Ursprung der beiden Gewalten sichert überdies der vollziehenden Behörde, die nur wenige Mitglieder zählt, eine vollständige Unabhängigkeit vom Grossen Rat und einen übertriebenen Einfluss, wodurch sie versucht wird, der gesetzgebenden Behörde den Handschuh hinzuwerfen, so zwar, dass die Aufsicht, die letztere über die erstere auszuüben hat, erschwert und oft selbst illusorisch gemacht wird.»⁵⁵ Neben diesen mehr allgemeinen Argumenten warf er aber auch das Problem der deutschsprachigen Minderheitsvertretung in der Regierung auf, die mit einer Volkswahl in grösstem Masse gefährdet würde. In diesem Sinne intervenierten ebenso die Bezirksräte von Brig, Visp, Westlich Raron, Siders, Ering und St. Maurice und setzten sich für die Beibehaltung der Wahl der Regierung durch den Grossen Rat ein. Die andern Bezirke verzichteten auf eine Stellungnahme dazu. Martigny seinerseits vertrat die Erweiterung der Volksrechte im allgemeinen.

⁵³ STAS: Protokoll der Bezirksratssitzung vom 21. März 1904, (in: Consultations/procès verbaux 1004-7).

⁵⁴ STAS: Antwortschreiben des Regierungsstatthalters von Westlich Raron an das Departement des Innern vom 25. März 1904, (in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

⁵⁵ STAS: Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Revision, S. 10, in den GRP vom Februar und Mai 1906 als Beilage Nr. 1 (1002-75).

Auf die Würdigung der Verfassung von 1875 und die seit deren Inkraftsetzung erreichten Verbesserungen im Kanton Wallis, die der Resultatinterpretation folgte, gehen wir nicht ein.

Zum Abschluss gab der Staatsrat in Kurzform seine Ansicht bekannt:

- « 1. Wir sprechen uns bejahend über die Frage der Zweckmässigkeit der Revision aus.
2. Wir halten dafür, dass diese Revision eine totale sein soll, im Sinne der oben angeführten Ergänzungen.
3. In Gesetzessachen ist das obligatorische Referendum einzuführen.
4. Die Verfassungsinitiative soll ausgedehnt werden.
5. Das Referendum in Finanzsachen, wie es in Art. 15, 16 und 17 der gegenwärtigen Verfassung vorgesehen ist, soll beibehalten werden.
6. In dem bestehenden Wahlmodus der Mitglieder des Staatsrates und der Abgeordneten im Ständerat, haben keine Änderungen einzutreten.»⁵⁶

3. Interpretation

Der Inhalt der Botschaft entspricht genau dem, was man unter den gegebenen Umständen erwarten konnte. Der Druck von seiten der politischen Opposition und dem Grossteil der Bevölkerung liess der Regierung keinen andern Weg offen, als sich für die Zweckmässigkeit einer Verfassungsrevision auszusprechen.

Der Walliser Staatsrat trat gemäss seiner Botschaft für eine Totalrevision der Verfassung von 1875 ein, obwohl es in Regierungskreisen noch vor einem halben Jahr ganz anders getönt hatte. Er setzte sich, man kann beinahe sagen, gezwungenermassen, plötzlich für das obligatorische Gesetzesreferendum und für die Gesetzesinitiative ein. Zu weiteren Zugeständnissen an die Demokraten kam es aber nicht mehr. So war für den Staatsrat, nachdem die Revisionisten die Forderung nach einer Volkswahl der Staats- und Ständeräte vorderhand fallen gelassen hatten, die Wahl der Regierung durch das Volk überhaupt kein Verhandlungsthema mehr.

Im weiteren brachte die Botschaft keine neuen Erkenntnisse. Die konservative Regierung gebrauchte die Botschaft, so scheint es, zudem nur, um ihren politischen Standpunkt, den sie in der letzten Novem-

⁵⁶ STAS: Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Revision, S. 16, in den GRP vom Februar und Mai 1906 als Beilage Nr. 1 (1002-75).

bersession vertreten hatte, einigermassen rechtfertigen zu können. Sie versuchte damit ihr Image, das unter den begangenen Fehlern abzubröckeln begann, wiederherzustellen.

Es ist daher eigentlich nicht verwunderlich, dass sich in dieser Botschaft keine wesentlichen Verbesserungsvorschläge im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche finden lassen.

Andererseits war die Botschaft doch insofern wieder nicht ganz unbrauchbar, als dass sie indirekte Folgen zeitigte. Es konnten wenigstens die grundsätzlichen Tendenzen in bezug auf die Verfassungsrevision in der Mehrheit der Bezirke festgestellt werden.⁵⁷ So konnte man etwa in den Sitzungsprotokollen der verschiedenen Bezirksräte weiterführende und interessante Änderungs- und Verbesserungsvorschläge erkennen. In der Botschaft wurden diese unverständlicherweise nur in Stichworten aufgeführt, ohne dass jedoch der Staatsrat dazu Stellung bezogen hätte. Dabei waren diese Vorschläge von grosser politischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit. Es seien hier nur einige wenige erwähnt: die Ausdehnung der Unvereinbarkeiten, der Erlass wirtschaftsfördernder Massnahmen, die Einführung einer obligatorischen Feuerversicherung, die Schaffung von Sekundar- und Gewerbeschulen in den Gemeinden, Detailbestimmungen über die Energienutzung usw.⁵⁸

Dennoch verarbeitete der Staatsrat einzelne dieser Forderungen in seinem ersten Verfassungsentwurf, andere wiederum waren Gegenstand lebhafter Diskussionen in der ersten Verfassungsdebatte vom Frühjahr 1906.

Anfangs Mai desselben Jahres erarbeitete der Staatsrat zusätzlich einen Fragebogen, der an alle kantonalen Staatskanzleien versandt wurde.⁵⁹ In diesem Kreisschreiben bat die Walliser Regierung ihre Ratskollegen in den einzelnen Kantonen, die Fragen über das obligatorische und fakultative Gesetzesreferendum und Finanzreferendum, über die Gesetzes- und Verfassungsinitiative und über die Ansetzung der Wahlen bei Vorhandensein des obligatorischen Gesetzesreferendums zu beantworten. Resultat dieser Befragung war, wie schon Dr. Seiler in seiner Rede in der Novembersession erwähnt hatte, dass Freiburg und Wallis als einzige Kantone das Gesetzesreferendum noch

⁵⁷ Vgl. dazu ebenso die Stellungnahme des Verfassers unter Ziff. 1. dieses Abschnittes.

⁵⁸ STAS: Vgl. die Protokolle der Bezirksratssitzungen von Brig, Visp, Westlich Raron, Siders, Sitten, Martigny (in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

⁵⁹ STAS: Circulaire du 5 mai 1904 de la chancellerie d'Etat du Valais (Originale, in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

nicht in ihrer Verfassung verankert hätten, und dass die Gesetzesinitiative nur in Luzern, Freiburg und Wallis noch unbekannt wäre.⁶⁰ Daraus konnte und musste gefolgert werden, dass dem Volke diese beiden grundlegenden und demokratischen Rechte endlich zugestanden werden mussten, und dass man nicht mehr über den Kopf des Volkes hinweg regieren durfte. Diese Folgerung hatten die Demokraten und die Liberal-Radikalen des Wallis schon früh gezogen. Nach langem Zögern und Abwarten waren jedoch die Konservativen erst nach den politischen Wirren von 1904 bereit, diese Schlussfolgerung endlich anzuerkennen.

III Die Abstimmung vom 19. Juni 1904

1. Allgemeines

Die Einreichung der 10400 Unterschriften wurde den Abgeordneten in der Grossratssitzung vom 16. Mai 1904 bekanntgegeben.⁶¹ Als unmittelbare Folge erliess der Grosse Rat am 25. Mai ein Dekret betreffend die Abstimmung über die Revision der Verfassung vom 26. November 1875.⁶² Aufgrund Art. 1 dieses Dekretes wurden die Urversammlungen auf den 19. Juni 1904 einberufen. Die entsprechenden Resultate sollten dem Grossen Rate in einer ausserordentlichen Session mitgeteilt werden (Art. 8 des Dekretes).

Gemäss Dekretsbeschluss hatten sich die Walliser Bürger über die fünf Fragen auszusprechen:

- « 1. Wollt Ihr, dass die Verfassung revidiert werde?
2. Falls die Mehrheit die Revision begehrt, soll diese Revision eine gänzliche sein?
3. Soll diese Revision eine teilweise sein?
4. Soll diese Revision durch den Grossen Rat vorgenommen werden?
5. Soll die Revision durch einen Verfassungsrat vorgenommen werden?»⁶³

⁶⁰ STAS: Antworten auf dieses Zirkular (Originale in: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

⁶¹ STAS: Vgl. GRP vom 16. Mai 1904 (in: 1002-72).

⁶² AS/VS, Bd. 20, S. 189-193.

⁶³ AS/VS, Bd. 20, S. 189-193. Vgl. auch ABl. vom 3./10. und 17. 6. 1904.

2. Das Wahlergebn

Am Wahlsonntag begaben sich dann nur enttäuschende 45% der stimmberechtigten Bürger an die Urne. Diese schwache Stimmbeteiligung war eigentlich vorauszusehen gewesen. Einerseits hatte sich die gesamte politische Situation schlagartig verändert. Gab es noch im Frühjahr 1904 schwere parteipolitische Auseinandersetzungen wegen der Verfassungsrevision, so hatten sich die Gemüter bis Ende Mai fast beruhigt. Die gegensätzlichen Fronten waren abgeflacht. Alle Parteien proklamierten nun die Totalrevision der Verfassung.

Zudem schien es, das Walliser Volk benötigte dringend eine Ruhepause, um sich von den ständigen und aufreibenden Streitereien und politischen Fehden zu erholen.⁶⁴ Zum andern fiel die Abstimmung in eine Zeit, in der sich ein grosser Teil der bäuerlichen Bevölkerung schon auf die Maiensässe und die Alpen zurückgezogen hatte und daher dem Urnengange fernblieb.

Dagegen sprachen sich die 45% der Stimmenden mit einer überwältigenden Mehrheit für eine Totalrevision der Verfassung durch den Grossen Rat aus (vgl. dazu die Abstimmungsergebnisse auf Seite 70).

3. Der Wahlausgang aus der Sicht der Presse

Der Wahlkampf im Vorfeld des Abstimmungssonntages wickelte sich auch in der Walliser Presse erdenklich ruhig ab. Vorbei waren die Winter- und Frühjahrstage des Jahres 1904, an denen sich im Walliser Blätterwald Persönlichkeitsverletzungen, Verleumdungen, Neid, Lügengeschichten und unhaltbare Anschuldigungen die Hand reichten und an der Tagesordnung waren. Erlöscht hatte man das Feuer des Hasses, Zwistes und der Missgunst. Und dennoch flackerten in der folgenden Zeit hin und wieder kleinere Feuer auf, die ihre Nahrung in der zurückgebliebenen Glut des Neides und Hasses fanden. Mit einer solchen Niederträchtigkeit und Heftigkeit wie die Presse in jener Zeit aufeinandergeprallt war, sollte es dann jedoch bis zur Inkraftsetzung der neuen Verfassung im März 1907 nicht mehr kommen.

Es folgte daher nach dem ruhigen Wahlkampfe – alle Parteien und Zeitungen hatten sich zu diesem Zeitpunkt ja für eine Verfassungsrevision ausgesprochen – kein neuer Pressekrieg.

⁶⁴ Es wird sich bei Abstimmungen immer so verhalten, dass eine wenig umstrittene Vorlage bedeutend weniger Wähler anzulocken vermag, als eine heftig umkämpfte.

Abstimmungsergebnisse vom 19. Juni 1904

Bezirke	stimm- fähig		Anwe- sende		Frage 1				Frage 2				Frage 3				Frage 4				Frage 5			
					ja	nein	le.	ung.	ja	nein	le.	ung.	ja	nein	le.	ung.	ja	nein	le.	ung.	ja	nein	le.	ung.
Goms	1253	883	825	59	1	-			828	51	4	-	74	803	4	-	798	80	3	-	105	768	8	-
Östl. Raron	600	361	350	10	1	-			348	11	1	-	23	337	1	-	322	38	1	-	9	351	1	-
Brig	1671	820	781	35	2	-			794	25	1	-	19	693	6	-	770	46	3	-	24	787	6	-
Visp	2185	1396	1313	53	4	3			1317	51	1	3	141	1222	6	3	1329	37	3	3	73	1289	7	3
Westl. Raron	1131	802	568	233	-	-			571	191	4	-	121	642	23	-	698	84	5	-	17	738	31	-
Leuk	1724	1010	932	40	11	-			968	23	11	7	76	880	17	8	880	81	16	9	96	853	23	7
Siders	3044	1408	1268	131	4	6			1298	93	4	10	83	1202	54	10	1203	179	13	9	166	1287	60	10
Hérens	1992	976	734	230	7	6			751	199	13	9	171	728	15	13	829	122	16	9	93	790	31	13
Sion	2390	878	656	162	55	-			716	92	62	-	107	561	102	-	712	116	28	-	124	593	62	-
Conthey	2604	947	853	29	66	1			799	34	90	5	39	736	111	5	592	252	62	6	222	550	103	6
Martigny	3103	1069	1020	35	9	5			1002	32	24	7	36	970	37	11	704	325	23	8	329	675	42	8
Entremont	2937	786	651	133	6	4			675	100	9	3	62	590	19	4	530	218	13	5	182	453	20	10
St. Maurice	1971	647	561	63	7	4			558	52	13	12	25	557	39	12	465	141	11	18	105	466	46	16
Monthey	2900	1333	1264	58	11	1			1250	62	14	7	28	1265	34	7	988	326	18	2	304	988	39	3
Militär **	95	93	70	19	-	-			47	39	-	-	37	48	-	-	41	44	-	-	40	41	-	1

** Walliser, die sich in der Rekrutenschule befanden, stimmten an ihren Waffenplätzen ab: Lausanne, Yverdon, Colombier, Bière, Chur

Dies, obwohl die einzelnen Walliser Zeitungen den Wahlausgang doch recht unterschiedlich interpretiert hatten. In der Folge kamen zwar noch kleinere, aber unwesentliche Pressegeplänkel auf, aber es schien, dass gewissen Redaktoren die Sinnlosigkeit ihrer aufrührerischen Artikel und Kommentare noch zur rechten Zeit bewusst geworden war. Die schmerzvolle «Niederlage» konnte die regierungsfreundliche Presse jedoch nicht so ohne weiteres wegstecken. Dementsprechend fiel auch ihre Interpretation der Wahlresultate aus. Die schwache Stimmbeteiligung, vor allem in den radikalen Zentren des Unterwallis, legte sie als Vertrauensvotum für die Regierung aus. Das Desinteresse der Walliser Bürger deutete sie als Zeichen einer blamablen Niederlage der Demokraten und es rechtfertigte, glaubten sie, das Vorgehen der Regierung und des Grossen Rates in der Novembersession des vorigen Jahres. Im «L'ami du peuple» las man: «C'est un fiasco colossale pour les motionnaires...» und weiter war vermerkt: «Le peuple valaisan a voulu montrer dimanche, non pas son hostilité pour le principe de la révision, mais sa répugnance pour les moyens mis en œuvre par les promoteurs de la campagne révisionniste. Il a témoigné aussi de sa confiance envers ses organes régulièrement constitués pour accomplir l'œuvre commune de la révision, faisant nettement comprendre qu'il n'entend pas que celle-ci soit accaparée par un clan anonyme et irresponsable.»⁶⁵ In die gleiche Kerbe schlug der «Walliser Bote», als er kommentierte: «Das Volk hat nun den Beweis geliefert, dass es vollstes Zutrauen zu seinen höchsten Behörden habe und dass diese, insoweit sie es für notwendig finden, eine Verfassungsrevision vornehmen sollen. Die ganze Komödie von den Vögten und Tyrannen und vom armen geknechteten Volke, das so sehr nach Befreiung seufzt und ruft, hat nun mit einem kläglichen Fiasko geendet und nicht einmal der «National»-Zweck, der dabei nicht die letzte Rolle spielte, ist erreicht worden.»⁶⁶

Mit der schwachen Wahlbeteiligung von knapp 45% zeigten sich aber auch die revisionistisch gesinnten Zeitungen, der «Briger Anzeiger» und der «Le Confédéré» nicht zufrieden. In der Ausgabe des radikalen «Le Confédéré» vom 22. Juni 1904 ging der Redaktor mit der Walliser Bevölkerung hart ins Gericht: «Si nous retenons que le gouvernement s'est déclaré partisan d'une révision totale de la Constitution et

⁶⁵ Ami. d.p., Nr. 50 vom 22. Juni 1904.

⁶⁶ WB, Nr. 51 vom 25. Juni 1904.

que le Grand Conseil, dans sa grande majorité, ne voudra pas le désavouer, on peut espérer que les Pouvoirs publics, plus conscients des intérêts du pays que le peuple, répareront la faute de ce dernier et effaceront les suites de sa légèreté et de son indifférence en menant à chef l'œuvre de la révision.»⁶⁷ Dagegen unterstrich der «Briger Anzeiger» immerhin die grosse Einstimmigkeit, mit der sich die Urnengänger für eine Totalrevision ausgesprochen hatten und fügte gleichzeitig mahnend hinzu: «Sollte man den Versuch machen, das Abstimmungsergebnis in dem Sinne zu interpretieren, dass die Revision abgelehnt worden, weil nicht ganz die Hälfte der stimmbfähigen Bürger, die der Kanton zählt, sich für die Revision ausgesprochen, wie bereits die gouvernementale Gazette du Valais dies andeutet, würden die Demokraten wie ein Mann sich erheben und unverzüglich ein neues Initiativbegehren in Bewegung setzen. Ein zweites Mal würde der gute Glaube der Bürger nicht mehr hintergangen werden.»⁶⁸

Es sollte aber nicht mehr dazu kommen, obwohl sich die gesamte Walliser und Schweizer Presse mit diesem Problem eingehend auseinandergesetzt hatte. Die Frage stellte sich, ob denn das relative Mehr der Stimmenden überhaupt genüge, um eine Verfassungsrevision zu verlangen, oder ob nicht vielmehr das absolute Mehr der stimmbfähigen Bürger erforderlich sei?⁶⁹

Schon bald aber entnahm man der Landespresse, führende konservative Politiker aus dem Wallis, etwa Nationalrat Kuntschen, hätten sich dahingehend geäußert, dass die Mehrheit der Stimmenden genügen würde.⁷⁰

Letztendlich musste sich aber der Grosse Rat des Kantons Wallis in seiner ausserordentlichen Julisession mit diesem Problem auseinandersetzen.

⁶⁷ Conf., Nr. 50.

⁶⁸ BA, Nr. 50 vom 22. Juni 1904.

⁶⁹ So behaupteten etwa folgende Zeitungen im Wallis, es brauche die Mehrheit der stimmbfähigen Bevölkerung, um eine Verfassungsrevision zu verlangen: G.d.V., Nr. 73 vom 21. Juni 1904 und WB, Nr. 50 vom 21. Juni 1904. Offen liessen diese Frage und verwiesen auf die Entscheidungsbefugnis des Grossen Rates: Ami.d.p., Nr. 50 vom 22. Juni 1904; Conf., Nr. 50 vom 22. Juni 1904; Le Bas-Val., Nr. 11 vom 25. Juni 1904; feuille d'avis, Nr. 74 vom 23. Juni 1904.

⁷⁰ G.d.V., Nr. 75 vom 25. Juni 1904. – BA, Nr. 52 vom 29. Juni 1904.

IV Das weitere Vorgehen⁷¹

Auf den 4. Juli 1904 wurden die Grossräte zu der oben erwähnten ausserordentlichen Session nach Sitten einberufen. Einzige Traktanden waren die Bestätigung des Abstimmungsergebnisses und die Botschaft des Staatsrates betreffend der Abstimmung über die Verfassungsrevision.⁷²

In seiner Botschaft ging der Staatsrat auf die eindeutige Mehrheit ein, die sich für eine Totalrevision der bestehenden Verfassung durch den Grossen Rat entschlossen hatte.⁷³ Von insgesamt 13409 Stimmenden entschieden sich nicht weniger als 11822 für eine Totalrevision. Immerhin noch 10854 Wähler wollten die Verfassung vom Grossen Rat revidieren lassen. Nur knapp 1900 Wähler wollten diese Aufgabe einem Verfassungsrat übertragen.

Staatsrat de Preux sprach sich zudem über das Problem aus, ob denn die relative Mehrheit der stimmberechtigten Bürger genüge, um dem Grossen Rat den Auftrag für eine Verfassungsrevision zu erteilen. Der entscheidende Artikel 87 der Verfassung von 1875 würde, so de Preux, verschieden ausgelegt und daher müsste der Staatsrat hierzu seinen Standpunkt bekanntgeben.⁷⁴ Die Regierung vertrat denn auch eher die Meinung, der Entscheid der Stimmbürger sei gültig und eine Verfassungsrevision vorzunehmen.

Die Grossratskommission, die die Botschaft des Staatsrates überprüfte, kam zum Schluss, dass Art. 87 gar keinen Zweifel über die Gültigkeit des Entscheides der Volksabstimmung vom 19. Juni zulasse. Die Mehrheit der Stimmenden würde auf alle Fälle genügen, um eine Verfassungsrevision zu verlangen. Es sei nun Aufgabe des Staatsrates, gemäss Art. 43 der Kantonsverfassung, einen Vorentwurf auszuarbeiten.

⁷¹ STAS: Vgl. hierzu die GRP der ausserordentlichen Julisession 1904 (1002-72) und Bull. du GC., Julisession 1904, S. 3–21.

⁷² STAS: Einberufung des Grossen Rates zur ausserordentlichen Julisession durch den Staatsrat vom 23. Juni 1904, als Beilage Nr. 74 zu den GRP der Mai- bis Novembersession 1904 (1002-72).

⁷³ STAS: Message du Conseil d'Etat concernant le résultat de la votation du 19 juin 1904 sur la révision de la Constitution du 30 juin 1904, als Beilage Nr. 3 zu den Prot. du GC., session extraordinaire du juillet 1904 (1001-159).

⁷⁴ Zu Art. 87 vgl. Anhang I.

Der Grosse Rat beauftragte sodann den Staatsrat, einen ersten Vorentwurf zu verfassen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Werkes liess man jedoch der Regierung genügend Zeit für ihre Aufgabe. Der Vorentwurf sollte dem Grossen Rate frühestens in der folgenden Maisession vorgelegt werden.

KAPITEL IV

EINE NEUE POLITIK

I Versöhnung der Demokraten und der Konservativen im Oberwallis

1. Allgemeines

Schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte sich eine kleine Gruppe unter der Führung Alexander Seiler des Älteren innerhalb der konservativen Partei des Oberwallis gebildet.¹ Diese neuformierte Gruppierung hatte sich zum Ziel gesetzt, der aristokratischen Führung der konservativen Partei des Wallis die Stirn zu bieten, da die Aristokratie unter der Führung von Henri de Torrenté ständig an Einfluss und Macht gewann und dies auch auszunützen wusste.² Als Seiler 1891 starb, übernahm sogleich sein Sohn Alexander (der Jüngere) dessen Gommer Grossratsmandat und führte die Arbeit und den Kampf seines Vaters gegen die Aristokratie weiter.³ Allmählich baute er eine Gruppe um sich auf, die die Fortschrittsfeindlichkeit der aristokratisch geführten Konservativen heftig bekämpfte. Für diese kleine Splitterpartei, die die Wichtigkeit des wirtschaftlichen Fortschrittes für den Bergkanton Wallis schon früh erkannt hatte, war das ein Kampf aus Überzeugung. Zudem setzte sie sich auch für neue, fortschrittliche und demokratische Ideen ein.

¹ Alexander Seiler der Ältere, geboren am 21. 2. 1819 und gestorben am 10. 7. 1891 war Bürger von Blützingen und Zermatt. Er vertrat den Bezirk Goms als Grossrat von 1869 bis zu seinem Tode. Er arbeitete sich zum Hotelier empor und gilt als einer der Pioniere der touristischen Entwicklung von Zermatt (Vallesia 1982, S. 370).

² Dem Regime Alexis Allet von 1857 bis 1870 (vgl. dazu: M. Rey, *Le régime Allet*, S. 193–215, in: *Histoire de la démocratie en Valais 1798–1914* und B. Fournier, *Le gouvernement Valaisan de 1857 à 1871*, Freiburg 1976) folgte sogleich die Herrschaftszeit von Henri de Torrenté. Er war über 20 Jahre lang Staatsrat und leitete die Geschicke des Wallis. Er wurde zum unbestrittenen Führer der konservativen Partei. Während seiner Amtszeit und mit ihm übernahm die Walliser Aristokratie die alleinige Macht im Staate, die sie in den folgenden Jahren erfolgreich zu verteidigen wusste.

³ E. Roux, *L'évolution politique au tournant du siècle*, S. 231 f., in: *Histoire de la démocratie en Valais (1798–1914)*.

So unterstützte Dr. Seiler 1893 die Motion Beck, die die Einführung des Proportionalwahlverfahrens gefordert hatte.⁴ Doch die aristokratische Führung hatte dieses Ansinnen dazumal noch unterdrücken können.

Die Gruppe Seiler fand jedoch immer neue Anhänger. Sie wurde damit zu einer unaufhörlichen Gefahr für die aristokratisch-konservative Partei, zumal sie seit 1899 mit dem «Briger Anzeiger» ein eigenes Publikationsorgan besass.

Als die fortschrittlich-demokratische Gruppe, wie sie sich inzwischen nannte, 1903 eine Motion für eine Erweiterung der Volksrechte im Grossen Rat einbrachte, sah die konservative Partei und ihre aristokratischen Führer ihre Monopolstellung in der Walliser Politik in Gefahr. Wohl aus diesem Grunde verwarf sie im Grossen Rat diese Motion deutlich.

Die Demokraten um Alexander Seiler nahmen das Schwert des Kampfes an. Sie lancierten, übrigens zum ersten Male in der Walliser Geschichte, das Verfassungsreferendum. Die Erfolge, welche die demokratische Gruppe daraufhin bei der Unterschriftensammlung feiern konnten, waren überwältigend. Daher wurde auch der Einsatz der konservativen Partei gegen das Referendum gegenstandslos. Inwieweit aber die Demokraten im Ober- und Mittelwallis an Beliebtheit gewonnen hatten, wurde erst bei der Nationalratswahl von 1904 deutlich, als Dr. Seiler dem offiziellen konservativen Kandidaten Heinrich von Roten ein spannendes Duell bis zum Schluss liefern konnte.

Der Austritt der Demokraten aus der konservativen Partei und der naheliegende Schritt einer Parteineugründung begann sich langsam abzuzeichnen. «Musste da eine neue, gutgeführte Partei nicht Aussicht auf Erfolg haben, besonders wenn sie die religiösen Grundsätze nicht weniger hochhielt als die Konservativen, darüber hinaus aber einem gesunden wirtschaftlichen und politischen Fortschritt huldigte?»⁵

2. Entstehung

Diese Befürchtungen hegten wohl auch die Führer der konservativen Partei. Für sie gab es nur mehr die Alternative, ihre bisherige traditionelle Politik weiterzuführen und dadurch die Gefahr einer Machtein-

⁴ Bull. du GC. vom 25. November 1893, S. 265 ff.

⁵ W. Kämpfen, a.a.O., S. 118.

busse in Kauf zu nehmen oder den Demokraten gegenüber Einverständnisse zu machen.

Letzteren Schritt zu tun, waren sie gezwungen, wollten sie, wie bis anhin im Wallis die Politik bestimmen. Dies fiel allerdings den konservativen Führern nicht sehr leicht: «Es geht unserer Eigenliebe im Moment schon etwas nahe, wenn aber die Gruppe darunter keinen Schaden leidet, so wollen wir es ertragen.»⁶

Nach den grossartigen Sympathiekundgebungen der Walliser Bevölkerung für die Demokraten im Verlaufe des Frühjahres 1904 sahen sich die Konservativen jedoch gezwungen, Kontakt mit der Gruppe Seiler aufzunehmen. Es waren der Siderser Staatsrat Charles de Preux und der Rarner Nationalrat Heinrich Roten, die sich hierfür verwenden liessen.⁷

Bei diesen ersten Kontaktnahmen beschloss man sodann, dass Delegierte beider Gruppen sich am 1. Dezember 1904 zu Einigungsverhandlungen in Sitten treffen sollten. Diese Vorgehensweise erklärte Heinrich Roten im nachhinein, als er festhielt, der Sieg in der Nationalratswahl vom 7. Februar 1904 sei nicht ein Sieg über äussere Feinde, sondern leider ein Sieg über Gegner im eigenen Lande gewesen, unter welchen man viele Gesinnungsgenossen gezählt hätte. Seit jenen Tagen, erklärte er, stünden sich im Oberwallis nun zwei Parteien schroff gegenüber. Dies sei zwar üblich in Ländern, wo sich politische Parteien bekämpfen, Oberwallis jedoch nehme hier eine Sonderstellung ein, da dies durch Sprache und Geschichte vom Unterwallis getrennt sei und jenem an Zahl weit nachstehe. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse hatten die Oberwalliser im Kanton eine geachtete Stellung und hatte man dank der politischen Einigkeit Einfluss auf die Landesregierung und er fügte hinzu: «Im Gegensatz zu uns war der französische Kantonsteil in Parteiongen zerfallen. Die religiös-

⁶ vRA: Unvollständig erhaltener Entwurf eines Briefes von Heinrich Roten vom 23. März 1905, ohne Adresse.

⁷ Charles de Preux am 22. 2. 1858 in Venthône geboren, war von Beruf Advokat und Notar. Er wohnte in Anchettes/Venthône und Siders. Von 1891 bis 1901 hatte er das Amt eines Instruktionsrichters des Bezirkes Siders inne. Danach war er lange Jahre Direktor der Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft in Chippis. Als Grossrat vertrat er seinen Heimatbezirk in den Jahren 1889 bis 1901 und von 1906 bis 1921. Zudem war er Staatsrat von 1901 bis 1906 und präsidierte diesen 1904/05. Er war aber auch in der nationalen Politik als Ständerat in den Jahren 1898 bis 1901 und als Nationalrat von 1908 bis 1917 tätig (Vallesia 1982, S. 352). – Vgl. aber dazu auch W. Kämpfen, a.a.O., S. 118–127.

politische Anschauung des deutschen Landesteiles kann mit dem Worte «katholisch-konservativ» bezeichnet werden und sie war stark genug, dem ganzen Kanton dieses Gepräge aufzudrücken. Nur diese Sachlage gibt uns eine genügende Erklärung des leidenschaftlichen Anteiles, welchen die radikale Partei des Wallis und der Schweiz an unserm Kampfe nahm. Gelang es, das Oberwallis in zwei Lager zu teilen und in diesem Kantonsteile einen dauernden Zwiespalt hervorzurufen, so war dessen Einfluss im Lande gebrochen und die katholische Schweiz verlor eines ihrer sichersten Bollwerke.»⁸

So versammelten sich denn am 1. Dezember 1904 die Delegierten der beiden Parteien zu ersten Verhandlungen in der Kantonshauptstadt.⁹ Der Sprecher der Demokraten, Dr. A. Seiler, gab die Bereitschaft seiner Gruppe kund, sich mit der konservativen Partei versöhnen zu wollen und gemeinsam mit ihr für das Volkswohl einzutreten. Allerdings müsste man sich einerseits auf ein gemeinsames fortschrittliches Parteiprogramm einigen können, andererseits müsste zudem eine Annäherung bei den bestehenden politischen Differenzen gefunden werden, welche der demokratische Sprecher folgendermassen formulierte: «1. Meinungsverschiedenheit auf kantonalem politischem Boden. Die Demokraten sind Anhänger der Erweiterung der Volksrechte, sie steuern der reinen Demokratie zu. 2. In eidgenössischer Politik. Die Walliser Konservativen treiben in eidg. Fragen zu viel negative Politik. Die Demokraten wollen positiver sein, sie wollen von Fall zu Fall zu den eidg. Fragen Stellung nehmen und huldigen dem Grundsatz: «Man kann guter Katholik und bundesfreundlicher Schweizer sein.» 3. Meinungsdivergenzen in Bezug auf die industrielle Entwicklung unseres Kantons. Die H.H. Seiler und Konsorten möchten unsern Kanton, der wie kein zweiter dazu berufen sei, landwirtschaftlich und industriell gross machen. Die kath-kons. Partei habe in dieser Richtung zu wenig geleistet.»¹⁰

⁸ WB, Nr. 84 vom 21. 10. 1905, öffentliche Erklärung Heinrich Rotens zu seinem Verzicht für eine Kandidatur in den Nationalrat.

⁹ An dieser Sitzung nahmen teil: Staatsratspräsident de Preux, Staatsrat Zen-Ruffinen, die Nationalräte von Roten und Loretan, Elias Perrig, Josef Burgener, Dr. Alexander Seiler, Othmar Kluser, Emil Cathrein, Alphons de Sepibus, Robert Varonier und Dr. Hermann Seiler.

¹⁰ STAS: Fonds Mathilde von Stockalper, P 481: Auszug aus dem Protokoll der Einigungsverhandlung zwischen den Demokraten und den Konservativen, die unter der Leitung des Staatsratspräsidenten de Preux am 1. 12. 1904 in Sitten im Café de la Planta stattfand. – Vgl. auch BA, Nr. 86 vom 28. Oktober 1905.

Diese Versöhnungsverhandlungen der beiden Oberwalliser Gruppen wurden jedoch nicht überall mit Freude zur Kenntnis genommen. So ist etwa aus einem Brief des Domherren Meichtry an Heinrich Roten zu entnehmen, dass es im Mittelwallis Kreise gab, die sich sehr skeptisch gegenüber dieser Einigungsversuche geäußert haben sollen. Diese Mittelwalliser Konservativen fürchteten vor allem, die Oberwalliser Konservativen würden zugunsten der Einigung gegenüber den Demokraten politische Verpflichtungen eingehen, die der konservativen Partei schaden könnten. Sie dachten dabei in erster Linie wohl an die Abtretung eines Nationalratsmandates an die Demokraten.»¹¹ Trotz solcher parteipolitischer Bedenken nahmen die Versöhnungsverhandlungen ihren Fortgang, denn die Führer der Oberwalliser Konservativen hatten die Dringlichkeit einer Einigung im Oberwallis erkannt.¹²

Im Februar des folgenden Jahres setzte man sich erneut zu Verhandlungen an einen Tisch. In den Fragen des Arbeitsprogrammes konnte man sich bereits im Verlaufe des Frühjahres 1905 im allgemeinen einigen.¹³ Nur in den Proporz und die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte, die beiden wichtigsten Anliegen der Demokraten, willigten die Konservativen auf keinen Fall ein. «In den Fragen des Proporz haben wir ausdrücklich erklärt, dass unsere Gruppe absolut keine Verbindungen eingehen und sich nicht von unsern Gesinnungsgenossen im Mittel- und Unterwallis trennen würde. Diese Erklärung wurde ins Protokoll der Sitzung aufgenommen.»¹⁴ Die Aussage Heinrich Rotens verdeutlichte, dass über diese Punkte bestimmt keine Einigung erzielt werden konnte.

Obwohl die Arbeitsprogramme beider Gruppen einander teilweise angepasst werden konnten, las man im «Briger Anzeiger»: «Mit Bedauern konstatieren wir, dass das proportionale Wahlverfahren nicht in das Programm aufgenommen worden. Es ist das eine bedenkliche

¹¹ vRA: Brief von Domherr Meichtry an Heinrich v. Roten vom 12. Dezember 1904, im Familienarchiv Heinrich Roten.

¹² Am Ende der ersten Einigungsverhandlung entschlossen sich die Delegierten, die Herren de Preux, v. Roten und Chastonay einerseits und die Herren Dr. A. Seiler, Dr. H. Seiler und O. Kluser andererseits mit der Weiterführung der Verhandlungen zu betrauen und beauftragten sie zugleich, noch vor den Märzahlen von 1905 eine Lösung herbeizuführen.

¹³ Das Programm der Demokraten wurde am 22. März 1905 im BA, das der Konservativen am 2. September 1905 im WB und BA veröffentlicht.

¹⁴ vRA: Unvollständig erhaltener Entwurf eines Briefes von Heinrich Roten vom 23. März 1905, ohne Adresse.

Lücke. Wir sehen nicht gut ein, wie ein dauernder Friede zwischen den verschiedenen Parteien des Kantons Wallis hergestellt werden soll, wenn nicht eine jede Partei die Vertretung im Grossen Rate erhält, die ihrer Stärke von rechtswegen zukommt.»¹⁵

Sollte die Versöhnung der beiden politischen Gruppen im Oberwallis jetzt noch scheitern? Sollte die Forderung nach dem Proporz und der Volkswahl der Staats- und Ständeräte zum Stolperstein der bevorstehenden Einigung werden?

Fast schien es so, denn die Konservativen zeigten keine Bereitschaft, in jenen Punkten von ihrer bisherigen politischen Linie abzuweichen. «Nach meinem Gefühl hat der Proporz im Moment keine günstigen Aussichten und haben wir weder im Grossen Rat noch im Volk eine Mehrheit zu befürchten. Herr Seiler ist den Radikalen für deren Heerfolge zu Dank verpflichtet und wird diesen Dank durch Einstehen für den Proporz bezeugen wollen. Geht er aber nicht durch, was ich glaube, so wird Herr Seiler daraus keinen casus belli machen, sondern den Radikalen sagen, ich habe mein möglichstes getan und wir sind jetzt quitt. Ich halte dafür, Proporz und Programm sollen seinen Rückzug zu uns decken und man soll ihm dies ...»¹⁶

Bestätigt dieser Briefauszug nun doch noch die Aussage von W. Kämpfen, der die Konservativen in seiner Biographie hart verurteilt hatte. Er bezeichnete sie nämlich als «echte Meister der Situationspolitik», die «um schlaue Schach- und Winkelzüge noch nie verlegen waren» und die die Ritterlichkeit Seilers «weidlich» ausnützten, um zu einem «Schutz- und Trutzbündnis» zu kommen?¹⁷ Liest man den obigen Brief, müsste man dies beinahe annehmen. Eine endgültige und korrekte Antwort darauf zu geben, ist nach über achtzig Jahren, anhand der dürftigen und unsicheren Quellen, wohl nicht mehr möglich.

Auf alle Fälle schien die Aussicht auf eine baldige Einigung im Oberwallis nicht mehr sehr vielversprechend zu sein. Es waren sodann die Demokraten, die den Konservativen ein letztes Mal die Hand zum Frieden boten. Sie verzichteten auf die Aufnahme ihrer beiden dringenden Anliegen, des Proporzes und der Volkswahl der Staats- und Ständeräte, in das gemeinsame Arbeitsprogramm. Allerdings müsste ihnen, den Demokraten, zur Verwirklichung der demokratischen

¹⁵ BA, Nr. 70 vom 2. September 1905.

¹⁶ vRA: Unvollständig erhaltener Brief von Heinrich Roten vom 23. März 1905, ohne Adresse.

¹⁷ W. Kämpfen, a.a.O., S. 119/121.

Postulate volle Handlungsfreiheit innerhalb der konservativen Partei gewährt werden. Zum andern müsste in das Programm ebenso das Prinzip der Minderheitsvertretung Aufnahme finden.¹⁸ Damit kamen sie den Konservativen in grosszügiger Weise entgegen, behielten aber dennoch ihre Unabhängigkeit bei der Vertretung ihrer Ideen und Wünsche. Wie die Führer der Oberwalliser konservativen Partei darauf reagieren würden, blieb abzuwarten.

Im Verlaufe des Spätherbstes, vermutlich anfangs Oktober, teilte die demokratische Gruppe den Konservativen die Kandidatur Dr. Seilers für die bevorstehenden Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1905 mit, bemerkte aber zugleich, dass jene für die Versöhnung keine *conditio sine qua non* darstelle.¹⁹ Dieses Vorgehen hatten die Konservativen anhand eines Briefes von Dr. Seiler an H. Roten befürchten müssen: «Hätte man vor zwei Jahren sich die Mühe gegeben, eine solch offene Politik zu treiben, wären die Dinge nicht so weit gekommen. Dazumal war ich bei Euch eben noch eine *Quantité négligeable*. Man hielt es unter der Würde mit unserer kleinen Gruppe zu unterhandeln und beim Kampf um Zolltarif, Verfassungsrevision und bei den Nationalratswahlen fiel man in einer geradezu gemeinen, ehrlosen und schmutzigen Art über mich her. Die Verleumdungen, deren man sich mir gegenüber schuldig machte, können nie mehr gutgemacht werden. Man hat mir dann allerdings durch meine Wahl zum 2. Vizepräsidenten des Gr. R. (Grossen Rates) eine kleine Satisfaktion geben wollen. Ich habe diese Stelle nicht gesucht... Ich fühlte es dazumal schon, dass man mir eine Wahl zum Vizepräsidenten bei jeder Gelegenheit unter die Nase reiben würde. Es sind noch nicht acht Tage verflossen, dass man mir mit einer Nichtwahl drohte, wenn ich mich erkönnen würde, meine Kandidatur als Nationalrat aufzustellen. Man sollte mich doch genügend kennen, dass solche Drohungen das gerade Gegenteil bei mir bewirken. Was nun geschehen wird, kann ich Dir noch nicht sagen. Ich habe in erster Linie zu tun, was meine politischen Kameraden für gut und zweckmässig halten.»²⁰

Die konservative Partei entschied sich letztendlich aber für die Eini-gung, da sie ihre Zukunft im Oberwallis mit einer starken und geeinten Gruppe plante. Daher anerkannte sie die beiden Forderungen der

¹⁸ BA, Nr. 86 vom 28. Oktober 1905, Erklärung Dr. Seilers vom 27. Oktober 1905.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ vRA: Brief von Dr. Seiler an Heinrich Roten, vom Oktober 1905, ohne Angabe des genauen Datums.

Demokraten, das Prinzip der Minderheitsvertretung in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen und den demokratischen Vertretern in bezug auf deren Postulate volle Agitationsfreiheit innerhalb der Mutterpartei zu gewähren. Zum andern erklärte sich Heinrich Roten im Sinne der Versöhnung bereit, auf eine Wiederwahl in den Nationalrat, zugunsten des Demokraten Dr. A. Seiler, zu verzichten.²¹ Diese Geste des Edelmutes wurde Heinrich Roten ein Jahr später verdankt, als er das Ständeratsmandat des Oberwallis zugesprochen erhielt.

Die demokratische Gruppe beschloss sodann einstimmig, das geänderte und angepasste Parteiprogramm anzunehmen und sich wieder der konservativen Partei anzuschliessen. Damit war im Oberwallis nach den politischen Kämpfen in den Jahren nach der Jahrhundertwende endlich wieder Ruhe und Frieden eingekehrt.

Die Kunde der Einigung der Demokraten und der Konservativen im Oberwallis verbreitete sich wie ein Lauffeuer. In beiden deutschsprachigen Zeitungen erschien am 21. Oktober 1905 ein Communiqué der neu vereinten katholisch-konservativen Partei: «Die Vertreter der katholisch-konservativen und demokratischen Gruppe des Oberwallis haben auf Grund längerer Unterhandlungen sich auf ein einheitliches Partei- und Arbeitsprogramm geeinigt. Dieselben bilden fürderhin eine Partei unter der bereits bestehenden Bezeichnung «katholisch-konservative Gruppe des Oberwallis». Die auf katholischer Grundlage aufgebauten, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden, nach Fortschritt hinzielenden und die Wohlfahrt des Landes bezweckenden Programmpunkte werden durch das Zusammenwirken aller konservativen Kräfte des Oberwallis ins Leben umgesetzt, dem Vaterlande zum Segen gereichen.»²²

Doch diese Versöhnung der beiden Gruppen wurde von vielen Wählern beider Lager oft gar nicht verstanden. Hatten sich beide Parteien vor kurzer Zeit noch heftig bekämpft, bildeten sie plötzlich eine gemeinsame Front. Sowohl H. Roten als auch A. Seiler mussten ihre Wähler und Anhänger beschwichtigen und ihnen ihr Vorgehen erklären.²³ Dr. Seiler rechtfertigte sich: «Ein Beweggrund vor allem hat meine Freunde und mich in den langen und schwierigen Unterhandlungen geleitet. In stürmischen Zeiten hatten wir die Revisionsbewe-

²¹ WB, Nr. 84 vom 21. Oktober 1905, Erklärung von H. Roten.

²² BA und WB, Nr. 84 vom 21. Oktober 1905.

²³ WB, Nr. 84 vom 21. Oktober 1905, Erklärung von H. Roten; BA, Nr. 86 vom 28. Oktober 1905, Erklärung von A. Seiler vom 27. ds.

gung eingeleitet. Am Anfange heftig bekämpft hat die Idee der Verfassungsrevision im Sinne der Erweiterung der Volksrechte heute tiefe Wurzeln im Volke gefasst. Wir stehen am Vorabend der Verfassungsdebatten. Sollten dieselben im Zeichen des Kampfes beginnen? Kein aufrichtiger Patriot kann das wünschen. Wir wollen an das grosse Werk der Revision herantreten im Zeichen des Friedens, der Eintracht, der Zusammengehörigkeit. Wir wollen ein Werk des Fortschrittes, ein Werk politischer und volkswirtschaftlicher Errungenschaften schaffen.»²⁴

Wie wichtig die Bereitschaft der Demokraten zur Einigung und die anschliessende Versöhnung für die konservative Partei sein sollte, zeigten die Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1905 deutlich auf. Von den vier Kandidaten auf der offiziellen Liste erzielte der Demokrat Dr. Seiler mit 9577 am meisten Stimmen, gefolgt von den konservativen Kuntschen, Loretan und Évéquoz.²⁵

Die Konservativen hatten mit der Einigung ihr vordergründiges Ziel, eine starke konservative Oberwalliser Gruppe zu stellen, bei weitem erreichen können.

Aber auch den Demokraten war es gelungen, mit der Einigung einen Weg für eine aussichtsreichere Zukunft des Wallis zu ebnen. Mit dieser Einigung hatte man eine solide Basis für eine gemeinsame Ausarbeitung der neuen Kantonsverfassung geschaffen.

3. Die Unterwalliser Presse

Die regierungsfreundliche welsche Presse nahm die Wiedervereinigung der beiden Oberwalliser Gruppen mit grosser Genugtuung auf. Die «Gazette du Valais» und «L'Ami du peuple» lobten dabei vor allem den Verzicht Rotens zugunsten Seilers.²⁶ Im Gegensatz etwa zum «Nouvelliste valaisan» und zum «Journal et feuille d'avis du Valais et de Sion», die die Botschaft der Versöhnung ebenfalls mit

²⁴ BA, Nr. 86 vom 28. Okt. 1905.

²⁵ Kuntschen erhielt 9289 Stimmen, Loretan deren 9269 und der Mittelwalliser Évéquoz 8979. Raymund Évéquoz, geb. am 11. 5. 1863, gest. am 19. 6. 1945, Bürger von Conthey, Advokat und Notar, Präfekt von 1889–1927, Grossrat für Conthey 1889–1941, Nationalrat 1902–1928, Ständerat 1928–1943, Präsident der Walliser und Schweizer konservativen Partei (Vallesia 1982, S. 295).

²⁶ Ami d.p., Nr. 86 vom 24. 10. 1905 und G.d.V., Nr. 125 vom 28. 10. 1905. – Beide Zeitungen druckten jedoch auch die Erklärung der Oberwalliser katholisch-konservativen Partei ab: Ami d. p., Nr. 84 vom 21. 10. 1905 und G.d.V., Nr. 122 vom 21. 10. 1905.

Freude aufnahmen, verzichteten aber erstere auf einen eigenen Kommentar. So titelte der Nouvelliste in seiner Nummer vom 21. Oktober 1905: «L'union est faite.» Im «Journal et feuille d'avis du Valais» las man: «Nous saluons avec plaisir le choix de sa candidature. M. Seiler est un homme d'action, un excellent orateur et l'on sait la part active qu'il prend aux débats du Grand Conseil.... Chacun sait que son nom est attaché intimément à l'œuvre de la révision de la constitution valaisanne. Nous sommes heureux de constater l'esprit de bonne entente que règne dans notre pays ou l'on comprend très bien qu'il vaut mieux s'unir que se diviser pour travailler d'un commun accord à la prospérité du Valais.»²⁷

Ch. Saint-Maurice schrieb in einem Leitartikel: «M. Alexandre Seiler est celui que nous connaissons le moins de nos hommes politiques, et il peut être demain celui que nous connaissons le plus... Il représentera, comme il arrive toujours aux tempéraments hardis, parfaitement l'homme nouveau dans le parti catholique. Quelqu'un qui l'approche de près nous dit que sa qualité maîtresse est le mélange d'un esprit pratique et d'une intelligence élevée. Nous n'aurions, au reste, pas besoin de ce brevet pour être certain que le merveilleux créateur de nos plus belles stations alpestres, sera une force au Conseil national.»²⁸ Im gleichen Kommentar würdigte er auch das Vorgehen H. Rotens, dessen Verzicht Dr. Seiler die Kandidatur auf der offiziellen Liste ermöglicht hatte: «Qu'il nous soit permis de l'admirer dans toute l'élévation de son cœur et dans toute noblesse de son âme!»²⁹

Erstaunlich ruhig verhielt sich der «Le Confédéré». Sonst immer mit scharfem Geschütz auffahrend, berichtete er nüchtern, sachlich und kurz über die Wiedervereinigung der Dissidenten mit der Mutterpartei.³⁰ Für die liberal-radikale Partei wäre eine Spaltung der Oberwalliser Konservativen mit Sicherheit ein Vorteil gewesen. Die Parteienpalette wäre dadurch nur angereichert worden und die politische Struktur im Wallis hätte sich unter Umständen verändern können. Nach der Vereinigung der beiden Oberwalliser Gruppen vertrat die liberal-radikale Partei erneut alleine die Opposition im Kanton Wallis.

²⁷ Feuille d'avis, Nr. 121 vom 19. Oktober 1905.

²⁸ NL, Nr. 143 vom 26. Oktober 1905.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Conf., Nr. 84 vom 21. Oktober 1905.

KAPITEL V

VERFASSUNGSREVISIONSENTWURF

I Botschaft und Entwurf

1. Allgemeines

Nachdem der Staatsrat vom Grossen Rate des Kantons Wallis in der Julisession 1904 den Auftrag erhalten hatte, einen Vorentwurf für eine Verfassungsrevision auszuarbeiten, konnte die Regierung schon in der Maisession von 1905 diesen Entwurf gemeinsam mit der dazugehörigen Botschaft vorlegen.¹ Der Grosse Rat entschloss sich sodann, eine fünfzehnköpfige Kommission zur genauen Prüfung und zur Berichterstattung über den staatsrätlichen Vorentwurf einzusetzen. Ihr gehörten je ein Abgeordneter aus jedem Bezirke an (inklusive der beiden Halbbezirke Östlich und Westlich Raron).²

Am 25. Oktober 1905 stand die Prüfung und Berichterstattung über den Entwurf auf der Traktandenliste des Grossen Rates. Doch konnte über dieses Traktandum zu diesem Zeitpunkte noch nicht verhandelt werden. Kommissionspräsident Kuntschen gab jedoch bekannt, dass die Kommission angesichts der enormen Wichtigkeit dieses Werkes noch keine definitiven Vorschläge unterbreiten könnte. Er beantragte daher, die Diskussion über den staatsrätlichen Entwurf auf eine ausserordentliche Session im Frühjahr 1906 zu verschieben. Diesem Antrag pflichtete die Versammlung schliesslich bei. Die erste Lesung über die neue Verfassung fand im Februar 1906 statt.³

¹ Bull. du GC. vom 18. Mai 1905, S. 36. – Aus den spärlichen Quellen bleibt leider nicht mehr ersichtlich, ob dieser Entwurf ein Gemeinschaftswerk des Staatsrates war, oder ob er unter Umständen von einem hohen Staatsbeamten ausgearbeitet worden und vom Gesamt-Staatsrat nur mehr korrigiert und ausgefeilt worden war.

² Bull. du GC. vom 22. Mai 1905, S. 86. – Sie setzte sich zusammen aus den Grosssräten Kuntschen (Kommissionspräsident), Défayes, Anzévi, Bressoud, de Chastonay, Delacoste, Evéquo, Raymond, Imboden A., Dr. Loretan, Pellissier, Roten H., Dr. Seiler A., de Sepibus A., de Stockalper J. und Troillet Sigéric.

³ Bull. du GC. vom 25. Oktober 1905, S. 54.

2. Staatsrätlicher Entwurf und Botschaft

In seiner den Entwurf begleitenden und erklärenden Botschaft vom 11. Mai 1905 erläuterte der Staatsrat nochmals in einem kurzen Rückblick den Werdegang der Revisionsbewegung seit dem 18. November 1903. Wir gehen an dieser Stelle nicht mehr näher darauf ein und verweisen auf die vorangehenden Kapitel! Unmittelbare Folge dieser ereignisreichen und kämpferischen Zeitepoche war der Auftrag des Grossen Rates an die Walliser Exekutive, einen Vorentwurf für eine neue Kantonsverfassung auszuarbeiten. Am 4. Mai 1905 war es dann endlich soweit.⁴ Der Staatsrat hatte seinen Entwurf vollendet und konnte ihn den Grossratsabgeordneten in gedruckter Fassung zur Lektüre vorweisen.

Inwiefern jedoch waren die Forderungen und Anliegen der Reformanhänger in diesem Vorentwurf berücksichtigt worden? Die Antwort auf diese Frage konnte man aufgrund der parteipolitischen Konstellation der Exekutive in etwa erahnen. Es war nicht anzunehmen, dass die mehrheitlich konservative Regierung die weitreichenden Forderungen der Demokraten akzeptieren würde. In diesem Entwurfe Postulate zu finden wie die Volkswahl der Regierung und die Einführung des Proporz, die die Vormachtstellung der katholisch-konservativen Partei gefährden könnten, wäre wohl der Erwartungen zu viele gewesen. Eine endgültige Antwort konnte jedoch schlussendlich nur der neue Verfassungsentwurf und die dazugehörige Botschaft des Staatsrates geben. Nachfolgend wollen wir nochmals in einem kurzen Überblick die wichtigsten Forderungen der Demokraten darlegen und aufzeigen, inwiefern diese Postulate von der Exekutive in ihrem Entwurf berücksichtigt worden sind (vgl. im Anhang I).

3. Die Hauptpostulate der Demokraten

3.1 Das obligatorische Gesetzesreferendum

Art. 30 des Entwurfes lautete: «Der Volksabstimmung unterliegen:

1. Die Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der Verfassung;
2. Die Konkordate, Abkommen, Verträge, soweit sie in der Zuständigkeit der Kantone liegen;

⁴ Verfassungsrevisionsentwurf des Staatsrates vom 4. Mai 1905 (in: Prot. du GC., constitution révisée de 1907, 1001–170bis).

3. Die vom Grossen Rate ausgearbeiteten Gesetze und Dekrete. Ausgenommen sind:

- a) die Dekrete dringlicher Natur und von nicht allgemeiner und bleibender Tragweite;
- b) die gesetzgeberischen Erlasse, die zur Vollziehung der Bundesgesetze notwendig sind;

4. jede Schlussnahme des Grossen Rates, welche eine ausserordentliche Ausgabe von 60000 Franken oder während drei Jahren eine durchschnittliche Ausgabe von 20000 Franken zur Folge hat, wenn diese Ausgaben aus dem Betrag der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlages nicht gedeckt werden können;

5. jede Erhöhung der in Art. 27 festgesetzten Kapital- und Einkommen-Steuer, insofern dieselbe nicht durch die ausserordentlichen Beiträge, welche die Eidgenossenschaft in Gemässheit des Art. 42 der Bundesverfassung den Kantonen auferlegen kann, notwendig geworden ist.»⁵

Die Forderung der Reformisten nach dem Referendum übernahm die Regierung ohne weiteres in ihren Entwurf. Zu deutlich hatte sich die Einführung dieses demokratischen Postulats während der beiden vorangehenden Jahre unter der Walliser Bevölkerung abzuzeichnen begonnen, als dass die Regierung noch darauf hätte verzichten können. So bezeichnete sie denn auch die Einführung des obligatorischen Gesetzesreferendums (wie auch der Verfassungs- und Gesetzesinitiative) als die wichtigste Änderung und Neuerung, welche den vorliegenden Verfassungsentwurf prägte. Schon in der Botschaft über die Zweckmässigkeit einer Verfassungsrevision vom Mai 1904 hatte sich die Regierung vorwiegend für dieses Postulat ausgesprochen.⁶

Mit dem Gesetzesreferendum tat das Wallis einen entscheidenden ersten Schritt in Richtung einer reinen Demokratie. Dem Volk wurde somit in Gesetzessachen das letzte Wort überlassen. Die ausgearbeiteten Gesetze und Dekrete mussten dem Walliser Volke letztendlich zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt werden. Erst nachdem das Volk diese in einem kantonalen Urnengang angenommen hatte, erlangten sie volle Rechtskraft. Dem Volke wurde plötzlich ein Teil der Mündigkeit überlassen, den bis anhin der Grosse Rat für die Walliser Bürger verwaltet hatte.

⁵ Vgl. zu Art. 30, Ziff. 4 : H. Escher, Das Finanzreferendum in den schweizerischen Kantonen, Diss. Zürich 1943, S. 1 ff.

⁶ STAS: Botschaft zum Verfassungsrevisions-Entwurf vom 11. 5. 1905 (Prot. du GC., constitution révisée de 1907, in: 1001-170bis).

Dass man das obligatorische Referendum einführen musste, war im nachhinein unbestritten. «Es sichert dem Volk ein unmittelbares und regelmässiges Eingreifen in die gesetzgeberische Arbeit zu.»⁷ Gegen das fakultative Referendum sprach nämlich die Verlängerung der Agitationsdauer, denn es müsste zuerst, wie beim Verfassungsreferendum, eine Unterschriftensammlung stattfinden. Ausgedehnte politische Auseinandersetzungen wären unvermeidlich. Erst nach der Einreichung und der Kontrolle der Unterschriften könnte man dann die Abstimmung durchführen. Eine solche Zweispurigkeit wollte man jedoch vermeiden, um damit verbundene politische Quereleien unter der Bevölkerung zu verhindern. Daher war die Einführung des obligatorischen Gesetzesreferendums unbestritten und schien somit schon vor den beiden Verfassungsdebatten sicherer Bestandteil der neuen künftigen Kantonsverfassung zu sein.

3.2 Die Volksinitiative (Gesetzesinitiative)

Art. 31 des Entwurfes lautete:

«Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) den Erlass eines neuen oder die Abänderung eines wenigstens seit vier Jahren zu Kraft bestehenden Gesetzes verlangen.

In gleicher Weise kann das Volk ebenso einen ausgearbeiteten Gesetzes-Entwurf vorlegen.

Im einen wie im andern Falle muss das Begehren in der in Art. 106 vorgesehenen Form durch die Unterschrift von fünftausend stimmberechtigten Bürgern unterstützt werden.»

Noch im Frühjahr 1905 war die Gesetzesinitiative, wie auch das Gesetzesreferendum, Streitobjekt in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Demokraten und den Konservativen gewesen. Allerdings hatten die Konservativen die Einführung der Initiative weniger stark bekämpft als etwa die Volkswahl der Regierung. Folglich war ersterer im konservativen Lager auch nur anfänglich Widerstand beschieden. Die Gesetzesinitiative fand daher ohne Meinungsverschiedenheiten Aufnahme im staatsrätlichen Entwurf. Wie schon Dr. A. Seiler die Initiative in der grossrätlichen Novembersession von 1903 als ideales Volksrecht bezeichnet hatte, so erkannte ebenfalls der Staatsrat in seiner Botschaft: «Die Initiative ist einigermassen die folgerichtige Ergänzung des Referendums.»⁸ Neben der Einführung des Gesetzesreferendums stellte sie ein weiteres demokratisches Postulat

⁷ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 4.

⁸ Ebenda, S. 4.

dar, das der Verwirklichung einer reinen Demokratie dienen sollte. Mit der Einführung dieser beiden demokratischen Instrumente hatte das Volk in dem Rechtsstaat Wallis wieder an Einfluss und Stärke gewonnen. Vorbei schien die Zeit zu sein, in der allein die Herren Abgeordneten in Sitten über die Gesetzgebung im Wallis hatten entscheiden können. Fraglich blieb letztendlich nur, inwieweit das Volk dieses Recht in Anspruch nehmen würde und könnte. Denn dieses Recht zu benutzen, hiess doch immer noch schwierige Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Freilich sollte es dem Volke künftig möglich sein, «nicht nur die Revision der Verfassung, sondern auch die Abänderung von bereits in Kraft stehenden Gesetzen oder den Erlass von neuen Gesetzen zu verlangen».⁹ Aber wie oft würde es einzelnen Interessengruppen möglich sein, 5000 Unterschriften für oder wider ein Gesetz zu sammeln? Wie oft würde sich überhaupt eine Initiativgruppe darum bemühen, dieses Recht zu ergreifen, denn unweigerlich war es nur mit einer guten Organisation und viel Zeit- und Kostenaufwand verbunden. Und welche Chance hatte eigentlich ein Initiativbegehren, überhaupt vom Volke angenommen zu werden?¹⁰ Dies alles sind Fragen, die man sich im Zusammenhange mit diesem Recht stellen musste. Unabhängig davon war es mit Sicherheit ein Grundrecht, das dem Bürger eines demokratischen Rechtsstaates zustand.

3.3 Die Proporzwahl (Verhältnisswahlverfahren)

Art. 86 des Entwurfes lautete:

«Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre am zweiten Sonntag Dezember statt. In der Regel werden dieselben mit der absoluten Mehrheit und mittelst Listen-skrutinium vorgenommen. Durch das Wahlgesetz wird jedoch die fakultative Einführung der Minderheits-Vertretung mittelst der limitierten oder der Verhältnisswahl (proportionales Wahlverfahren) den Gemeinden zugesichert...» In der Herbstsession, am 18. November 1903, hatten die Reformisten unter der Führung von Dr. A. Seiler noch die Proporzwahl der Staats- und Ständeräte gefordert.¹¹ Doch schon in ihrem Referendumsaufruf vom Neujahr 1904 verzichteten sie vorderhand darauf, behielten sich aber

⁹ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 4.

¹⁰ Vgl. zum Problem auf Bundesebene: Y. Hangartner, Grundzüge des schweizerischen Staatsrechtes, Bd. I: Organisation, Zürich 1980, S. 109.

¹¹ Siehe vorne S. 32. – Zum Proporz vgl. Locher Beat, Bestrebungen zur Einführung des Proportionalwahlrechtes für die Wahl des Staatsrates im Kanton Wallis 1848–1984, Freiburg 1985.

vor, zu gegebener Zeit wieder darauf zurückzukommen.¹² Doch auch sie hatten damals die Gefahr für das Oberwallis erkannt, die von einer allfälligen Verwirklichung dieses Postulates ausgehen konnte. Für die deutschsprachige Bevölkerungsminderheit musste dieses Recht zu jener Zeit notgedrungenermassen den Verlust des zweiten Staatsratsmandates zur Folge haben. Dies war schon das Hauptargument der Konservativen gegen die Volkswahl der Exekutive gewesen. Trotzdem also auch die Demokraten nachträglich auf dieses wohl demokratische Recht verzichtet hatten, setzten sie vorerst an dessen Stelle das Prinzip der Minderheitsvertretung, welches sie schon als Voraussetzung für eine Versöhnung mit den Oberwalliser Konservativen gefordert hatten.¹³

Fand man schon nur das fakultative Proporzsystem auf Gemeindeebene vor, erfüllte der Staatsrat wenigstens die Forderung nach dem Prinzip der Minderheitsvertretung. Ob der Staatsrat damit die Reformanhänger zu beruhigen wusste, werden wir bei der Behandlung der Verfassungsdebatten sehen.

Bis anhin hatte man zugunsten der politischen Minderheiten im Kanton Wallis nur die Möglichkeit der Wahl nach Kreisen innerhalb des Bezirkes vorgesehen.¹⁴ «Unseres Erachtens ist der Augenblick gekommen, in dieser Richtung einen Schritt weiter zu tun und das Prinzip der Minderheitsvertretung mittelst der limitierten oder aber der Verhältniswahl auf die Gemeinderatswahlen auszudehnen», schrieb der Staatsrat in seiner Botschaft.¹⁵

Sollte sich dieses System auf Gemeindeebene bewähren, wollte man es später zudem auf die Grossratswahl ausdehnen.

Letztlich kann also gesagt werden, dass die Proporzwahl auch vor dem Staatsrat keine Gnade und keine Anhänger gefunden hatte, und dass die Ausdehnung der fakultativen Proporzwahl auf die Gemeindeebene nur als versöhnendes Angebot an die Demokraten und Liberal-Radikalen gemacht worden ist.

3.4 Wirtschaftliche und soziale Aspekte

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung innerhalb des Kantons finden wir im Entwurf erstmals konkrete Bestimmungen. Die Regie-

¹² Siehe vorne S. 47.

¹³ Siehe vorne S. 81.

¹⁴ Siehe hinten S. 136.

¹⁵ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurfe, S. 6.

rung gab damit den Willen kund, zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Wallis künftig beitragen zu wollen. Der Staatsrat hatte die Wichtigkeit einer solchen staatlichen Unterstützung erkannt: «Bei den Artikeln 14 und folgenden bekundet der Staat seine lebhafteste Fürsorge für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, indem er eine Reihe von Bestimmungen trifft, die geeignet sind, der ökonomischen Entwicklung des Landes einen neuen Aufschwung zu geben und damit sämtliche Bevölkerungsklassen zu befriedigen.»¹⁶

So förderte und schützte der Staat gemäss Art. 14 des Entwurfes den beruflichen Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe.¹⁷ Der wirtschaftliche Aufschwung um die Jahrhundertwende hatte die Regelung dieses Problemkreises bedingt. Der Staatsrat rechtfertigte die Einführung dieses neuen Artikels damit, dass nicht nur die klassische und höhere Bildung zu fördern sei. Denn jeder einzelne Handwerker hätte in der menschlichen Gesellschaft eine bestimmte Aufgabe zu erledigen, ebenso wie jeder Arzt oder Jurist. Es sei aus diesem Grunde um so wichtiger, auch den Beschäftigten in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie mit Hilfe von Fachschulen und mittelst des vom Staates organisierten und kontrollierten Lehrlingswesens ein umfangreiches Fachwissen zu vermitteln.

In Art. 15 des Entwurfes finden wir erstmals in einer Walliser Verfassung die Grundlage für die Einführung protektionistischer Massnahmen (die in unserer Zeit sich fest eingebürgert haben) auf dem Gebiete der Landwirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Der Staat unterstützte dabei in erster Linie nach den ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten die Landwirtschaft mit der Viehzucht, der Milchwirtschaft, dem Obstbau, der Forstwirtschaft und die Bodenmeliorationen.¹⁸ Der Staatsrat schlug zudem in Art. 17 des Entwurfes weiter vor, eine obligatorische Viehversicherung einzuführen.¹⁹ Dies stellte für die damalige Zeit eine enorme Verbesserung dar, denn praktisch jede Familie besass Grossvieh. Zudem war zu jener Zeit jede

¹⁶ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 6.

¹⁷ Vgl. dazu das Gesetz vom 17. Mai 1919 betreffend die Organisation des landwirtschaftlichen Fachunterrichtes, in: AS/VS, Bd. 26, S. 346 ff.

¹⁸ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 16. – Zum Stand der Landwirtschaft um diese Zeit im Kanton Wallis, vor allem in bezug auf die Alpwirtschaft vgl. A. Strüby/Ch. Clausen, Die Alpwirtschaft im Oberwallis, Solothurn 1900.

¹⁹ Vgl. dazu das Gesetz vom 8. März 1907 über die Viehversicherung, in: AS/VS, Bd. 22, S. 212 ff.

Grossvieheinheit eine bedeutende Kapitalanlage und der krankheitsbedingte Verlust von Vieh führte oftmals zu erheblichen finanziellen Einbussen.

In demselben Art. 17 kam auch eine der umstrittenen «Kann-Formen» vor. Dem Staate Wallis blieb es darin vorbehalten, eine obligatorische Feuerversicherung für Mobilien und Immobilien einzuführen.²⁰ Dieser wichtige Grundsatz hatte um die Jahrhundertwende für das Wallis seine volle Berechtigung und wurde denn auch von vielen Seiten mehrmals gefordert. Wie wollte man aber die extrem hohen Versicherungsprämien bezahlen, die die Versicherungsgesellschaften für Holzhäuser verlangten? Die Mehrzahl der Gebäude bestand damals aus Holz. Bauabstände, wie wir sie heutzutage im kantonalen Rechte kennen, existierten kaum. Die Häuser wurden direkt aneinandergespart. Damit konnte vor allem in den Bergdörfern Bauboden gespart werden. Die Folgen dieser Bauweise waren jedoch vielfach verheerend. Ein einmal ausgebrochenes Feuer konnte nur sehr schwer gelöscht werden. Ein Übergreifen des Feuers auf die Nachbargebäude zu verhindern wurde fast zu einer Sache der Unmöglichkeit. Grosse Dorfbrände waren die Folge.²¹

Zudem zeichnete der Staat verantwortlich für die Förderung und Entwicklung des Strassennetzes und der übrigen Verkehrsmittel.²² Obwohl in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts grosse Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen worden waren, gab es auf diesem Gebiete im Kanton Wallis noch Grosses zu leisten.²³

Im Entwurfe setzte sich der Staatsrat jedoch auch für soziale Ideen und Postulate ein. Art. 19 des Entwurfes lautete: «Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Wohltätigkeitsanstalten und Erziehungsinstitute für arme Kinder. Er kann Privatanstalten fördern,

²⁰ Vgl. dazu vorne S. 67.

²¹ Vgl. dazu S. 118. – Zum ganzen Fragenkomplex vgl. die künftige Freiburger Dissertation von P. Carlen, Geschichte des Baurechts im Wallis. – Eine kantonale Feuerversicherung, wie sie in anderen Kantonen besteht, ist jedoch im Kanton Wallis bis heute nicht eingeführt worden.

²² Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 18.

²³ Im Oberwallis konnte 1867 die Furkapassstrasse dem Verkehr übergeben werden. 1893 wurde die Grimselpassstrasse auf Walliser Seite fertiggestellt. 1805 hatte man schon die Simplonpassstrasse erbaut, die in den 40er-Jahren in der Talebene ausgebaut worden war. Dennoch mussten noch viele Seitentäler erschlossen werden, denken wir nur an die Vispertalstrasse. Ebenso blieb auch auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus noch einiges zu tun. Nach der Rhonetaleisenbahn (1878), der Visp-Zermatt-Bahn (1891) und der Gornergratbahn (1898) sollten 1906 der Simplon-Eisenbahntunnel und 1913 der Lötschberg-Eisenbahntunnel und 1914 die Bahnlinie Brig-Gletsch folgen. – Zum Strassenrecht jener Zeit vgl. die ungedruckte Freiburger Dissertation von V. Petrig, Wege- und Strassen-Recht des Kantons Wallis, 1912.

deren rettender oder wohltätiger Zweck mit demjenigen der öffentlichen Armenpflege zusammenfällt.» Die Regierung behielt sich auch vor, dass der Staat eine kantonale chirurgische Klinik gründen konnte, und dass die Errichtung von Bezirks- und Kreisspitälern gefördert werde.²⁴

In welchem Masse sich der Staat Wallis in den vorangehenden Fällen finanziell beteiligen sollte, wurde offen gelassen und auf Spezialgesetze verwiesen, die noch ausgearbeitet werden mussten.²⁵

4. Weitere Neuerungen

4.1 Allgemeines

Unter Ziff. 3 dieses Kapitels haben wir den Verfassungsrevisionsentwurf des Staatsrates unter Berücksichtigung der spezifischen Postulate der Demokraten behandelt. Nachfolgend wollen wir jetzt weitere, allgemeine Änderungen, die der Staatsrat in den Entwurf eingefügt hatte, aufführen.

4.2 Einteilung des Kantons

In Art. 27 des Entwurfes wurde neu in der Verfassung verankert, dass Sitten nicht nur der Hauptort des Kantons Wallis sei, sondern zusätzlich noch Sitz des Grossen Rates, des Staatsrates und des Appellations- und Kassationsgerichtshofes.

4.3 Politischer Stand der Bürger

Art. 28 wurde neu formuliert, enthielt aber an und für sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Art. 23 der bestehenden KV. Er wollte nur ausführlicher, klarer und deutlicher die notwendigen Bedingungen zur Erlangung des Walliser Bürgerrechts wiedergeben. Er entsprach mit dieser Fassung besser der bisherigen kantonalen Rechtsprechung zur Einbürgerung.²⁶

4.4 Öffentliche Gewalten

Unter diesem Titel, der die Amtsbefugnisse des Grossen Rates und des Staatsrates in den Grundzügen regelt, gab es praktisch keine wichti-

²⁴ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 20.

²⁵ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 21.

²⁶ Sie fusste auf dem Gesetz vom 11. Mai 1928 über die Anerkennung des Bürger- und Gemeinderechts (in: SGS/VS, Bd. I, Nr. 22) und dem Gesetz vom 17. November 1840 über die Erteilung des Kantons-Bürgerrechts (in: SGS/VS, Bd. I, Nr. 21).

gen und nennenswerten Änderungen. Einzelne Artikel wurden angepasst und neu formuliert. So wurde Art. 49 des Entwurfes (Art. 40 KV) über die Unvereinbarkeiten zwischen den Ämtern in Legislative und Exekutive verallgemeinert. Die Übertragung von Bergwerkkonzessionen und die Ernennung sämtlicher Offiziere der kantonalen Truppeneinheiten, inklusive Majorgrad, gelangten nun in den Aufgabenkreis des Staatsrates (Art. 52, lit. 6 und 10 Entw.). Art 50 des Entwurfes lautete neu: «Jeder zeitweise freigewordene Sitz im Grossen Rate wird durch den ersten Ersatzmann im Range eingenommen.» Bis anhin hatte es in einem solchen Falle (Art. 41 KV) eine Ersatzwahl gegeben. Man wollte jedoch dem Amt des Suppleanten einen höheren Stellenwert unter den politischen Würden einräumen und die unnötige und aufwendige Ersatzwahl beseitigen.²⁷

«Durch die Errichtung von höchstens 4 statt 7 Bezirksgerichten wollen wir der gegenwärtigen Richtung nach einer grösseren Zentralisation der Gerichtsverwaltung Rechnung tragen.»²⁸

4.5 Bezirks- und Gemeindeverwaltung

Unter diesem Verfassungskapitel fanden sich im staatsrätlichen Entwurf verschiedene umformulierte und teilweise ganz neuen Bestimmungen. Die Artikel 73 bis 76 waren neu in den Entwurf aufgenommen worden. Ihre Aufnahme ermöglichte den Gemeinden mit über tausend Einwohnern die Einführung eines Generalrates. In diesen Gemeinden hatte die Urversammlung die Möglichkeit, ihre Rechte und Aufgaben einem Generalrate zur Ausübung abzutreten.²⁹

Dieser Rat zählte gemäss Art. 74 des Entwurfes in Gemeinden unter 1500 Bewohnern 30 Mitglieder, in Gemeinden über 1500 Einwohner jedoch auf weitere 150 Einwohner je ein zusätzliches Mitglied. Zudem sollte dieser Rat zehn Ersatzmänner besitzen, die eine allfällig freigewordene Ratsstelle übernehmen konnten.

Gleichzeitig mit dem Gemeinderat würde auch der Generalrat alle vier Jahre neu bestellt.³⁰ Der Generalrat träte vollumfänglich an die Stelle der Urversammlung und würde daher deren Befugnisse und Aufgaben, die der Urversammlung von Gesetzes wegen zustehen, überneh-

²⁷ Vgl. hinten S. 139.

²⁸ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwürfe, S. 10.

²⁹ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 73.

³⁰ Ebenda, Art. 75.

men.³¹ Nicht darunter fielen hingegen die Abstimmungs- und Wahlgeschäfte, die der einzelne Bürger nicht abtreten konnte. Die Einführung des Generalrates war zudem nur als Fakultativum vorgesehen, und sie oblag der Urversammlung. Dieses Institut entsprach durchaus den Bedürfnissen, und der «Generalrat verdankt sein Dasein dem Umstande, dass bekanntlich die Urversammlungen der volkreichen Gemeinden, deren Bevölkerung zerstreut ist, nicht im Stande sind, das Recht der Beratung und der Aufsicht in den für die Gemeinde wichtigen Fragen und hauptsächlich in Sachen der Rechnungen und Kostenvoranschläge befriedigend auszuüben».³²

Den Grund dafür konnte man einerseits in den meist schlecht besuchten Urversammlungen und in der Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber den politischen Rechten erkennen. Andererseits mangelte es in den grösseren Gemeinden an Räumlichkeiten, die genügend Platz für die Abhaltung einer Urversammlung boten. Diesen Problemen aber, so glaubte man, konnte man mit der Einführung des Generalrates entgegen. Dieser Rat war bedeutend flexibler als eine Urversammlung, da er kleiner war. Er konnte sich ohne weitere Schwierigkeiten mehrmals jährlich treffen, Kommissionen einsetzen und die finanziellen und administrativen Fragen der Gemeinde prüfen und durchberaten. Somit stellten diese vier neuen Artikel wirklich eine angenehme und nützliche Besserung dar.

4.6 Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit,

Dauer der öffentlichen Ämter

Wichtigste Änderung in diesem Kapitel war sicherlich die Einführung des Grundsatzes der Minderheitsvertretung, welche wir vorne auf S. 82 schon behandelt hatten. Weiterhin wurde auch die zur Wahl eines Abgeordneten auf den Grossen Rat erforderliche Bevölkerungszahl von 1000 auf 1200 erhöht.³³ Dadurch sollte der stetig wachsenden Bevölkerungszahl Rechnung getragen werden und man wollte damit mitunter verhindern, dass die Anzahl der Grossräte ins Unermessliche anwachse.³⁴

³¹ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 76.

³² Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 11. – Vgl. dazu auch hinten S. 133.

³³ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 83.

³⁴ Vgl. dazu die kontinuierlich steigenden Bevölkerungszahlen im Wallis: 1802: 60'051 – 1850: 81'559 – 1860: 90'792 – 1870: 96'722 – 1880: 100'190 – 1888: 101'985 – 1900: 114'438 (aus: Travaux statistiques du Canton du Valais 1907, Bern 1908, S. 79). – Vgl. aber zum ganzen Problemkreis auch hinten S. 136.

4.7 Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus

Abs. 1 von Art. 87 KV, der eine Verfassungsrevision schon durch eine Initiative der Mehrheit der stimmfähigen Bürger ermöglicht hatte, wurde fallengelassen. Durch die Verfassungsinitiative konnten, wie bis anhin sechstausend Bürger die Revision, sei es eine Partial- oder eine Totalrevision der Verfassung verlangen. Es konnte sich dabei aber nur um eine Anregung (Initiative) oder um einen fertig ausgearbeiteten Entwurf handeln.³⁵ Handelte es sich nur um eine allgemeine Anregung, so hatte das Volk in einer Abstimmung zu befinden, ob es eine Verfassungsrevision wollte; im bejahenden Falle hatte es sodann zu entscheiden, ob es erstens eine Total- oder Teilrevision sein sollte und ob zweitens diese vom Grossen Rat oder von einem Verfassungsrat vorzunehmen wäre.³⁶ Lag hingegen ein ausgearbeiteter Entwurf vor, so musste der Grosse Rat darüber zuerst in zwei ordentlichen Sessionen beraten. Stimmte er jenem Entwurf zu, so würde dieser Entwurf dem Volke zur Abstimmung vorgelegt. Es bestand aber auch die Möglichkeit, dass der Grosse Rat diesen Entwurf in seinen beiden Lesungen verwarf oder einen Gegenvorschlag ausarbeitete. Sodann würden der Gegenvorschlag bzw. der Verwerfungsantrag gemeinsam mit dem Initiativbegehren vors Volk gelangen.³⁷

5. Kommentar

In etwa legte der Staatsrat dem Grossen Rat des Kantons Wallis einen Verfassungsrevisionsentwurf und eine Botschaft vor, die zu jenem Zeitpunkte wohl hatten erwartet werden müssen. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Reformisten (Demokraten und Liberal-Radikalen) und den Konservativen um das Verfassungsreferendum im Vorjahr und die darauffolgenden Sympathiekundgebungen der Walliser Bevölkerung zugunsten der Reformanhänger zeichneten den Weg und das Aussehen einer neuen Verfassung in den wichtigsten Grundzügen vor. Kannte man die politische Situation um die Jahrhundertwende mit der Vormachtstellung der Katholisch-Konservativen, war leicht abzuschätzen gewesen, dass nur die grundlegend-

³⁵ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 100.

³⁶ Ebenda, Art. 101 Abs. 1 und 2.

³⁷ Ebenda, Art. 101 Abs. 3 und 4. – Dagegen muss der Grosse Rat nur in einer ordentlichen Session beraten, falls bei einer Gesetzesinitiative ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf vorgeschlagen würde.

sten Reformen und Forderungen verwirklicht werden würden. So sollte es denn auch sein!

Die Demokraten und die Liberal-Radikalen sahen ihre Bemühungen und ihren monatelangen, ja jahrelangen Kampf für die Einführung der erweiterten Volksrechte teilweise belohnt. Der mehrheitlich konservativ konstituierte Staatsrat kam nicht umhin, den fundamentalen Volksrechten, der Gesetzesinitiative und dem Gesetzesreferendum, in seinem Entwurf Aufnahme zu gewähren. Diesen beiden Rechten räumte er zudem auch in seiner Botschaft einen hohen Stellenwert ein.³⁸ Dagegen verweigerte die Regierung, wie aus den vorderen Kapiteln vorliegender Arbeit ersichtlich wurde, der Volkswahl der Staats- und Ständeräte die Aufnahme in den Verfassungsentwurf. Immerhin wurde schlussendlich, auf Drängen der Oberwalliser Demokraten, das Prinzip der Minoritätenvertretung aufgenommen.³⁹ Das Problem bei der Volkswahl des Staatsrates lag nach Ansicht der Konservativen in der Zweiteilung unseres Kantons in eine deutschsprechende Oberwalliser Minderheit und eine effiziente welsche Mehrheit. Sollte jedoch die Volkswahl der Regierung Tatsache werden, befürchteten die Oberwalliser Konservativen, würde der obere Kantonsteil Gefahr laufen, einen der beiden Sitze in der Exekutive zu verlieren. Da für das Oberwallis enorm viel auf dem Spiele stand, darf man diese Argumentation nicht einfach vom Tische wischen und verurteilen. Die Konservativen hielten lieber am Bewährten fest, als dass sie ein ungewisses Risiko eingingen. Man konnte damals noch nicht wissen, dass sich das Problem mit der in der Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920 angenommenen Verfassungsänderung und durch parteiinterne Vereinbarungen lösen liess.⁴⁰

Andererseits hatte die Regierung die Denkanstösse der Bezirksräte, die aus deren Befragung zur Zweckmässigkeit der Verfassungsrevision resultierten, teilweise in den Verfassungsentwurf eingearbeitet.⁴¹

³⁸ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 3–6.

³⁹ Vgl. vorne S. 81 ff.

⁴⁰ AS/VS, Bd. 27, S. 110–113. – Die Volkswahl der Staats- und Ständeräte wurde eingeführt. Dem Ober-, Mittel- und Unterwallis wurde je ein Staatsrat von verfassungswegen garantiert. Zudem erhielt das Oberwallis durch parteiinterne Abmachungen innerhalb der Konservativen einen zweiten Staatsratssitz zugesichert. Dieses Prinzip hat sich bis heute gut bewährt und eingebürgert, so dass das Oberwallis stets zwei, das Unterwallis drei Staatsräte stellt. Dieses Prinzip funktioniert jedoch nur so lange so gut, wie die Konservativen vier von fünf Staatsräten stellen können, so dass je zwei Vertreter aus jedem Kantonsteile stammen.

⁴¹ STAS: Vgl. die Originale der Antwortschreiben der Regierungstatthalter an das Departement des Innern, in: Consultations/procès verbaux, 1004-7.

So sah er unter anderm wirtschaftsfördernde Massnahmen und die Einführung der obligatorischen Feuerversicherung vor.⁴² Die Aufnahme dieser Verbesserungen, die Unterstützung des Lehrlingswesens und die protektionistischen Eingriffe zugunsten der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes und der Industrie waren zeitbedingt und zeitgerecht. Wollte man die wirtschaftliche Situation im Wallis noch fördern, verbessern und ausbauen, waren diese Massnahmen unumgänglich geworden. Die Artikel 14 bis 21 gehörten zu den wichtigsten, entscheidendsten und revolutionärsten in diesem Entwurf.

Will man ein Gesamturteil über den Verfassungsentwurf des Staatsrates fällen, bleibt nur zu bemerken, dass er sich im Rahmen der Erwartungen gehalten hatte und dass keine Überraschungen aufgekommen waren. Welches Gesicht die neue Kantonsverfassung schlussendlich annehmen sollte, war erst nach den beiden Verfassungsdebatten zu erkennen. Korrekturen in positiver wie in negativer Hinsicht blieben also noch im Bereiche der Möglichkeit. Zuerst musste sich die grossrätliche Kommission mit dem Entwurf eingehend auseinandersetzen.⁴³ Ihre Änderungsanträge waren abzuwarten. Mitunter konnten sie für die Verhandlungen in erster Lesung noch sehr interessant werden.

II Kommissionsbericht

1. Allgemeines

Nach dem Rücktritt Henri de Torrentés als Staatsrat wurde am 28. November 1905 der Sittener National- und Grossrat Joseph Kuntschen als dessen Nachfolger designiert.⁴⁴ Diese Wahl bewirkte in der Zusammensetzung der Kommission, die zur Prüfung des staatsrätlichen Verfassungsentwurfes im Mai 1905 eingesetzt worden war, eine personelle Änderung. Wurde diese beratende Kommission bis anhin von dem zum Staatsrat gewählten Joseph Kuntschen präsidiert, über-

⁴² Vgl. vorne S. 91.

⁴³ Vgl. S. 100.

⁴⁴ Bull. du GC. vom 22. November 1905, S. 45 und vom 28. November 1905, S. 98–100.

nahm nun Ende November 1905 Dr. G. Loretan dessen Amt. Für den Bezirk Sitten wurde anstelle Kuntschens der Kantonsrichter, Grossrat und Gemeindepräsident von Sitten, Joseph Ribordy, neu in die Kommission gewählt.⁴⁵

In der ersten Sitzung zur verlängerten Novembersession des vorigen Jahres, am 19. Februar 1906, legten die beiden Rapporture, Raymond Evéquo für das Unterwallis und Heinrich von Roten für den deutschsprachigen Kantonsteil, einen vollständigen Kommissionsbericht zum Verfassungsrevisionsentwurf des Staatsrates vor.⁴⁶ Dieser sollte die Kommissionsanträge in bezug auf den Staatsratsentwurf interpretieren, erklären und verdeutlichen helfen.⁴⁷ «Ce travail consciencieux et minutieux a eu pour résultat, vous le constaterez, Messieurs, de faire accepter par la majorité de la Commission, à quelques exceptions qui n'en bouleverseront ni la tendance ni l'économie.»⁴⁸ Wie der welsche Kommissionsberichtersteller schrieb, hatte also die beratende Kommission weder wesentliche Änderungen noch entscheidende Neuerungen vorgeschlagen und ausgearbeitet. Dennoch nahm sie aber ihre Kontrollaufgabe nicht auf die leichte Schulter, wie sich aus ihrer Vorgehensweise erkennen lässt. In einer ersten Zusammenkunft hatte man sich zu einem gemeinsamen Meinungsaustausche getroffen, wogegen schon in der zweiten Sitzungsperiode, die eine ganze Woche dauern sollte, die Änderungsvorschläge und -anträge im Detail diskutiert und erstmals formell abgefasst wurden. Daraufhin wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, die die geänderten Bestimmungen einwandfrei redigieren sollte. In einer dritten und letzten Phase traf sich die beratende Kommission erneut, um über die Formulierung der Redaktionskommission zu befinden und in jenen Fragen, bei denen sich Minderheitsansichten gebildet hatten, definitiv zu entscheiden. In insgesamt elf Sitzungen konnte man sich innerhalb der Kommission in den meisten Fällen einigen und dem Grossen Rat somit einen einheitlichen Vorschlag präsentieren.

⁴⁵ Bull. du GC. vom 2. Dezember 1905, S. 207.

⁴⁶ Bull. du GC. vom 19. Februar 1906, S. 5–72.

⁴⁷ Auf die Wiedergabe des verfassungsgeschichtlichen Rückblickes bis ins 11. Jahrhundert, wie ihn die beiden Berichtersteller in arbeitsteilender Weise vornahmen, verzichten wir an dieser Stelle, mag er auch noch so interessant und lehrreich sein. Für Interessierte verweisen wir auf den Kommissionsbericht betreffend den Revisionsentwurf der Verfassung vom 26. November 1875, in: Prot. du GC., constitution révisée de 1907 (1001-170bis).

⁴⁸ Kommissionsbericht betreffend den Revisionsentwurf der Verfassung vom 26. Nov. 1875, Sion 1906, S. 4.

Folge dieser eingehenden Kommissionsarbeit war daher nicht ein vollständig anderslautender Verfassungsentwurf, sondern ein Entwurf, der in seinen grundsätzlichen Punkten mit dem Projekt der Regierung übereinstimmte.

Rund 40 Artikel des staatsrätlichen Entwurfes wurden neu formuliert, ohne aber in den meisten Fällen materielle Änderungen herbeizuführen. Die sprachliche Gestaltung passte man den Zeitverhältnissen an, einzelne Artikel redigierte man neu, um Missverständnisse im voraus auszuschliessen. Wortwörtlich übernahm die beratende Kommission insgesamt 38 Verfassungsbestimmungen aus dem Entwurf der Exekutive. In ungefähr 30 Fällen führte die Kommission inhaltliche Korrekturen durch, die grösstenteils jedoch nur unbedeutend blieben.

2. Anträge der 1. beratenden Kommission⁴⁹

Anhand der einzelnen Titel des Verfassungsrevisionsentwurfes wollen wir versuchen, die wichtigsten und nennenswerten Änderungs-, Zusatz- und Streichungsanträge der 15köpfigen Grossratskommission stichwortartig aufzuführen.

2.1 Allgemeine Grundsätze

In Art. 1 wurde das Wallis als demokratische Republik bezeichnet, währenddem das Adjektiv «demokratisch» im staatsrätlichen Entwurf fehlte. Obwohl die Republik Wallis auch unter der Verfassung von 1875 als demokratisch angesehen wurde, durfte doch in dem neuen Staatsgrundgesetz diese Qualifizierung nicht fehlen.

Eine Kommissionsminderheit verlangte energisch die Streichung von Art. 3 Abs. 2 des Entwurfes. Diese Verfassungsbestimmung besagte, dass es im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder Familie gebe. Da jedoch die grosse Mehrheit der Kommission für die Beibehaltung des Artikels war, und sich in den Verfassungsdebatten ein harter Kampf zwischen Aristokraten und Bürgerlichen um diesen Artikel abspielen sollte, wollen wir erst im nächsten Kapitel näher darauf eingehen.

⁴⁹ Wir nennen diese Grossratskommission so, weil es selbstverständlich noch eine 2. beratende Kommission geben sollte. Letztere wurde am Schluss der 1. Lesung über die neue Verfassung eingesetzt. Ihre Aufgabe bestand in der Kontrolle und Überprüfung der in erster Lesung angenommenen Kantonsverfassung vom 3. März 1906. Die Anträge dieser zweiten Kommission sollten denn auch Gegenstand für die Verhandlungen des Grossen Rates im Februar und März 1907 sein.

Artikel 4 beinhaltete die Grundsätze der persönlichen Freiheit und der Unverletzlichkeit der Wohnung. Unklar und unverständlich blieb, warum die Kommission anstelle der Wohnung den Wohnsitz für unverletzlich erklären wollte! Hingegen ist der von der Kommission neu hinzugefügte Absatz 3 eine wichtige rechtliche Neuerung. Ungesetzlich Verhafteten und unschuldig Verurteilten soll demnach durch den Staat eine angemessene Entschädigung hierfür entrichtet werden. Dieses Prinzip fand sich damals schon in den Verfassungen von ZH⁵⁰, LU⁵¹, TG⁵², BE⁵³, UR⁵⁴, OW⁵⁵, GL⁵⁶, ZG⁵⁷, SO⁵⁸, BL⁵⁹, SH⁶⁰, SG⁶¹, AG⁶² und GE⁶³. Es scheint daher relativ eindeutig und klar zu sein, dass die Kommission diesen Grundsatz aus jenen Verfassungen übernommen hatte. Die genauen Anwendungsbestimmungen dieses Prinzips mussten jedoch auf Gesetzesebene geregelt werden.

War wie bis anhin auch im Entwurf des Staatsrates in Art. 8 Abs. 1 die Pressefreiheit gewährleistet, dehnte die Kommission dieses Recht noch aus und garantierte zusätzlich «die Freiheit der Meinungsäusserung in Wort und Schrift».⁶⁴ Dies bedeutete zweifellos eine grundlegende Neuerung, bestand dieses Recht bis anhin doch nur in insgesamt neun Kantonen: ZH⁶⁵, BE⁶⁶, LU⁶⁷, SZ⁶⁸, SH⁶⁹, ZG⁷⁰, AI⁷¹, AG⁷² und TG⁷³.

⁵⁰ Art. 7 und 9 KV von 1869.

⁵¹ Art. 5 KV von 1875.

⁵² Art. 9 KV von 1869.

⁵³ Art. 73 KV von 1893.

⁵⁴ Art. 30 KV von 1888.

⁵⁵ Art. 6 KV von 1902.

⁵⁶ Art. 5 KV von 1887.

⁵⁷ Art. 8 KV von 1894.

⁵⁸ Art. 13 KV von 1887.

⁵⁹ Art. 6 KV von 1892.

⁶⁰ Art. 8 KV von 1876.

⁶¹ Art. 30 KV von 1890.

⁶² Art. 19 KV von 1885.

⁶³ Art. 3 KV von 1847.

⁶⁴ Kommissionsentwurf Art. 8 Abs. 1 (in: Prot. du GC., constitution révisée du 1907, 1001-170bis).

⁶⁵ Art. 3 KV von 1869.

⁶⁶ Art. 77 KV von 1893.

⁶⁷ Art. 6 KV von 1875.

⁶⁸ Art. 10 KV von 1898.

⁶⁹ Art. 9 KV von 1876.

⁷⁰ Art. 10 KV von 1894.

⁷¹ Art. 2 KV von 1872.

⁷² Art. 18 KV von 1885.

⁷³ Art. 12 KV von 1869.

Aber auch in der Bundesverfassung finden wir nur das Recht der Pressefreiheit verankert, nicht aber jenes der Meinungsäusserungsfreiheit.⁷⁴ Mit der Einführung dieses Rechts wollte die Kommission jedoch nicht eine Verwilderung der Sitten und Gebräuche in Presse und Meinungsäusserung bewirken, weswegen Regeln gegen den Missbrauch dieser beiden Rechte in einem speziellen Gesetze umschrieben werden sollten.

In Art. 12 des Entwurfes wurden die deutsche wie die französische Sprache zu Nationalsprachen erklärt. Die Kommission entschloss sich, dieser Verfassungsbestimmung einen Absatz hinzuzufügen, der dem Grundsatz der zwei gleichberechtigten Sprachen in der Praxis zum Durchbruch verhelfen wollte.⁷⁵ Dass aber dieser Grundsatz bis heute noch nicht voll durchgesetzt und verwirklicht werden konnte, bleibt aus der Sicht der deutschsprachigen Minderheit unentschuldigbar!⁷⁶

Die Artikel 14 bis 16 des Entwurfes fasste die Kommission in einem einzigen Artikel zusammen, um eine bessere Gliederung zu erhalten. Materiell wurde an diesen Wirtschaftsartikeln nichts verändert.

Die «Kann-Form» in Art. 20 des Entwurfes wurde ersetzt durch einen eindeutigen Auftrag an den Staat, eine kantonale chirurgische Klinik zu gründen und die Errichtung von Bezirks- und Kreisspitälern, sowie von Kliniken und Krankenhäusern zu fördern. Dieser Auftrag entsprang wohl den grundlegendsten Bedürfnissen, denn der Kanton

⁷⁴ Art. 55 BV vom 29. Mai 1874.

⁷⁵ Weitere Kantone, die die deutsche und französische Sprache zu Nationalsprachen erklärt hatten, waren BE (Art. 17) und FR (Art. 21). – Zur Sprachenfrage in der Schweiz vgl.: J. C. Arquin, Die viersprachige Schweiz, Zürich 1982. – R. Bernhard, Alemannische-welsche Sprachsorgen und Kulturfragen, Frauenfeld 1968. – H.-P. Müller, Die schweizerische Sprachenfrage vor 1914, Wiesbaden 1977. – Kolloquium: Die Mehrsprachigkeit der Schweiz in Staat und Verwaltung, heute und morgen, Montreux 1980, hg. vom Eidg. Personalamt.

⁷⁶ Vgl. hierzu die Literatur zur Sprachenfrage im Wallis: A. Gattlen, Deutschwallis. Eine geschichtliche Übersicht, in Sprachspiegel, Jg. 6, 1950, S. 106–110. – derselbe, Der Rottenbund, aus: Sprache, Sprachgeschichte, Sprachpflege in der deutschen Schweiz, Zürich 1964. – Der Rottenbund wurde am 21. 10. 1948 gegründet und hat den Schutz und die Pflege der deutschen Sprache und Kultur zum Ziele. – A. Humbel, Das Sprachenproblem im Wallis, in: Vaterland 1966, Nr. 12. – W. A. Liebeskind, Le Valais bilingue, aus: Voix des peuples, Nr. 6, 1941. – P. Locher, Die sprachliche Lage des Kantons Wallis: Problemanalyse eines zweisprachigen Kantons, Zürich 1979. – L. Imesch, Deutschwallis in Vergangenheit und Gegenwart, in: Alemannisches Jahrbuch 1962/63, S. 296–302. – J. Zimmerli, Die Deutsch-Französische Sprachgrenze in der Schweiz, III. Teil: Die Sprachgrenze im Wallis, Basel, Genf 1899.

Wallis war im medizinischen Sektor stark unterversorgt, und eine Verbesserung dieser Situation war dringend erforderlich.⁷⁷

Artikel 22 des Entwurfes regelte das Prinzip der Beamtenhaftung. Es kam schon in der Kantonsverfassung von 1875 vor (Art. 13). Neu war dagegen der von der Kommission beantragte zweite Absatz, der den Staat subsidiär für seine Beamten haften lassen wollte.⁷⁸ Dieses Prinzip der subsidiären Staatshaftung hatte seine Ursprünge um die Jahrhundertwende.

Art. 21 des Kommissionsentwurfes war neu. Ein öffentlicher Beamter oder Angestellter konnte demnach nur mehr durch die Behörde, die ihn ernannt hatte, aufgrund eines motivierten Beschlusses abberufen oder abgesetzt werden, wenn jener sich vorher dazu äussern und sich verteidigen konnte. Diese Bestimmung nahm die Kommission in die Verfassung auf, da sie den Grundsatz auf rechtliches Gehör beinhaltete.⁷⁹ In vielen Schweizer Kantonen konnte allerdings zu jener Zeit ein einmal gewählter Beamter vor Ablauf der Amtszeit ohne richterliches Urteil gar nicht abgesetzt oder entlassen werden.⁸⁰ Diese Idee ging der Kommission jedoch zu weit und sie entschied sich daher für die schon erwähnte Mittellösung.

Wollte die Exekutive noch, dass von den Steuereinnahmen $\frac{1}{2}$ Promille für die Abbezahlung der Staatsschuld verwendet werde (Art. 24 Entw.), las man dagegen im Kommissionsbericht, dass $\frac{1}{4}$ Promille

⁷⁷ Vgl. dazu das Dekret vom 20. November 1913 betreffend die staatliche Unterstützung für die Errichtung von Spitälern, Kliniken und Krankenhäusern der Bezirke und Kreise, in: AS/VS, Bd. 24, S. 264–267. – Vgl. im weiteren die folgende Walliser Spitalliteratur: L. Carlen, Oberwalliser Kreisspital Brig, 70jährig und neu gebaut, Brig 1978. – S. Loretan, Die Geschichte des Spitals in Brig von 1304 bis 1970, Diss. Bern, 1984. – A. Pfammatter, Regionalspital St. Maria Visp, Visp 1973. – G. Studer, Das Medizinalwesen im Wallis von 1798–1930, Diss. Basel 1940. – M. Wipf, Das Regionalspital St. Maria Visp, in: Vesko, 1975, Nr. 8, S. 363 f. – F. Vannotti, L'Hôpital de Sion à travers les siècles, 1163–1987, Sion 1987.

⁷⁸ Diesen Grundsatz hatten schon andere Kantone in ihren Verfassungen aufgenommen, so dass man annehmen kann, dass die Kommission von jenen Verfassungen und Ausführungsgesetzen inspiriert worden war: BE, Art. 15 KV von 1893; UR, Art. 17 KV von 1888; SO, Art. 7 KV von 1887; BS, Art. 9 KV von 1890; BL, Art. 29 KV von 1892. – Zur Beamtenhaftung vgl. auch Th. Fleiner-Gerster, Grundzüge des allgemeinen und schweizerischen Verwaltungsrechts, Zürich 1980, S. 342–363.

⁷⁹ Mit grösster Wahrscheinlichkeit hat die Kommission diesen Verfassungsartikel aus der Freiburger Kantonsverfassung übernommen. Art. 58 Abs. 2 dieser Verfassung lautete nämlich: «Seine Abberufung oder Absetzung kann nur nach seiner Einvernahme und auf Grund eines motivierten Beschlusses derjenigen Behörde erfolgen, die ihn ernannt hat.»

⁸⁰ Vgl. dazu: BE, Art. 16 KV von 1893; LU, Art. 14 KV von 1875; UR, Art. 16 KV von 1888; ZG, Art. 19 KV von 1894; SZ, Art. 6 KV von 1898; OW, Art. 15 KV von 1902 und SH, Art. 32 KV von 1876.

dafür genügen sollten.⁸¹ Die Verhältnisse hätten sich gewaltig verändert und vergliche man die Staatsschulden von 1906 mit jenen von 1876 und ebenso die Steuereinnahmen von 1906 mit jenen von 1876, so betrage die jährliche Amortisation prozentual mit $\frac{1}{4}$ Promille der Steuereinnahmen etwa gleich viel wie 1876 mit $\frac{1}{2}$ Promille.

2.2 Einteilung des Kantons

Bei den zwei Artikeln, die diesen Titel bildeten, hatte die Kommission drei nennenswerte Änderungsanträge angebracht. Anstelle der bis dahin gebräuchlichen Bezeichnung für die letzte kantonale Gerichtsinstanz, den Appellations- und Kassationsgerichtshof, setzte sie den Namen «Kantonsgericht».⁸²

Ebenso wollte sie den folgenden Absatz in die Verfassung aufnehmen: «Das Dekret vom 1. Dezember 1882 bestimmt die Leistungen des gegenwärtigen Hauptortes.»⁸³ Dieses Dekret verpflichtete die Stadt Sitten, aufgrund der Vorteile, die sie als Kantonshauptstadt erhielt, dem Staate Wallis als Gegenleistung die Räumlichkeiten für den Grossen Rat, den Appellations- und Kassationsgerichtshof (nachmalig: Kantonsgericht), die Staatsarchive und das Arsenal unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.⁸⁴

Sie schlug auch vor, einen neuen, vierten Absatz einzuführen, der verlangte, dass bei der Errichtung kantonaler Anstalten Rücksicht zu nehmen sei auf die verschiedenen Landesteile. Damit wollte man wohl eine Anhäufung dieser Anstalten im Mittelwallis verhindern und vor allem die Interessen des Oberwallis, aber auch des Unterwallis unterstützen.

2.3 Politischer Stand der Bürger

Die beiden Artikel zu diesem Titel blieben praktisch unverändert, einmal abgesehen davon, dass an Art. 28 des Entwurfes ein vierter Absatz angefügt wurde, der auf die in Art. 44 der BV festgelegte Bundesgesetzgebung verwies.

⁸¹ Kommissionsentwurf 1905, Art. 23. – Vgl. dazu auch hinten S. 121.

⁸² Zur Entwicklung des Kantonsgerichtes vgl. J. Graven, *L'Ecole de Droit valaisanne* (1807–1908), Ann. Val. 1/1965, S. 177–243.

⁸³ Kommissionsentwurf 1905, Art. 26.

⁸⁴ AS/VS, Bd. 13, S. 252; Dekret vom 1. Christmonat 1882 betreffend die Leistungen der Stadt Sitten als Hauptstadt des Kantons Wallis.

2.4 Ausübung der Volksrechte

Die unter dieser Bezeichnung angeführten Bestimmungen regeln die Volks- bzw. die Gesetzesinitiative und das Gesetzesreferendum. Die Forderung nach diesen beiden Rechten bildete gleichsam den Ausgangspunkt für die vorliegende Totalrevision der Kantonsverfassung. Den vom Staatsrat abgefassten Entwurf korrigierte die Kommission unter der Leitung von Dr. Loretan in zwei wesentlichen Punkten. Den Ansatz für das Finanzreferendum erhöhte sie von 60000 Franken auf 100000 Franken. Sie erklärte diesen Schritt damit, dass eine Ausgabe von 100000 Franken im Jahre 1906 in etwa einer solchen von 60000 Franken im Jahre 1876 entspreche, wenn man das aktuelle Budget mit demjenigen von 1876 vergleiche. Zum andern sei der Wert und die Wichtigkeit des vorgeschlagenen Finanzreferendums erheblich gesunken, da unter der neuen Verfassung Ausgaben, die Bestandteil oder Konsequenz eines neuen Gesetzes seien, infolge des obligatorischen Gesetzesreferendums eo ipso dem Volke zur Genehmigung unterbreitet werden müssten.

Im weitem setzte die Kommission die erforderliche Unterschriftenzahl für die Einreichung einer Volksinitiative von 5000 auf 4000 herab. Diese Korrektur betraf aber nur die Volks- bzw. Gesetzesinitiative und sollte nicht auf die Verfassungsinitiative ausgedehnt werden. Die Kommission verlangte nämlich, führte man das Initiativrecht schon einmal ein, dass dessen Ausübung in einem vernünftigen und korrekten Rahmen ermöglicht werde. Benötigte man also für die Verfassungsinitiative 6000 Unterschriften, schienen 4000 für die Gesetzesinitiative angemessen zu sein.

Neben diesen beiden Kommissionsanträgen traten aber auch noch zwei wichtige Minderheitsmeinungen innerhalb der fünfzehnköpfigen Grossratskommission auf. War es, gemäss Staatsratsentwurf (Art. 31), auf dem Wege der Gesetzesinitiative nur möglich, ein neues Gesetz zu erlassen oder ein bereits seit vier Jahren bestehendes Gesetz abzuändern, forderte nun eine Minderheit, auch ein bereits rechtsgültiges Gesetz müsse aufgehoben werden können. Dieser Gedanke schien nur eine logische Weiterführung der bis anhin entwickelten Überlegungen zur Volksinitiative zu sein. Nehmen wir die entsprechenden Artikel anderer Kantonsverfassungen zu Hilfe, können wir klar erkennen, dass hier immer von der Aufhebung, vom Erlass und von der Abänderung von Gesetzen die Rede ist.⁸⁵ Die Forderung der

⁸⁵ Vgl. u.a. ZH, Art. 29 Abs. 1 KV von 1869; BE, Art. 9 KV von 1893; LU, Art. 41 bis KV von 1875; SO, Art. 18 KV von 1887. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend!

Minderheit war daher durchaus verständlich und einer Demokratie würdig.

Der zweite Minoritätsantrag zu den Bestimmungen in diesem Titel betraf den Art. 32 des Entwurfes, dem ein neuer Art. 32bis beigefügt werden sollte. Wenn die Bevölkerung durch ein Initiativbegehren neue Staatsausgaben verursachte, und diese durch die gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden konnten, musste das Volk zugleich neue Staatseinnahmen vorschlagen, mit denen diese zusätzlichen Ausgaben beglichen werden konnten. Damit sollte dem Volk ein Riegel geschoben werden, den Finanzhaushalt des Staates aus dem Gleichgewicht zu bringen.

2.5 Öffentliche Gewalten

Der Grosse Rat sollte nicht, wie im Entwurf vorgesehen (Art. 37) erst am dritten Montag im Mai erstmals einberufen werden, sondern er sollte sich schon am dritten Montag nach seiner Gesamterneuerung zur konstituierenden Sitzung in Sitten versammeln. Die ordentlichen Sessionen fanden demnach jeweilen am zweiten Montag im Mai und November statt.

Eine Minderheit innerhalb der Kommission vertrat immer noch die Meinung, die Regierung müsse vom Volke und nicht vom Grossen Rat gewählt werden.⁸⁶ Dieses Problem wird Bestandteil des nächsten Kapitels bilden.

Stimmte die Kommissionsmehrheit dem Art. 48 des Entwurfes über die Unvereinbarkeiten für ein Grossratsmandat vollumfänglich zu, wünschte sich eine Minderheit eine Verschärfung dieser Bestimmung. Anderer Meinung als der Staatsrat war die Kommission in Art. 50 des Entwurfes. Wollte der Staatsrat einen freigewordenen Grossratssitz durch den Suppleanten einnehmen lassen, um dieses Amt aufzuwerten, verlangte die Kommission die Ansetzung einer Wahl innert 30 Tagen nach Freiwerden eines Mandates, um einen neuen Grossrat zu bestimmen.

Neu war auch die jährliche Berichterstattungspflicht des Kantonsgerichtes an den Grossen Rat über alle Zweige der Justizverwaltung (Komm-entw. Art. 59), sowie Art. 62 des Kommissionsentwurfes, der der Gesetzgebung vorbehielt, ein Handelsgericht und ein oder mehrere gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen.

⁸⁶ Die Minderheitsmeinung wird ersichtlich aus dem Entwurf der Verfassungs-Revision, als Beilage 4 zu den Grossratsprotokollen der Februar- und Maisession von 1906 (STAS: 1002-75).

2.6 Bezirks- und Gemeindeverwaltung

In diesem 6. Titel gab es keine nennenswerten Veränderungen. Rund zehn Artikel übernahm man vom staatsrätlichen Entwurf, die restlichen Bestimmungen wurden formell umgestaltet, ohne jedoch materielle Änderungen zu zeitigen. So stand auch eine allfällige Anerkennung der Gemeindeautonomie nicht zur Diskussion.⁸⁷

2.7 Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit,

Dauer der öffentlichen Ämter

In Art. 84 des Kommissionsentwurfes wurde der Quotient für die Wahl der Grossräte von 1200, wie es der Staatsrat proklamiert hatte, wieder herabgesetzt auf 1000.⁸⁸ Innerhalb der Kommission setzte sich eine knappe Mehrheit (7 Stimmen) für die Streichung des Suppleantenamtes ein, wogegen sich eine grosse Minderheit (6 Stimmen) für die Beibehaltung der Suppleanten breitmachte und gleichzeitig die Wahl der Grossräte nach dem Proportionalwahlverfahren begehrte.

Art. 89 des Entwurfes lautete: «Die geistlichen und die bürgerlichen Amtsverrichtungen sind unvereinbar.» Dazu konnte man in der Botschaft lesen: «Unserer Ansicht nach soll man die Unverträglichkeit der bürgerlichen mit den kirchlichen Amtsverrichtungen dahin auslegen, dass nur die Priester, die ein seelsorgerisches Amt bekleiden, in diesem Artikel gemeint seien.»⁸⁹

Die Kommission erklärte in ihrer Mehrheit, nur die geistlichen Amtsverrichtungen der Pfarrgeistlichkeit seien unvereinbar mit den Gemeindebeamtungen, deren Besetzung der Urversammlung zustehe. Eine Kommissionsminderheit forderte dagegen die Streichung dieses Artikels. Dieser Artikel wurde von der Geistlichkeit des Wallis gefürchtet und er gab zu vielen Diskussionen Anlass. Evéquoz berichtete: «Ce sujet a fait couler beaucoup d'encre.... Si l'on s'en rapportait à ces manifestations, on serait tenté de croire que c'est là la disposition capitale, la pierre de touche de la nouvelle Constitution.»⁹⁰

Die nachfolgenden Artikel wurden nur mehr redaktionell korrigiert und angepasst.

⁸⁷ Vgl. dazu hinten S. 132.

⁸⁸ Vgl. dazu vorne S. 95.

⁸⁹ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 13.

⁹⁰ Rapport de la Commission chargée de l'examen en 1ers débats du projet de révision de la constitution du 26 novembre 1875 par Raymund Evéquoz, S. 45, in: Prot. du GC., constitution révisée de 1907 (1001-170bis).

KAPITEL VI

DER ENTWURF VOR DEM GROSSEN RATE

I Einleitung

Am 19. Februar 1906 versammelte sich der Grosse Rat in Sitten zur verlängerten Novembersession des vorigen Jahres.¹ Das entscheidende und wichtigste Traktandum dieser Frühjahrsession stellte die Revision der Kantonsverfassung dar.² Der Grosse Rat hatte nämlich am 25. Oktober 1905 dem Antrage Kuntschens, dem damaligen Präsidenten der mit der Prüfung des staatsrätlichen Entwurfes beauftragten Kommission, zugestimmt, die Behandlung der Verfassungsrevision auf eine ausserordentliche Session zu verschieben.³

Gemäss der Kantonsverfassung (Art. 88 in Verbindung mit Art. 36) musste nun der Grosse Rat in zwei Sessionen über den staatsrätlichen Entwurf und die Anträge der unter der Leitung von Dr. Loretan stehenden Kommission beraten und eine neue Verfassung ausarbeiten.

In einer ersten Verfassungsdebatte, die vom 19. Februar 1906 bis zum 3. März 1906 dauerte, wurde in vierzehn Sitzungen über die neue Verfassung verhandelt. Die Ratsmitglieder beteiligten sich rege an den Diskussionen. Rund vierzig Gross- und Staatsräte verlangten zu den einzelnen Verfassungsbestimmungen verschiedentlich das Wort.⁴

Viele der wenig umstrittenen Verfassungsartikel erhielten ihre endgültige Fassung, wie sie in der Kantonsverfassung von 1907 stehen, schon in dieser ersten Debatte. Andere Artikel waren jedoch Gegenstand

¹ Bull. du GC. vom 19. Februar 1906, S. 3–479; Vgl. aber auch die GRP der Februar- und Maisession von 1906, S. 1 ff. (1002–75).

² STAS: GRP der Februar- und Maisession 1906, S. 48 (1002–75).

³ Bull. du GC. vom 25. Oktober 1905, S. 54.

⁴ Vgl. dazu Bull. du GC. vom 19. Februar 1906 bis zum 3. März 1906, S. 73–479. – Die Diskussionen zur neuen Verfassung spielten sich in einem sehr lebhaften und interessanten Rahmen ab. In der ersten Lesung traten vielfach immer dieselben Redner in Erscheinung und prägten so mehrheitlich das Geschehen im Grossratssaal: Evéquoz, Défayes, Roten, Seiler A., de Stockalper, de Torrenté, Loretan, M. Troillet sowie die Staatsräte Bioley, de Preux, Kuntschen und Couchepin.

längerer Auseinandersetzungen und Diskussionen. Mehrfach konnte sich der Grosse Rat in seiner ersten Verfassungsdebatte über diverse Artikel nicht einigen. Diese wurden sodann an eine zweite beratende Kommission überwiesen. Am Schluss der ersten Verfassungsdebatte bestimmte der Grosse Rat die Mitglieder dieser zweiten Kommission, die die umstrittenen Bestimmungen zu prüfen und neu zu bearbeiten hatte.⁵ Sie konnte aber auch Verfassungsartikel, die in erster Lesung unbestritten gewesen waren, in zweiter Lesung wieder aufgreifen. Rund ein Jahr später, am 25. Februar 1907, traf sich der Grosse Rat zur verlängerten Novembersession von 1906.⁶ Er nahm damit die von der Verfassung vorgeschriebene zweite Debatte in Angriff. Seine Aufgabe bestand nun darin, die von der zweiten beratenden Kommission vorgeschlagenen Anträge zu verarbeiten, sich grundsätzlich über den materiellen Gehalt der neuen Verfassung zu entscheiden und gleichzeitig den einzelnen Artikeln eine endgültige Formulierung zu geben. Am Ende dieser Debatte sollte ein minutiös ausgearbeiteter Verfassungsentwurf vorliegen, den der Grosse Rat dem Walliser Volke zur Genehmigung unterbreiten konnte. Nach weiteren elf Sitzungstagen nahm der Grosse Rat die neue Kantonsverfassung am 8. März 1907 an.⁷ Es oblag damit nur noch der Walliser Bevölkerung und den beiden eidgenössischen Räten, dieser Verfassung ihre Zustimmung und Gewährleistung zu erteilen.⁸

Dieser kurzen Einführung folgend, wollen wir versuchen, einen Einblick in die Verhandlungen während dieser beiden Verfassungsdebatten der Jahre 1906 und 1907 zu vermitteln. Den Ablauf dieser Debatten im Detail wiederzugeben, würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen, so dass wir uns nur auf das Wesentliche be-

⁵ Der Kommission gehörten folgende Grossräte an: Raymond Evéquo, Präsident (vgl. S. 83), Julius Zen-Ruffinen (1847–1926, Staatsrat von 1897 bis 1905 und Grossrat Leuk 1905–1921), Fridolin Albrecht (1844–1932, Grossrat Östl. Raron 1889–1921), Joseph Seiler (1858–1929, Grossrat Brig 1893–1909, war ein Bruder von Alexander), Othmar Kluser (vgl. S. 32), Pierre Berclaz (1859–1950, Grossrat Siders 1893–1921), Jacques de Riedmatten (1862–1927, Grossrat Sitten 1905–1921), Pierre-Joseph Sierroz (1857–1913, Grossrat Hérens 1904–1913), Charles Ribordy (1866–1925, Grossrat Martigny 1893–1925), Gratien Torrione (1861–1925, Grossrat Martigny 1897–1909, liberal), Maurice Troillet (1880–1961, Grossrat Entremont 1905–1913, Staatsrat 1913–1953, Nationalrat 1921–1925 und 1928–1943 und Ständerat 1943–1955), Emile Pignat (1841–1919, Grossrat Monthey 1905–1913, liberal), Léon Martin (1871–1935, Grossrat Monthey 1905–1913, radikal), Jean-Pierre Rappaz (1859–1922, Grossrat St. Maurice 1893–1921) und Francis Burgener (1874–1953, Grossrat Visp 1905–1921). (Vallesia 1982, S. 245 ff.).

⁶ Bull. du GC. vom 25. Februar 1907, S. 5.

⁷ Bull. du GC. vom 8. März 1907, S. 246.

⁸ Vgl. hinten S. 148 f. und 151 f.

schränken werden. Daher sei für ein tieferes Studium der Grossratsdebatten auf das Bulletin des Grossen Rates verwiesen. Um eine weitere Doppelspurigkeit zu vermeiden, werden wir den Ablauf der beiden Verfassungsdebatten in demselben Kapitel behandeln und ihn nicht gesondert für jede Session bearbeiten.

Wir wollen dem Leser die neue Verfassung unter den Gesichtspunkten der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umfelders des Kantons Wallis näherbringen.

II Verhandlungen im Grossen Rate

1. Die römisch-katholische Religion als Staatsreligion⁹ (Art. 2 Abs. 1 des Entwurfes)

Art. 2 des staatsrätlichen Entwurfes wurde von der Kommission materiell nicht geändert, sondern es fand nur eine formelle Umgestaltung statt. Dennoch kamen die Bedenken des radikalen Abgeordneten Camille Désfayes zum ersten Absatz dieses Artikels nicht ganz unerwartet.¹⁰ In dieser Bestimmung proklamierte die neue Verfassung die römisch-apostolisch-katholische Religion als Staatsreligion. Diese war schon in den Verfassungen des Kantons Wallis aus dem 19. Jahrhundert enthalten. Damit war Wallis der einzige Stand im 20. Jahrhundert, der eine bestimmte Religion zur Staatsreligion erklärte. Alle übrigen Verfassungen hatten in diesem Zusammenhang eine liberale Formulierung vorgezogen.¹¹ Désfayes brachte jedoch keinen offiziellen Änderungsantrag ein, sondern legte dem Grossen Rate eine andere Fassung vor, damit jene Verfassungsbestimmung besser den in der Bundesverfassung verankerten Prinzipien entsprechen würde.¹² Freilich, meinte Désfayes, hätte der welsche Kommissionssprecher

⁹ Vgl. Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 75-86.

¹⁰ Camille Désfayes, 11. 1. 1861 – 3. 7. 1947, Advokat und Notar, war 32 Jahre lang Grossrat des Bezirkes Martigny (1889–1921). Er vertrat den Kanton Wallis als Nationalrat in den Jahren 1896 bis 1908 und 1919 bis 1920. Ein Vierteljahrhundert lang war er auch als Richter am Kantonsgericht in Sitten tätig, nämlich von 1916 bis 1941 (Vallesia 1982, S. 288).

¹¹ Vgl. alle Kantonsverfassungen, die 1906 in Kraft waren (in: Sammlung der Bundes- und Kantonsverfassungen, V. Ausgabe 1937).

¹² Art. 49/50 BV 1874. – Bull. du GC. vom 20. 2. 1906, S. 75-80.

Évéquoz sich in dem Sinne ausgedrückt, dass der Artikel 2 nur eine reine Formel sei, die keine praktischen Konsequenzen nach sich ziehe. «Mais je répondrai que la Constitution n'est pas faite de formules mais de principes.»¹³ Aus diesem Grunde schien ihm auch die Formulierung aus der freiburgischen Verfassung eher angebracht, so dass er folgende Form bevorzugen würde: «Die apostolisch-römisch-katholische Religion ist diejenige der Mehrheit des Walliser Volkes.»¹⁴ Mit dieser liberaleren Fassung könne man einerseits einer allfälligen Kritik durch das eidgenössische Parlament, wie sie im Jahre 1876 schon vorgekommen war, entgegen. Damals hatten der Stände- und der Nationalrat dem Wallis die Gewährleistung nur unter dem Vorbehalt erteilt, dass der Art. 2 Abs. 1 nur im Sinne der Artikel 49, 50 und 53 der BV ausgelegt und angewendet werden dürfe.¹⁵ Gemäss Désfayes stellte sich natürlich andererseits die Frage, ob Wallis wirklich ein Staatsreligion besässe? Noch im Jahre 1900 war der Staatsrat, erklärte Désfayes, von der absoluten Unabhängigkeit zwischen Kirche und Staat überzeugt gewesen.¹⁶ Es schien ihm daher ganz unverständlich und unlogisch, dass die katholische Religion als Staatsreligion ausgerufen werde, wo zudem noch die Bundesverfassung alle Religionen gleichstelle (Art. 49 BV).

Schon bei der Beratung der bestehenden Verfassung hatte im Jahre 1875 der liberale Sittener Grossrat Alexandre Dénériaz mit Vehemenz die Abschaffung des 2. Absatzes verlangt. «Il voit dans le 2d alinéa une contradiction avec les principes consacrés par le premier, et croit que si cette disposition ne cadre pas avec la Constitution fédérale, il faut la supprimer purement et simplement. En dehors de l'inconstitutionnalité que cette disposition renferme il estime, qu'au temps où nous vivons, il est un bon exemple de séparer l'Etat de la religion», entnehmen wir dem Bulletin des Grossen Rates.¹⁷ Mit 69 gegen 4 Stimmen wurde damals jener Antrag klar abgewiesen. Auch der von Désfayes nahegelegte Wortlaut der Freiburger Verfassung fand beinahe keine Anhänger. Freilich, gab Dr. Loretan in seinem Votum zu, besitze das Wallis kein Staatskirchentum, sondern vielmehr eine Trennung von Kirche und Staat. Dennoch handle es sich hierbei nicht um eine

¹³ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 76.

¹⁴ Art. 2 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 7. Mai 1857, abgeändert für das Wallis.

¹⁵ Bundesbeschluss betreffend die Gewährleistung der revidierten Verfassung des Kantons Wallis vom 29. Juni 1876.

¹⁶ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 78. – Vgl. dazu auch V. Bieler, Notice sur les rapports entre l'Eglise et l'Etat en Valais depuis 1847, Sion 1930, S. 7.

¹⁷ Bull. du GC. vom 18. Mai 1875, S. 10 f.

kirchenfeindliche Separation, argumentierte er.¹⁸ «Die katholische Weltkirche ist auch heute noch die erste moralische Grossmacht der Welt! ... Und so steht sie als eine Tatsache der Geschichte in den öffentlichen Einrichtungen der katholischen Völker da! Und diesem konkreten, historisch gewordenen und überlieferten Wechselverhältnis zwischen Kirche und Staat in unserem Grundgesetze Ausdruck zu verleihen, das kann uns die Bundesgewalt nicht verwehren!»¹⁹ In demselben Sinne äusserte sich auch Staatsratspräsident Bioley.²⁰ Art. 2 Abs. 1 wurde sodann vom Grossen Rate gemäss dem staatsrätlichen Entwurf angenommen. Auf Antrag Dr. H. Seilers wurde der 2. Absatz umformuliert und lautete dann: «Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innert der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet.»²¹

2. Abschaffung der Vorrechte²² (Art. 3 des Entwurfes)

Gemäss Staatsratsentwurf sollte der Art. 3 von der bestehenden in die neue Verfassung übernommen werden: «Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder der Familie.»²³ Dieser Artikel fand sich mit einem ähnlichen Wortlaut in der Bundesverfassung²⁴ und in den Kantonsverfassungen

¹⁸ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 80–83.

¹⁹ Ebenda, S. 82. – Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft erteilte der neuen Walliser Kantonsverfassung denn am 30. März 1908 auch die Gewährleistung, jedoch unter dem Vorbehalt, dass Art. 2 KV im Sinne der Art 49, 50 und 53 der Bundesverfassung ausgelegt werde (BB 1907, VI 5,6).

²⁰ Ebenda, S. 83 f. – Bioley Henri, 13. 8. 1841–23. 5. 1913, wohnte in Monthey, Advokat und Notar, Grossrat für den Bezirk Monthey von 1889–1904, Instruktionsrichter des Bezirkes Monthey von 1883–1901, Kantonsrichter von 1901–1904, Staatsrat des Kantons Wallis von 1871–1883 und von 1904–1913, Präsident desselben in den Jahren 1873/74, 1880/81, 1905/06 und 1910/11, Nationalrat von 1895–1905 (Vallesia 1982, S. 257).

²¹ Art. 2 Abs. 2 KV 1907. – Seiler Hermann, 28. 4. 1876–16. 8. 1961, Dr. iur. Advokat und Notar, war ein Bruder von Alexander und gehörte daher auch der demokratischen Gruppe an. Er vertrat den Bezirk Brig als Grossrat von 1905 bis 1910 und von 1921 bis 1929. Zwischen 1910 und 1920 gehörte er dem Walliser Staatsrat an. Nach dem Tode Alexanders übernahm er 1920 dessen Nationalratsmandat, das er bis 1925 innehatte (Vallesia 1982, S. 370).

²² Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 86–90.

²³ Verfassungsrevisionsentwurf 1905, Art. 3.

²⁴ Art. 4 BV von 1874.

von BE²⁵, LU²⁶, GL²⁷, FR²⁸, SO²⁹, TI³⁰, VD³¹ und NE³². Einzelne Verfassungen verwiesen diesbezüglich auf die Bundesverfassung (u.a. UR in Art. 19 lit. a), andere wiederum führten nur den Satz an: «Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.»³³

In der Kommission, die mit der Überprüfung des staatsrätlichen Entwurfes beauftragt war, gab es aber nun eine Minderheitsmeinung, die die Aufhebung des zweiten Satzes von Art. 3 forderte. Begründet wurde dieses Begehren damit, dass der zweite Satz nur mit andern Worten das schon im ersten Satz Gesagte wiederhole. Kommissionsberichterstatteur Evéquo³⁴ gab aber dennoch dem Wortlaut des Entwurfes den Vorzug.³⁴ Anderer Meinung war jedoch der Autor des Minderheitsantrages, Joseph von Stockalper, der sein Ansinnen zu rechtfertigen versuchte.³⁵ Der Grundsatz der Rechtsgleichheit, gab er zu bedenken, ist in Alinea 1 schon festgehalten worden, und seiner Ansicht nach stellte der zweite Satz nur mehr eine reine Erklärung des ersten Absatzes dar. Zudem ist es schon lange selbstverständlich und jedermann weiss, dass es keine solchen Vorrechte mehr gebe. Zum andern sprechen aber auch noch andere Argumente für die Streichung des 2. Satzes. So schafft ja die Verfassung selber ein Vorrecht des Ortes, indem sie Sitten als Hauptort des Kantons Wallis, als Sitz des Grossen Rates und des Kantonsgerichtes bezeichnet. Deshalb, so führte er an, plädiere er für die Übernahme des Textes aus der zürcherischen Kantonsverfassung: «Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich und geniessen dieselben staatsbürgerlichen Rechte, soweit nicht durch die Verfassung selbst Ausnahmen festgestellt sind.»³⁶

Daraufhin ergriff Alexander Seiler das Wort. Dieser Artikel, erklärte er, soll nicht nur die Rechtsgleichheit statuieren, sondern auch die noch bestehenden Vorrechte abschaffen und keine neuen, wie die

²⁵ Art. 72 KV von 1893. – BE anerkannte zudem keine Adelstitel.

²⁶ Art. 4 KV von 1875.

²⁷ Art. 4 KV von 1887.

²⁸ Art. 9 KV von 1857.

²⁹ Art. 12 Ziff. 1 KV von 1887

³⁰ Art. 2 KV von 1830.

³¹ Art. 2 KV von 1885.

³² Art. 5 KV von 1858.

³³ ZG, Art. 5 KV von 1894, u. a.

³⁴ Bull. du GC vom 20. Februar 1906, S. 86.

³⁵ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 87-89. – Joseph von Stockalper, 21. 4. 1868–24. 8. 1955, Advokat und Notar, Grossrat des Bezirkes Brig von 1901 bis 1921, sowie Präfekt desselben Bezirkes von 1909–1920 (Vallesia 1982, S. 375).

³⁶ Art. 2 KV von ZH von 1869.

Herrschaftsrechte von Familien und Orten, aufkommen lassen. Einzelne Kantone, etwa Neuenburg, das das Tragen von Adelstiteln ausdrücklich verbot, hätten ihre Bestimmungen noch verschärft. «Der Walliseradel sei überhaupt ein Importartikel und nicht eigenes Gewächs. Den Leuten, welche an dem Partikel «von» Freude finden, will man ja diese Freude lassen, aber staatliche Anerkennung soll dieses fremdländische Gewächs nicht geniessen.»³⁷ Dies war die Antwort eines Bürgerlichen an die Adresse der Aristokratie und bedeutete einen barschen Rundumschlag gegen den sogenannten Walliser Adel. Es war auch nicht weiter verwunderlich, dass gerade Dr. A. Seiler in diesem Zusammenhang so heftig gegen eine Streichung von Art. 3 auftrat. Er war es ja gewesen, der sich wie schon sein Vater zum Ziele gesetzt hatte, die Vorgehensweise und die Machtposition der Aristokraten zu bekämpfen.³⁸ Heinrich von Roten, ein weiterer Aristokrat im Grossen Rate, bezeichnete die Gründe Seilers für die Beibehaltung des Art. 3 weder stichhaltig noch sehr taktvoll.³⁹

Tatsache blieb aber, dass Art. 3 des Entwurfes vom Grossen Rate klar angenommen wurde, währenddem der Antrag von Stockalpers abge- wiesen worden war.

Dieser Artikel sollte aber neuerlich Gegenstand von Diskussionen im Grossen Rate sein. Bei den Beratungen in zweiter Lesung im Frühjahr 1907 forderte Heinrich von Roten erneut die Streichung des zweiten Satzes dieses Artikels 3.⁴⁰ Doch die beiden Unterwalliser Abgeordneten Mério und Delacoste wiesen dieses Begehren vehement zurück.⁴¹ Delacoste verwies darauf, dass Art. 3 der Walliser Verfassung dem Art. 4 der Bundesverfassung entsprach und dessen Beibehaltung daher mehr als gerechtfertigt sei.⁴² In diesem Sinne wurde auch der Antrag von Rotens wiederum abgelehnt und der Art. 3 des Entwurfes in die neue Verfassung übernommen.

³⁷ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 89. – Zum Adelspartikel in der Schweiz, vgl. HBLS I, S. 102 f. Historisch gesehen, liegen die Dinge natürlich viel komplizierter als sie Seiler sah, dessen Familie sich später durch Heirat mit Walliser Aristokratenfamilien gerne verband. Vgl. dazu: L. Carlen, *Kultur des Wallis: 1500-1800*, Brig 1984, S. 43. – M. de Preux, *La Noblesse valaisanne*, Siders 1985. – F. de Werra, *La famille de Werra*, Montreux 1969.

³⁸ Vgl. vorne S. 75.

³⁹ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 89 f.

⁴⁰ Bull. du GC. vom 25. Februar 1907, S. 29–31.

⁴¹ Ebenda, S. 30.

⁴² Edmond Delacoste, 14. 2. 1854–5. 11. 1927, war Grossrat für den Bezirk Monthey von 1895 bis 1913 und wurde 1916 zum Staatsrat gewählt. Dieses Amt bekleidete er bis 1927 (Vallesia 1982, S. 284).

3. Die persönliche Freiheit⁴³ (Art. 4 des Entwurfes)

Wie schon vorne auf S. 101 erwähnt, fügte die Kommission dem Artikel über die persönliche Freiheit einen dritten Absatz hinzu. Dieser wohl aus den Verfassungen anderer Kantone übernommene Zusatz regelte eine Entschädigungspflicht seitens des Staates zugunsten ungesetzlich verhafteter und unschuldig verurteilter Personen.⁴⁴ Wie die beiden Kommissionsberichtersteller der Versammlung erklärten, könne dieses Prinzip in der jetzigen Zeit wohl kaum mehr umstritten sein.⁴⁵ Es sei dies nicht nur ein Grundsatz der Billigkeit, sondern vielmehr der absoluten Gerechtigkeit und in den meisten modernen Verfassungen verankert. Die Anwendung dieser neuen Bestimmung könne zudem nur nach dem Gesetze erfolgen, weswegen in nächster Zukunft Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet werden müssen. In ihren Voten grenzten die Rapporteurs allerdings die Entschädigungspflicht im Falle von ungesetzlich Verhafteten erheblich ein. Ungesetzlich verhaftet war demnach eine Person nur, wenn diese Verhaftung nicht innert der gesetzlich vorgesehenen Form vorgenommen werde. Art. 3 gelte nämlich nicht für eine Verhaftung «qui pourrait frapper une personne dont l'innocence serait ensuite proclamée».⁴⁶ Diese Vorschläge der Kommission blieben im Grossen Rat beinahe unbestritten. Einzig H. de Torrenté machte den Antrag, dem Art. 4 Abs. 3 den Satz anzufügen: Das Gesetz regelt die Anwendung dieses Prinzips.⁴⁷ In einem speziellen Gesetz sollten dann die genauen Anwendungsfälle geregelt werden, so dass den weitläufigen Interpretationen, die der Verfassungstext mitunter zulasse, eine rechtliche Schranke gesetzt sein wird. Diesem Vorschlag de Torrentés stimmte die Versammlung klar zu, weshalb Art. 4 einen neuen Absatz 3 erhielt.⁴⁸

Der Artikel wurde in der zweiten Lesung im Frühjahr 1907 vom Grossen Rat ebenfalls ohne Änderungen angenommen.⁴⁹

⁴³ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 90–94.

⁴⁴ Vgl. vorne S. 101.

⁴⁵ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 91 f.

⁴⁶ Ebenda, S. 92.

⁴⁷ Ebenda, S. 93.

⁴⁸ Ebenda, S. 94.

⁴⁹ Bull. du GC. vom 25. Februar 1907, S. 31.

4. Pressefreiheit und freie Meinungsäusserung⁵⁰ (Art. 8 des Entwurfes)

Im Gegensatz zum Staatsrat, der nur die Pressefreiheit vorgesehen hatte, entschied die Kommission, zusätzlich auch noch die Meinungsäusserungsfreiheit in Wort und Schrift in die Verfassung aufzunehmen, wie es mehrere Kantone bis anhin schon getan hatten.⁵¹

Die Aufnahme dieses Prinzips wurde vom Grossen Rat stillschweigend und ohne irgendwelche Beanstandungen hingenommen.

In bezug auf den zweiten Absatz teilten sich jedoch die Meinungen unter den Abgeordneten. Der staatsrätliche Entwurf bestimmte noch: «Das Strafgesetz regelt den Missbrauch des Rechts der Pressefreiheit.» Die Kommission ihrerseits beantragte: «Der Missbrauch des Rechts der Pressefreiheit und der freien Meinungsäusserung wird vom Gesetze geregelt.»⁵² Diese divergierenden Vorschläge entfachten eine heftige Diskussion unter den Grossratsabgeordneten, welche sich über beide Verfassungsdebatten erstreckte.

Mit ihrem Antrag wollte die Kommission die Möglichkeit der Einführung eines Pressegesetzes offen lassen. Wohl hatte sich bis anhin noch nicht die Notwendigkeit eines besonderen Gesetzes für die Presse abgezeichnet, da die Pressefreiheit selten verletzt worden war, doch blieb die künftige Entwicklung auf diesem Gebiete abzuwarten.

Désfayes forderte die Aufnahme des folgenden Absatzes 2: «Ein spezielles Gesetz bestraft den Missbrauch derselben.»⁵³ Einerseits ist nämlich das Strafgesetz zu streng, argumentierte er, und nicht geeignet für die Anwendung auf die Verletzung dieser Prinzipien. Andererseits aber gibt es noch keine Bestimmung, die das so wichtige Gegendarstellungsrecht garantiert. Gleichzeitig, erklärte er, fehlt aber auch eine klare und scharfe Abgrenzung der Verantwortlichkeit zwischen Herausgeber und Redaktor in Fällen, bei denen der Tatbestand der Verletzung der Pressefreiheit vorliegt. Diese mangelhafte Gesetzgebung war für ihn Grund genug, ein spezielles Pressegesetz einzufüh-

⁵⁰ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 98–103. und vom 25. Februar 1907, S. 31–35.

⁵¹ Vgl. dazu vorne S. 101 f.

⁵² Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 98.

⁵³ Ebenda, S. 98–100.

ren, zumal die Bundesverfassung in Art 55 kantonale Pressegesetze erlaubte.⁵⁴

Die Einführung eines Pressegesetzes bekämpfte vor allem der langjährige Staatsrat und damalige Grossrat H. de Torrenté, der nicht verstand, warum man die Presse einem Ausnahmegesetz unterstellen wollte.⁵⁵ «La loi en règle l'exercice», wie er seinerseits vorschlug, bestritten ihrerseits Staatsrat Bioley und Berichterstatter EvéquoZ aufs heftigste.⁵⁶ Mit dieser Formulierung, fürchteten sie, könnte die Presse ihre Freiheit verlieren, und zudem wäre sie sowieso bundesrechtswidrig, da sie Art. 55 BV widerspreche, der die Pressefreiheit gewährleiste. Auf Antrag von EvéquoZ wurde schlussendlich im Protokoll vermerkt, dass, solange es kein Spezialgesetz gebe, die Missbräuche im Pressewesen weiterhin durch das Strafgesetz geahndet werden. Anschliessend übernahm der Grosse Rat den von der Kommission vorgeschlagenen Wortlaut in die Verfassung.⁵⁷

Die zweite beratende Kommission unter der Leitung von R. EvéquoZ entschied nach zwei Sitzungen, in denen sie alle Artikel, der in erster Lesung angenommenen Verfassung vom März 1906 nochmals durchberaten hatte, die Verhandlungen über Artikel 8 auch in zweiter Lesung wieder aufzunehmen.⁵⁸ Der Vorschlag von Dr. H. Seiler, den er in erster Lesung vorgebracht hatte, wurde erneut Gegenstand kleinerer Wortgefechte. Er hatte damals bemerkt, dass sich ein Pressegesetz nach den Bestimmungen des Bundesrechts im Kanton Wallis aufdränge.⁵⁹

In der Verhandlung vom 25. Februar 1907 setzte sich der Grosse Rat mit diesem Problem auseinander, kam aber schlussendlich zum gleichen Resultat wie schon im Vorjahr. Man liess die Einführung eines kantonalen Pressegesetzes noch beiseite und entschied, dass die Missbräuche im Pressewesen, bis zur Inkraftsetzung eines Pressegesetzes, durch das Strafgesetz geregelt werden.⁶⁰ Der Artikel 8 wurde somit unverändert in die neue Verfassung aufgenommen.

⁵⁴ Art. 55 Abs. 1 und 2 BV 1874 lautete:

Die Pressefreiheit ist gewährleistet.

Über den Missbrauch derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrates bedürfen. ...

⁵⁵ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 100 f.

⁵⁶ Ebenda, S. 102.

⁵⁷ Ebenda, S. 103.

⁵⁸ Vgl. dazu den Kommissionsbericht im Bull. du GC. vom 25. Februar 1907, S. 9-29. Zur Kommissionszusammensetzung vgl. vorne S. 109.

⁵⁹ Bull. du GC. vom 20. Februar 1906, S. 102. – Vgl. dazu auch die in erster Lesung angenommene Kantonsverfassung vom 3. März 1906, in: Prot. du GC., 1907 (1001-170bis).

⁶⁰ Bull. du GC. vom 26. Februar 1907, S. 35.

5. Eine obligatorische Feuerversicherung ⁶¹ (Art. 17 des Entwurfes)

Stellt für uns heute die Feuerversicherung (obwohl sie nicht obligatorisch erklärt ist) eine alltägliche und selbstverständliche Institution dar, war dem zu Beginn dieses Jahrhunderts überhaupt nicht so.⁶²

Die Gebäude bestanden damals zu meist aus Holz. Vielfach waren sogar die Dächer mit Holzschindeln gedeckt. Bauabstände, wie wir sie heute kennen, existierten nicht in demselben Masse, weswegen die Gebäude eng aneinander gebaut wurden. Vielfach gab es nur schmale Durchgänge zwischen den einzelnen Wohnhäusern, Scheunen und Ställen. Konnte ein einmal ausgebrochenes Feuer nicht im Anfangsstadium gelöscht werden, wurden meist auch die Nachbargebäude ein Raub der Flammen. Kam dann noch der Wind zur Hilfe, so konnten die Folgen verheerend sein. Ganze Dorfquartiere, ja ganze Dörfer wurden im 19. Jahrhundert bis auf die Fundamente niedergebrannt. Als Beispiele seien hier nur die Dorfbrände von Isérables, Nendaz, Gampel, Obergesteln und Agarn angeführt.⁶³

Die schweizerischen Versicherungsgesellschaften weigerten sich daher, solch risikoreiche Objekte zu versichern, oder sie verrechneten dafür solch horrend hohe Prämien, dass sie vom Durchschnittsbürger nicht mehr bezahlt werden konnten.

Bei solchen Brandkatastrophen verloren ganze Familien ihr Hab und Gut und ihre Existenzgrundlage. Sie waren daher in solchen Fällen auf die grosszügige finanzielle Unterstützung durch die gesamte Schweizer Bevölkerung angewiesen.⁶⁴

Als der Staatsrat daher im Entwurf die Bestimmung aufgenommen hatte, dass der Staat die obligatorische Feuerversicherung einführen und organisieren könne, bedeutete das natürlich eine gewaltige Neuerung.⁶⁵ Mit diesem Vorschlag hatte sich der Staatsrat letztlich jedoch lediglich die Möglichkeit der Einführung offengelassen. Fraglich blieb also, ob er die Feuerversicherung überhaupt einführen würde

⁶¹ Vgl. Bull. du GC. vom 21. Februar 1906, S. 125–133.

⁶² F. Schnyder, Chronik der Gemeinde Gampel, Brig 1949, S. 131 ff.

⁶³ F. Schnyder, a.a.O., S. 131–147. – K. Kiechler, Der Dorfbrand von Obergesteln, St. Maurice 1948. – A. Grichting, Unser Agarn, Bilder aus seiner Geschichte und Kultur, Brig 1985, S. 19 bis 22. – M. Favre, Essai d'histoire de la commune d'Isérables, Isérables 1984, S. 80–83.

⁶⁴ F. Schnyder, a.a.O., S. 137 ff.

⁶⁵ Diese Forderung nach einer obligatorischen Feuerversicherung hatte der Bezirksrat von Brig schon 1904 an den Staatsrat gestellt (Protokoll der Bezirksratssitzung von Brig vom 21. März 1904, in: STAS: Consultations/procès verbaux, 1004-7).

und wie sich ein allfälliges Obligatorium auf den Finanzhaushalt des Staates Wallis auswirken würde? Und wie konnte eigentlich der Normalbürger die Einführung der obligatorischen Feuerversicherung finanziell verkraften und tragen?

«Das Dorf des Mittel- und Oberwallis ist ein Komplex von Wohnhäusern, Ställen, Scheunen und Speichern, die so dicht als irgend möglich zusammengedrängt sind. ... So ist freilich dem Feuer alle Macht gegeben, und man darf sich füglich wundern, dass Katastrophen wie die gegenwärtige nicht häufiger vorkommen. Darum ist es auch verständlich, dass die Versicherungsgesellschaften, wie es tatsächlich der Fall ist, sich einfach weigern, derart angelegte Dörfer zu versichern, oder aber Prämien berechnen, welche die Mittel der durchschnittlich wenig begüterten Bevölkerung weit übersteigen. Aus den gleichen Gründen ist es auch erklärlich, dass der Kanton es nicht riskieren kann und darf, eine staatliche obligatorische Versicherung einzuführen, die bei hohen Prämien vom Volk nicht angenommen und bei niedrigen in kurzer Zeit für den Staat verhängnisvoll werden müsste.»⁶⁶

Hierin lag das schier unlösbare Problem und hierüber erstreckten sich auch die Diskussionen während der ersten Verfassungsdebatte.

Während die Mehrheit der Kommission, wie der Staatsrat, dem Staat die Möglichkeit geben wollte, eine obligatorische Feuerversicherung einzuführen und zu organisieren, lautete die imperative Formulierung der Kommissionsminderheit: «Er wird die Frage der obligatorischen Feuerversicherung und die Hartbedachung fördern und unterstützen.»⁶⁷ Diesen Minoritätsantrag vertrat der Briger Abgeordnete Joseph von Stockalper.⁶⁸ In einem langen Plädoyer zugunsten der Einführung der obligatorischen Feuerversicherung versuchte er, den Grossen Rat von der Notwendigkeit dieser Institution zu überzeugen und ihn dazu zu bewegen, seinen Antrag in die neue Verfassung aufzunehmen. Er zeigte die Nöte und Probleme auf, die die Opfer von Brandkatastrophen treffen konnten. Nach solchen Grossbränden musste der Staat Wallis jedesmal die Eidgenossenschaft und die andern Schweizer Kantone um finanzielle Unterstützung zugunsten der Betroffenen angehen. Diese Missstände können jedoch nur mit einer obligatorischen Feuerversicherung umgangen werden. Den Einwand,

⁶⁶ NZZ vom 21. März 1890; Bericht zum Brand vom 15. auf den 16. März 1890 in Gampel.

⁶⁷ Art. 15 Abs. 2, Minoritätsantrag des Kommissionsentwurfes, in: Prot. du GC., Constitution révisée de 1907 (1001-170bis).

⁶⁸ Bull. du GC. vom 21. Februar 1906, S. 128–132.

die finanziellen Mittel des Kantons Wallis würden dies nicht erlauben, anerkennen wir, bemerkte von Stockalper. Es liege auch nicht in seiner Absicht, führte er aus, dem Staat zwingen zu wollen, sofort die obligatorische Feuerversicherung einzuführen. Dennoch müsse man dem Walliser Volk einen Wink geben, dass man gewillt ist, diese wichtige soziale Frage in der nächsten Zeit zu lösen. Den ersten Schritt zur Lösung dieses so wichtigen Problemkreises kann aber nur das Studium desselben darstellen und man darf es auf keinen Fall in der unbestimmten «Kann-Form» in der Verfassung verankern, befand er. Der Minoritätsantrag fand aber vor dem Grossen Rate keine Gnade.⁶⁹ Ein anderer Antrag, der verlangt hatte, dass der Staatsrat auch andere Versicherungen, die vielleicht in Zukunft wichtig und dringend werden könnten, sollte für obligatorisch erklären können, wurde an die erste beratende Kommission überwiesen. Die Kommission arbeitete denn auch bis Ende der ersten Verfassungsdebatte einen neuen Entwurf aus, der schlussendlich mit unwesentlichen Änderungen als Art. 16 Eingang in die neue Verfassung fand: «Der Staat organisiert und unterstützt die Viehversicherung. Er kann auch andere Versicherungen und besonders die obligatorische Mobiliar- und Immobilien-Feuerversicherung einführen.»⁷⁰

6. Subsidiäre Staatshaftung⁷¹ (Art. 22 des Entwurfes)

Das Prinzip der subsidiären Staatshaftung fand sich noch in andern kantonalen Verfassungen vor.⁷² Kommissionsberichterstatteur Évéquoz rechtfertigte die Einführung dieses Grundsatzes: «On peut ne pas être très enthousiaste et très chauvin de cette proposition.»⁷³ Man müsse zudem befürchten, dass dadurch die Staatsfinanzen nochmals belastet werden könnten. Aber trotz alledem entspreche dieses Prinzip halt doch der Billigkeit und der Gerechtigkeit. Daher müsse man es auch in die neue Verfassung übernehmen. Die Einführung der subsidiären Staatshaftung gab im Grossen Rat zu keinen längeren Diskus-

⁶⁹ Bull. du GC. vom 21. Februar 1906, S. 133.

⁷⁰ Bull. du GC. vom 2. März 1906, S. 436.

⁷¹ Vgl. Bull. du GC. vom 22. Februar 1906, S. 150–157 und Bull. du GC. vom 26. Februar 1907, S. 67.

⁷² Vgl. dazu vorne S. 103 und die Anm. 78.

⁷³ Bull. du GC. vom 22. Februar 1906, S. 151.

sionen Anlass. Einzig über die finanziellen Auswirkungen zulasten der Staatskasse war man sich nicht einig. Doch sollten auch hier die Detail- und Ausführungsbestimmungen in einem separaten Gesetz geregelt werden, währenddem man in der Verfassung nur den Grundsatz festhalten wollte.⁷⁴ Das Prinzip der subsidiären Staatshaftung wurde sodann als Art. 21 in die Verfassung von 1907 übernommen.⁷⁵

7. Amortisation der Staatsschuld⁷⁶ (Art. 24 des Entwurfes)

Lange und intensive Diskussionen unter den Abgeordneten zog Art. 24 des Entwurfes nach sich. Dieser hatte den Steuerfuss auf 1½ Promille auf Kapital und Einkommen festgesetzt. Zudem bestimmte er eine jährliche Amortisationsrate der Staatsschuld von ½ Promille der Steuereinnahmen. Die Kommission dagegen wollte die Amortisation auf ¼ Promille der Steuereinnahmen aus Kapital und Einkommen herabmindern. Kommissionssprecher Evéquoz erklärte hierzu, dass die Staatsschuld seit 1875 von über 8 Millionen Franken auf rund 5 Millionen hatte gesenkt werden können, wogegen die Steuereinnahmen auf Kapital und Einkommen massiv angestiegen seien.⁷⁷ Es sei daher wohl gerechtfertigt, die jährlichen Amortisationszahlungen zu vermindern, wodurch pro Jahr um die 50'000 Franken zusätzlich zur Verfügung stehen. Denn anstatt wie bis anhin die Staatsschuld um jährlich 110'000 Franken zu vermindern, würde sich mit einer Tilgungsrate von ¼ Promille der Steuereinnahmen auf Kapital und Einkommen dieser Betrag nur mehr auf rund 55'000 bis 60'000 Franken

⁷⁴ Vgl. dazu die Zivilprozessordnung der Republik und des Kantons Wallis vom 22. November 1919, Art. 300: «Die Gerichtspersonen sind den Parteien, sowie Drittpersonen für jeden Schaden verantwortlich, den diesen durch ihre Arglist oder Fahrlässigkeit entsteht.» (In: SGS/VS, Bd. I, Nr. 251).

⁷⁵ Bull. du GC. vom 26. Februar 1907, S. 67.

⁷⁶ Vgl. Bull. du GC. vom 21. Februar 1906, S. 158–166 und vom 26. Februar 1907, S. 67–72.

⁷⁷ Bull. du GC. vom 21. Februar 1906, S. 159–161. – Betrugten die Steuereinnahmen auf Kapital und Einkommen gemäss Budget von 1876 Fr. 190'000.–, so beliefen sie sich 1906 auf Fr. 340'000.–. Die Gesamtsteuereinnahmen beliefen sich 1906 gemäss Budget auf 842'850.–, 1876 dagegen nur auf Fr. 554'400.–. Die Gesamtausgaben des Staates beliefen sich 1876 auf Fr. 1'417'697.42 und 1906 schon auf Fr. 1'931'259.75. Die Gesamteinnahmen betrugen 1876 Fr. 1'473'020.30 und 1906 erst 1'814'433.–. Interessant ist es auch, einen Vergleich mit den heutigen Zahlen zu ziehen, die gegenüber 1906 rund vier- bis fünfhundertmal höher liegen: Gesamteinnahmen 1987: 858.5 Mio. Fr.; Gesamtausgaben 1987: 791.6 Mio. Fr.; Steuereinnahmen 1987: 451.1 Mio. Fr.!! (Vgl. dazu die Vorschläge der Einnahmen und Ausgaben des Staates Wallis für die entsprechenden Verwaltungsjahre).

belaufen. Staatsrat Kuntschen andererseits fragte sich, ob es denn überhaupt eine gute und gesunde Politik sei, die jährlichen Amortisationszahlungen noch herabzusetzen.⁷⁸ Der Kommissionsvorschlag verdoppelt die Dauer zur Abzahlung der Staatsschulden, führte er aus. Es kann aber nur eine gute, kluge und weise Finanzpolitik sein, die jährliche Tilgung der Staatsschuld zu aktivieren, anstatt sie noch mehr einzudämmen und lahmzulegen. Denn nur mit einer gesunden Finanzpolitik, so Kuntschen, wird es dem Kanton Wallis möglich sein, seine Kreditwürdigkeit auch in nächster Zukunft zu wahren. Der Kanton werde mit Sicherheit auch künftig gezwungen sein, neue Anleihen und Kredite aufzunehmen, um wichtige und fortschrittliche Werke auszuführen. Mit einer korrekt geführten Finanzpolitik würde es daher leichter sein, Kredite mit guten Abschlussbedingungen zu erhalten. Aus all diesen Gründen lud er die Versammlung ein, am staatsrätlichen Entwurf festzuhalten. Auch H. de Torrenté vertrat dieselbe Meinung.⁷⁹ Er seinerseits zöge es sogar vor, meinte er, diese Verfügung überhaupt zu streichen und die jährliche Tilgungsrate dem Ermessen der Staatsgewalt zu überlassen. Dagegen wollte de Riedmatten am Entwurf des Staatsrates festhalten. Nachdem darauf verschiedene Abgeordnete mit Zwischenrufen die Abstimmung über diesen Artikel gefordert hatten, wurde der Vorschlag der Kommission in erster Lesung mit 49 gegen 44 Stimmen knapp angenommen.⁸⁰

Doch die Gegner des Kommissionsvorschlages, allen voran Henri de Torrenté, gaben sich noch nicht geschlagen und versuchten in zweiter Lesung diesen Verfassungsartikel nochmals abzuändern.⁸¹

Der ehemalige, langjährige Chef des Finanzdepartementes, de Torrenté, erklärte der Versammlung, er kenne die finanzielle Lage des Kantons ausgezeichnet.⁸² Diese sei jedoch noch lange nicht so gut, als dass man jährlich nur mehr 50'000 bis 60'000 Franken zur Schuldentilgung aufwenden dürfe. Einer solch unvorsichtigen und unverständlichen Politik biete er niemals Hand. Viel eher sollte man sogar, aufgrund der Anleihen und Kredite, die der Kanton nächstens aufnehmen müsse, die Amortisationszahlungen verstärken. Hierauf ergriff R. Evéquoz das Wort.⁸³ Die Kommission beantragt, führte er aus, die

⁷⁸ Bull. du GC. vom 21. Februar 1906, S. 161 f.

⁷⁹ Ebenda, S. 163–165.

⁸⁰ Ebenda, S. 166.

⁸¹ Bull. du GC. vom 26. Februar 1907, S. 67–72.

⁸² Ebenda, S. 68–70.

⁸³ Ebenda, S. 67–72.

Tilgung von $\frac{1}{4}$ Promille auf die künftigen Schulden, nicht jedoch auf die schon bestehenden. Zudem handelt es sich hierbei nur um einen minimalen Grenzwert, der, sofern es die Staatskasse erlaubt, ohne weiteres höher liegen kann. In den letzten Jahren hatte man den Minimalwert von $\frac{1}{2}$ Promille ständig überschritten, so dass die Amortisation schneller als geplant vor sich gegangen war. Mit der Festsetzung von $\frac{1}{4}$ Promille nimmt man im Prinzip nun erneut den 1876 festgelegten Amortisationsplan auf.⁸⁴

Auf Antrag Dr. A. Seilers wurde dieser Artikel schliesslich zur Neuüberprüfung an die zweite beratende Kommission überwiesen.⁸⁵ Diese Kommission schlug dann dem Grossen Rat am letzten Sitzungstag der zweiten Verfassungsdebatte vor, den schon in erster Lesung angenommenen Text zu Art. 23 anzunehmen.⁸⁶ De Torrenté seinerseits griff wiederum, wie schon in erster Lesung, die Idee auf, die Festsetzung der Amortisationsrate solle gänzlich gestrichen werden. Über diesen Antrag zeigte sich Kommissionspräsident Evéquoz hoch erfreut. Niemals hätte die Kommission gewagt, so weit zu gehen, nun aber liege die Festsetzung der Tilgungsrate im Ermessen des Gesetzgebers und er frohlockte: «C'est le plus beau succès qu'ait obtenu la Commission!»⁸⁷ Nach einer Diskussion zwischen Staatsrat de Werra, Chef des Finanzdepartementes, R. Evéquoz und E. Delacoste wurde schliesslich folgender Wortlaut für diesen Artikel, der in der Verfassung als Art. 24 verankert wurde, vorgeschlagen und übernommen: «Der Steuerfuss auf das Vermögen und das kapitalisierte Einkommen ist zu anderthalb durch tausend festgelegt.»⁸⁸

7.1 Kommentar

In dieser sehr wichtigen und delikaten Angelegenheit hat der Gesamt-Grossrat sehr geschickt entschieden. Wäre man auf den Vorschlag der ersten und zweiten beratenden Kommission eingegangen, hätte sich unter gewissen Umständen die jährliche Amortisation der Staatsschuld um rund die Hälfte reduzieren können. Welche Folgen dies für

⁸⁴ Man muss jedoch in diesem Zusammenhang klar festhalten, dass man dabei immer von der Staatsschuld von 1876 ausgegangen ist. Dass diese trotz der jährlichen Tilgungszahlungen ansteigen konnte, wie dies nach 1908 geschah, schien die Kommission aber nicht in Betracht gezogen zu haben, wenn man die Begründung ihres Vorschlages genau überprüft.

⁸⁵ Vgl. vorne S. 109.

⁸⁶ Bull du GC. vom 7. März 1907, S. 224.

⁸⁷ Ebenda, S. 226.

⁸⁸ Art. 24 KV von 1907.

die Wirtschaft und die Entwicklung des Kantons Wallis hätte haben können, ist nicht abzuschätzen. Mit der letztendlichen Regelung aber hat Wallis den Schritt getan, den zu tun es gezwungen war. Was wäre wohl mit dem Staatsschiff in den schweren Stürmen der Kriegsjahre 1914–1918 und der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre passiert, hätten die Herren Abgeordneten die jährlichen Tilgungsraten für die Staatsschuld herabgesetzt? Wer weiss, ob man, falls die rechtlichen Grundlagen vorhanden gewesen wären, nicht doch die Amortisationszahlungen vermindert hätte? Die Antwort auf diese hypothetische Frage bleibt uns glücklicherweise erspart.

Die jährlichen Tilgungszahlungen der Staatsschuld nahmen stetig zu.⁸⁹ Gleichzeitig darf man aber nicht vergessen, dass infolge der Ausgabenüberschüsse und der Aufnahme neuer Kredite und Anleihen die Staatsschuld seit 1906 angewachsen war. Betrug diese Ende 1905 noch knapp über 5 Millionen Franken, belief sie sich schon 1914 auf 6,76 Millionen Franken, und sie sollte auch in den folgenden Jahren noch anwachsen.⁹⁰

8. Obligatorisches Gesetzesreferendum⁹¹ (Art. 30 des Entwurfes)

Schon seit geraumer Zeit war die Einführung des obligatorischen Gesetzesreferendums unbestritten gewesen. So warfen denn auch die Verhandlungen im Grossen Rate keine hohen Wellen mehr. Einzig bei Ziff. 3 lit. a nahm man eine kleine Korrektur vor. Gemäss Vorschlag des Staatsrates waren nur Dekrete von dringlicher Natur und von nicht allgemeiner und bleibender Tragweite vom Referendum ausgenommen. Die beiden Elemente mussten, um diese Voraussetzung zu erfüllen, kumulativ vorhanden sein. Aber es gibt ja mitunter auch Dekrete dringlicher Natur, die von allgemeiner Tragweite sind, und solche von nicht allgemeiner Tragweite, die nicht dringlicher Natur sind.

⁸⁹ 1907: Fr. 139'000.-; 1908: Fr. 144'000.-; 1909: Fr. 149'000.-; 1910: Fr. 154'000.-; 1911: Fr. 159'000.-; 1912: Fr. 164'000.-; 1913: Fr. 170'000.-; 1914: Fr. 176'000.-; 1915: Fr. 182'000.-; 1916: Fr. 189'000.-; 1917: Fr. 196'000.-; 1918: Fr. 203'000.- (aus: Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben des Staates Wallis für die Verwaltungsjahre von 1907–1917).

⁹⁰ Vgl. dazu die Kostenvoranschläge der Einnahmen und Ausgaben des Staates Wallis für die Verwaltungsjahre 1900–11 und 1912–22. 1987 soll sie gemäss Budget 676,6 Mio. Fr. betragen und sie wird bis 1990 auf 876,6 Mio. Fr. anwachsen.

⁹¹ Bull. du GC. vom 23. Februar 1906, S. 192–198 und vom 27. Februar 1907, S. 83.

Deshalb beschloss der Grosse Rat in erster Lesung eine Formulierung, die auch diese Fälle berücksichtigen sollte. «Ausgenommen sind: a) Die Dekrete dringlicher Natur oder diejenigen von nicht allgemeiner und bleibender Tragweite.»⁹² Dennoch sollte die Volksabstimmung die Regel bleiben, und eine Ausnahme müsste in jedem Falle begründet werden, erklärte Evéquoz in erster Lesung. Diese Bemerkung Evéquoz' griff die zweite beratende Kommission im Frühjahr 1907 wieder auf und schlug folgenden Zusatz vor, den der Grosse Rat in die neue Verfassung aufnahm: «Die Ausnahme soll jedoch in jedem einzelnen Falle Gegenstand eines speziellen motivierten Beschlusses bilden.» Dieser Zusatz wurde als zweiter Satz in Art. 30, Ziff. 3 lit. a in die neue Verfassung integriert.⁹³

9. Das Initiativrecht⁹⁴ (Art. 31 des Entwurfes)

Neben dem obligatorischen Gesetzesreferendum stellte die Einführung der Volksinitiative die wichtigste Neuerung im Entwurf des Staatsrates dar. Grundsätzlich war auch sie letztendlich genau so wenig umstritten mehr gewesen wie das Referendum. Dennoch hatte die Kommission, wie wir vorne auf S. 105 schon gesehen haben, einige Änderungen gegenüber dem Entwurf beantragt.

So sollten nicht 5000, sondern schon 4000 Unterschriften genügen, um die Gesetzesinitiative ergreifen zu können. Denn es muss ein Unterschied zwischen der Verfassungsinitiative, die 6000 Unterschriften vorsah, und der Volksinitiative gemacht werden, argumentierte die Kommission.⁹⁵ 4000 Unterschriften sind daher gerechtfertigt und angemessen, vergleicht man die weit bevölkerungsreicheren Kantone Zürich, St. Gallen, Aargau und Waadt. Zürich und Aargau sehen 5000, Waadt 6000 und St. Gallen sogar nur 4000 Unterschriften für die Einreichung der Initiative vor.⁹⁶

⁹² Art. 30, Ziff. 3 lit. a KV von 1907. – Vgl. dazu K. Weissen, Das Walliser Verordnungsrecht, Diss. Zürich 1948, S. 62 ff.

⁹³ Bull. du GC. vom 27. Februar 1907, S. 83.

⁹⁴ Bull. du GC. vom 23. Februar 1906, S. 198–209 und vom 17. Februar 1907, S. 83. – Vgl. zudem A. Auer, Les droits politiques dans les cantons suisses. – In diesem 1978 erschienenen Werk gibt Auer einen detaillierten Vergleich über die politischen Rechte der einzelnen Kantone für unsere Zeit. Er behandelt dabei im 2. Teil vor allem die verschiedenen Arten der Initiative und des Referendums. Vergleicht man jene Arbeit mit der vorliegenden, lässt sich die Entwicklung dieser beiden Rechte (im Wallis) gut erkennen.

⁹⁵ Bull. du GC. vom 23. Februar 1906, S. 199–203.

⁹⁶ ZH: Art. 29 KV von 1869; AG: Art. 26 KV von 1885; VD: Art. 27 KV von 1885; SG: Art. 47 KV von 1890.

Diese Forderung der Kommissionsmehrheit wurde daher auch ohne weitere Bedenken akzeptiert.

Weit grössere Probleme bekundete die Kommissionsminderheit mit ihren Neuerungsanträgen. Dr. A. Seiler verlangte, wenn man schon ein Gesetz auf dem Wege der Initiative abändern oder erlassen könne, müsse es auch die Möglichkeit geben, ein schon bestehendes Gesetz aufzuheben.⁹⁷ Er forderte aber zudem noch, dass ein Gesetz nicht erst nach vier, sondern schon nach zwei Jahren abgeändert oder aufgehoben werden dürfe. Kommissionspräsident Dr. Loretan erklärte, wolle man logisch bleiben, müsse man auch die Aufhebung eines Gesetzes mittels der Initiative einführen, zumal dieses Recht in den meisten Kantonsverfassungen vorzufinden sei. In der Tat enthalte das Recht, ein neues Gesetz zu erlassen, implizite auch das Recht, alle schon bestehenden Gesetze abzuändern oder aufzuheben. Er sprach sich aber andererseits gegen die Idee aus, ein Gesetz schon nach zwei Jahren seit Inkraftsetzung revidieren oder aufheben zu können. Dagegen fand aber Staatsratspräsident Bioley weder am einen noch am andern Antrag Seilers Freude.⁹⁸

Dieses Ansinnen schien ihm, wie er sagte, zu weit zu gehen. Freilich trüge die Begründung Seilers einen Kern Wahrheit in sich, aber es sei ein grosser Spielraum zwischen dem Antrag, ein Gesetz einfach ausser Kraft zu setzen und dem Antrag, eine Gesetzesbestimmung aufzuheben. In einer Phase der Unzufriedenheit könnte das Volk unter Umständen ein ganzes Gesetz ausser Kraft setzen und abschaffen. Diese Gefahr bestünde aber nicht, wenn es nur die rechtliche Möglichkeit besässe, ein Gesetz abzuändern. Es sei zudem falsch, dass das Recht, ein Gesetz zu erlassen und abzuändern, auch das Recht der Ausserkraftsetzung desselben mitenthalte, gab er zu bedenken. Er bat daher die hohe Versammlung, dem Antrag der Kommissionsmehrheit und des Staatsrates zu folgen.⁹⁹

Den Vorschlag von Dr. A. Seiler verwies der Grosse Rat zur Neuüberprüfung an die grossrätliche Kommission, welche der Versammlung am 2. März 1906 die teilweise Gutheissung des Antrages Seiler empfahl.¹⁰⁰ Art. 31 lit. a der neuen Kantonsverfassung von 1907 lautete

⁹⁷ Bull. du GC. vom 23. Februar 1906, S. 203 f.

⁹⁸ Ebenda, S. 207 f.

⁹⁹ Vgl. zu diesem Problem E. Oehler, Die Volksrechte im Kanton St. Gallen, Diss. St. Gallen 1975, S. 142 ff.

¹⁰⁰ Bull. du GC. vom 2. März 1906, S. 436 f.

daher, das Volk kann mit der Initiative «den Erlass eines neuen, die Abänderung oder Aufhebung eines seit wenigstens vier Jahren in Kraft bestehenden Gesetzes begehren».¹⁰¹

Auch der Antrag von H. von Roten wurde zur Überprüfung an die Kommission überwiesen.¹⁰² Er forderte darin: Wenn eine Volksinitiative neue Staatsausgaben zur Folge hat und diese durch die ordentlichen Einnahmen nicht gedeckt werden können, muss sich das Volk gleichzeitig über neue Einnahmen aussprechen. Damit wollte er verhindern, dass der ganze Staatshaushalt durcheinandergerüttelt wird. Es ist nämlich sehr gut denkbar, führte er aus, dass das Volk grosse und teure Projekte bewilligt, andererseits aber neu angepasste Steuergesetze verwirft, so dass dem Staat die Finanzierungsmittel fehlen werden, wie dies in Bern mehrmals vorgekommen war. «Ich weiss ganz gut, dass in diesem Artikel eine starke Beschränkung der Initiative liegt, aber schliesslich ist jedes Gesetz eine Beschränkung, und unser Volk hat gesunden Sinn genug, um zu begreifen, dass mit den Ausgaben auch die notwendigen Einnahmen stimmen müssen. Sei man mit demselben aufrichtig und sage man ihm nicht, der Staat soll und wird dieses und jenes zahlen, ohne ihm zugleich zu sagen, dass das Geld endgültig doch aus seiner Tasche fliessen müsse.»¹⁰³

Schlussendlich wurde auch der Vorschlag H. von Rotens in zweiter Lesung vom Grossen Rat gutgeheissen und fand als Art. 34 Eingang in die neue Verfassung.¹⁰⁴

10. Immunität der Abgeordneten im Grossen Rate¹⁰⁵ (Art. 47 des Entwurfes)

Art. 48 der neuen Kantonsverfassung erhielt folgende Formulierung: «Die Mitglieder des Grossen Rates dürfen ohne Ermächtigung desselben während der Session weder verhaftet noch strafrechtlich verfolgt werden, ausgenommen bei Betretung auf frischer Tat.

Die Mitglieder des Grossen Rates sind für die von ihnen in der Sitzung gehaltenen Reden einzig dem Grossen Rate verantwortlich.

¹⁰¹ Art. 31 lit. a) KV von 1907.

¹⁰² Bull. du GC. vom 23. Februar 1906, S. 206 f.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Bull. du GC. vom 27. Februar 1907, S. 83.

¹⁰⁵ Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 239–242 und vom 3. März 1906, S. 439.

Insofern die Reden Beleidigungen oder Schmähungen enthalten, kann die Versammlung die Ermächtigung zur Verfolgung derselben auf dem gewöhnlichen Verfahren erteilen.»

Der entsprechende Artikel aus der 1875er-Verfassung bildete somit den Absatz 1 des neuen Artikels 48. Diesem alten Artikel wollte die Kommission einen zweiten Absatz hinzufügen, der besagte, dass die Mitglieder des Grossen Rates wegen ihrer dort gehaltenen Reden nicht gerichtlich belangt werden konnten, und dass sie nur dem Grossen Rat gegenüber verantwortlich wären. Fraglich blieb jedenfalls nur, ob dieser Vorschlag nicht zu grosse Privilegien enthielt? Henri Bioley erkannte jedoch in dieser Formulierung eine grosse Gefahr, da damit eine vollständige parlamentarische Immunität gewährt würde.¹⁰⁶ Was sollte aber beim Übertreten einer Bestimmung des gemeinen Rechts innerhalb des Grossen Rates geschehen? Sollte dieses ungeahndet bleiben? Sollte sich ein Abgeordneter erlauben dürfen, unter dem Deckmantel der parlamentarischen Immunität, sich Straftaten zuschulden kommen zu lassen? Denken wir nur an Ehrverletzungsdelikte und an Rufschädigung gegenüber abwesenden Personen? Ist eine solch absolute Immunität erlaubt? Muss man nicht vielmehr eine Hintertüre offenlassen, um solche Delikte ahnden zu können? Bioley beantragte, dass letztendlich bei ehrverletzenden Delikten der Grosse Rat die Möglichkeit besitzt, die parlamentarische Immunität aufzuheben. Vorerst wurde dieser Vorschlag der Kommission zur Überprüfung überwiesen, bevor er am Ende der ersten Debatte vom Grossen Rat akzeptiert wurde.¹⁰⁷

11. Wahlart des Staatsrates¹⁰⁸ (Art. 50 des Entwurfes)

Hatten Dr. A. Seiler und Mitunterzeichner beim Neujahrsaufruf von 1904, worin sie das Verfassungsreferendum angekündigt hatten, auf die Volkswahl der Staats- und Ständeräte vorderhand verzichtet, nahmen sie diese Forderung in der ersten Verfassungsdebatte wieder auf.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 241 f.

¹⁰⁷ Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 439. – Vgl. dazu auch das Reglement über die Geschäftsordnung für den Grossen Rat vom 20. Mai 1915, in: AS/VS, Bd. 25, S. 112 ff. Gemäss den teilweise geänderten Bestimmungen über die gesetzgebende Gewalt (Art. 37–52 KV von 1907) wurde das Reglement dementsprechend angepasst.

¹⁰⁸ Vgl. Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 241–268 und vom 28. Februar 1907, S. 104–106.

¹⁰⁹ Vgl. vorne S. 47.

Dr. A. Seiler stellte als Redner der demokratischen Minderheit folgenden Antrag: «Die Vollziehungs- und Verwaltungsbehörde, Staatsrat, besteht aus fünf Mitgliedern, die alle vier Jahre in einem kantonalen Wahlkreise gleichzeitig mit den Grossräten durch das Volk gewählt werden und zwar derart, dass zwei derselben aus den Bezirken Goms, Brig, Raron, Leuk und Siders, einer aus den Bezirken Sitten, Ering und Gundis und zwei aus den Bezirken von Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthey entnommen werden. – Die beiden Mitglieder des Ständerates werden durch die gesamte Wählerschaft des Kantons in einem Wahlkreise gleichzeitig mit den Mitgliedern des Nationalrates auf drei Jahre gewählt.»¹¹⁰

Obwohl Alexander Seiler wusste, dass sein Antrag im Moment wenig Aussicht auf Erfolg hatte, stellte er das Begehren dennoch, um den demokratischen Ideen Ausdruck zu verleihen: Noch 1904 hätten acht Kantone die Volkswahl der Regierung nicht gekannt. Heute seien es nur mehr fünf, denn zwischenzeitlich hätten GE¹¹¹, LU¹¹² und AG¹¹³ die Volkswahl eingeführt. Im Verlaufe des Jahres 1906 würden auch BE¹¹⁴ und NE¹¹⁵ diese in ihre Verfassung aufnehmen.

Aber auch das Walliser Volk schien der Volkswahl zu huldigen, nachdem es sich noch im Jahre 1900 klar für die Volkswahl des Bundesrates ausgesprochen hatte.¹¹⁶

Er brachte sodann zum Ausdruck, dass selbst die Mehrzahl der hier anwesenden Grossräte die Volkswahl des Bundesrates unterstützt hatten und dass die konservative Partei dieses Prinzip in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte. «Es widerstrebt mir, im Bunde für die

¹¹⁰ Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 245.

¹¹¹ Revision der KV vom 17. Juni 1905.

¹¹² Revision der KV vom 1. Dezember 1904.

¹¹³ Revision der KV vom 30. Oktober 1904.

¹¹⁴ Revision der KV vom 4. März 1906.

¹¹⁵ Revision der KV vom 12. August 1906.

¹¹⁶ Vgl. dazu die eidgenössische Abstimmung vom 4. November 1900. Im Kanton Wallis entschieden sich 8557 Wähler für die Einführung der Volkswahl der Bundesräte. 5739 verworfen diese Vorlage.

Diese Demonstration der Walliser für die Volkswahl war sicher ein wichtiger Beweggrund für die Demokraten um Alexander Seiler gewesen, die Einführung der Volkswahl auch für den Staatsrat zu fordern. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass sowohl Gegner wie auch Befürworter der Volkswahl ihre Argumente teilweise aus den National- und Ständeratsdebatten des Jahres 1900 entlehnt hatten. Lesen wir das Stenographische Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung, werden wir merken, dass die vorgebrachten Meinungen sich 6 Jahre später in den Walliser Grossratsdebatten widerspiegeln.

Volkswahl einzustehen und im Kantone dieselbe zu bekämpfen», rief er in den Grossratssaal.¹¹⁷

Dr. Seiler umschrieb sodann die Vorteile der Volkswahl: Mit ihr wird das Zutrauen des Volkes in die Regierung wachsen, deren Prestige, Image, Popularität, Unabhängigkeit und Selbständigkeit stark gefördert.¹¹⁸ Ein Staatsrat, der dem Willen und der Gunst des Volkes seine Wahl verdankt, fühlt sich zudem gewiss sicherer und stärker in seinem Amt, als wenn seine Wahl von der Gnade des Grossen Rates abhängt. Denn im letztern Fall kommen doch persönliche Rücksichten, Parteizugehörigkeit, Kameradschaft und Verwandtschaft allzu oft zur Geltung.¹¹⁹ Wohl nur schon aus diesen Gründen ist die Volkswahl gerechtfertigt.

Das entscheidende Hindernis für die Volkswahl der Staatsräte im Kanton Wallis jedoch sah er, wie auch die konservative Gegnerschaft, in der Dreiteilung des Kantons in Ober-, Mittel- und Unterwallis. Jedem Landesteil, erklärte er, ist bis anhin eine gebührende Vertretung in der Regierung gewährleistet gewesen. Dieser für die Aufrechterhaltung des politischen Friedens so wichtige Grundsatz, glaubte er, werde jedoch durch seinen Antrag überhaupt nicht verletzt. Dem Ober- und dem Unterwallis bleiben trotzdem künftig je zwei, dem Mittelwallis ein Staatsrat erhalten. Ob der Wahlkörper nun aus 116 oder aus 26'000 Bürgern besteht, das spielt nicht die entscheidende Rolle.¹²⁰

¹¹⁷ Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 247. Er spielte damit vor allem auch auf Staatsratspräsident Bioley an, der die Volkswahl der Staatsräte ablehnte, im Nationalrat aber als welscher Berichterstatter der Kommissionsminderheit sich für die Volkswahl des Bundesrates eingesetzt hatte (vgl. dazu St. Bull., 8. Juni 1900, S. 310–311).

¹¹⁸ Diese Ideen hatten schon die beiden Nationalräte Schubiger und Scherrer-Füllemann für die Volkswahl des Bundesrates ins Felde geführt (vgl. dazu St. Bull., 8. Juni 1900, S. 313–321).

¹¹⁹ Vgl. hierzu die Stellungnahme von Ständerat Ritschard zur Wahl des Bundesrates durch das Volk (in: St. Bull., 1900, S. 493 bis 496). Er glaubte, das Volk habe eine besondere Fähigkeit, korrekt zu wählen. «Ich füge noch bei, dass dem Volke gerade in Wahlfragen eine besondere Befähigung zukommt, weil es das Bedürfnis hat, seine Ansichten und Meinungen durch die Bezeichnung von Personen zum Ausdruck zu bringen.» (S. 495)

¹²⁰ Fraglich bleibt jedoch in diesem Falle nur, was passieren würde, wenn beispielsweise nur ein Vertreter aus dem Ober- oder Unterwallis, dafür aber zwei aus dem Zentrum in die Regierung gewählt würden. Damit wäre ja die Verfassungsbestimmung verletzt. Die Wahlen müssten kassiert werden. Wer würde aber diese Wahlen kassieren, wer würde die andern Wahlen treffen, damit die Verfassungsbestimmung eingehalten wäre? Fragen, die zu beantworten, nicht leicht fällt. Man kommt dennoch nicht darum herum, zu bemerken, dass der Antrag Seilers, so wie er formuliert worden ist, in der Praxis wohl undurchführbar blieb. Theorie und Praxis auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, ist oft schwerer, als man zu glauben scheint. Deshalb hat man in der Partialrevision vom 26. Dezember 1920 (sie führte die Volkswahl der Regierung im Kanton Wallis ein) sich auf einen Vertreter pro Landesteil geeinigt. Dass das Oberwallis als deutschsprachige Minderheit einen zweiten Staatsratssitz erhielt, ist bis heute ein ungeschriebenes Gesetz geblieben, das wohl nur dank der Stärke der konservativen (christlich-demokratischen wie christlich-sozialen) Partei möglich bleibt!

Dr. Seiler war von seiner Idee so überzeugt, dass er sogar vollen Ernstes behauptete: Es wird kein Landesunglück sein, falls man diese Dreiteilung des Kantons aufgeben müsste. Diese hätte zwar ihre historische Bedeutung gehabt, aber nun haben sich die Verhältnisse geändert und man lebt in Frieden nebeneinander. Es gibt daher überhaupt keinen Grund mehr, für die Besetzung des Staatsrates an dieser Dreiteilung festzuhalten.¹²¹

Auf diese gewagten Behauptungen ergriff Dr. Loretan das Wort. Energisch forderte er den Grossen Rat auf, den Minderheitsantrag zurückzuweisen. Der Grosse Rat, führte er aus, ist die bestmögliche Institution, die Regierung zu wählen, die Fähigkeiten und Qualitäten der einzelnen Kandidaten zu bewerten und den politischen Forderungen gerecht zu werden. Dies hatte die Vergangenheit wiederholt gezeigt und bewiesen, und es wäre nun grundfalsch, nur um der demokratischen Theorie wegen dieses System aufzugeben.¹²² Vor allem aber, hielt er klar fest, müsse er den Vorschlag Seilers ablehnen, weil an der bisherigen Regelung, welche dem Ober- und Unterwallis je zwei, dem Mittelwallis einen Sitz in der Regierung gewährte, heftig gerüttelt werde. «Eh bien, ce mode d'élection devra nécessairement être abandonné dès que le Conseil d'Etat sera nommé par le peuple, dans un arrondissement unique, embrassant le pays tout entier. Le Haut-Valais peut voir d'ici les conséquences qui découleront pour lui, de la suppression de cet article! Et la minorité politique gagnera-t-elle avec ce système? Je ne le crois pas.»¹²³

J. Zen-Ruffinen beispielsweise erklärte, das Recht auf die Wahl der Regierung stelle mit Sicherheit ein demokratisches Postulat dar, sei aber im Moment noch nicht dringend und zweckmässig.¹²⁴ Und als

¹²¹ Dr. Seiler schien hier doch zu hohe Ideale verwirklichen zu wollen. Er glaubte zu sehr an ein einheitliches Wallis. Aber man konnte die historischen Gegebenheiten des Mittelalters, des 18. und 19. Jahrhunderts nicht so ohne weiteres beiseite schieben. Allzu stark hatten diese sich in der Bevölkerung des Wallis und der einzelnen Landesteile verwurzelt. Zum andern war und ist das Wallis ein zweisprachiger Kanton. Zwei verschiedene Mentalitäten treffen darin aufeinander. Im Wallis wird sich mit Sicherheit auch in Zukunft dieses Schema der Dreiteilung bzw. der Zweiteilung vorfinden. Falls es überhaupt dazu kommen sollte, wird es sehr lange dauern, bis endlich die Brücke zwischen den beiden Sprachregionen geschlagen sein wird. Dazu bedarf es aber einer Annäherung beider Sprachregionen. Verzicht, Zugeständnisse, Verständnis und Bereitschaft, die Einigung anzustreben, müssen sich die Hand reichen. Will man aber überhaupt eine tatsächliche Gleichberechtigung beider Sprachen und beider Kantonsteile?

¹²² Er verwies dabei auf die Rede von Jeanhenry im Nationalrat vom 8. Juni 1900, der damals das Argument bei der Debatte über die Bundesratswahl durchs Volk schon vorgetragen hatte (vgl. dazu: St. Bull., 1900, S. 327).

¹²³ Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 256.

¹²⁴ Ebenda, S. 259-261.

sich noch Staatsratspräsident Bioley klar gegen dieses Postulat aussprach, war damit die Angelegenheit praktisch entschieden. Der Antrag des Staatsrates wurde in erster Lesung deutlich angenommen.¹²⁵

In der zweiten Verfassungsdebatte im Frühjahr 1907 erhielt der zweite Absatz dieses Artikels noch eine kleine redaktionelle Änderung.¹²⁶ Art. 51 des Entwurfes fand schlussendlich nach heftigen Auseinandersetzungen im Grossen Rat als Art. 52 Eingang in die Verfassung von 1907.

12. Art. 64 KV von 1907¹²⁷

Der von der Kommission neu vorgeschlagene Artikel über die Einführung eines Handelsgerichts und gewerblicher Schiedsgerichte nahm der Grosse Rat ohne Beanstandungen an. Der Kommissionsberichterstatter Evéquoz erläuterte, dass ein Handelsgericht und gewerbliche Schiedsgerichte im Wallis momentan noch nicht dringend vonnöten seien. Aber die neue Verfassung könnte lange Zeit in Kraft bleiben, der Kanton sich wirtschaftlich weiterentwickeln und diese Institutionen bedingen. Deshalb wolle man der Legislative die verfassungsmässige Möglichkeit geben, diese Gerichte beizeiten einzuführen. Der neue Art. 64 der KV von 1907 lautete: «Der Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, ein Handelsgericht und ein oder mehrere gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen.»

13. Gemeindeautonomie¹²⁸

Auch diese Bestimmung, die erst die zweite beratende Kommission in zweiter Lesung zur Einführung vorgelegt hatte, wurde mit kleinen Änderungen vom Grossen Rate angenommen.¹²⁹ Sie lautete:

¹²⁵ Bull. du GC. vom 26. Februar 1906, S. 268.

¹²⁶ Bull. du GC. vom 28. Februar 1907, S. 104–106.

¹²⁷ Vgl. Bull. du GC. vom 27. Februar 1906, S. 302 f.

¹²⁸ Vgl. Bull. du GC. vom 1. März 1907, S. 131.

¹²⁹ Mit der Annahme dieser Bestimmung wurde erstmals im Kanton Wallis die Gemeindeautonomie in der Verfassung formell anerkannt! Vgl. dazu auch R. Loretan, a.a.O., S. 26. – P. de Courten, a.a.O., S. 130 ff. – Zur Gemeindeautonomie im allgemeinen vgl. P. Buclin, *L'activité communale*, Diss. Freiburg 1950. – J. Meylan, M. Gottraux, P. Dahinden, *Schweizer Gemeinden und Gemeindeautonomie*, Lausanne 1972, S. 35 ff. – J. Meylan, *Problèmes actuels de l'autonomie communale*, Basel 1972.

«Die Gemeinden ordnen innerhalb der Schranken der Verfassung und der Gesetze ihre Angelegenheiten selbständig.»¹³⁰

14. Die Einführung eines Generalrates¹³¹ (Art. 69, 73-76 des Entwurfes)

Die Schaffung eines Generalrates für die grösseren Gemeinden war im Grossen Rate teilweise heftig umstritten und bekämpft. Dies gibt auch die Tatsache bestens wieder, dass in den langen Beratungen zu dieser Institution nicht weniger als 14 Redner verschiedentlich das Wort verlangten.¹³² Weil sich für die grösseren Gemeinden das Bedürfnis abgezeichnet hatte, entschloss sich der Staatsrat in seinem Entwurf in Art. 73, die fakultative Einführung eines Generalrates in Gemeinden über 1000 Einwohner vorzusehen. Er begründete diesen Schritt damit, dass ein vom Volk gewählter Generalrat die Interessen der Gesamtbevölkerung oftmals besser vertreten könne als die Urversammlungen selber. Es war vielfach so gewesen, dass in grösseren Gemeinden nur ein kleiner Bruchteil der Einwohner die Urversammlung derselben besucht hatte. Wichtige Entscheide auf Gemeindeebene wurden dadurch gezwungenermassen in die Hände einiger weniger Bürger gelegt. Diesen Umstand wollte der Staatsrat mit der Einführung eines Generalrates verhindern. Das Volk delegierte auf diese Weise seine Rechte an einen von ihm gewählten Rat.

Entschieden gegen diesen Vorschlag des Staatsrates setzte sich in erster Lesung der welsche Kommissionsberichterstatteur Evéquoz ein.¹³³ Er vertrat die Minderheit in der Kommission, die kein neues Gemeindeorgan mehr wollte. Er warf dem Staatsrat vor, mit der Schaffung eines Generalrates eine Ungleichheit zwischen den kleinen und grossen Gemeinden zu provozieren, da der Generalrat gemäss Entwurf (Art. 71) grössere Kompetenzen innehatte als die Urversammlung. Die 29 Walliser Gemeinden, die den Generalrat einführen könnten, wären demnach gegenüber den übrigen Dörfern übervorteilt. Zum

¹³⁰ Vgl. zum 6. Titel (Bezirks- und Gemeindeverwaltung) der neuen KV von 1907 auch P. de Courten, *La commune politique valaisanne*, wo sich eine Übersicht über die Organe, die Aufgaben, die Finanzen und die Autonomie der Gemeinde in den 20er Jahren findet.

¹³¹ Vgl. Bull. du GC. vom 28. Februar 1906, S. 319-343.

¹³² Vgl. dazu : Bull. du GC. vom 28. Februar 1906, S. 319-343, vom 4. März 1907, S. 165-167 und vom 8. März 1907, S. 240-244.

¹³³ Bull. du GC. vom 28. Februar 1906, S. 320-327.

ändern könnte die Hälfte der Einwohner plus einer die Schaffung eines Generalrates verlangen. Dagegen ginge die Hälfte minus einer, die gegen die Einführung eines Generalrates in ihrer Gemeinde gestimmt hätte, mit Ausnahme des Wahl- und Stimmrechts beinahe ihrer sämtlichen politischen Rechte verlustig.

Andere Redner jedoch, wie etwa Staatsratspräsident Bioley, Kommissionspräsident Loretan und Ribordy setzten sich für die fakultative Einführung eines Generalrates ein. Ebenso unterstützte Th. Exhenry den Staatsratsvorschlag in seinen Grundzügen, verlangte aber in einem Antrag, dass allen Walliser Gemeinden die Möglichkeit der Einführung eines solchen Rates offen bleiben solle.¹³⁴ Dieser Vorschlag wurde denn auch mit 54 gegen 23 Stimmen klar angenommen. Folglich musste auch Art. 74 des Entwurfes, der die Mitgliederzahl des Generalrates festhielt, neu redigiert werden. Dazu wurde er an die zweite beratende Kommission zur Prüfung überwiesen und kam somit erst in zweiter Lesung wieder zur Sprache.¹³⁵ Die nachfolgenden Art. 75 und 76 des Entwurfes regelten die Amtszeit und die Aufgaben dieses neuen Rates und wurden ohne Änderungen vom Grossen Rate akzeptiert.¹³⁶

Nachdem also in erster Lesung noch dem Artikel zugestimmt wurde, dass die Urversammlung ihre Befugnisse einem Generalrat übertragen dürfe, der gleichzeitig mit dem Gemeinderat ernannt werde, brachte die zweite beratende Kommission eine neuerliche Änderung zur Sprache: «L'Assemblée primaire peut déléguer ses pouvoirs à un Conseil général dont la nomination et les compétences seront déterminés par une loi spéciale.»¹³⁷ Die Art. 74–76 des Entwurfes, die in erster Lesung noch angenommen wurden, sollten demnach gestrichen werden, da ein Spezialgesetz die Kompetenzen und Aufgaben des Generalrates regeln würde. Man konnte sich jedoch schlussendlich auch in dieser Sitzung der zweiten Debatte nicht über dieses Problem einigen, so dass diese Angelegenheit wieder an die zweite beratende Kommission zur Neuüberprüfung übertragen wurde.¹³⁸

¹³⁴ Théophile Exhenry, 2. 3. 1865–5. 2. 1926, Hotelier, Grossrat des Bezirkes Monthey 1905–1913 (Vallesia 1982, S. 296).

¹³⁵ Bull. du GC. vom 28. Februar 1906, S. 338.

¹³⁶ Bull. du GC. vom 28. Februar 1906, S. 338 und 342.

¹³⁷ Bull. du GC. vom 4. März 1907, S. 166.

¹³⁸ Ebenda, S. 167.

So war der Grosse Rat gezwungen, an seiner allerletzten Sitzung der zweiten Verfassungsdebatte einen endgültigen Entscheid über die Einführung eines Generalrates zu treffen.¹³⁹ Mit einer knappen Mehrheit von 46 gegen 42 Stimmen entschied sich die Versammlung für folgende Fassung: «Die Urversammlung kann gleichzeitig mit dem Gemeinderate auch einen Generalrat erwählen. Das Gesetz bestimmt die Organisation und die Kompetenzen desselben.»¹⁴⁰ Damit folgte der Grosse Rat dem Antrag der zweiten beratenden Kommission.

14.1 Kommentar

1987 existiert in bis anhin sechs Unterwalliser Gemeinden ein Generalrat: Sitten, Bagnes, Conthey, Monthey, Martigny und St. Maurice.¹⁴¹ In Siders wurde die Einführung eines Generalrates schon mehrmals vom Volke abgelehnt. Auch in Sitten wurde dessen Einführung in einer ersten Volksabstimmung vom 21. November 1948 erstmals verworfen, bevor ihr vier Jahre später, am 23. November 1952, mit 881 gegen 554 Stimmen beigespflichtet worden ist.¹⁴²

Dagegen findet sich im Oberwallis keine Gemeinde, die diese Einrichtung besitzt.¹⁴³

Obwohl es mit Bestimmtheit auch in jenen sechs Unterwalliser Ortschaften noch Gegner des Generalrates geben mag, hat er sich an diesen Orten im grossen und ganzen gut bewährt.

Die Organisation und die Befugnisse unterstehen heute dem Gesetz vom 13. November 1980 über die Gemeindeordnung.¹⁴⁴ Ein Generalrat darf nur in Gemeinden ab 700 Einwohnern eingeführt werden und seine Mitgliederzahl ist von Gesetzes wegen eingeschränkt.¹⁴⁵ Der Generalrat muss sich mindestens zweimal pro Jahr versammeln, um die Rechnung und den Kostenvoranschlag anzunehmen.¹⁴⁶

In Sitten versammelt er sich im Mai und im November zu den ordentlichen Sitzungen.¹⁴⁷ Das Gesetz auferlegt ihm die Pflicht, eine

¹³⁹ Bull. du GC. vom 8. März 1907, S. 240-244.

¹⁴⁰ Art. 77 KV von 1907.

¹⁴¹ Ich möchte Hrn. Pittet vom Rechtsdienst des Departementes des Innern für seine bereitwilligen Auskünfte bestens danken.

¹⁴² Contact, Nr. 25 vom März 1982.

¹⁴³ Leukerbad führte zu Beginn der achtziger Jahre (1981) einen Generalrat ein, der jedoch schon kurz darauf (1985) wieder abgeschafft worden ist. Auch Brig kannte für kurze Zeit diese Einrichtung. – Zum Generalrat vgl. auch P. de Courten, a.a.O., S. 40.

¹⁴⁴ SGS/VS, Bd. I, Nr. 83.

¹⁴⁵ Art. 19 und 20 des Gesetzes über die Gemeindeordnung.

¹⁴⁶ Art. 21 des Gesetzes über die Gemeindeordnung.

¹⁴⁷ Contact, Nr. 25 vom März 1982, S. 3.

Geschäftsprüfungskommission zu bilden, wobei er aber auch das Recht hat, andere ständige Kommissionen einzurichten.¹⁴⁸ Freilich beschneidet die Einführung eines Generalrates die Rechte des einzelnen Bürgers. Denn an und für sich übernimmt ja der Generalrat die Rechte, die dem Bürger in den übrigen Gemeinden in der Urversammlung zustehen.¹⁴⁹ Der Bürger hat im Prinzip nur mehr mit dem fakultativen Referendum die Möglichkeit, Beschlüsse des Generalrates anzufechten, sofern 1/5 der Bevölkerung dies verlangt (oder 2/5 des Generalrates). Abschliessend darf man aber sagen, dass sich die Institution des Generalrates in den erwähnten Gemeinden bis anhin recht gut bewährt hat.

15. Forderung nach der Proporzwahl¹⁵⁰ (Art. 83 des Entwurfes)

Nicht unerwartet blieb die Intervention von Dr. A. Seiler bei den Beratungen über die Wahlart des Grossen Rates.¹⁵¹ Die Meinungen über die Vorschläge des Staatsrates und der Kommission gingen doch weit auseinander und man konnte sich vorerst nicht einigen. So sollte ein Abgeordneter pro 1000 oder 1200 Personen der Gesamtbevölkerung in den Grossen Rat gewählt werden. Zudem hatten die Gemeinden innerhalb des Bezirkes das Recht, einen selbständigen Kreis zu formen.¹⁵² Damit, so glaubte man, den Minderheiten eine entsprechend ihrer Stärke verhältnismässige Vertretung im Grossen Rate zu gewährleisten. Aber schon M. Troillet, der seit 1905 im Rat sass, und die Walliser Politik während der folgenden fünf Jahrzehnte entscheidend mit-

¹⁴⁸ Art. 28 und 29 des Gesetzes über die Gemeindeordnung. Sitten beispielsweise besitzt vier ständige Kommissionen, die jeweils zu dringenden Problemkreisen Botschaften ausarbeiten und diese dem Generalrat an den ordentlichen Sitzungen vorlegen.

¹⁴⁹ Art. 16 und 30 des Gesetzes über die Gemeindeordnung.

¹⁵⁰ Vgl. Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 445-466 und vom 5. März 1907, S. 178-208.

¹⁵¹ Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 455-464.

¹⁵² Anhand eines einfachen Beispiels wollen wir dieses System zu erklären versuchen. Nehmen wir als Grundlage den Staatsratsentwurf! Wir haben einen Bezirk mit 9600 Einwohnern und einer Gemeinde mit 2400 Einwohnern, die einen eigenen Wahlkreis bildet. Der Bezirk hat damit Anrecht auf 8 Grossratssitze ($9600 : 1200 = 8$), da pro 1200 Einwohner ein Grossrat gewählt wird. Hat sich nun ein Kreis mit 2400 Einwohnern gebildet, erhält er zwei Grossratssitze zugesprochen. Die restlichen 7200 Einwohner des Bezirkes können nur noch 6 Abgeordnete wählen. Die Probleme werden sofort ersichtlich: grosse Gemeinden sind bevorteilt! Wie verhält es sich mit den Restquotienten? Wir gehen nicht näher auf diese Problematik ein!

prägen sollte, machte einen neuen Vorschlag.¹⁵³ Er nahm nicht mehr die Gesamtbevölkerung als Ausgangsbasis, sondern nur mehr die stimmberechtigten Bürger. Es sollte daher auf 250 Wähler ein Grossrat bestimmt werden. Das hätte dazumal eine Legislative von 119 Mitgliedern ergeben. Doch auch diese Idee fand bei seinen Amtskollegen nicht den entsprechenden Anklang.

Sodann vertrat, wie schon erwähnt, Dr. Seiler die Minderheitsidee, die die Einführung des Verhältniswahlverfahrens (Proporz) für den Grossrat forderte. Schon 1875 hatte der Staatsrat in seinem Entwurf die Proportionalwahl für den Grossen Rat vorgesehen, schlussendlich war diese aber beiseite geschoben worden.¹⁵⁴ Ebenfalls war die Motion Beck, die im Jahre 1893 erneut die Einführung des Proporz verlangt hatte, nach anfänglicher Zustimmung doch noch gescheitert.¹⁵⁵

Zwar war das Prinzip der Billigkeit und Gerechtigkeit, welches in dem Proporzwahlverfahren verankert ist, auch von den Gegnern anerkannt worden, hielt Seiler jenen zugute, doch hatte man sich aus drei Gründen gegen die Einführung des Proporz gewehrt. Man hatte erstens das Proporzsystem zu kompliziert gefunden, zweitens glaubte man, in der Organisation der Wahlkreise der Minderheit eine entsprechend ihrer Stärke verhältnismässige Vertretung gewährt zu haben und drittens werde der Proporz von konservativer Seite stets als Machtfrage verstanden. Es ist aber allemal an der Zeit, den Proporz nun auch endlich im Kanton Wallis einzuführen, forderte Dr. A. Seiler.

«Wir kämpfen im Bunde im Zeichen des Proporz für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit und verweigern im Kantone den Minderheiten das Recht auf billige, ihren Parteien entsprechende Vertretung! Gleiches Recht für alle, somit jeder Partei die Vertretung, die ihr nach ihrem Stärkeverhältnis gebührt. Ohne Proporz keine Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze. ... Wir stehen vor einem hochbedeutsamen Momente in unserer politischen Geschichte. Wir treten mit einem Rucke aus der vornehmen Abgeschiedenheit, in der wir bis jetzt gelebt, heraus. Aus einem vorwiegend agrikolen Kantone wird ein Industriestaat. Ungeheure Schätze liegen in den Wasserläufen unserer Täler begraben. Die Verwertung elektrischer Kraft wird eine gewaltige Zukunft

¹⁵³ Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 445–455. – Zur Person von Maurice Troillet vergleiche man die ausgezeichnete Bibliographie von André Guex, *Le demi-siècle de Maurice Troillet*, Martigny 1971, 3 Bde.

¹⁵⁴ Bull. du GC. vom 25. Mai 1875, S. 87–98; vom 1. Juni 1875, S. 151 f.; vom 22. November 1875, S. 85–94; vom 26. November 1875, S. 150–163.

¹⁵⁵ Bull. du GC. vom 15. November 1893, S. 265–292.

haben. Bereits wird Hand angelegt an die ersten Anlagen. Fabriken werden erstellt, Strassen gebaut, Eisenbahnen angelegt. Spekulanten, Kaufleute, Fabrikherren, Techniker und Tausende von Arbeitern halten ihren Einzug ins Land. Was wird uns da die Zukunft bringen? Wird mit der Umwälzung unseres ganzen volkswirtschaftlichen Lebens nicht auch eine Änderung unserer politischen Verhältnisse eintreten? Ist es da nicht angezeigt, dass die einheimischen Elemente ihre Reihen enger schliessen, wollen sie nicht im Strudel der Einwanderung untergehen. Grosse Aufgaben treten an uns heran, die wir nur im Zeichen des Friedens und der Einigkeit zu lösen imstande sind. Zögern wir darum nicht, bieten wir unsern politischen Gegnern die Hand zum Frieden.»¹⁵⁶

Trotz dieser begeisternden Worte hob sich eine konservative Gegnerschaft ab, die das Proporzwahlverfahren heftig bekämpfte, und der deutschsprachige Berichterstatter der ersten beratenden Kommission, H. Roten, erklärte: «Wäre nur der hundertste Teil von den Hoffnungen, welche seine Anhänger an dasselbe knüpfen, in Erfüllung gegangen, wir würden ein zweites goldenes Zeitalter erlebt haben, denn aller politischer Hader und Zwist hätte dann verschwinden müssen.»¹⁵⁷ In Tat und Wahrheit hatte sich in den Kantonen, in denen der Proporz eingeführt worden war, die Situation eher verschlechtert als verbessert. Da zudem jeder Partei das Streben innewohnt, sich auf Kosten der andern auszuweiten, wird sie sich auch nicht zufrieden geben, sobald sie die Anzahl Vertreter besitzt, die ihr gemäss der gegenwärtigen Stimmenzahl ihrer Anhänger zukommt, argumentierte er. «Diesem natürlichen Triebe leistet der Proporz Vorschub, indem durch die kleinere Anzahl der zur Wahl notwendigen Stimmen schon ein kleiner Erfolg lohnend werden kann.»¹⁵⁸ Freilich ist das Majorzsystem hart, aber eben nicht ungerecht, da es keine andere Lösung geben kann. Wohlwissend, dass der Proporz nur für die Wahl der Grossräte gefordert werde, meinte von Roten, ergeben sich aber gerade dort Schwierigkeiten und Auswüchse. Die Regierung muss ein Land zweckmässig und zielbewusst führen. Das aber ist nur möglich, wenn sie sich auf eine starke Partei im Parlament stützen kann, die hinter ihr steht. Im Walliser Parlament gibt es nun zwei Parteien, wobei eben die katho-

¹⁵⁶ Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 458 f.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 460.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 461.

lisch-konservative Gruppe die Mehrheit innehave, die Regierung stelle und die Verantwortung trage. Sollte jedoch einmal die liberal-radikale Partei die Mehrheit im kantonalen Parlamente übernehmen, würde sich die konservative Partei fügen, die liberal-radikale dagegen die Verantwortung tragen müssen. Eine Verwässerung des Grossen Rates durch den Proporz wäre aber allemal unerwünscht, da dadurch die Regierung geschwächt werde, glaubte H. von Roten.

Diese Gründe hatten dazu geführt, dass sich die Kommissionsmehrheit gegen die Einführung des Proporztes entschloss.

Im Namen der liberalen Minderheitspartei meldete sich François Troillet zu Wort.¹⁵⁹ In einem mit sachlichen und stichhaltigen Argumenten vorgetragenen Plädoyer versuchte er den Grossen Rat doch noch von den Vorzügen des Proportionalwahlverfahrens zu überzeugen.¹⁶⁰ Er verwies unter anderm auch darauf, dass dieser Gedanke erstmals vom damaligen und jetzigen Staatsrat H. Bioley 1875 in diesen Saal getragen wurde.¹⁶¹ Darauf angesprochen, meinte Staatsratspräsident Bioley, er sei auch heute noch konsequent und vertrete weiterhin die Einführung dieses Wahlverfahrens.¹⁶² Unsere Aufgabe und unsere Sorge, sagte er, müsste stets die Anwendung einer strengen Gerechtigkeit bleiben.

Doch trotz diesem einflussreichen Befürworter in den konservativen Reihen wurde die Einführung des Proporztes mit 52 zu 37 Stimmen in erster Lesung relativ klar abgelehnt.¹⁶³

Nicht minder umstritten und heftig verlief die Sitzung vom 5. März 1907 in zweiter Lesung.¹⁶⁴ Wurde, wie eben noch erwähnt, der Proporz in erster Lesung mit 15 Stimmen Mehrheit verworfen, schmolz diese Mehrheit am Schluss der Frühjahrsdebatte von 1907 auf knappe acht Stimmen zusammen. Nur wenig hatte damit den Demokraten

¹⁵⁹ François Troillet, 13. 1. 1854–30. 6. 1916, Advokat und Notar, Grossrat für den Bezirk Entremont 1889–1913, Richter am Kassations- und Appellationsgerichtshof (nachmalig: Kantonsgericht) von 1899–1916 (Vallesia 1982, S. 381).

¹⁶⁰ Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 460.

¹⁶¹ Vgl. dazu Bull. du GC. vom 26. November 1875, S. 151–156.

¹⁶² Bull. du GC. vom 3. März 1906, S. 476.

¹⁶³ Ebenda, S. 477.

¹⁶⁴ Bull. du GC. vom 5. März 1907, S. 178–200. – Bei der Behandlung des Art. 83 des Entwurfes war jedoch nicht nur das Proporzproblem im Vordergrund gestanden. Vielmehr hat sich in beiden Debatten ein hartes Ringen um die Beibehaltung oder die Abschaffung des Suppleantenamtes abgespielt. Wir sind darauf nicht näher eingegangen, da uns die Beratungen über den Proporz wichtiger schienen. War die Mehrheit der ersten beratenden Kommission 1906 noch für die Streichung der Suppleanten, schlug die zweite Kommission 1907 deren Beibehaltung vor. Jener letzte Antrag wurde vom Grossen Rat schlussendlich akzeptiert.

und Liberalen gefehlt, um ihre Forderung nach der Einführung des Proporz für die Grossratswahlen durchzusetzen. Allerdings darf man dabei nicht vergessen, dass die Minderheit der zweiten beratenden Kommission wohl aus taktischen Überlegungen nur mehr den fakultativen Proporz gefordert hatte: Auf Begehren von 20 Prozent der Wähler ist der Proporz auch auf die Grossratswahlen anwendbar.

Wir gehen an dieser Stelle nicht mehr im Detail auf diese zweite Lesung ein, da meist die in erster Lesung vorgebrachten Argumente nur in anderer Formulierung wiedergegeben worden sind. Dennoch wollen wir hier einen kurzen Auszug als Beispiel zitieren:

– Raymund Evéquoz: «Je suis étonné, pour ma part, que M. Seiler ait cité l'exemple de la France à l'appui de sa défense. Il aurait bien plutôt dû citer l'exemple de l'Allemagne.»

– M. Seiler: «Et vous, vous cherchez vos arguments chez les radicaux de Berne!»

– M. R. Evéquoz: «A Berne on ne veut pas de la représentation proportionnelle qui aurait pour but d'affaiblir le gouvernement; est-ce que vous voulez aussi affaiblir le gouvernement?»

– M. Seiler: «Je parle au nom de la justice.»

M. Evéquoz continue son discours et cite les appréciations de M. Fazy, président du Conseil d'Etat genevois, qui se prononce énergiquement contre le système proportionnel, lui, qui, dit l'orateur, en fut jusqu'ici un chaud partisan.

– M. Bioley: «Jamais M. Fazy ne fut partisan de la proportionnelle.»¹⁶⁵

Es lässt sich an diesem Beispiel unweigerlich erkennen, dass sich bei den Beratungen über die umstrittenen Artikel heftige Wortgefechte zwischen den verschiedenen Lagern abwickelten.

16. Unvereinbarkeit geistlicher und ziviler Ämter¹⁶⁶ (Art. 89 des Entwurfes)

«Die geistlichen und bürgerlichen Amtsverrichtungen sind unvereinbar.» So lautete der Art. 89 des staatsrätlichen Entwurfes. Er erhielt aber durch die Botschaft des Staatsrates eine Abschwächung.¹⁶⁷ Es

¹⁶⁵ Wörtlicher Auszug aus dem Bull. du GC. vom 5. März 1907, S. 197 f.

¹⁶⁶ Vgl. Bull. du GC. vom 1. März 1906, S. 382–403.

¹⁶⁷ Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf, S. 13.

sollten nämlich nur die Priester darunterfallen, die ein seelsorgerisches Amt bekleideten.¹⁶⁸

In erster Lesung schlug die erste beratende Kommission aber eine andere Formulierung vor. Es durften nur die Pfarrgeistlichen keine solche Gemeindebeamtungen innehaben dürfen, die der Wahl durch die Urversammlung unterstanden. Diese Fassung wurde am Ende der ersten Lesung denn auch ganz knapp angenommen, obwohl die Demokraten und die Liberalen vehement die Streichung von Art. 89 verlangt hatten.¹⁶⁹ Jene politischen Lager setzten sich nun für die Belange des Klerus ein, die dieser im Frühjahr 1904 von der Kanzel herunter noch bekämpft hatte.¹⁷⁰

¹⁶⁸ Vgl. zum ganzen Problemkreis Dr. W. Burckhardt, Kommentar der schweizerischen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, 3. Aufl., Bern 1931. – Unter die Unvereinbarkeit geistlicher und bürgerlicher Amtsverrichtungen sollten also nur die Priester in einem seelsorgerischen Amt fallen! Eine gewisse Parallele lässt sich hier zu Art. 75 BV durchaus erkennen: «Wahlfähig als Mitglied des Nationalrates ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes.» Burckhardt bemerkte zu Art. 75 BV: «Auf die in erster Beratung gemachte Bemerkung, der Ausschluss der Geistlichen sei mehr vom Standpunkt der Stellenunvereinbarkeit aufzufassen, wurde erwidert, der Vergleich mit den Inkompatibilitäten treffe nicht zu, sonst müsste man sagen, dass nur die angestellten Geistlichen nicht gleichzeitig Mitglieder einer politischen Behörde sein könnten; der Ausschluss sei vielmehr gegen die Geistlichen als Stand gerichtet» (S. 650). – Doch schlussendlich, so stellte Burckhardt fest, wurde die Bestimmung im Sinne der Unvereinbarkeit ausgelegt, «welche den gültig Gewählten verhindert, sein neues Amt zugleich mit dem bisherigen Amt oder Beruf auszuüben» (S. 651). Dagegen hätte die Auslegung im Sinne der Nichtwählbarkeit die Nichtigkeit der Wahl zur Folge gehabt! (Vgl. dazu auch K. Hangartner, Die Wählbarkeit in die gesetzgebende Behörde nach schweizerischem Staatsrecht, Diss. Freiburg, 1924, S. 7.) Die sich daraus ergebenden Folgen erläuterte Burckhardt so: «Art. 75 wurde also im Sinne der blossen Unvereinbarkeit ausgelegt. Mehrfach wurden dagegen gewesene protestantische Geistliche, die ihr Amt schon früher niedergelegt hatten, in den NR gewählt. Der katholische Geistliche, der diese Eigenschaft nicht ablegen kann, solange er katholisch bleibt, ist in dieser Beziehung tatsächlich schlechter gestellt» (S. 651). Zur Unvereinbarkeit geistlicher und ziviler Ämter vgl. auch V. Bieler, Notice sur les rapports entre l'Eglise et l'Etat en Valais depuis 1847, Sion 1930, S. 102–105.

¹⁶⁹ Die Annahme erfolgte mit 54 zu 48 Stimmen. – Vgl. auch die in erster Lesung angenommene Verfassung vom 3. März 1906, Art. 91, in: Prot. du GC. 1907, Constitution révisée 1907 (1001–170bis).

¹⁷⁰ «Wir zweifeln nicht daran, dass die Herren der konservativen Gruppe der Oberwalliser Grossräte, die die Wahrung und Schätzung der katholischen Interessen des Volkes auf ihr Programm gesetzt, mit dem bisher der Oberwalliser Klerus sich im besten Einvernehmen befunden und zu deren tatkräftiger Unterstützung derselbe noch in den letzten Jahren mit Einsetzung seines Einflusses aufgetreten ist, diese unsere pflichtgemässe und grundsätzliche Haltung achten und ebenso kräftig die gänzliche Streichung des angefochtenen Paragraph 89 beantragen und unterstützen werden.» (Aus vRA: Nicht datierter Brief der Walliser Dekane an die konservative Gruppe der Herren Grossräte aus dem Oberwallis; stammt jedoch vermutlich aus dem Jahre 1905.) Aus diesem Brief können wir ersehen, dass der Klerus die Oberwalliser Konservativen um Hilfe ersuchte. Die Hilfe, die ihm aber dann zuteil wurde, kam vollständig aus den Reihen der Demokraten und Liberalen, die die Streichung dieses Inkompatibilitätsartikels verlangten.

«Die politische Inkonsequenz wurde unsern kantonalen Oberpolitikern in den Verfassungsdebatten oft an den Kopf geworfen: auf eidgenössischem Boden verlangen wir die Wahl der Regierung durch das Volk, hier bei uns bekämpfen wir sie mit aller Macht, für die eidgenössischen Wahlen wollen wir das proportionale Wahlverfahren, bei uns wird das System als verderblich verworfen, in der eidgenössischen Gesetzgebung wollen wir Gleichberechtigung aller, hier bei uns schaffen wir derartige Ausnahmebestimmungen.»¹⁷¹ Es war im wahrsten Sinne des Wortes eine Ungleichbehandlung und daher eine Verletzung der Rechtsgleichheit. Mit der Aufnahme dieses Unvereinbarkeitsparagrafen waren die Geistlichen nicht mehr den übrigen Walliser Bürgern gleichgestellt. Sie waren von der Bekleidung politischer Ämter und Würden ausgeschlossen.¹⁷²

Im Falle des Kommissionsvorschlages aus erster Lesung, der die Unvereinbarkeit ausdrücklich nur für Pfarrgeistliche vorsah, hätte es innerhalb des Klerus zwei Gruppen mit unterschiedlichen Rechten gegeben. Die Pfarrgeistlichen wären zum vorneherein von allen zivilen Gemeindebeamtungen (Gemeindepräsident, -rat, -richter) ausgeschlossen gewesen, währenddem die übrigen Geistlichen an und für sich wählbar gewesen wären.¹⁷³

¹⁷¹ Rede von Dr. A. Seiler vor dem Grossen Rate vom 1. März 1906, vgl. dazu Bull. du GC., S. 389.

¹⁷² Burckhardt bemerkte dazu im Vergleich von kantonalen Bestimmungen zu Art. 4 BV: «Der Ausschluss der Geistlichen von bürgerlichen Ämtern wurde dagegen nicht als verfassungswidrig betrachtet» (S. 36).

Dadurch, dass die Geistlichen von der Bekleidung politischer Ämter und Würden ausgeschlossen wurden, waren sie freilich einerseits auch vom Amtszwang befreit, der für solche Beamtungen bestand, andererseits verbot das Kirchenrecht seit 1918 den Geistlichen im can. 121 des Codex Iuris Canonici die Bekleidung solcher Ämter sowieso: «Clerici omnes a servitio militari, a muneribus et publicis civilibus officiis a statu clericali alienis immunes sunt.» (Alle Kleriker sind vom Militärdienste, den Ämtern und öffentlichen, bürgerlichen Pflichten, die dem klerikalen Stande fremd sind, frei.)

Ausnahmsweise hätte aber, ebenfalls seit 1918, der Bischof über die Opportunität entscheiden können: «Senatorum aut oratorum legibus ferendis, quos deputatos vocant, munus ne sollicitent neve acceptent sine licentia Sanctae Sedis in locis ubi pontificia prohibitio intercesserit; idem ne attentent aliis in locis sine licentia tum sui Ordinarii, tum Ordinarii loci in quo electia facienda est.» (CIC, can. 139.4: Die Geistlichen dürfen das Amt von Senatoren oder gesetzgebender Abgeordneter, Deputierte genannt, weder erstreben noch annehmen ohne die Erlaubnis des hl. Stuhles in jenen Orten, wo ein päpstliches Verbot besteht, oder an den andern Orten ohne Erlaubnis ihres Bischofs sowohl, als auch des Bischofs des Ortes, wo die Wahl stattfindet.)

¹⁷³ Nach 1918 aber wurden sie, wie wir gesehen haben, vom Kirchenrecht daran gehindert. Diese Bestimmungen des CIC spielten für die Geistlichen des Wallis keine grosse Rolle mehr, da schon am 26. Dezember 1920 der Unvereinbarkeitsartikel (Art. 90 KV 1907) gestrichen wurde (vgl. hinten S. 156).

Aus diesen Gründen setzten sich die Demokraten und Liberalen des Wallis für die Streichung des gesamten Artikels ein. Dem Vorwurf, das Volk hätte im Falle keiner Regelung die Möglichkeit, einen Geistlichen in die Gemeindeverwaltung zu wählen, und sei es nur, um Missbrauch und Unfug zu betreiben, hielt Dr. Seiler entgegen, dass die Demokraten das als eine unbegründete Verdächtigung des Volkes zurückwiesen.¹⁷⁴ Zum andern hätte die hohe Geistlichkeit erklärt, die Bekleidung von Gemeindebeamtungen verstosse gegen die Würde und die Pflichten ihres Standes. Demnach müsste man diese Wahl, so Seiler, ganz dem gegenseitigen Einverständnis zwischen dem Klerus und der Urversammlung überlassen.

Ebenso äusserte sich auch Dr. Loretan zum bestehenden Art. 76 KV und zum Art. 89 des Entwurfes: «Denn es ist im höchsten Masse undemokratisch, wenn ein ganzer Stand von der gesetzgebenden Behörde ausgeschlossen ist. ... Denn wer wird bei uns vom passiven Wahlrecht, d.h. von der Wahlfähigkeit in den Grossen Rat ausgeschlossen? Es sind nur zwei Kategorien von Bürgern: diejenigen, welche ihre bürgerliche Ehre verloren und – die Geistlichen! Die Nebeneinanderstellung genügt, um das ganze Odium und die ganze Gehässigkeit einer derartigen Bestimmung zu empfinden.»¹⁷⁵ Aber statt diesen Artikel gänzlich zu streichen und beiseite zu lassen und damit die Rechtsgleichheit aller Bürger zu verwirklichen, unterstützte Dr. Loretan dann doch den Mehrheitsantrag der Kommission. «Wenn die Mehrheit der Kommission die Pfarrgeistlichen von diesen Gemeindebeamtungen ausschliessen will, so geschieht dies mit der einfachen Überlegung, dass wir den Geistlichen nicht den Reibungen aussetzen wollen, die mit solchen Beamtungen immer verbunden sind, Reibungen mit seinen eigenen Pfarrkindern, welche die Ausübung seiner geistlichen Funktionen und seiner priesterlichen Wirksamkeit in hohem Masse beeinträchtigen würden. Etwas anderes ist in diesem Antrag weder zu suchen noch zu finden.»¹⁷⁶

Für den Klerus bestand die Schwierigkeit weniger in der Bestimmung, keine Gemeindebeamtungen innehaben zu dürfen, als vielmehr im verfassungsmässigen Ausschluss vom Religionsunterricht an den Walliser Schulen. «Da nämlich in Paragraph 13 die Schule als reine Staatssache bezeichnet ist – eine Auffassung, die allerdings den katho-

¹⁷⁴ Bull. du GC. vom 1. März 1906, S. 390.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 393.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 395.

lischen Lehrgrundsätzen direkt widerspricht und die durch Papst Pius IX. im Syllabus ihre Verurteilung gefunden hat – so würden bei einer strikten Interpretation die amtierenden Priester ohne weiteres aus ihren Funktionen als Mitglieder des Erziehungsrates, als Leiter der höheren und mindern Lehranstalten und Schulen, als Lehrer, Schulinspektor und Mitglieder der Schulkommissionen hinausgeworfen.»¹⁷⁷ Tatsächlich führte die Verbindung von Art. 89 des Entwurfes mit Art. 13 des Entwurfes zu diesem Ausschluss. Aber dennoch hatte die Kirche ein Recht auf den religiösen Schulunterricht: «Insbesondere gehört der Kirche ein unbestreitbares Recht auf die religiös-sittliche Erziehung und Belehrung des zu ihr gehörigen Volkes auf allen Stufen und für alle Lebensalter; folglich auch unabweisbare Rechte auf die Schule, die ihr keine Staatsgewalt ohne Rechtsverletzung absprechen oder einschränken darf.»¹⁷⁸

Da aber der Entwurf geistliche und bürgerliche Amtsverrichtungen als unvereinbar erklärte, durfte kein Geistlicher ein staatliches Amt versehen. Angesichts des Artikels 13 des Entwurfes aber ist die Schule ausschliesslich Sache des Staates und die Lehrer sind Staatsangestellte. Folglich sind die Geistlichen verfassungsgemäss in der Tat von der Schule ausgeschlossen.

Trotz dieser Überlegungen, die auch Staatsratspräsident Bioley in seinem Votum streifte, wurde, wie schon oben erwähnt, in erster Lesung dennoch der Kommissionvorschlag angenommen.¹⁷⁹

Die zweite beratende Kommission unter der Leitung von R. Evéquoz, die die in erster Lesung angenommene Verfassung überprüfen musste, konnte dem Parlament im März 1907 keine einheitliche Lösung zu dieser wichtigen Frage vorlegen. Zu zerstritten war man offensichtlich

¹⁷⁷ vRA: Nicht datierter Brief der Walliser Dekane an die konservative Gruppe der Herren Grossräte aus dem Oberwallis, stammt jedoch vermutlich aus dem Jahre 1905.

¹⁷⁸ So erklärte Bischof Victor Bieler im Jahre 1919 dieses Recht der Kirche, in: Historisch-rechtliche Erwägungen über den Artikel 90 der Kantonsverfassung, S. 16. – Vgl. aber auch: CIC, can. 1373–1375 und 1379–1382.

¹⁷⁹ Vgl. dazu: Prot. du GC., Session d'octobre 1905 prorogée au 19 février 1906 (1001-164), Mémoire adressé par le Clergé du Diocèse de Sion à Messieurs les Membres de la Commission chargée d'étudier le projet de revision de la Constitution cantonale et au Grand Conseil du Canton du Valais au sujet de l'article 89 du dit Projet, 18 sept. 1905. – In diesem Brief machte der Klerus schon aufmerksam auf die Probleme, die dieser Artikel beinhaltete, und verlangte die Gleichstellung der Geistlichen mit allen andern Bürgern und bat den Grossen Rat, Art. 89 zu streichen. – Vgl. ebenda: den Brief von Pfarrer Zufferey Aug. im Namen der Priester des Dekanates Vex vom 23. Juni 1905. «Les prêtres du Décanat de Vex réunis en Conférence à Euseigne le 19 juin dernier protestent contre l'article 89 du projet de la nouvelle constitution cantonale et en demandent la suppression, l'estimant attentatoire à leurs droits de citoyens.»

innerhalb der Kommission. So entschloss man sich schlussendlich, dem Grossen Rat drei Anträge zu unterbreiten. Eine Kommissionsmehrheit wollte den ursprünglichen Text des staatsrätlichen Entwurfes (Art. 89) beibehalten. Eine zweite Gruppe entschied sich für den in erster Lesung beschlossenen Wortlaut, wogegen ein Minderheitsantrag die Streichung dieses Artikels beantragte.¹⁸⁰

Mit 46 zu 38 Stimmen wurde der Text der noch bestehenden Verfassung von 1875 (Art. 76) dem in erster Lesung angenommenen vorgezogen.¹⁸¹

Daraufhin wurde mit 54 gegen 48 Stimmen der Streichungsantrag verworfen, so dass nach langen und zähflüssigen Verhandlungen der Art. 76 aus der Verfassung von 1875 in die neue Verfassung übernommen werden sollte.¹⁸²

¹⁸⁰ Bull. du GC. vom 6. März 1907, S. 210.

¹⁸¹ Ebenda, S. 217.

¹⁸² Ebenda, S. 217 f.

KAPITEL VII

DIE NEUE VERFASSUNG VOR DEM VOLKE

1. Allgemeines

Am 8. März 1907, nach Beendigung der beiden Verfassungsdebatten, nahm der Walliser Grosse Rat die neue Kantonsverfassung einstimmig an.¹ Auf den Vorschlag von Henri de Torrenté hin, wurde die Einsetzung einer speziellen Redaktionskommission beschlossen, welche zur Aufgabe hatte, allfällige Abweichungen oder Differenzen zwischen dem französischen und dem deutschen Text auszugleichen, sowie Redaktionsfehler und dergleichen zu verbessern.²

Mitglieder dieser Kommission waren die beiden Schriftführer des Grossen Rates, Ignaz Mengis und Cyril Joris, sowie Henri de Torrenté (Präsident), Alexander Seiler, August Gentinetta, Léon Martin und Maurice Troillet.³

Nach den ersten drei Sitzungen vom 22., 23. und 30. März unterbreitete die Redaktionskommission ihre bisherige Arbeit erstmals dem Staatsrat zur Kontrolle und Begutachtung.⁴ An seiner Arbeitssitzung vom 6. April 1907 beschäftigte sich der Hohe Staatsrat mit den Vorschlägen der genannten Kommission.⁵ Wie aus dem Antwortschreiben der Regierung an den Präsidenten der Redaktionskommission, H. de Torrenté, ersichtlich wird, brachte er nur zu sechs Artikeln kleine und unwesentliche Änderungsanträge ein.⁶ Er machte zudem die Kommission auch aufmerksam, dass noch einzelne kleine Differen-

¹ STAS: GRP, Februar, Mai, November 1907, S. 33 (in: 1002-77).

² Ebenda.

³ Ignaz Mengis (1852-1913), Advokat und Notar, Grossrat des Bezirkes Visp von 1897 bis 1913, Schreiber des Grossen Rates von 1905 bis 1913, Instruktionsrichter von 1894 bis 1908, dann Kantonsrichter von 1908 bis 1913. – Cyrille Joris, (1863–1927), Notar, Grossrat von Entremont von 1886 bis 1921, Schreiber des Grossen Rates von 1890 bis 1921, Instruktionsrichter von 1909 bis 1927. – August Gentinetta (1856–1912), Notar, Grossrat des Bezirkes Leuk von 1906 bis 1912 (Vallesia 1982, S. 306 ff.).

⁴ STAS: GRP, Februar, Mai, November 1907, Protokoll der Redaktionskommission bezüglich der Verfassungsrevision vom 22., 23. und 30. März 1907, Bl. 25 (in: 1002-77).

⁵ STAS: Brief des Staatsrates vom 8. April 1907, als Beilage Nr. 3, in: *Protocoles des séances de la Commission de rédaction de la révision de la constitution* (in: 1001-168).

⁶ Ebenda.

zen zwischen dem deutschen und dem französischen Text bestünden, vor allem in bezug auf die Gliederung der Absätze. Er forderte sie zugleich auf, dem Staatsrat noch im Verlaufe der Woche den endgültigen beidsprachigen Verfassungstext abzuliefern, um diesen drucken zu können und sodann an die Walliser Bevölkerung zu verteilen. Die Exekutive wolle nämlich, schrieb Staatsratspräsident Burgener, die Abstimmung über die neue Verfassung, auf den 12. Mai 1907 festlegen.⁷

Am 11. April traf sich daher ein Kommissionsausschuss, bestehend aus H. de Torrenté, C. Joris und I. Mengis in Sitten, um zu der staatsrätlichen Stellungnahme eine Vormeinung abzugeben.⁸ Dieses Sitzungsprotokoll wurde danach den übrigen Kommissionsmitgliedern zugesandt, die sich über die Vorschläge des Staatsrates und die Vormeinung ihrer drei Kommissionskollegen schriftlich äussern mussten. In ihren Antwortschreiben erklärten sie sich alle einverstanden mit dem Inhalt des Sitzungsprotokolls.⁹

Der Kommissionsausschuss traf sich erneut am 18. April zwecks Kenntnisnahme dieser Schreiben.¹⁰ Kurze Zeit später konnte die Redaktionskommission dem Staatsrat die redigierte Verfassung übergeben.

In ihrem Beschluss vom 20. April 1907 legte die Regierung die Volksabstimmung über die neue Kantonsverfassung auf den 12. Mai 1907 fest.¹¹

⁷ Joseph Burgener (17. 9. 1872–23. 4. 1964), Advokat und Notar, Grossrat des Bezirkes Visp von 1901 bis 1905, anschliessend während zwanzig Jahren Staatsrat von 1905 bis 1925 (Vallesia 1982, S. 266).

⁸ STAS: GRP, Februar, Mai, November 1907, Protokoll der Redaktionskommission bezüglich der Verfassungsrevision vom 30. März 1907, Bl. 24/25 (in: 1002-77).

⁹ STAS: Vgl. die Antwortschreiben der Herren Seiler, Troillet und Martin als Beilage Nr. 3 in den Prot. du GC., session de novembre, prorogée au 25 février 1907 (1001-168). Vgl. das Antwortschreiben von Aug. Gentinetta als Bl. 21 in den GRP der verlängerten Novembersession von 1906 (1002-77).

¹⁰ STAS: GRP der verlängerten Novembersession von 1906, Bl. 26/27 (1002-77).

¹¹ AS/VS, Bd. 22, S. 49–52. – Vgl. aber auch Prot. du GC, session de novembre 1906 prorogée au 25 février 1907 (1001-168), Beilage Nr. 4 mit einem Originalplakat, das in alle Gemeinden verteilt worden war.

2. Volksabstimmung vom 12. Mai 1907

2.1 Beteiligung

Die Wahlbeteiligung bei der Volksabstimmung über die neue Kantonsverfassung war nicht überwältigend.¹² Knapp 40 Prozent der 29'745 stimmungsfähigen Walliser Bürger, nämlich deren 10'930, begaben sich an die Urne.¹³ Der «Briger Anzeiger» kommentierte die Wahl so: «Daraus ist zu ersehen, dass die Beteiligung eine schwache war. Besonders hat leider das Oberwallis durch Gleichgültigkeit gegläntzt und verdient keinen Ehrenkranz. Um die Volksmassen in Bewegung zu bringen, wurde auch wenig oder gar nichts getan. Vierzehn Tage vor der Abstimmung wurde erst der Abstimmungstag bekannt gegeben und wenige Tage vor diesem Tage gelangten die Stimmfähigen erst in den Besitz des Verfassungstextes.»¹⁴ Einen andern Grund für die tiefe Stimmbeteiligung des Oberwallis glaubte der Redaktor des «Briger Anzeigers» aber auch im Verhalten des Klerus zu erkennen. Jener hatte sich nämlich zuerst des Artikels 90 wegen vehement gegen die Annahme der neuen Kantonsverfassung ausgesprochen, sich dann im nachhinein aber ausgeschwiegen.¹⁵

Schlussendlich aber lägen die inneren Ursachen, so der «Briger Anzeiger», nirgendwo anders als in der Verfassung selber, die doch wohl manchem Bürger zu undemokratisch gewesen war und ihn daher von der Urne ferngehalten hatte.¹⁶

2.2 Das Wahlresultat

Mit 8'144 gegen 1'621 Stimmen wurde das neue Staatsgrundgesetz, im Gegensatz zu manch früherer Verfassung, jedoch von den Stimmenten klar und eindeutig angenommen.¹⁷

¹² Das Problem der tiefen Stimmbeteiligung war nicht neu. Schon bei den Volksabstimmungen über die vorhergehenden Verfassungen lag die Beteiligung relativ niedrig! Dieses Phänomen ist auch in der heutigen Zeit feststellbar. Hohe Stimmbeteiligungen gibt es nur mehr bei den kommunalen Wahlen sowie den Grossratswahlen, teilweise bei den Staats-, Stände- und Nationalratswahlen und bei besonders brisanten Abstimmungsvorlagen. Ansonsten wird es je länger je schwieriger, die Bevölkerung zur Ausübung ihrer politischen Pflichten zu motivieren.

¹³ Rapport du Conseil d'Etat 1907, S. 35.

¹⁴ BA, Nr. 39 vom 15. Mai 1907. Der Abstimmungstag ist nicht erst zwei, sondern schon drei Wochen im voraus bekannt geworden (vgl. dazu auf der Vorderseite). Jedoch ist es wahr, dass die Bevölkerung erst kurz vor der Abstimmung in den Besitz des Verfassungstextes gelangt ist.

¹⁵ Vgl. zum ganzen Problem- und Themenkreis vorne Kap. VI, Ziff. 16!

¹⁶ BA, Nr. 41 vom 22. Mai 1907.

¹⁷ STAS: Consultations/procès verbaux, 1004-7. – 1875 wurde beispielsweise die Verfassung nur knapp mit 7528 gegen 6587 Stimmen angenommen.

Auch der «Walliser Bote» bezeichnete die Stimmbeteiligung eine gar jämmerliche und warnte vor der zunehmenden politischen Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit der Bevölkerung. Er folgerte daraus, dass damit wohl endgültig bewiesen sei, dass die revisionistische Bewegung seitens der Demokraten vor drei Jahren eine künstliche gewesen sein müsse.¹⁸ Dennoch, so konnte man demselben Artikel deutlich entnehmen, wäre es politisch unklug und falsch gewesen, die Verfassung zu verwerfen. Wohl weise das neue Staatsgrundgesetz Mängel auf, doch hätte noch nie eine Verfassung existiert, die vollkommen gewesen sei und die in allen Einzelheiten allen Parteien und Ideen entsprochen hätte. «Es ist überdies sehr fraglich, ob die Verfassung, die aus einer neuerlichen Beratung des Grossen Rates hervorgegangen wäre, vom konservativen Standpunkt aus der gegenwärtigen würde vorzuziehen sein; wir wenigstens bezweifeln es.»¹⁹

2.3 Wahlinterpretation

Es bedarf eigentlich zu dieser Abstimmung keiner grossen Wahlinterpretation. Zu eindeutig und zu offensichtlich hatte man die Annahme der neuen Kantonsverfassung voraussehen können. Der Grosse Rat hatte die neue Verfassung am 8. März 1907 einstimmig verabschiedet. Freilich war aus ihr nicht ein perfektes Meisterstück geworden. Doch welcher Legislative ist dies wohl schon gelungen? Trotz all der Kompromisse, die man im Grossen Rat hatte eingehen müssen, waren im wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bereich erfreuliche Verbesserungen vorgenommen worden. So traten denn auch alle Parteien für das neue Staatsgrundgesetz ein. Hatte es anfänglich noch ernsthafte Proteste seitens des Klerus gegen den berüchtigten Unvereinbarkeitsartikel 90 gegeben, so waren auch diese zusehends verflacht und schlussendlich verstummt. Man konnte also davon ausgehen, dass es sich bei der Volksabstimmung nur noch um die formelle Annahme der neuen Verfassung handeln konnte. Dass bei einer solch unbestrittenen Abstimmungsvorlage kein Grossaufmarsch der Wähler an die Urnen

¹⁸ WB, Nr. 39 vom 15. Mai 1907. – Vgl. auch Ami d. p. Nr. 35 von 1907. Damit wollte der Redaktor des «Walliser Boten» den Demokraten einen Seitenhieb versetzen. Man gönnte seinem vormaligen politischen Widersacher (denn zwischenzeitlich hatte man sich ja wieder «versöhnt», wie wir vorne gesehen haben) den Erfolg auch jetzt noch nicht!

¹⁹ Ebenda. – Mit diesem Kommentar wäre wohl bewiesen, dass die katholisch-konservative Partei mit der neuen Verfassung ganz zufrieden war! Ihr war es ja im Grossen Rat, dank ihrer grossen Mehrheit, auch gelungen, alle weiterreichenden Postulate abzuwehren und damit eine ihr genehme Verfassung zu erzwingen.

stattfinden würde, konnte erwartet werden. Deshalb darf der Umstand, dass nur 40 Prozent der Wähler an der Abstimmung teilnahmen und damit die Stimmbeteiligung noch tiefer lag als etwa 1852 (mit 45 Prozent) oder 1875 (mit hohen 57 Prozent), grösstenteils doch auf die politische Interessenlosigkeit und Gleichgültigkeit der Walliser Bevölkerung zurückgeführt werden. Die schwache Stimmbeteiligung aber allein als Protest gegen die neue Verfassung aufzuführen, wie es ein Grossteil der Walliser Presse tat, ist daher meines Erachtens nicht zutreffend.²⁰

3. Inkraftsetzung

Nachdem in der Grossratssitzung vom 20. Mai 1907 die Botschaft zur Volksabstimmung vom 12. Mai über die neue Verfassung verlesen worden war, wurde eine Kommission zu deren Überprüfung eingesetzt.²¹ Am 23. Mai gaben die beiden Berichterstatter C. Berclaz und Joseph Roth der hohen Versammlung bekannt, dass anhand der ihnen vorgelegten Materialien die Volksabstimmung korrekt verlaufen sei und zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben hätte.²² Die Kommissionssprecher forderten daher im Namen der Kommission die hohe Versammlung auf, die neue Verfassung sobald als möglich in Kraft zu setzen, zumal «la garantie fédérale apparaît comme mesure de protection et non pas comme acte d'approbation sine qua non».²³ Die Kommission schloss ihren Bericht mit dem Antrag, das vom Staatsrat vorgelegte Dekret, das die Verfassung vom 8. März 1907 zum neuen Staatsgrundgesetz erklärte, ohne Änderungen anzunehmen.²⁴

²⁰ So glaubte beispielsweise ein Teil der konservativen Presse, die tiefe Wahlbeteiligung sei ein Protest gegen die zu weit führenden Änderungen in der Verfassung gewesen. Dagegen meinte der «Briger Anzeiger» in der mageren Stimmbeteiligung einen Protest gegen die Nichteinführung des Proporz und der Volkswahl der Regierung zu erkennen. Ob dies jedoch die einzigen Gründe waren, dass nur 40 Prozent der Bürger den Weg an die Urne fanden, bezweifle ich stark.

²¹ STAS: Message du Conseil d'Etat concernant le résultat de la votation du 12 mai 1907 sur la Constitution cantonale du 20 mai 1907, als Beilage Nr. 4 zu den Prot. du GC., session ordinaire du mai 1907 (1001-169). – Der Kommission gehörten die Herren Henri de Lavallaz, Berclaz César, L. Bressoud, Th. Crittin, J. Roth, G. Torrione und Zen-Ruffinen P.-M. an.

²² Bull. du GC. vom 23. Mai 1907, S. 302 f.

²³ STAS: Rapport de la commission chargée de l'examen du projet de décret déclarant la constitution du 8 mars 1907 loi fondamentale du Canton, als Beilage Nr. 4 zu den Prot. du GC., session ordinaire du mai 1907 (1001-169).

²⁴ STAS: Projet de décret déclarant la constitution du 8 mars 1907 loi fondamentale du Canton, als Beilage Nr. 4 zu den Prot. du GC., session ordinaire du mai 1907 (1001-169).

Das erwähnte Dekret wurde noch in derselben Sitzung einstimmig genehmigt.²⁵ Am 27. Mai beschloss sodann der Staatsrat: «Vorstehendes Dekret soll Sonntag, den 2. Juni 1907, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen werden, um sofort in Kraft zu treten.»²⁶

Damit war die neue Kantonsverfassung des Wallis am 2. Juni 1907 definitiv in Kraft gesetzt. Jetzt mussten ihr nur noch die beiden eidgenössischen Räte die Gewährleistung gemäss Art. 5 und 6 der BV zukommen lassen.²⁷ Dieser kam jedoch keine konstitutive, sondern nur eine deklaratorische Bedeutung zu.²⁸ Die eidgenössische Gewährleistung erhielt die Walliser Kantonsverfassung am 30. März 1908 zugesprochen.²⁹

²⁵ AS/VS, Bd. 22, S. 55 f.

²⁶ Ebenda, S. 56

²⁷ Vgl. dazu R. Cereghetti, Die Überprüfung der Kantonsverfassungen durch die Bundesversammlung und das Bundesgericht, S. 32–39.

²⁸ Vgl. R. Cereghetti, a.a.O., S. 41 ff. und 101 ff.

²⁹ Bundesbeschluss betreffend die Gewährleistung der revidierten Verfassung des Kantons Wallis vom 30. März 1908, der durch den Bundesrat am 11. April 1908 vollzogen wurde.

KAPITEL VIII

DIE VERFASSUNG VON 1907 BIS 1987

I Die Änderungen bis 1987

1. Allgemeines

Die Verfassung von 1907 bildet auch im Jahre 1987 das Staatsgrundgesetz unseres Kantons und konnte damit im März dieses Jahres ihr 80jähriges Bestehen feiern. Freilich hat sich ihr Gesicht in diesen Jahren teilweise grundlegend geändert. Sie ist mehrmals den Zeitverhältnissen angepasst worden und die fehlenden demokratischen Grundgedanken, die die Gruppe Seiler schon im Verfassungskampf von 1903 bis 1907 aufgeworfen hatte, fanden sukzessive Aufnahme in der Verfassung. Bis heute hat sich die Verfassung von 1907 allerdings einer Totalrevision entziehen können. Die Geschichte und den veränderten materiellen Gehalt der Kantonsverfassung seit ihrer Inkraftsetzung bis in unsere Tage aufzuzeigen, würde eine reizvolle Aufgabe darstellen, jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei weitem übersteigen. Dennoch wollen wir dem Leser die vom Souverän verabschiedeten Teilrevisionen und Änderungen nicht ganz vorenthalten, weshalb im vorliegenden Kapitel eine kurze Gesamtübersicht folgt.

2. Erhöhung der Repräsentationszahl für die Grossratswahlen

Nachdem das Resultat der Volkszählung aus dem Jahre 1910 bekannt geworden war, kamen vor allem in der Walliser Presse Stimmen auf, die eine Herabsetzung der Zahl der Grossräte forderten.¹ Gemäss dieser Zählung besass der Kanton Wallis nun 128'381 Einwohner; das waren immerhin rund 14'000 mehr als noch im Jahre 1900!²

¹ Vgl. dazu die gesamte Walliser Presse vom Frühjahr 1911.

² Walliser Staatskalender, 1909/10, S. 30 und 1910/11, S. 30.

Da nach Art. 84 KV die Repräsentationszahl für die Grossratswahlen bei 1000 lag, hatte die Erhöhung der Einwohnerzahl auch eine Aufstockung der Anzahl Grossräte von 114 auf 128 zur Folge. Dies seinerseits bedingte jedoch den Neubau eines Grossratsgebäudes, da schon das alte Sitzungslokal kaum mehr den Erfordernissen und Verhältnissen entsprach. Mit der Anhebung der Anzahl Grossratsmandate wären zudem auch zusätzliche Mehrausgaben (Sitzungsgelder) verbunden.³ Dagegen wehrte sich jedoch die Walliser Presse heftig, wobei vor allem der «Walliser Bote» sich gegen eine Erhöhung der Zahl der Grossratssitze einsetzte. In seiner Ausgabe vom 18. März 1911 forderte ein Korrespondent die zu jener Zeit tagenden Abgeordneten auf, auf parlamentarischem Wege eine Herabsetzung der Grossratszahl zu bewirken, ansonsten die Verfassungsinitiative ergriffen würde! Vorerst hatte diese Drohung überhaupt keine Wirkung, weshalb sich um Redaktor Th. Arnold ein Initiativkomitee bildete. Erst jetzt beauftragten die Oberwalliser Konservativen Dr. Alexander Seiler, das Aktionskomitee zu veranlassen, vorläufig auf eine Initiative zu verzichten.⁴ Er versprach den Initianten, in der Maisession eine diesbezügliche Motion einzubringen: «Der Staatsrat wird eingeladen, die Revision des Art. 84 der Verfassung im Sinne einer Reduktion der Zahl der Grossräte durch Erhöhung der Wahlziffer zu prüfen und hierüber dem Grossen Rat in der Novembersession Bericht und Antrag zu stellen.»⁵

Obwohl der Staatsrat sich bereit erklärt hatte, die Motion zu behandeln, wurde diese unverständlicherweise mit 56 zu 34 Stimmen vom Grossen Rat abgewiesen.⁶ Mit diesem Entscheid erhielten die Initianten freies Feld, und die Unterschriftenbögen gelangten in Umlauf. Mit 7'283 gültigen Unterschriften kam die Verfassungsinitiative schlussendlich zustande.⁷ Der Initiativtext forderte das Prinzip der festen Abgeordnetenzahl, wobei er die Anzahl der Grossratsmandate auf 100 festlegte.⁸

³ Vgl. WB, Nr. 20 vom 11. März 1911.

⁴ Vgl. WB, Nr. 28 vom 8. April 1911 und Bull. du. GC. vom 23. März 1912, S. 98.

⁵ STAS: GRP vom 19. Mai 1911 (1002-83).

⁶ Bull. du GC. vom 19. Mai 1911, S. 256-268.

⁷ Bull. du GC. vom 23. März 1912, S. 89. – Zu den 7'283 Unterschriften kommen noch 1'319 dazu, die jedoch von den Gemeindepräsidenten nicht beglaubigt worden sind und daher ungültig waren.

⁸ STAS: Initiativbegehren, die Abänderung des Art. 84 im Sinne der Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten und deren Ersatzmänner auf den Grossen Rat betreffend, in den GRP der verlängerten Novembersession 1912, Bl. 4 (1002-84). – Vgl. dazu analog: Prot. du GC., session d'octobre 1911 prorogée le 18 mars 1912 (1001-183).

Im Gegenvorschlag des Staatsrates finden wir jedoch die Erhöhung der Repräsentationszahl auf 1100, wobei er sich im Gegensatz zu den Initianten für die Schweizer Bevölkerung und nicht für die Gesamtbevölkerung als Basis für die Errechnung der Anzahl Grossratsitze pro Bezirk entschied.⁹ Gleichzeitig nahm die Exekutive die Revision des Art. 84 KV zum Ausgangspunkt für die Einführung des Proporz. Er brachte in seinen Gegenvorschlag einen Art. 84bis ein, dessen 1. Absatz wie folgt lautete: «Die Wahl erfolgt bezirksweise nach dem Verhältnis-System, d.h. in der Weise, dass die Parteien nach ihrer numerischen Stärke vertreten seien.»¹⁰

Daraus ergaben sich grosse Meinungsverschiedenheiten, und lange Diskussionen waren die Folge, in denen das Vorgehen der Regierung teilweise heftig kritisiert und als verfassungswidrig bezeichnet wurde.¹¹

In der Volksabstimmung vom 23. Juni 1912 wurde schlussendlich nur über den Initiativtext, der die feste Abgeordnetenanzahl einführen wollte, und über den Gegenvorschlag, der die Repräsentationszahl auf 1100 erhöhte, abgestimmt.¹²

Mit 7'889 Ja-Stimmen gegenüber deren 1'133 für den Initiativtext, wurde der Gegenvorschlag des Staatsrates klar angenommen.¹³

Die Beratungen über die Einführung des Proportionalwahlverfahrens wurden vorerst auf eine spätere Session vertagt.¹⁴ Man wollte jenes im Wallis erst einführen, nachdem die im Bunde noch pendente Frage geklärt war. In der Volksabstimmung vom 13. Oktober 1918 nahm das Schweizervolk den neuen Art. 73 BV an, der die Verhältniswahl für den Nationalrat einführte.¹⁵ Damit war der Weg für den Proporz nun auch für das Wallis geebnet.

⁹ STAS: GRP vom 29. März 1912 (1002-84).

¹⁰ STAS: Ebenda.

¹¹ Vgl. dazu Bull. du GC. vom 26. März 1912, S. 152–177, 29. März 1912, S. 207 ff., 20. Mai 1912, S. 76 ff., 22. Mai 1912, S. 113 ff. und vom 23. Mai 1912, S. 143.

¹² Vgl. ABl. 1912, Bd. II., S. 619–626. – Der Gegenvorschlag gelangte jedoch ohne den Art. 84bis vor das Volk.

¹³ ABl. 1912, Bd. II., S. 619–626. – Vgl. auch AS/VS, Bd. 24, S. 126.

¹⁴ Bull. du GC. vom 16. Nov. 1912, S. 66 und 18. Nov. 1913, S. 122.

¹⁵ AS 34, 1219.

3. Die Einführung des Proporz und die Revision der Art. 30, 43, 44, 52, 85 und 90

Am 22. Mai 1918 brachte Dr. Viktor Petrig, nachmaliger National- und Ständerat, eine Motion ein, die unter anderem die Volkswahl der Staats- und Ständeräte forderte.¹⁶ Sie sollte schlussendlich den Ausgangspunkt der beiden Teilrevisionen der Verfassung aus dem Jahre 1920 bilden.

Im Verlaufe der Verhandlungen zu dieser Motion wurden nämlich noch andere Fragen aufgeworfen, die es zu lösen galt.¹⁷ So wurde von der Regierung selbst das Problem des proportionalen Wahlverfahrens und einer Finanzreform aufgegriffen und an die Prüfung der obigen Motion Petrig und Konsorten geknüpft.¹⁸ Ebenfalls wurde von den konservativen Grossräten des Oberwallis eine Motion für die Streichung des Unvereinbarkeitsartikels 90 KV eingebracht.¹⁹

In der Volksabstimmung vom 25. Januar 1920 nahm das Wallis mit 7'724 gegen 5'233 Stimmen endlich das so lange Zeit umstritten gewesene Proporzwahlssystem für die Grossratswahlen an.²⁰

Damit setzte das Walliser Volk einen neuen, wichtigen Meilenstein auf dem Wege zu einem demokratischen Staatswesen.

Für die Teilrevision der Artikel 24, 30, 43, 44, 52, 85 und 90 der KV entschied sich das Walliser Volk am 26. Dezember 1920 mit 9'610 gegen 6'154 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von knapp 50 Prozent.²¹

¹⁶ Bull. du GC. vom 22. Mai 1918, S. 175. – Viktor Petrig, 10. 11. 1887-24. 7. 1973, Dr. iur. Advokat und Notar, Grossrat für den Bezirk Visp, 1913-1949, Nationalrat 1917-1943, Ständerat 1943-1947, Präfekt des Bezirkes Visp 1921-1958. Er war Gründer des «Walliser Volksfreundes» und einer der grossen Politiker des Wallis in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts (Vallesia 1982, S. 348). – Vgl. auch die Biographie von Louis Carlen, Walliser Politik im 20. Jahrhundert, Dr. Viktor Petrig, Naters 1974.

¹⁷ Vgl. dazu die Bull. du GC. vom 19. 2. 1919, S. 53-68, 22. 5. 1919, S. 189-223, 6. 9. 1919, S. 187-205 und vom 20. 11. 1919, S. 157-170.

¹⁸ Vgl. dazu Bull. du GC. vom 19. 2. 1919, S. 59 f. – Staatsratspräsident Dr. Hermann Seiler stellte dem Plenum diesen Antrag.

¹⁹ Vgl. dazu Bull. du GC. vom 23. 5. 1919, S. 209-223. – Die Initiative zu dieser Motion ging vom nachmaligen Bundesrat Joseph Escher aus. Vgl. dazu die Erläuterungen von P. Arnold, Bundesrat Joseph Escher, Brig 1982, S. 82-86 und J.-M. Imhof, Bundesrat Dr. h.c. Joseph Escher, Diss. Freiburg 1978. – Escher Joseph (1885-1954), Advokat und Notar, Grossrat Brig 1917-1931 und 1937-1950, Staatsrat 1931-1937, Nationalrat 1925-1931 und 1936-1950, erster Bundesrat des Wallis von 1950-1954 (Vallesia 1982, S. 295).

²⁰ Rapport du Conseil d'Etat 1920, S. 7. – Vgl. auch ABl. 1920, Bd. I, S. 145-150 und AS/VS, Bd. 27, S. 15.

²¹ Rapport du Conseil d'Etat 1920, S. 8. – Vgl. auch ABl. 1921, Bd. I, S. 10-14 und AS/VS, Bd. 27, S. 110 f.

In Art. 24 KV führte man anstelle des fixen Steuerfusses von eineinhalb Promille das Prinzip der progressiven Besteuerung und jenen des Existenzminimums ein, wobei der Steuerfuss durch das Gesetz bestimmt werden sollte.

Das Finanzreferendum (Art. 30) über ausserordentliche Ausgaben wurde von 60'000 auf 200'000 Franken erhöht.²²

Die Wahl des Staatsrates durch den Grossen Rat in Art. 43 KV wurde aufgehoben. Damit wurden auch die Ziff. 8 und 9 des Art. 44 KV bezüglich der Wahlbefugnisse des Grossen Rates hinfällig.

In Art. 52 wurde nun neu auch die Wahl des Staatsrates durch das Volk und in Art. 85bis die Wahl des Ständerates durch das Volk eingeführt. Damit waren die Forderungen der Demokraten aus der Zeit vor 1907 endlich verwirklicht!

Bei derselben Teilrevision hob man auch den lange umkämpft gewesenen Art. 90 KV auf. Damit war die verfassungsmässige Ungleichstellung der Pfarrgeistlichen nach langem Zögern endlich beseitigt worden.

Mit klarem Mehr stimmte das Volk am 11. März 1934 einer Revision des Art. 85bis zu, wonach die Abgeordneten in den Ständerat gleichzeitig bei der ordentlichen Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt werden.²³

4. Feste Anzahl Grossratsmandate

Das Problem, das sich schon nach der Volkszählung im Jahre 1910 gestellt hatte, trat erneut nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1950 auf, bei der für den Kanton Wallis 159'178 Einwohner bestimmt wurden.²⁴ Damit hatte sich die Wohnbevölkerung seit dem Jahre 1940 um rund 10'000 Seelen erhöht. Die Anzahl der Grossräte würde demnach nach dem bisherigen System von 131 auf 140 ansteigen. Der stetigen Erhöhung der Anzahl Grossratsmandate wollte jedoch der Staatsrat entgegenwirken. In seiner Botschaft vom 27. April 1951 schlug er daher unter anderem eine Revision von Art. 84 KV vor, dahingehend, anstelle des bisherigen Systems das Prinzip der fixen Abgeordnetenanzahl für den Grossen Rat einzuführen.²⁵

²² Vgl. dazu hinten auf S. 159 die Revision vom 23. 9. 1973.

²³ Vgl. ABl. 1934, Bd. I, S. 454-460 und AS/VS, Bd. 34, S. 55 f.

²⁴ Die Zahlen stammen aus dem Walliser Staatskalender 1954/55, S. 123.

²⁵ Botschaft betreffend die Herabsetzung der Zahl der Grossräte vom 27. 4. 1951, in: Bull. du GC., 18. Mai 1951, S. 94-100.

Dieser Grundsatz setzte sich denn in den nachfolgenden Verhandlungen im Grossen Rate auch durch.²⁶

Am 21. Dezember 1952 nahm das Walliser Volk den neuen Artikel 84 KV, der eine feste Abgeordnetenzahl von 130 für den Kanton Wallis vorsah, mit 8'181 zu 3'031 Stimmen klar an.²⁷

5. Die Einführung des Proportionalwahlverfahrens für die Gemeinde- und Bürgerwahlen

Für die Gemeinde- und Bürgerwahlen führte man 1907 als subsidiäres Wahlsystem den Proporz ein.²⁸ Nach 1907 fanden jedoch in den meisten Gemeinden die Wahlen nach dem Majorzverfahren statt. Dies änderte sich aber in den folgenden Jahrzehnten. Bei den Gemeindewahlen von 1964 führten schon 86 Gemeinden die Wahlen für ihre Exekutive nach dem Verhältniswahlssystem durch und nur noch 82 gebrauchten den Majorz. Die 86 Gemeinden, die nach Proporz gewählt hatten, wiesen eine Bevölkerung von über 146'000 auf, jene mit dem Mehrheitssystem zählten nur 31'000! Dieser Umstand erforderte dringend eine Korrektur auf Verfassungsebene! Anstelle des Majorzes sollte daher der Proporz zum primären Wahlsystem für kommunale Wahlen erkürt werden. In diesem Sinne beantragte der Staatsrat im Jahre 1967 eine Änderung des Art. 87 KV.²⁹

Für Gemeinde- und Bürgerwahlen soll demnach neu in der Regel nach dem Proporzsystem vorgegangen werden. Ein Fünftel der Wähler kann allerdings die Wahl nach dem Majorzsystem verlangen, wobei letztendlich zur Einführung dieses Systems die Urversammlung oder die Burgerversammlung mit einer 4/5-Mehrheit sich dafür entscheiden müsste. Die Gemeinden, in denen bis anhin nach Majorz entschieden wurde, können dieses System beibehalten, solange, bis ein Fünftel der Wähler den Proporz verlangt.

So wurde der komplizierte und zeitaufreibende Umstand beseitigt, nachdem bis anhin in allen Gemeinden, die nach Proporz wählen wollten, alle vier Jahre ein Fünftel der Wähler den Proporz verlangen

²⁶ Vgl. Bull. du GC. vom 17. 5. 1952, S. 281–193 und 13. 11. 1952, S. 143–151.

²⁷ Vgl. ABl. 1953, Bd. I, S. 38–42 und AS/VS, Bd. 46, S. 242.

²⁸ Vgl. dazu Kap. V, Ziff. 3.3 und Art. 87 KV.

²⁹ In der Botschaft zur Revision der Artikel 87 und 52 der Verfassung betreffend die Gemeinde- und Bürgerwahlen und die Wahl des Staatsrates vom 22. Mai 1967, in: Bull. du GC., 27. 6. 1967, S. 41 ff.

musste, damit jeweilen die kommunalen Wahlen mit diesem Wahlverfahren durchgeführt werden konnten (laut Art. 87 KV 1907).

Nach langen Verhandlungen nahm der Walliser Grosse Rat in zweiter Lesung am 12. November 1968 die Revision des Art. 87 KV an.³⁰

In der Abstimmung vom 14. September 1969 sprach sich das Volk mit 7'703 gegen 2'546 Stimmen ebenfalls für die Revision des Art. 87 KV aus.³¹

In derselben Abstimmung wurde hingegen eine Änderung des Art. 52 KV von der Walliser Bevölkerung mit 5'729 gegen 4'395 Stimmen abgelehnt.³² Die Annahme dieser Abstimmungsvorlage hätte zur Folge gehabt, dass zwei Staatsräte aus demselben Bezirk hätten gewählt werden können!

6. Die Einführung des Frauenstimmrechtes

Ausgangspunkt für die Partialrevision vom 12. April 1970 bildete die Motion von François Couchepin und Konsorten.³³ Darin forderten sie den Staatsrat auf, über die Zweckmässigkeit des Frauenstimm- und -wahlrechts Bericht zu erstatten.

In einer entsprechenden Botschaft ersuchte die Walliser Exekutive den Grossen Rat, die Verfassungsrevision für die Erteilung des Stimmrechts und der Wählbarkeit an die Frauen als angezeigt zu erklären.³⁴

Am 12. April 1970 konnte der Grosse Rat dem Walliser Volk einen neuen Verfassungstext für die beiden Art. 88 und 91 KV vorlegen.³⁵

³⁰ Vgl. zu den Verhandlungen die Bull. du GC. vom 27. 6. 1967, S. 41 ff.; 14. 9. 1967, S. 82–89; 19. 9. 1967, S. 3–33 und 68 ff.; 30. 9. 1967, S. 92–100; 26. 6. 1968, S. 91–107 und 12. 11. 1968, S. 44 ff.

³¹ Im ABl. 1969, S. 659 f. und 817 ff. und in der AS/VS, Bd. 63, S. 61.

³² Im ABl. 1969, S. 818 ff.

³³ Vgl. Bull. du GC. vom 2. Februar 1967, S. 110. – François Couchepin, geb. am 19. Jan. 1935, Advokat und Notar, Grossrat für den Bezirk Martigny, 1965–1981, seit 1981 Vizebundeskanzler (Vallesia 1982, S. 278). Über die Rechtsstellung der Frau im Wallis ist momentan eine rechts-historische Freiburger Dissertation in Bearbeitung! Diese wird auch näher auf Fragen der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts eingehen.

³⁴ Botschaft zum Entwurf einer Verfassungsrevision für die Verleihung des Stimmrechts und der Wahlfähigkeit an die Frauen vom 22. Mai 1967, in: Bull. du GC., 19. 9. 1967, S. 80 ff. – Vgl. aber auch: Zusätzliche Botschaft zum Entwurf einer Verfassungsrevision für die Verleihung des Stimmrechts und der Wahlfähigkeit an die Frauen vom 11. 9. 1968, in: Bull. du GC., 12. 11. 1968, S. 51 f.

³⁵ Vgl. dazu ABl. 1970, S. 173.

Die Vorlage über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts wurde vom Walliser Volk mit 26'263 gegen 9'895 Stimmen im ersten Anlauf deutlich angenommen.³⁶

Die Einführung des Frauenstimmrechts im Jahre 1970 brachte auch eine Änderung der beiden Art. 31 und 101 KV mit sich. So wurde die erforderliche Unterschriftenzahl für die Einreichung einer Gesetzesinitiative von 4000 auf 8000 und jene für die Verfassungsinitiative von 6000 auf 12'000 erhöht.³⁷

7. Das Finanzreferendum

Am 23. September 1973 hatte sich das Volk erneut über zwei Vorlagen betreffend den Art. 30 KV auszusprechen.³⁸ Einerseits hatte der Grosse Rat eine Abstimmungsvorlage ausgearbeitet, die den Betrag für das obligatorische Finanzreferendum indexierte, andererseits wollte er das obligatorische Gesetzesreferendum in ein fakultatives umwandeln. Nachdem der Staatsrat anfänglich dem Volke beide Revisionen in einer einzigen Vorlage zur Abstimmung präsentieren wollte, entschied er sich dann schlussendlich doch noch für zwei getrennte Vorlagen, um der politischen Freiheit zu genügen, wie er erklärte.³⁹

Was das Finanzreferendum betraf, war man sich im Grossen Rat einig, dass der für das Referendum massgebliche Betrag von 200'000 Franken längst überholt war. Beliefen sich die Gesamtausgaben nämlich 1919, bei der ersten Revision von Art. 30 KV, auf 6,9 Millionen Franken, kamen sie 50 Jahre später schon auf 320,7 Millionen Franken zu stehen.⁴⁰ Dass man daher eine Anpassung vornehmen musste, war nur verständlich. Um nicht ständig die Verfassung deswegen revidieren zu müssen, entschied man sich für einen Index von 1 Prozent, bezogen auf die Gesamtausgaben des Staates. Das Finanzreferendum hatte also nur mehr Geltung für ausserordentliche Ausgaben, die 1 Prozent der Totalausgaben der letztjährigen Finanzrechnung des

³⁶ Siehe ABl. 1970, S. 301 f. und AS/VS, 1970, Bd. 64, S. 18 f. und S. 141.

³⁷ Der revidierte Art. 31 KV wurde mit 14'506 zu 7'319 Stimmen angenommen, Art. 101 KV mit 14'416 zu 7'448. – Vgl. auch: ABl. 1972, S. 1011 ff und AS/VS, 1972, Bd. 66, S. 145.

³⁸ Vgl. auch unter Ziff. 3 dieses Kapitels!

³⁹ Botschaft bezüglich die Abänderung des Artikels 30 der KV vom 30. 9. 1970, in: Bull. du GC, 24. 6. 1971, S. 219 ff. – Vgl. auch: Zusatzbotschaft bezüglich die Abänderung des Artikels 30 der KV vom 19. 4. 1972, in: Bull. du GC., 21. 6. 1972, S. 136, und Zusatzbotschaft bezüglich die Abänderung des Artikels 30 der KV vom 13. 9. 1972, in: Bull. du GC., 15. 11. 1972, S. 107 f.

⁴⁰ Vgl. dazu die Staatsrechnungen des Kantons Wallis von 1919 und 1969.

Staates überstiegen. Der Revision über das Finanzreferendum erteilte das Walliser Volk ganz knapp mit 7'598 gegenüber 7'093 Stimmen seine Zustimmung.⁴¹

Dagegen wurde die Abschaffung des obligatorischen Gesetzesreferendums mit 12'096 zu 2'732 Stimmen eindeutig verworfen.⁴² Damit hatte das Volk ein klares Zeichen gesetzt. Es liess sich seine Rechte auf keinen Fall beschneiden ! Die Idee der Umwandlung des obligatorischen in das fakultative Referendum hatte schon im Grossen Rate vehemente Gegner gefunden.⁴³ Hauptsächlich war diese Vorlage mit der schlechten Stimmbeteiligung an den dem Referendum unterstellten Vorlagen begründet worden, und man hatte dadurch gehofft, den Bürger von seinen Pflichten zu entlasten.

8. Öffentlich-rechtliche Anerkennung beider Kirchen

Ausgehend von der Motion Blatter am 15. März 1972 ist der Art. 2 der KV völlig neu gestaltet worden.⁴⁴ Im Prinzip ging es um die öffentlich-rechtliche Anerkennung beider Kirchen, nachdem die katholische Religion bis anhin als Staatsreligion gegolten hatte. Neben der römisch-katholischen Kirche ist jetzt auch die reformiert-evangelische Kirche als öffentlich-rechtliche Institution mit eigener Rechtspersönlichkeit anerkannt. Alle andern Konfessionen fallen damit unter die Vorschriften des Privatrechts, können aber, nachdem sie im Wallis eine gewisse Bedeutung erlangt haben, durch Gesetz öffentlich-rechtlich anerkannt werden. Gleichfalls wird auch die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen und die Glaubens- und Gewissensfreiheit statuiert.

⁴¹ ABl, 1973, S. 830 ff und AS/VS, 1973, Bd. 67, S. 61.

⁴² ABl, 1973, S. 829 f.

⁴³ Vgl. dazu die Verhandlungen des Grossen Rates in Bull. du GC., 24. 6. 1971, S. 215-238; 16. 3. 1972, S. 215-231; 21. 6. 1972, S. 134-154 und 15. 11. 1972, S. 105-121.

⁴⁴ Vgl. Bull. du GC. vom 15. März 1972, S. 188. – Vgl. aber auch die gesamten Verhandlungen im Grossen Rat in Bull. du GC., 21. 6. 1972, S. 161; 31. 1. 1973, S. 96-117; 2. 2. 1973, S. 359-368; 27. 6. 1973, S. 176-221 und 14. 11. 1973, S. 71-95. Beachte ebenfalls die zwei Botschaften betreffend die Abänderung des Artikels 2 der KV vom 15. Mai 1972 und vom 9. April 1973. – Joseph Blatter, geb. am 27. 8. 1925, Advokat und Notar, Generalrat von Sitten, Grossrat für den Bezirk Sitten von 1969 bis 1981, Mitglied wichtiger Kommissionen (Vallesia 1982, S. 258).

Dieser Artikel wurde in der Volksabstimmung vom 17. März 1974 mit 16'936 zu 11'991 Stimmen angenommen, wobei rund 9'600 Nein-Stimmen allein aus dem welschen Kantonsteil stammten!⁴⁵ Dieser Artikel, obwohl vom Volke angenommen, ist auch 13 Jahre später immer noch nicht in Kraft!

9. Eine neue Gemeindeordnung

Schon verschiedentlich war im Grossen Rat eine Reform der Gemeindeordnung angeregt worden.⁴⁶ In seiner Botschaft vom 3. Oktober 1973 befasste sich nun auch der Staatsrat mit diesem Problem und forderte den Grossen Rat auf, sich in zwei Lesungen über die Zweckmässigkeit einer Verfassungsrevision zu entscheiden.⁴⁷

Nachdem sich der Grosse Rat in der Novembersession 1973 und der Maisession 1974 einstimmig dafür ausgesprochen hatte, setzten lange Debatten und Beratungen über den materiellen Gehalt dieses neuen Kapitels über die Gemeindeordnung ein.⁴⁸ Schlussendlich konnte sich die Legislative in der verlängerten Maisession mit 77 zu 24 Stimmen auf einen neuen Verfassungstext einigen.⁴⁹

Das Walliser Volk stimmte daraufhin am 28. September 1975 dieser bisher grössten Teilrevision der Kantonsverfassung mit 12'262 gegen 8'964 Stimmen zu.⁵⁰

Neu wurde die Gemeindeautonomie in Art. 69 KV ausdrücklich verankert und näher umschrieben. Zu den weiteren wichtigen Änderungen gehörten vor allem die fakultative Einführung des Initiativrechtes auf Gemeindeebene (Art. 74 KV), die Möglichkeit des fakul-

⁴⁵ In: ABL. 1974, S. 197 f. – Die Bezirke Martigny und Monthey lehnten die Revision als einzige ab. Diese ablehnende Haltung der Unterwalliser war wohl darauf zurückzuführen, dass bei einer Annahme der Vorlage das Volk gezwungen war, künftig auch eine Kirchensteuer zu bezahlen! – Vgl. dazu auch das Rechtsgutachten vom 15. März 1973 von Eugen Isele, der darin einen ersten Entwurf für den neuen Art. 2 KV ausgearbeitet hatte und sich darin auch mit dem Problem einer Kirchensteuer befasst hatte (S. 40–50).

⁴⁶ 1953: Motion von Albert Dussex; 1957: Motion von Karl Dellberg; 1964: Schriftliche Anfrage von Adolphe Travelletti; 1967: Motion von Innozenz Lehner und Odilo Guntern; 1971: Motion von Viktor Summermatter. – Auch die Motion von Dr. Louis Carlen betreffend den Schutz der Burgerschaften bei Gemeindefusionen vom 3. März 1972 gehört dazu (vgl. auch: Th. Julen, Das Bürgerrecht im Oberwallis, S. 7 und S. 249 ff.).

⁴⁷ Vgl. dazu die drei Botschaften betreffend die Abänderung der Artikel 69 bis 83 der Kantonsverfassung vom 8. März 1907 (Gemeindeordnung) vom 3. Oktober 1973, vom 29. April 1974 und vom 9. Oktober 1974.

⁴⁸ Vgl. dazu die Bull. du GC., 14. 11. 1973, S. 130–160; 16. 5. 1974, S. 164–185; 5. 2. 1975, S. 105–145; 2. 7. 1975, S. 144–184 und 4. 7. 1975, S. 197–326.

⁴⁹ Bull. du GC. vom 4. Juli 1975, S. 326.

⁵⁰ ABL. 1975, S. 765 f.

tativen Referendums gegen Beschlüsse, die der Generalrat anstelle der Urversammlung fasst (Art. 73 KV), sowie die Anerkennung von Kirchgemeinden nebst den Bürger- und Einwohnergemeinden (Art. 76 KV).⁵¹

Diese Grundsätze werden durch das Gesetz vom 13. November 1980 über die Gemeindeordnung geregelt.⁵² Eine Ergänzung dazu für die Bürgergemeinden befindet sich in Bearbeitung.⁵³

10. Primäre Staatshaftung

Den Anstoss für die Revision aus dem Jahre 1976 lieferten die beiden Motionen der Grossräte A. Bellwald und B. Cottagnoud, sowie das Postulat von J. Blatter, die eine Änderung von Art. 21 KV forderten.⁵⁴ Da schon 1974 die Mehrheit der Schweizer Kantone die primäre Staatshaftung für die Behörden und Beamten kannte, empfahl auch der Staatsrat in seiner Botschaft vom 11. September 1974 dem Grossen Rat die Einführung dieses Systems.⁵⁵

Das Prinzip der primären Staatshaftung war während den Beratungen des Grossen Rates unbestritten geblieben und wurde daher vom Plenum einstimmig angenommen.⁵⁶

In der Volksabstimmung vom 26. September 1976 übernahm die Walliser Bevölkerung die primäre Staatshaftung, anstelle der subsidiären, mit 15'858 gegenüber 10'961 Stimmen in die Verfassung.⁵⁷

⁵¹ Die Errichtung von Kirchgemeinden für die katholische Kirche, welche mit dem bisherigen und kanonischen Pfarreisystem nicht recht im Einklang zu bringen ist, ist mit grossen Schwierigkeiten verbunden, worauf bereits Grossrat Dr. Louis Carlen in der Eintretensdebatte zu Art 76 KV im Grossen Rat hinwies. Die Tendenz geht daher dahin, diesen Artikel wieder zu ändern. Der Fehler bestand darin, dass man für das Wallis fremde Vorbilder unbedenken übernommen hat und statt einer fakultativen Vorschrift für die Einführung von Kirchgemeinden, wie sie z. B. der Kanton Uri kennt, eine direkte Sollvorschrift in die Verfassung aufgenommen hat.

⁵² SGS/VS, Bd. I, Nr. 83.

⁵³ Ein durch das Departement des Innern abgeänderter erster Entwurf von Prof. Dr. Louis Carlen wird Ende August 1987 in die Vernehmlassung gehen.

⁵⁴ Motion von Hrn. Grossrat Anton Bellwald und Konsorten betreffend ein Behörden- und Beamtenhaftungsgesetz, in Bull. du GC. 26. Juni 1974, S. 102 f. – Motion de M. le député Bernard Cottagnoud et consorts concernant la responsabilité de l'Etat, des autorités et des fonctionnaires publics, ebenda. – Postulat de M. le député Joseph Blatter concernant la responsabilité du canton et des communes, ebenda. – Bellwald Anton, geb. am 2. 9. 1933, Dr. rer. pol., Volkswirtschaftler, Grossrat für den Bezirk Westl. Raron von 1969–1981. – Bernard Cottagnoud, geb. am 6. 1. 1928, Advokat und Notar, Grossrat für den Bezirk Conthey von 1969–1977 (Vallesia 1982, S. 253 und 278).

⁵⁵ Vgl. dazu die Botschaft betreffend die Abänderung des Artikels 21 der Kantonsverfassung bezüglich der Verantwortlichkeit des Staates vom 11. 9. 1974.

⁵⁶ Vgl. dazu Bull. du GC., 12. 11. 1974, S. 61–67; 2. 7. 1975, S. 138–144 und 12. 5. 1976 S. 76–81.

⁵⁷ ABl. 1976, S. 888 f.

Das Gesetz vom 10. Mai 1978 über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Gemeinwesen und ihrer Amtsträger regelt die in der Verfassung enthaltenen Grundsätze.⁵⁸

11. Die Einführung von Halbbezirken

Die bisher letzte Änderung einer Bestimmung der Verfassung von 1907 nahm das Walliser Volk am 9. Juni 1985 mit 22'823 Ja gegen 13'562 Nein an.⁵⁹

Der revidierte Art. 84 KV verankert erstmals in der langen Verfassungsgeschichte des Wallis die Einführung von zwei Halbbezirken. Es handelt sich dabei um die beiden Halbbezirke Westlich Raron und Östlich Raron, die den Bezirk Raron bilden.

Faktisch bestanden für die Grossratswahlen aufgrund historischer Gegebenheiten für den Bezirk Raron schon jahrzehntelang zwei Wahlkreise. Diese Handhabung der Praxis widersprach dem Verfassungstexte, weshalb man den Art. 84 der Verfassung von 1907 ändern wollte.

Die Beratungen im Grossen Rat sollten jedoch dazu führen, dass dem Bezirk Raron auf Verfassungsebene nicht nur das Recht von zwei selbständigen Wahlkreisen, wie ursprünglich beabsichtigt, zugestanden wurde. Vielmehr beschloss der Grosse Rat, dass sich der Bezirk Raron aus zwei autonomen Halbbezirken mit eigenen Organen und Befugnissen zusammensetze.⁶⁰ Damit wurden de jure die schon bis anhin bestehenden zwei Wahlkreise und die beiden Bezirksräte bestätigt. Als Folge dieser Revision kam aber zudem beiden Halbbezirken das Recht zu, einen eigenen Regierungsstatthalter und einen Vizepräsidenten zu stellen.⁶¹ Diese Regelung wurde auf den 1. Januar 1987 in Kraft gesetzt.⁶²

⁵⁸ SGS/VS, Bd. I, Nr. 121.

⁵⁹ Vgl. dazu u.a.: ABL. vom 13. Juni 1986.

⁶⁰ Vgl. dazu Bull. du GC. vom 12. September 1983, S. 12 ff.; Bull. du GC. vom 16. Mai 1984, S. 168 ff. und Bull. du GC. vom 14. November 1984.

⁶¹ Bisher war es so, dass Westlich Raron den Präsidenten und Östlich Raron den Vizepräsidenten stellte oder umgekehrt. Im Bezirk Raron besass der Vizepräsident de facto dieselben Befugnisse wie der Regierungsstatthalter selber. Mit der Neuregelung hat aber nun seit dem 1. 1. 1987 jeder Halbbezirk einen eigenen Präsidenten und Vizepräsidenten.

⁶² Beschluss vom 4. Juni 1986 betreffend die Inkraftsetzung des neuen Artikels 84 der Kantonsverfassung, in: ABL. 1986, S. 767.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Motion Seiler vermochte mit der Forderung nach den erweiterten Volksrechten den starren und trägen Staatsapparat von damals in Bewegung zu setzen. Eine Totalrevision der Kantonsverfassung, die aber nicht mit einer Totalrevision im heutigen Sinne verwechselt werden darf, war die unmittelbare Folge. Seither hat dieses Staatsgrundgesetz sein Gesicht regelmässig und langsam verändert. Anstelle einer Totalrevision sind stetig kleine Teilgebiete revidiert worden. Einzelne Artikel oder Kapitel sind auf diese Weise neu gestaltet und den Zeitverhältnissen angepasst worden. Es besteht auch in unseren Tagen das Bestreben, die Verfassung mittels Partialrevisionen umzugestalten. Schon 1966 hatte Hermann Bodenmann in einem Postulat die Totalrevision der Verfassung auf dem Wege von Teilrevisionen verlangt.¹ Dass diesem Ansinnen ein relativ guter Erfolg beschieden war, zeigen die verschiedenen Revisionen, die seither getätigt worden sind.

Eine Totalrevision durchzuführen, wie 1907, wäre heute wohl kaum mehr möglich! Die politischen Verhältnisse haben sich doch zu sehr verändert, als dass ein solches Unterfangen noch gelingen könnte. Zu vielfältig und grossflächig würden die Angriffsmöglichkeiten für die Gegner einer solchen Revision. Ja, es scheint fast unmöglich, auf diesem Wege eine neue Verfassung auszuarbeiten, die schlussendlich vom Volke genehmigt würde. Das beste Beispiel liefert uns der Bund selber. Jahrelang müht man sich nun schon ab, einen Weg für die Totalrevision der Bundesverfassung zu finden, bis heute jedoch mit unterschiedlichem Erfolg. Umso effizienter ist daher die allmähliche Revision einer Verfassung mittels kleiner Teilrevisionen. Mit diesem Vorgehen erreicht man das Ziel ebenso, und mitunter werden der Zeitaufwand und die finanziellen Kosten nicht höher liegen, als wenn man ständig illusorischen Ideen nacheilt.

Im Moment steht erneut eine Revision über die Erweiterung der Volksrechte, die Abänderung der Bestimmungen über die gesetzgebende, vollziehende und verwaltende Gewalt und die Umgestaltung der in der Verfassung verstreuten Unvereinbarkeitsartikel bevor.²

¹ STAS: Prot du GC., session prorogée de novembre 1965 (1001-356), S. 28.

² Vgl. dazu die Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Abänderung der Artikel 30 bis 35, 101 und 102 (Volksrechte), der Artikel 37 bis 50 und 53 bis 59 (gesetzgebende, vollziehende und verwaltende Gewalt) sowie der Artikel 49, 50, 65, 67, 60, 63, 89, 91, 93 bis 99 (Unvereinbarkeiten) der Kantonsverfassung vom 8. März 1907, vom Frühjahr 1987.

Diese fand ihren Ursprung in einer Oberwalliser Motion aus dem Jahre 1981. Ein erstes Mal wurde jedoch diese Teilrevision vom Walliser Volke am 16. März 1986 relativ knapp verworfen. Darauf gingen im Grossen Rat verschiedene Interventionen bezüglich dieser gescheiterten Partialrevision ein. In einer Botschaft vom Frühjahr 1987 versuchte der Staatsrat eine eingehende Antwort auf diese parlamentarischen Vorstösse zu geben. Er analysierte darin die Gründe für das Scheitern der Vorlage. Diese sah er vor allem im mangelnden Interesse der Bevölkerung an der Vorlage und in der ungenügenden Informationspolitik. Eine weitere, wichtige Ursache für die Ablehnung war für den Staatsrat der Umstand, dass diese kantonale Vorlage zusammen mit der eidgenössischen über den UNO-Beitritt zur Abstimmung gelangte und damit von letzterer in den Hintergrund gedrängt wurde.

Weil für den Staatsrat diese Teilrevision aber ein wichtiger Schritt in Richtung einer Totalrevision der Verfassung bildet, und aufgrund der Vorstösse im Grossen Rat entschloss er sich, diese Teilrevision der Verfassung wiederaufzunehmen.

Inhalt dieser Revision wird eine rationellere und wirksamere Ausübung der Volksrechte sein. Die Unterschriftenzahl für die Verfassungs- und Gesetzesinitiative soll halbiert werden, was durchaus positiv zu werten ist und sicher eine Erleichterung für die Ausübung der Volksrechte darstellt. Die vierjährige Frist, seit der die Revision eines Gesetzes mittels einer Initiative verlangt werden kann, soll aufgehoben werden. Andererseits sollen Fristen für die Behandlung von Initiativen, sowie deren Unterbreitung zur Abstimmung geschaffen werden. Art. 34 KV soll gelockert werden. Zur Diskussion stehen wird auch die Frage nach dem obligatorischen oder fakultativen Referendum. Das Problem, ob die Information bei kantonalen Abstimmungen vom Kanton selber übernommen werden soll, oder ob sie von den Parteien und den Medien weitergeführt wird, muss ebenfalls erörtert werden.

Es gilt bei der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt die Bestimmungen zeitgemäss zu gestalten und genauere Abgrenzungen vorzunehmen, sowie deren gegenseitige Beziehungen zu regeln. Gleichzeitig wird man auch darüber befinden, ob und allenfalls wie das Parlament bei der politischen Planung mitarbeiten soll.

Gegenstand dieser Revision werden aber auch die Unvereinbarkeitsartikel 49, 50, 55, 57, 60, 63, 89, 91 und 93 bis 99 KV sein, die teilweise überholt und ungenau sind. Man wird versuchen müssen, diese Unvereinbarkeiten in einem einzigen Artikel zu definieren.

Unbestritten ist die Zweckmässigkeit dieser Revision, wie dies auch in der ordentlichen Maisession 1987 in erster Lesung einstimmig festgehalten wurde. Umstritten wird hingegen die Wahl zwischen der Beibehaltung des obligatorischen Gesetzesreferendums oder der Einführung des fakultativen Referendums sein. Schon im Entwurf aus dem Jahre 1984 hatte der Staatsrat das fakultative Referendum eingeführt, bevor es vom Grossen Rat wieder weggelassen wurde.³ Sollte jedoch das fakultative Referendum in der Vorlage Aufnahme finden, ist das meines Erachtens eine enorme Beschränkung der politischen Rechte des einzelnen Bürgers. Schon zweimal hat das Walliser Volk die Einführung des fakultativen Referendums verworfen (1953 und 1973). Dies sollte Indiz genug sein, dass das Volk das obligatorische Referendum auf keinen Fall aufgeben möchte. Es wird nun am Grossen Rat liegen, dem Volke einen Entwurf vorzulegen, zu dem es ja sagen kann, ohne in seinen Rechten eingeschränkt zu werden.

Wie vom Büro des Grossen Rates zu vernehmen war, befinden sich für die nähere Zukunft keine grösseren Revisionsbegehren mehr in Bearbeitung.

In geraumer Zeit wird aber sehrwahrscheinlich doch ein erneuter Versuch lanciert (schon in den späten 70er Jahren wurde diesbezüglich eine Motion eingereicht), um einem Familienschutzartikel, in Form einer Grundsatzbestimmung, Aufnahme in die Verfassung zu gewähren.⁴

³ Vgl. dazu den Entwurf zur Abänderung der Kantonsverfassung (21. 11. 1984), in: Bull. du GC. vom 28. 1. 1985.

⁴ Der Verfasser dankt den Herren Anthamatten Adolf, Grossrat von Visp und Bodenmann Hermann, alt Ständerat, Brig, für die freundlichen Mitteilungen.

QUELLEN UND LITERATUR

I Quellen

1. Ungedruckte Quellen

Staatsarchiv des Kantons Wallis in Sitten (zit.: STAS):

- Protokolle der Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Wallis (1002-71 ff.) (zit.: GRP).
- Protocoles des séances du Grand Conseil du canton du Valais (1001-156 ff.) (zit.: Prot. du GC.).
- Protokolle der Verhandlungen des Staatsrates des Kantons Wallis (1101-66 ff.) (zit.: SRP).
- Lettres du Conseil d'Etat, seit 1848 (II. 6, No. 1-40).
- Revision de la constitution: Consultations des conseils de districts. Procès verbaux de la votation 1904-1907 (1004-7) (zit.: Consultations/procès verbaux, 1004-7).
- Fonds Mathilde von Stockalper (P. 481).

Archiv der Familie von Roten in Raron (zit.: vRA):

- Diverse Korrespondenzen die Einigung der Demokraten und der Konservativen im Jahre 1904 betreffend.

2. Gedruckte Quellen

2.1 Bundesrecht

- Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (BS 1, S. 3) (zit.: BV)
- Bundesbeschluss betreffend die Gewährleistung der revidierten Verfassung des Kantons Wallis vom 30. März 1908 (BB 1907, VI, 5,6).

2.2 Walliser Recht

a) Protokolle, Rapporte und Gesetzessammlungen

- Bulletin des séances du Grand Conseil du canton du Valais, seit 1847 (zit.: Bull. du GC.)
- Rapport de gestion du Conseil d'Etat du Canton du Valais, seit 1850 (zit.: Rapport du Conseil d'Etat).
- Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis, seit 1803 (Amtliche Sammlung) (zit.: AS/VS).
- Systematische Gesetzessammlung der Republik und des Kantons Wallis, 6 Bde. (zit.: SGS/VS).

b) Einzelne kantonale gesetzgeberische Erlasse

aa) Verfassungen

- Verfassung der Republik Wallis vom 30. August 1802.
- Staatsverfassung der Republik und des Kantons Wallis vom 12. Mai 1815.
- Verfassung des Kantons Wallis vom 30. Januar 1839.
- Verfassung des Kantons Wallis vom 3. August 1839.
- Verfassung der Republik und des Kantons Wallis vom 14. Herbstmonat 1844.
- Verfassung des Kantons Wallis vom 10. Januar 1848.
- Verfassung des Kantons Wallis vom 23. Dezember 1852.
- Verfassung des Kantons Wallis vom 26. November 1875.
- Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907.
- Verfassung des Kantons Wallis (vom Grossen Rate angenommen in erster Lesung den 3. März 1906).
- Verfassungsrevisionsentwurf des Staatsrates vom 4. Mai 1905 (zit.: Verfassungsrevisionsentwurf 1905).

bb) Andere

- Gesetz vom 11. Mai 1829 über die Anerkennung des Bürger- und Gemeinderechtes.
- Gesetz vom 17. November 1840 über die Erteilung des Kantons-Bürgerrechts.
- Dekret vom 1. Christmonat 1882 betreffend die Leistungen der Stadt Sitten als Hauptstadt des Kantons Wallis.
- Beschluss des Staatsrates vom 8. Jänner 1904 betreffend die staatliche Unterstützung für die Errichtung von Spitälern, Kliniken und Krankenhäusern der Bezirke und Kreise.

- Dekret vom 25. Mai 1904 betreffend die Abstimmung über die Revision der Verfassung vom 26. November 1875.
- Gesetz vom 8. März 1907 über die Viehversicherung.
- Beschluss vom 20. April 1907 betreffend die Abstimmung über die Kantonsverfassung.
- Dekret vom 23. Mai 1907 die Verfassung vom 8. März 1907 als Staats-Grundgesetz erklärend.
- Dekret vom 20. November 1913 betreffend die staatliche Unterstützung für die Errichtung von Spitälern, Kliniken und Krankenhäusern der Bezirke und Kreise.
- Reglement über die Geschäftsordnung für den Grossen Rat vom 20. Mai 1915.
- Gesetz vom 17. Mai 1919 betreffend die Organisation des landwirtschaftlichen Fachunterrichtes.
- Zivilprozessordnung der Republik und des Kantons Wallis vom 22. November 1919.
- Gesetz über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Gemeinwesen und ihrer Amtsträger vom 10. Mai 1978.
- Gesetz über die Gemeindeordnung vom 13. November 1980 (zit.: Gesetz über die Gemeindeordnung).
- Beschluss vom 4. Juni 1986 betreffend die Inkraftsetzung des neuen Artikels 84 der Kantonsverfassung.

c) Motionen, Postulate und Initiativen

- Motion von Hr. Grossrat Alexander Seiler und Konsorten betreffend die Erweiterung der Volksrechte vom 18. November 1903, in: GRP Mai–November 1903 (1002-71).
- Motion von Hr. Grossrat A. Seiler und Konsorten betreffend einer Revision von Art. 84 der Verfassung im Sinne einer Reduktion der Zahl der Grossräte durch Erhöhung der Wahlziffer vom 18. März 1911, in: GRP März–November 1911 (1002-83).
- Initiativbegehren vom März 1912 die Abänderung des Art. 84 der Verfassung im Sinne der Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten und deren Ersatzmänner auf den Grossen Rat betreffend, in: Bull. du GC., 23. 3. 1912, S. 100.
- Motion von Hr. Grossrat Escher Joseph und Konsorten betreffend den Art. 90 der Kantonsverfassung (Unvereinbarkeit zwischen zivilen und kirchlichen Ämtern) vom 14. Januar 1918, in: GRP Januar–November 1918 (1002-92).

- Motion von Hr. Grossrat Viktor Petrig und Konsorten betreffend Volkswahl der Staats- und Ständeräte, der Regierungsstatthalter und sämtlicher Gerichtsbehörden vom 22. Mai 1918, in: GRP Januar–November 1918 (1002-92).
- Motion de MM. les députés F. Couchepin et consorts invitant le Conseil d'Etat à examiner l'opportunité d'accorder aux femmes le droit de vote et l'éligibilité et la mise en œuvre immédiate de la procédure nécessaire du 31 janvier 1966, in: Prot. du GC., session prorogée de novembre 1965 (1001-356).
- Motion de MM. les députés Joseph Blatter et consorts concernant la reconnaissance constitutionnelle des Eglises catholique et réformée du 27 octobre 1970, in: Prot du GC., novembre 1970 (1001-375).
- Postulat de M. le député Joseph Blatter concernant la responsabilité du canton et des communes du 13. novembre 1973, in: Prot. du GC., novembre 1973 (1001-392).
- Motion de M. le député Bernard Cottagnoud et consorts concernant la responsabilité de l'Etat, des autorités et des fonctionnaires publics du 4 février 1974, in: Prot du GC., session prorogée de novembre 1973 (1001-393).
- Motion von Hr. Grossrat Anton Bellwald und Konsorten betreffend ein Behörden- und Beamtenhaftungsgesetz (Verantwortlichkeitsgesetz) vom 25. März 1974, in: Prot. du GC., session prorogée de novembre 1973 (1001-394).

d) Botschaften, Berichte und Kreisschreiben

- Circulaire du 5 mai de la chancellerie d'Etat du Valais, in: Procès verbaux de la votation du 19 juin 1904 (1004-7).
- Botschaft betreffend die Zweckmässigkeit der Verfassungsrevision vom 16. Mai 1904, in: Prot. du GC., constitution révisée de 1907 (1001-170bis).
- Message du Conseil d'Etat concernant le résultat de la votation du 19 juin 1904 sur la révision de la Constitution du 30 juin 1904, in: Prot. du GC., session extraordinaire du juillet 1904 (1001-159).
- Botschaft zum Verfassungsrevisions-Entwurfe vom 11. Mai 1905, in: Prot. du GC., constitution révisée de 1907 (1001-170bis) (zit.: Botschaft zum Verfassungsrevisionsentwurf).
- Kommissionsbericht betreffend den Revisionsentwurf der Verfassung vom 26. November 1875, vorgelegt in 1. Lesung, im Februar 1906, in: Prot du GC., constitution révisée de 1907 (1001-170 bis).

- Message du Conseil d'Etat concernant le résultat de la votation du 12 mai 1907 sur la Constitution cantonale du 20 mai 1907, in: Prot. du GC., session du mai 1907 (1001-169).
- Rapport de la commission chargée de l'examen du projet de décret déclarant la constitution du 8 mars 1907 loi fondamentale du Canton du 23 mai 1907, in: Prot du GC., session du mai 1907 (1001-169).
- Botschaft betreffend Herabsetzung der Zahl der Grossräte vom 27. April 1951, in: Bull. du GC. vom 18. 5. 1951, S. 94 ff.
- Botschaft zur Revision der Artikel 87 und 52 der Verfassung betreffend die Gemeinde- und Bürgerwahlen und die Wahl des Staatsrates vom 22. Mai 1967, in: Bull. du GC. vom 27. 6. 1967, S. 41 ff.
- Botschaft zum Entwurf einer Verfassungsrevision für die Verleihung des Stimmrechts und der Wahlfähigkeit an die Frauen vom 22. Mai 1967, in: Bull. du GC., 19. 9. 1967, S. 80 ff.
- Zusätzliche Botschaft zum Entwurf einer Verfassungsrevision für die Verleihung des Stimmrechts und der Wahlfähigkeit an die Frauen vom 11. September 1968, in: Bull. du GC., 12. 11. 1968, S. 51 f.
- Botschaft bezüglich Abänderung des Artikels 30 der Kantonsverfassung vom 30. September 1970, in: Bull. du GC., 24. 6. 1971, S. 219 ff.
- Zusatzbotschaft bezüglich die Abänderung des Artikels 30 der Kantonsverfassung vom 19. April 1972, in: Bull. du GC., 21. 6. 1972, S. 136.
- Zusatzbotschaft bezüglich die Abänderung des Artikels 30 Kantonsverfassung vom 13. 9. 1972, in: Bull. du GC., 15. 11. 1972, S. 107 f.
- Botschaft betreffend die Abänderung des Artikels 2 der Kantonsverfassung vom 15. Mai 1972, in: Bull. du GC., 21. 6. 1972, S. 161 ff.
- Botschaft betreffend die Abänderung des Artikels 2 der Kantonsverfassung vom 9. April 1973, in: Bull. du GC., 27. 6. 1973, S. 176 ff.
- Botschaft betreffend den Abänderungsentwurf der Artikel 69 bis 83 und 89 der Kantonsverfassung vom 8. März 1907 (Gemeindeordnung) vom 3. Oktober 1973, in: Bull. du GC., 14. 11. 1973, S. 130 ff.
- Botschaft betreffend die Abänderung des Artikels 21 der Kantonsverfassung bezüglich die Verantwortlichkeit des Staates vom 11. September 1974, in: Bull. du GC., 12. 11. 1974, S. 61 ff.

2.3 Zeitungen

- L'Ami du peuple Valaisan, 1878–1922 (zit.: ami d. p.).
- Le Bas-Valaisan, 1904–1906 (zit.: Le Bas-Val.).
- Briger Anzeiger, 1899–1960 (zit.: BA).
- Le Confédéré, seit 1861 (zit.: Conf.).
- Gazette du Valais, 1855–1922 (zit.: G. d. V.).
- Journal et feuille d'avis du Valais et de Sion, 1903–1968. (zit.: feuille d'avis).
- Nouvelliste valaisan, seit 1903 (zit. NL.).
- Le Simplon, 1906–1908.
- Walliser Bote, seit 1869 (zit.: WB).
- Walliser Nachrichten 1901–1903.
- Neue Zürcher Zeitung, seit 1821 (zit.: NZZ).

2.4 Verschiedenes

- Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, seit 1891 (zit.: St. Bull.).
- Amtsblatt des Kantons Wallis, seit 1805 (zit.: ABl.).
- Codex Iuris Canonici, Rom 1917/1983 (zit.: CIC).
- Contact, Informationen der Munizipalität von Sitten (zit.: Contact).
- Kostenvoranschläge (Budgets) des Kantons Wallis seit 1838.
- Rechnungen des Staates Wallis, seit 1814/1868.
- Walliser Staatskalender, seit 1756.

II LITERATURVERZEICHNIS

ARLETTAZ Gérard, Les transformations économiques et le développement du Valais 1850–1914, in: Développement et mutations du Valais, hg. von der Groupe valaisan de sciences humaines, Martigny 1976.

ARNOLD Peter, Bundesrat Joseph Escher, Brig 1982.

derselbe, Simplon. Die vier Strassen, Brig 1975.

derselbe, 2000 Jahre Pass- und Fremdenverkehr im Wallis, Brig 1979.

ARQUINT Jochen C., Die viersprachige Schweiz, Zürich 1982, hg. von Robert Schläpfer.

AUER Andreas, Les droits politiques dans les cantons suisses, Genf 1978.

BATTELLI Maurice, Les institutions de démocratie directe en droit suisse et comparé moderne, Diss. Genf 1932.

BERNHARD Roberto, Alemannisch-welsche Sprachsorgen und Kulturfragen, Frauenfeld 1968.

BERTRAND Jules-Bernard, Le Valais, étude sur son développement intellectuel à travers les âges, Sitten 1909.

derselbe, Notes sur le commerce, l'industrie et l'artisanat en Valais avant le XIX. siècle, in: Ann. Val. 4/1942, S. 517–559.

derselbe, Vieux papiers: Reflexion d'un paysan genevois sur le Valais en 1831, in: Ann. Val. 1/1934, S. 222 f.

BIDERBOST Paul, Die Republik Wallis 1802–1810, Diss. Lausanne 1959.

BIELER Victor, Historisch-rechtliche Erwägungen über den Artikel 90 der Kantonsverfassung, Sitten 1919.

derselbe, Notice sur les rapports entre l'Eglise et l'Etat en Valais depuis 1847, Sitten 1930.

BINER Jean-Marc, Walliser Behörden 1848–1977/79, Kanton und Bund, in: Vallesia, Bd. XXXVII, Sitten 1982, S. 1 ff. (Zit. Vallesia 1982).

BLASER Fritz, Bibliographie der Schweizer Presse, Basel 1956–1958, 2. Halbbde.

BONJOUR Felix, Le percement du Simplon, Lausanne 1906.

BORTER Leopold, Kirche, Klerus und Staat des Wallis, Diss. Freiburg 1960, in: BWG, Bd. XIII, 1962, S. 101–265.

- BREITENBACH A., Geschichte der Volksrechte und politischen Rechte im Kanton Freiburg, Diss., Freiburg 1944.
- Brockhaus Enzyklopädie, 20 Bde., 17. Auflage, Wiesbaden 1974.
- BUCHER Erwin, Die Geschichte des Sonderbundskrieges, Zürich 1966.
- BUCLIN Pascal, L'activité communale, Diss. Freiburg 1950.
- BUMANN Peter, Hundert Jahre Eisenbahn in Brig, Brig 1978.
- BURCKHARDT Walter, Kommentar der schweizerischen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, 3. Aufl., Bern 1931.
- BÜHLER Heinrich, Die Entwicklung und Geltendmachung des schweizerischen Volksinitiativrechts, Diss. Zürich 1925.
- CARLEN Louis, Die Furka. Von Gletsch zum Rhonegletscher nach Realp, Brig 1984.
- derselbe, Kultur des Wallis, 1500–1800, Brig 1984.
- derselbe, Oberwalliser Kreisspital Brig, 70jährig und neu gebaut, Brig 1978.
- derselbe, Walliser Politik im 20. Jahrhundert. Dr. Viktor Petrig, Naters 1974.
- CARLEN Philipp, Geschichte des Baurechts im Wallis, Diss. Freiburg, noch in Bearbeitung.
- CARRON Henri, L'assainissement de la plaine de Rhône depuis 1862, in: Ann. Val. 2/1942, S. 415–421.
- CEREGHETTI Remo, Die Überprüfung der Kantonsverfassungen durch die Bundesversammlung und das Bundesgericht, Diss. Zürich 1956.
- de CONSTANT Rilliet, Le Valais de 1840–1844, Lausanne 1845.
- derselbe, Une année de l'histoire du Valais, Genf 1841.
- de COURTEN Paul, La commune politique valaisanne, Diss. Freiburg 1929.
- COURTHION Louis, Le peuple du Valais, Genf 1903.
- CURTI Theodor, Die schweizerischen Volksrechte, 1848–1900, Bern 1900.
- ESCHASSERIAUX Joseph, Lettre sur le Valais, sur les mœurs de ses habitants etc., Paris 1806, Neudruck Genf 1980.
- ESCHER Hans, Das Finanzreferendum in den schweizerischen Kantonen, Diss. Zürich 1943.
- FAVRE Michel, Essai d'histoire de la commune d'Isérables, Isérables 1984.
- FLEINER Fritz, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923.
- FLEINER/GIACOMETTI, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Zürich 1949.

- FLEINER-GERSTER Thomas, Grundzüge des allgemeinen und schweizerischen Verwaltungsrechts, Zürich 1980.
- FUETER Eduard, Die Schweiz seit 1848, Zürich, Leipzig 1928.
- FURRER Sigismund, Statistik von Wallis, Sitten 1852.
- GATTLEN Anton, Der Rottenbund, Sonderdruck aus: Sprache, Sprachgeschichte, Sprachpflege in der deutschen Schweiz, Zürich 1964.
- derselbe, Deutschwallis. Eine geschichtliche Übersicht, in: Sprachspiegel, Jg. 6, 1950, S. 106–110.
- GAUYE Oscar, L'élaboration de la constitution valaisanne du 12 mai 1815, Diss. Freiburg 1961.
- GAY Hilaire, Histoire du Valais, Genf 1903.
- GRAVEN Jean, L'Ecole de Droit valaisanne (1807–1908), in: Ann. Val. 1/1965, S. 177–243.
- GRICHTING Alois, Unser Agarn, Bilder aus seiner Geschichte und Kultur, Brig 1985.
- GUEx André, Le demi-siècle de Maurice Troillet, 3 Bde., Bibliotheca Vallesiana, Martigny 1971.
- HANGARTNER Karl, Die Wählbarkeit der Geistlichen in die gesetzgebenden Behörden nach schweizerischem Staatsrecht, Diss. Freiburg 1924.
- HANGARTNER Yvo, Grundzüge des schweizerischen Staatsrechtes, Bd. I: Organisation, Zürich 1980.
- HÄNNI William, Quelques mots sur l'industrie et le commerce en Valais; Sujet traité dans une conférence donnée à la Société industrielle et des arts et métiers, Sitten 1927.
- HEUSLER Andreas, Schweizerische Verfassungsgeschichte, Basel 1920.
- HIS Eduard, Geschichte des neuern schweizerischen Staatsrechts, 3 Bde., Basel 1920, 1929, 1938.
- HUMBEL August, Das Sprachenproblem im Wallis, in: Vaterland, Nr. 12, 1966.
- IMESCH Ludwig, Das Oberwallis im Bild 1850–1919, Brig 1979.
- derselbe, Deutschwallis in Vergangenheit und Gegenwart, Sonderdruck aus: Alemannisches Jahrbuch 1962/63, S. 296–302.
- IMHOF Josef-Marie, Bundesrat Dr. h.c. Joseph Escher, Diss. Freiburg 1978.
- ISELE Eugen, Staat und Kirche im Kt. Wallis, Rechtsgutachten vom 15. März 1973 zu Art. 2 KV, Freiburg 1973.
- JOST Franz, Goethes Reise durch das Wallis, in: WJB. 1941, S. 43–54.

- JULEN Thomas, Das Bürgerrecht im Oberwallis, Diss. Freiburg 1978.
- KAUFMANN Beat, Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, Diss. Basel 1965.
- KÄMPFEN Werner, Alexander Seiler der Jüngere, Zürich 1945.
- KIECHLER Kaspar, Der Dorfbrand von Obergesteln, St. Maurice 1948.
- Kolloquium. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz in Staat und Verwaltung. Heute und Morgen, Montreux 1980, hg. vom Eidg. Personalamt (EDA).
- LATHION Lucien, Chateaubriand et Goethe en Valais, Sierre 1944.
- LIEBESKIND Wolfgang Amadeus, Das Referendum der Landschaft Wallis, Diss. Leipzig 1928.
- derselbe, Le Valais bilingue, Auszug aus: Voix des peuples, 1941 Nr. 6.
- LOCHER Beat, Bestrebungen zur Einführung des Proportionalwahlrechtes für die Wahl des Staatsrates im Kanton Wallis 1848–1984, Lizentiatsarbeit, Freiburg 1985 (Maschinenschrift).
- LOCHER Peter, Die sprachliche Lage des Kantons Wallis: Problemanalyse eines zweisprachigen Kantons, Zürich 1979.
- LORETAN Raymund, Das Gemeinderecht des Kantons Wallis, Diss. Freiburg 1911 (Manuskript).
- LORETAN Stefan, Die Geschichte des Spitals in Brig von 1304 bis 1970, Diss. Bern 1984.
- MEYLAN Jean, GOTTRAUX Martial, DAHINDEN Philippe, Schweizer Gemeinden und Gemeindeautonomie, Lausanne 1972.
- MEYLAN Jacques, Problèmes actuels de l'autonomie communale, in: ZSR, Bd. 91, 1972, II., S. 1 ff.
- MICHELET Henri, Industries bas-valaisannes (1800–1850), in: Vallesia 1968, Bd. XXIII, S. 133–203.
- MÜLLER Hans-Peter, Die schweizerische Sprachenfrage vor 1914, Wiesbaden 1977.
- NETHING Hans-Peter, Der Simplon, Thun 1977.
- OEHLER Edgar, Die Volksrechte im Kanton St. Gallen, Diss. St. Gallen 1975.
- PAPILLOUD Jean-Henri, La population valaisanne à l'époque contemporaine, in: Développement et mutations du Valais, hg. von der Groupe valaisan de sciences humaines, Martigny 1976.
- PERRIN Paul, Les débuts du chemin de fer en Valais, in: Ann. Val. 3–4/1961, S. 61–204.
- PETRIG Viktor, Wege- und Strassenrecht des Kantons Wallis, Diss. Freiburg 1912 (unveröffentlicht).

- PFAMMATTER Arnold (Hg.), Regionalspital St. Maria Visp, Visp 1973.
- de PREUX Henri, Notice historique des chemins de fer du Canton du Valais, in: Travaux statistiques du Canton du Valais 1907, hg. von der Union des statisticiens officiels et de la Société suisse de statistique, Bern 1908.
- de PREUX Michel, La Noblesse valaisanne, Siders 1985.
- REY Pierre-Michel, La démocratie radicale, in: Histoire de la démocratie en Valais, hg. von der Groupe valaisan de sciences humaines, Sitten 1979.
- derselbe, Le régime radical en Valais 1847–1857, mémoire de licence, Freiburg, 1971.
- RIBORDY Louis, Documents pour servir à l'histoire contemporaine du Canton du Valais, Sitten 1885.
- derselbe, La réaction de 1843 en Valais et le Sonderbund, in: Politisches Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft I (1886), S. 443–490 und II (1887), S. 607–667.
- RITZ Lorenz Justin, Notizen aus meinem Leben, hg. von Anton Gatten, in: Vallesia, Bd. XVI, 1961, S. 1–225.
- de RIVAZ Paul, Histoire contemporaine du Valais, 2 Halbbde, Sitten 1946 und 1950.
- ROH Henri, Fédéralisme politique et décentralisation économique et industrielle, Diss. Paris, Sion 1960.
- ROTEN Rosmarie, Les débuts du radicalisme en Valais 1840–1848, mémoire de licence, Freiburg 1971.
- ROUX Elisabeth, La vie politique en Valais, mémoire de licence, Freiburg 1976.
- RUPPERT Wilhelm, Die Unterscheidung von Verfassungsinitiative und Gesetzesinitiative in den schweizerischen Kantonen, Diss. Zürich 1933.
- SALAMIN Michel, La République indépendante du Valais 1802–1810, Sitten 1971.
- derselbe, Le Valais de 1798 à 1940, Siders 1978. (zit.: Valais).
- derselbe, Schweizer Kantone: Wallis, Neuenburg 1976.
- SCHINER, Description du Département du Simplon, Sitten 1812.
- SCHNYDER Fidelis, Chronik der Gemeinde Gampel, Brig 1949.
- SEILER Andreas, Die politische Geschichte des Wallis 1815–1844, Diss. Freiburg 1939.
- SEILER Franz, Die Anfänge der modernen Demokratie im Kanton Wallis, Diss. Freiburg, Brig 1921.

- STOCKMAR J., Histoire du chemin de fer de Simplon, Lausanne 1920.
- STRÜBY Anton, CLAUSEN Charles, Die Alpwirtschaft im Ober-Wallis, Solothurn 1900.
- STUDER Gervas, Das Medizinalwesen im Wallis von 1798–1930, Diss. Basel 1940.
- DE TORRENTE Charles, La correction du Rhône en amont du lac Léman, hg. vom EDI, Bern 1964. Travaux statistiques du Canton du Valais 1907, Bern 1908, hg. von: Union des statisticiens officiels et de la Société suisse de statistique.
- VANNOTTI Françoise, L'Hôpital de Sion à travers les siècles 1163–1987, Sitten 1987.
- WEISSEN Karl, Das Walliser Verordnungsrecht, Diss. Zürich 1948.
- de WERRA François, La famille de Werra, Montreux 1969.
- WIPF Martin, Das Regionalspital St. Maria Visp, in: Vesko, 1975, Nr. 8, S. 363 f.
- ZERMATTEN Maurice, Wallis, Genf 1965.
- ZIMMERLI Jakob, Die Deutsch-Französische Sprachgrenze in der Schweiz, III. Teil: Die Sprachgrenze im Wallis, Basel, Genf 1899.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.a.O.	am angegebenen Orte
Abs.	Absatz
ABl.	Amtsblatt des Kantons Wallis
Anm.	Anmerkung
Ann. Val.	Annales Valaisannes, 1916 ff.
Art.	Artikel
AS/VS	Amtliche Sammlung der Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Wallis, 1803 ff.
Aufl.	Auflage
BB	Bundesbeschluss
Bd./Bde.	Band/Bände
Bull.	Bulletin
BV	Bundesverfassung
BWG	Blätter aus der Walliser Geschichte, 1895 ff.
bzw.	beziehungsweise
CIC	Codex Iuris Canonici

Diss.	Dissertation
EDI	Eidg. Departement des Innern
eidg.	eidgenössisch
Entw.	Entwurf
f.	folgender, folgende Seite
ff.	folgende, folgende Seiten
GC.	Grand Conseil (Grosser Rat)
GRP	Grossratsprotokolle
hg.	herausgegeben
Hg.	Herausgeber
Jg.	Jahrgang
Kt.	Kanton
KV	Kantonsverfassung
lit.	litera (Buchstabe)
No./Nr.	Nummer
Prot.	Protocole/protocoles
S.	Seite/Seiten
SGS/VS	Systematische Gesetzessammlung des Kantons Wallis
STAS	Staatsarchiv in Sitten
St. Bull.	Stenographisches bzw. Amtliches Bulletin der Bundesver- sammlung
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
Vallesia	Jahrbuch der Walliser Kantonsbibliothek, des Staats- archivs und der Museen von Valeria und Majoria, 1946 ff.
vgl.	vergleiche
vRA.	Archiv der Familie von Roten in Raron
WJB	Walliser Jahrbuch, 1931 ff.
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht (Basel) (Die Bandnummern beziehen sich auf die Neue Folge)

Zu den in den Fussnoten verwendeten Abkürzungen für die Zeitungen vergleiche man unter Ziff. 2. 3 im Quellenverzeichnis.

ANHANG I

Vergleich der Verfassung vom 26. November 1875 mit dem Entwurfe des Staatsrates vom 4. Mai 1905.

Verfassung 1875

Im Namen Gottes, des Allmächtigen!

I. Titel

Allgemeine Grundsätze

Art. 1 – Wallis bildet eine, innert den Schranken der Bundesverfassung, souveräne und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibte Republik.

Die Souveränität beruht im Volke.

Die Regierungsform ist die repräsentativ-demokratische.

Art. 2 – Die römisch-apostolisch-katholische Religion ist die Staatsreligion. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind innert den, mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten vereinbaren Schranken, gewährleistet.

Art. 3 – Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.

Es gibt im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder der Familie.

Art. 4 – Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet, und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, ausser in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen, und in den von demselben vorgeschriebenen Formen.

Entwurf 1905

Im Namen Gottes, des Allmächtigen!

I. Titel

Allgemeine Grundsätze

Art. 1 – Abs. 1 und 2 unverändert.

Die Regierungsform ist die repräsentativ-demokratische, unter Vorbehalt der unmittelbar dem Volke eingeräumten Rechte.

Art. 2 – Beibehalten.

Art. 3 – Beibehalten.

Art. 4 – Beibehalten.

Art. 5 – Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Art. 6 – Das Eigentum ist unverletzbar. Von diesem Grundsatz kann nur zum Zwecke öffentlichen Nutzens, oder in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen und gegen eine gerechte und vorläufige Entschädigung abgewichen werden. Das Gesetz kann jedoch Fälle bestimmen, in welchen Grund und Boden der Burgerschaften oder Gemeinden zum Zweck öffentlichen Nutzens, unentgeltlich abzutreten ist.

Art. 7 – Kein Grundstück kann mit einem unloskäuflichen Bodenzins belastet werden.

Art. 8 – Die Presse ist frei. Das Strafgesetz bestraft den Missbrauch derselben.

Art. 9 – Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Die Ausübung desselben wird vom Gesetze bestimmt.

Art. 10 – Das Recht der freien Niederlassung, das Vereins- und das Versammlungsrecht, die Handels-, Gewerbs- und Kunstfreiheit sind gewährleistet. Die Ausübung dieser Rechte wird, innert den Schranken der Bundesverfassung, durch das Gesetz geregelt.

Art. 11 – Der öffentliche Unterricht steht unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.

Der Primarunterricht ist obligatorisch und unentgeltlich.

Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen, gewährleistet.

Art. 5 – Beibehalten.

Art. 6 – Beibehalten.

Art. 7 – Beibehalten.

Art. 8 – Beibehalten.

Art. 9 – Beibehalten.

Art. 10 – Beibehalten.

Art. 11 – Jeder Bürger ist wehrpflichtig. Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Art. 12 – Die französische und die deutsche Sprache sind als Nationalsprachen erklärt.

Art. 13 – Der öffentliche Unterricht steht unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates. Dasselbe gilt auch für den privaten Primarunterricht.

Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.

Art. 14 – Der Staat fördert und schützt den beruflichen Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe.

Art. 15 – Der Staat schützt die Landwirtschaft, das Gewerbe und den Handel und im Allgemeinen alle den Kanton interessierenden Zweige der Staatswirtschaft.

Art. 16 – Der Staat unterstützt, nach Massgabe der ihm zu Gebote stehenden Mitteln, die Viehzucht, die Milchwirtschaft, den Rebbauplan, den Obstbau, die Bodenverbesserungen und die Forstwirtschaft.

Art. 17 – Der Staat organisiert die Viehversicherung. Er kann die obligatorische Mobiliar- und Immobilien-Feuerversicherung einführen und organisieren.

Art. 18 – Der Staat fördert die Entwicklung des Strassennetzes und die übrigen Verkehrsmittel.

Art. 19 – Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Wohltätigkeitsanstalten und Erziehungsinstitute für arme Kinder. Er kann Privatanstalten fördern, deren rettender oder wohltätiger Zweck mit demjenigen der öffentlichen Armenpflege zusammenfällt.

Art. 20 – Der Staat kann eine kantonale chirurgische Klinik gründen und die Errichtung von Bezirks- oder Kreisspitals und Krankenhäusern fördern.

Art. 21 – Die finanzielle Beteiligung des Staates in den von den Art. 15, 16, 17, 18, 19 und 20 vorgesehenen Fällen, wird durch Spezialgesetze bestimmt.

Art. 12 – Jeder Bürger ist wehrpflichtig. Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Art. 13 – Jeder öffentliche Beamte ist für seine Amtsführung verantwortlich. Jede mit dem Einzug von öffentlichen Geldern betraute Person ist gehalten, vor

Beibehalten (siehe Art. 11).

Art. 22 – Beibehalten.

ihrem Amtsantritt eine Bürgschaft zu leisten, deren Betrag durch ein Gesetz bestimmt wird.

Art. 14 – Die Staatsausgaben werden bestritten:

- a) aus den Einkünften vom Staatsvermögen;
- b) aus dem Ertrag der Regalien und der Fiskalgebühren;
- c) aus den Bundesentschädigungen;
- d) aus den Steuern.

Art. 15 – Jede Schlussnahme des Grossen Rates, welche eine ausserordentliche Ausgabe von 60000 Franken, oder während drei Jahren eine durchschnittliche Ausgabe von 20000 Franken zur Folge hat, muss der Volksabstimmung unterbreitet werden, wenn die Ausgaben aus dem Betrag der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlags nicht gedeckt werden können.

Die Abstimmung findet statt, in Gemässheit der von dem Gesetze aufgestellten Formen und innert der 50 Tage, welche auf die Bekanntmachung des erlassenen Beschlusses folgen.

Art. 16 – Der Steuerfuss auf Kapital und Einkommen ist zu anderthalb durch Tausend festgesetzt, wovon wenigstens ein Halbes durch Tausend zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden soll.

Art. 17 – Die Tilgung der Staatsschuld, mittelst regelmässiger jährlicher Abschlagszahlungen, ist obligatorisch erklärt. Es wird darüber eine besondere Rechnung geführt.

Diese Amortisation erfolgt durch den Betrag der aus der Konkursmasse der Kantonalbank eingelaufenen Kapitalien und durch den angeführten Steuerbezug von einem Halben auf das Tausend.

Art. 18 – Sollte sich bei der Beratung über den Voranschlag des Jahres 1878, beziehungsweise im Wintermonat 1877, der Steuerfuss von anderthalb auf Tausend als durchaus ungenügend ergeben,

Art. 23 – Die Staatsausgaben werden bestritten:

- a) aus den Einkünften vom Staatsvermögen;
- b) aus dem Ertrag der Regalien;
- c) aus den Fiskalgebühren und den verschiedenen Einkünften;
- d) aus den Bundesentschädigungen, Beiträgen und Verteilungen;
- e) aus den Steuern.

Neu in Art. 30 Ziff. 4.

Art. 24 – Beibehalten.

Art. 25 – Beibehalten.

Dieser Absatz fällt weg!

Fällt weg!

um die ordentlichen Ausgaben der Verwaltung und die verordneten Abschlags-Zahlungen der Staatsschuld zu decken, so kann dieser Steuerfuss erhöht werden, ohne jedoch zwei durch Tausend zu überschreiten.

Art. 19 – Jede andere Erhöhung des Steuerfusses auf Kapital und Einkommen ist nur dann statthaft, wenn das Volk eine solche in den Fällen des vorstehenden Artikels 15 selbst genehmigt, oder dieselbe, zufolge ausserordentlicher von der Eidgenossenschaft dem Kanton überwältzter Auflagen, nötig geworden.

Art. 20 – Die deutsche und die französische Sprache sind als Nationalsprachen erklärt.

Siehe Art. 23, Ziff. 5.

Bildet den Art. 12.

II. Titel

Einteilung des Kantons

Art. 21 – Der Kanton ist in Bezirke eingeteilt.

Die Bezirke sind aus Gemeinden gebildet.

Der Grosse Rat kann durch ein Gesetz die Zahl und Umgrenzung der Bezirke, und durch ein Dekret die der Gemeinden, nach Anhörung der Beteiligten, abändern.

Er bezeichnet auch die Hauptorte derselben.

Art. 22 – Sitten ist der Hauptort des Kantons. Die demselben obliegenden Leistungen werden durch ein Dekret festgesetzt.

II. Titel

Einteilung des Kantons

Art. 26 – Beibehalten.

Art. 27 – Sitten ist der Hauptort des Kantons und der Sitz des Grossen Rates, des Staatsrates und des Appellations- und Kassationsgerichtshofes. Wenn wichtige Verumständungen es erfordern, können diese Behörden jedoch auch anderswo tagen.

III. Titel

Politischer Stand der Bürger

Art. 23 – Walliser sind:

1. Die Bürger einer Gemeinde des Kantons;

III. Titel

Politischer Stand der Bürger

Art. 23 – Walliser sind:

1. die auf Grund der Geburt einer Gemeinde des Kantons angehörnden Bürger;

2. Diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht übertragen wird.

2. diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht durch das Gesetz oder den Grossen Rat erteilt wird.

Wenn das Kantonsbürgerrecht durch den Grossen Rat erteilt wird, hat der Bewerber, sofern sein Gesuch berücksichtigt werden soll, eine Erklärung zu erbringen, wonach eine Gemeinde des Kantons ihm das Bürgerrecht zusichert, und die übrigen durch das Gesetz über die Erteilung des Kantonsbürgerrechtes vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen.

Art. 24 – Die Fremden können vor Erwerbung des Kantonsbürgerrechts nicht definitiv als Bürger einer Gemeinde aufgenommen werden.

Kein Kantonsfremder kann ein Bürgerrecht in einer Gemeinde erwerben, ohne vorher vom Grossen Rate das Kantonsbürgerrecht erhalten zu haben.

Art. 25 – Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in einer andern Gemeinde das Bürgerrecht erwerben.

Art. 29 – Beibehalten.

IV. Titel

Ausübung der Volksrechte

Art. 30 – Der Volksabstimmung unterliegen:

1. Die Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der Verfassung;
2. Die Konkordate, Abkommen, Verträge, soweit sie in der Zuständigkeit der Kantone liegen;
3. Die vom Grossen Rate ausgearbeiteten Gesetze und Dekrete.

Ausgenommen sind:

- a) die Dekrete dringlicher Natur und von nicht allgemeiner Tragweite;
- b) die gesetzgeberischen Erlasse, die zur Vollziehung der Bundesgesetze notwendig sind;
4. Jede Schlussnahme des Grossen Rates, welche eine ausserordentliche Ausgabe von 60000 Franken oder während drei Jahren eine durchschnittliche Ausgabe von 20000 Franken zur Folge hat, wenn diese Ausgaben aus dem Betrag der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlages nicht gedeckt werden können;

5. Jede Erhöhung der im Art. 27 festgesetzten Kapital- und Einkommen-Steuer, insofern dieselbe nicht durch die ausserordentlichen Beiträge, welche die Eidgenossenschaft in Gemässheit des Art. 42 der Bundesverfassung den Kantonen auferlegen kann, notwendig geworden ist.

Art. 31 – Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) den Erlass eines neuen oder die Abänderung eines wenigstens seit vier Jahren zu Kraft bestehenden Gesetzes verlangen.

In gleicher Weise kann das Volk ebenso einen ausgearbeiteten Gesetzes-Entwurf vorlegen.

Im einen wie im andern Falle muss das Begehren in der im Art. 106 vorgesehenen Form durch die Unterschrift von fünftausend stimmberechtigten Bürgern unterstützt werden.

Art. 32 – Wenn ein solches Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt wird und der Grosse Rat mit demselben einverstanden ist, so hat er die Revision im Sinne der Initianten auszuarbeiten und das neue oder abgeänderte Gesetz dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

Stimmt dagegen der Grosse Rat dem Begehren nicht zu, so ist dasselbe dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Der Grosse Rat kann seinen Beschluss vor dem Volke begründen.

Sofern die Mehrheit der stimmenden Bürger sich bejahend ausspricht, so hat der Grosse Rat in der im ersten Absatze des gegenwärtigen Artikels vorgezeichneten Weise vorzugehen.

Art. 33 – Wird das Vorgehen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes festgestellt und stimmt der Grosse Rat demselben zu, so ist der Entwurf in dieser Fassung dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Grosse Rat einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder dem Volke kurzweg die Verwerfung des Vorschlages beantragen.

Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 34 – In der Regel bestimmt der Staatsrat alljährlich im Laufe des Monats Dezember einen Tag, an welchem das Volk sich gleichzeitig über die vom Grossen Rate erlassenen oder von der Volksinitiative ausgehenden Gesetze und Dekrete auszusprechen hat.

IV. Titel

Öffentliche Gewalten

Art. 26 – Die öffentlichen Gewalten sind:
Die gesetzgebende Gewalt;
Die vollziehende und verwaltende Gewalt;
Die richterliche Gewalt.

I. Kapitel

Gesetzgebende Gewalt

Art. 27 – Die gesetzgebende Gewalt wird vom Grossen Rate ausgeübt.

Art. 28 – Der Grosse Rat versammelt sich von rechtswegen ordentlicher Weise am dritten Montag Mai und am dritten Montag November.

Ausserordentlicher Weise tritt er, vom Staatsrat auf dessen Initiative, oder auf das schriftliche und motivierte Begehren von 20 Abgeordneten einberufen, zusammen.

Art. 29 – Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage; in Fällen höherer Wichtigkeit kann dieselbe fortgesetzt werden. Der Grosse Rat berätet darüber.

Art. 30 – Die Sitzungen des Grossen Rates sind öffentlich. Wenn es die Umstände erfordern, so beschliesst er geheime Sitzung.

V. Titel

Öffentliche Gewalten

Art. 35 – Beibehalten.

I. Kapitel

Gesetzgebende Gewalt

Art. 36 – Unter Vorbehalt der durch die Art. 30 und folgenden dem Volke eingeräumten Rechte, wird die gesetzgebende Gewalt vom Grossen Rate ausgeübt.

Art. 36 – Erster Absatz beibehalten.

Ausserordentlicher Weise tritt er zusammen:

- a) infolge eines Beschlusses des Grossen Rates selbst;
- b) auf die Initiative des Staatsrates
- c) auf das schriftliche und begründete Begehren von wenigstens 20 Abgeordneten.

Art. 38 – Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage; in Fällen höhern Interesses jedoch kann die selbe verlängert werden. Der Grosse Rat berätet darüber.

Art. 39 – Die Sitzungen des Grossen Rates sind öffentlich. Wenn die Umstände dies erheischen, kann jedoch geheime Verhandlung beschlossen werden.

Art. 31 – Die Beschlüsse des Grossen Rates werden durch die absolute Stimmenmehrheit gefasst.

Er darf nur insofern ratschlagen, als die anwesenden Abgeordneten die absolute Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder bilden.

Art. 32 – Der Grosse Rat ernennt alljährlich in der ersten ordentlichen Session, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Art. 33 – Der Grosse Rat wählt in der ersten ordentlichen Session jeder neuen Amtsperiode den Staatsrat und das Appellationsgericht des Kantons.

Art. 34 – Dem Grossen Rate stehen folgende Amtsbefugnisse zu:

1. Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt allein über die Giltigkeit ihrer Wahl;
2. Er genehmigt, ändert oder verwirft die Gesetz- oder Dekretsentwürfe;

3. Er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus;

4. Er bewilligt das Kantonsbürgerrecht;

5. Er prüft die Amtsführung des Staatsrates und berätet über deren Genehmigung.

Er kann von ihm zu jeder Zeit über jeglichen Akt seiner Verwaltung Rechenschaft verlangen;

6. Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates, untersucht und schliesst die Rechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögensstandes fest;

Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht; das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart;

Art. 40 – Abs. 1 beibehalten.

Um gütlich verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit des Rates erforderlich.

Art. 41 – Beibehalten.

«Appellationsgericht des Kantons» wird ersetzt durch «Appellations- und Kassationsgerichtshof».

Art. 43 – Beibehalten bis auf die folgenden Änderungen.

1. Beibehalten.

2. Er genehmigt, ändert oder verwirft die ihm vom Staatsrate unterbreiteten Gesetzes- oder Dekretsentwürfe.
Im Falle der Volksanregung (Initiative) geht er nach Massgabe der Art. 32 und 33 vor.

3. Beibehalten.

4. Beibehalten.

5. Abs. 1 beibehalten.

Er kann zu jeder Zeit von der vollziehenden Gewalt über einen Akt ihrer Verwaltung Rechenschaft verlangen.

6. Beibehalten.

7. Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden und Pfründen, deren Bestellung dem Staate zukommt;

8. Er wählt in jeder Maisession den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Staatsrates, den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Appellationsgerichts;

9. Er wählt alle zwei Jahre, in der Maisession, die Abgeordneten auf den Ständerat;

10. Er ernennt auch, auf den Vorschlag des Staatsrates, die Offiziere, die einen höhern Rang als denjenigen eines Hauptmannes haben;

11. Er schliesst mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten Verträge ab, innert den Schranken der Bundesverfassung;

12. Er erteilt die Konzessionen und die Übertragungen von Grubenrechten;

13. Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamten, und setzt die nötige Summe für die Angestellten des Staatsrates aus;

14. Er erteilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräusserung oder Verpfändung der Nationalgüter und zu den Staatsanlehen;

15. Er übt die souveräne Gewalt in allem aus, was die Verfassung nicht dem Volke vorbehält oder einer andern Gewalt überträgt.

Art. 35 – Der Grosse Rat kann den Staatsrat einladen, ihm einen Gesetzes- oder Dekretsentwurf vorzubereiten, und die Frist zur Einbringung des verlangten Entwurfes bestimmen.

Art. 36 – Die Gesetzes- und Dekretsentwürfe werden in zwei Lesungen und in zwei ordentlichen Sessionen durchberaten.

Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so findet die zweite Lesung in der nämlichen Session statt.

Art. 37 – Die Abgeordneten sollen zum allgemeinen Besten nach ihrer Überzeugung stimmen. Sie dürfen durch keine Verhaltensbefehle gebunden werden.

7. Beibehalten.

8. Anstelle von «Appellationsgericht» kommt «Kassations-Gerichtshof».

9. Beibehalten

Fällt weg!

10. Beibehalten und noch hinzufügen: und unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Volk;

11. Er erteilt die Bergwerks-Konzessionen;

12. Beibehalten.

13. Beibehalten.

15. Beibehalten.

Art. 44 – Beibehalten.

Art. 45 – Beibehalten.

46 – Beibehalten.

Art. 38 – Die Mitglieder des Grossen Rates dürfen, ohne Ermächtigung dieses Körpers, während den Sessionen weder gerichtlich belangt noch verhaftet werden, ausgenommen bei Betretung auf frischer Tat.

Art. 39 – Die Stelle eines Abgeordneten auf den Grossen Rat ist unvereinbar mit den Beamtungen und Anstellungen in den Bureaux des Staatsrates.

Diese Bestimmung ist auch auf die Bezirkseinnnehmer anwendbar.

Art. 40 – Es können nicht gleichzeitig im Grossen Rate sitzen: der Regierungstatthalter und der Unter-Regierungstatthalter; der Präsident und der Vizepräsident eines Kreisgerichtes; der Hypothekarverwahrer und dessen Stellvertreter; der Einregistrierungsbeamte und dessen Stellvertreter; der Zivilstandsbeamte und dessen Stellvertreter.

Art. 41 – Für jede vor dem letzten Jahre der Amtsdauer ledig gewordene Stelle im Grossen Rate ist binnen dreissig Tagen, von der Erledigung an gerechnet, eine neue Wahl anzuordnen.

II. Kapitel

Verwaltende und vollziehende Gewalt

Art. 42 – Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrate anvertraut. Zwei derselben werden aus dem Kantonsteile gewählt, welcher die gegenwärtigen Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron, Leuk und Siders in sich fasst; einer aus jenem der Bezirke Sitten, Ering und Gundis; zwei aus demjenigen der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthey.

Art. 43 – Die Amtsbefugnisse des Staatsrates sind:

1. Er legt die Gesetzes- und Dekretsentwürfe vor;

Art. 47 – Beibehalten.

Art. 48 – Abs. 1 beibehalten.

Die Unverträglichkeit ist auch auf die Bezirkseinnnehmer und die Betreibungs- und Konkursbeamten anwendbar.

Art. 49 – Es können sich ohne Ermächtigung der Oberbehörde nicht gleichzeitig von ihrem ständigen Aufenthaltsorte entfernen, noch zu gleicher Zeit im Grossen Rate sitzen: der Regierungstatthalter und der Regierungstatthalter-Substitut, der Einleitungsrichter und sein Ersatzmann, der Hypothekenverwahrer und sein Vertreter, der Einregistrierungsbeamte und dessen Vertreter, der Zivilstandsbeamte und sein Substitut.

Art. 50 – Jeder zeitweise freigewordene Sitz im Grossen Rate wird durch den ersten Ersatzmann im Range eingenommen.

II. Kapitel

Verwaltende und vollziehende Gewalt

Art. 51 – Beibehalten.

Art. 52 – Beibehalten mit neuer Ziffer 6.

2. Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen, und erlässt zu diesem Behufe die notwendigen Beschlüsse;

3. Er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung;

4. Er verfügt über die Wehrmannschaft des Kantons, innert den Schranken der Bundesverfassung und der Bundesgesetze.

Er hat die Mitglieder des Grossen Rates über die getroffenen Massregeln ohne Verzug in Kenntnis zu setzen, und wenn es die Umstände erheischen, den Grossen Rat einzuberufen.

Dieser ist unverzüglich einzuberufen, wenn die aufgebotenen Truppen sechshundert Mann übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert.

Der Staatsrat kann nur vom Gesetze organisierte Truppen aufbieten.

5. Er unterhält den Verkehr des Kantons mit den Bundesbehörden und den eidgenössischen Ständen;

6. Er wählt die Beamten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner andern Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselben nach deren Einvernahme mittelst eines mit Gründen belegten Entscheides abberufen;

7. Er überwacht die untergeordneten Behörden und erteilt Weisungen für alle Verwaltungszweige;

8. Er kann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern, seine Befehle zu vollziehen, in ihren Amtsverrichtungen einstellen, muss aber dem Grossen Rate in dessen nächster Session darüber Bericht erstatten.

Art. 44 – Der Staatsrat ist für seine Amtsführung verantwortlich; er erstattet alljährlich Bericht darüber und übermittelt

6. Er ernennt, mit Einschluss des Majors-Grades, sämtliche Offiziere der kantonalen Truppen-Einheiten.

Ziff. 6 wird zu Ziff. 7.

Ziff. 7 wird zu Ziff. 8.

Ziff. 8 wird zu Ziff. 9.

10. Er bewilligt die Übertragung von Bergwerk-Konzessionen.

Art. 53 – Beibehalten.

gleichzeitig dem Grossen Rate ein vollständiges und umständliches Inventar des öffentlichen Vermögens.

Art. 45 – Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Stelle eines Abgeordneten auf den Grossen Rat.

Die Staatsräte nehmen Teil an den Verhandlungen des Grossen Rates, haben aber dabei kein Stimmrecht.

Die Amtsverrichtungen eines Staatsrates sind unvereinbar mit denen eines Verwaltungsrates einer Bank oder einer Eisenbahngesellschaft.

Art. 46 – Die Mitglieder des Staatsrates können keine andere Kantons- oder Gemeindeanstellung bekleiden.

Die Ausübung eines freien Berufes ist ihnen ebenfalls untersagt.

Art. 47 – In den eidgenössischen Räten darf nicht mehr als ein Mitglied des Staatsrates sitzen.

Art. 48 – Zur Erledigung der Geschäfte teilt sich der Staatsrat in Departemente. Ein vom Grossen Rate genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und die Amtsverrichtungen derselben.

Art. 49 – Die Regierung hat in jedem Bezirke für die Vollziehung der Gesetze und den Dienst der Verwaltung einen Vertreter unter dem Namen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

III. Kapitel Richterliche Gewalt

Art. 50 – Die richterliche Gewalt ist unabhängig. Kein Staatsangestellter, der vom Staatsrate abberufen werden kann, darf eine Richterstelle im Appellationsgericht oder im Kreisgericht bekleiden. Diese Bestimmung ist auf die Ersatzmänner nicht anwendbar.

Art. 51 – Es besteht in jeder Gemeinde oder in jedem Amtsbezirke ein Richter und wenigstens ein Richterstatthalter.

Art. 54 – Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Ausübung des Mandates eines Abgeordneten auf den Grossen Rat.

Abs. 2 beibehalten.

Abs. 3 anstelle von «Bank» den Ausdruck «Privatbank» einsetzen.

Art. 55 – Beibehalten.

Art. 56 – Beibehalten.

Art. 57 – Beibehalten.

Art. 58 – Beibehalten, aber hinzufügen: Die Amtsbefugnisse des Regierungsstatthalters sind durch das Gesetz bestimmt.

III. Kapitel Richterliche Gewalt

Art. 59 – Beibehalten.

«Appellationsgericht» zu ersetzen durch «Appellationsgerichtshof».

Art. 60 – Beibehalten, aber das Wort «wenigstens» fallenlassen.

Durch Kreis ein Zivil-, ein Korrekptions- und ein Kriminalgericht;
Und für den Kanton ein Appellationsgericht und ein Kassationshof.

Art. 52 – Die Anzahl der Kreise, die Kompetenz der Richter und der Gerichte, die Wahl und der Besoldungsmodus, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den richterlichen und andern Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz über die Gerichtsorganisation bestimmt.

Es können nur sieben Kreisgerichte bestehen

Die Richter der Amtsbezirke oder der Gemeinden und deren Ersatzmänner werden durch die Wahlmänner des Amtsbezirkes oder der Gemeinde gewählt.

Die Abstimmung findet in jeder Gemeinde statt.

Bei der Bildung der Amtsbezirke wird auf die Bevölkerung und die topographische Lage der Gemeinden gebührende Rücksicht genommen.

Art. 53 – Es besteht ein Verwaltungsgericht, sowie ein Gerichtshof, der über Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und richterlichen Gewalt zu erkennen hat.

Dieses Gericht und dieser Gerichtshof werden durch eigene Gesetze organisiert.

Art. 61 – Beibehalten.

Wort «sieben» ist zu ersetzen durch «vier».

Art. 62 – Beibehalten.

V. Titel Bezirks- und Gemeindeverwaltung

I. Kapitel Bezirksrat

Art. 54 – Es besteht in jedem Bezirke ein auf vier Jahre gewählter Bezirksrat.
Der Gemeinderat wählt die Abgeordneten auf denselben im Verhältnis von einem auf dreihundert Seelen Bevölkerung.

Der Bruch von hundert ein und fünfzig wird für ein Ganzes gerechnet.

VI. Titel Bezirks- und Gemeindeverwaltung

I. Kapitel Bezirksrat

Art. 63 – Abs. 1 beibehalten.

Der Gemeinderat wählt seine Delegierten auf denselben

Abs. 3 beibehalten.

Jede Gemeinde, welche immer ihre Bevölkerung sein mag, ernennt wenigstens einen Abgeordneten.

Abs. 4 beibehalten.

Der Regierungsstatthalter oder dessen Substitut führt beim Bezirksrate den Vorsitz.

Art. 64 – Der Bezirksrat überwacht die Interessen des Bezirkes, schliesst dessen Rechnungen ab und verteilt die diesem zufallenden Lasten unter die Gemeinden.

Er nimmt alljährlich Kenntniss von dem Berichte über die Finanzverwaltung des Staates.

Art. 55 – Das Gesetz bestimmt die Organisation und die Amtsbefugnisse dieses Rates.

Art. 65 – Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weiteren Amtsbefugnisse dieses Rates.

II. Kapitel Gemeindeverwaltung

Art. 56 – In jeder Gemeinde besteht:

1. Eine Urversammlung;
2. Ein Gemeinderat (Munizipalität);
3. Eine Burgerversammlung.

Wenn die Zahl von Nicht-Bürgern wenigstens die Hälfte der Urversammlung oder des Rates bildet, so ist die Burgerversammlung berechtigt, die Bildung eines getrennten Rates zu begehren.

Art. 57 – Dasjenige Burgervermögen, welches vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 2. Juni 1851 über die Gemeindeverwaltung eine öffentliche Zustimmung hatte, soll auch fürderhin diesem Zwecke entsprechend verwendet werden.

Die Ausführung dieser Bestimmung wird durch das Gesetz geregelt.

Art. 58 – Die Urversammlung besteht:

1. Aus den Bürgern;
2. Aus den durch die Bundesgesetzgebung zum Stimmen berechtigten Wallisern und Schweizern.

Art. 59 – Die Urversammlung ernennt den Rat, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Gemeinde.

II. Kapitel Gemeindeverwaltung

Art. 66 – In jeder Gemeinde besteht:

1. Eine Urversammlung;
2. Ein Gemeinderat (Munizipalität);
3. Eine Burgerversammlung.

Wenn die Zahl der Bürger den Drittel der Urversammlung bildet

Art. 67 – Dasjenige Burgervermögen, welches vor der Organisation der Munizipalgemeinde eine öffentliche Bestimmung hatte und das an die Munizipalität übergegangen, ist durch das Gesetz vom 27. November 1877 bestimmt.

Abs. 2 fällt weg.

Art. 68 – Beibehalten.

Art. 69 – Die Urversammlung ernennt den Gemeinde- und eventuell den Generalrat, den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Gemeinde.

Art. 60 – Die Burgerversammlung besteht ausschliesslich aus Burgern; sie ernennt, eintretenden Falls, ihre Räte, deren Zahl sie festsetzt, den Präsidenten und den Vize-Präsidenten, und verfügt über die Aufnahme von neuen Burgern.

Art. 61 – Die Versammlungen beraten, jede insoweit es sie betrifft, über die den Genuss ihres Vermögens oder die Polizei beschlagenden Reglemente und anderweitige Ortsverordnungen, mit Beziehung auf die Veräusserung und Verpfändung ihrer Güter, und über die Rechtschändel in Appel. Sie nehmen alljährlich Kenntnis von den Rechnungen und der Verwaltung des Rats.

Art. 62 – Der Gemeinderat besteht aus mindestens fünf und höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Derselbe erlässt die Ortsverordnungen und sorgt für deren Vollziehung; ernennt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und verteilt die öffentlichen Lasten.

Art. 70 – Beibehalten.

Art. 71 – Beibehalten bis zum letzten Satze, welcher neu lautet:

Sie nehmen alljährlich Kenntnis von den Rechnungen und genehmigen den Kostenvoranschlag und die Verwaltung des Rates.

Art. 72 – Der Gemeinderat besteht aus mindestens drei und höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Er sorgt für die Gemeindeverwaltung im allgemeinen; er erlässt die Ortsverordnungen und sorgt für deren Vollziehung; er ernennt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben, schliesst die Rechnungen ab und verteilt die öffentlichen Lasten.

Art. 73 – In Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 1000 Seelen kann die Urversammlung ihre Befugnisse einem Generalrate übertragen, der gleichzeitig mit dem Gemeinderate ernannt wird.

Art. 74 – Der Generalrat besteht in Gemeinden von unter 1500 Seelen Bevölkerung aus dreissig Mitgliedern und in volkreichen Gemeinden aus einem weiteren Mitglieder auf je 150 Seelen.

Er besitzt zehn Ersatzmänner, die nach der Reihenfolge ihrer Ernennung eine allfällig ledig gewordene Stelle eines Mitgliedes einnehmen.

Art. 75 – Der Generalrat wird auf die Dauer von vier Jahren gewählt; er konstituiert sich selbst und ernennt alljährlich aus seiner Mitte seinen Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär.

Art. 76 – Der Generalrat ersetzt die Urversammlung und übt deren Befugnisse

aus mit Ausnahme der Abstimmungs- und Wahl-Geschäfte, welche das Gesetz der Urversammlung überträgt.

Art. 63 – Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens neun Mitgliedern.

Er überwacht die Interessen der Burgerschaft, verwaltet deren Güter, schlägt der Versammlung das Reglement über den Genuss des Burgervermögens vor, und erstattet alljährlich Rechenschaft über seine Verwaltung.

Art 77 – Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern.

Abs. 2 beibehalten.

Art. 64 – In den Ortschaften, wo kein Burgerrat besteht, besorgt der Gemeinderat dessen Amtsgeschäfte.

Art. 78 – Beibehalten.

Art. 65 – In den Gemeinden von 400 Stimmenden mit zerstreuter Bevölkerung, wo bereits Sektionen bestehen, können die Ur- und Burgerversammlung sektionsweise stimmen.

Art. 79 – Beibehalten

Art. 66 – Die Organisation und die andern Befugnisse dieser verschiedenen Räte sind durch das Gesetz bestimmt.

Art. 80 – Beibehalten.

Art. 67 – Der Staatsrat übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Burgerverwaltungen.

Die von diesen Verwaltungen erlassenen Reglemente unterliegen der Genehmigung des Staatsrates.

Dieser interveniert jedes Mal, wenn von einem Beteiligten Klage erhoben wird.

Art. 81 – Der Staatsrat übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Burgerverwaltungen.

Die von diesen Verwaltungen erlassenen Reglemente unterliegen seiner Genehmigung.

Er interveniert auch, wenn von einem oder mehreren Berechtigten Klage erhoben wird.

Art. 68 – Die Gemeinden und Burgerschaften sind gehalten, der Genehmigung des Staatsrates jede Schlussnahme zu unterbreiten, vermöge welcher der Verkauf, der Tausch oder die Teilung von Liegenschaften, die Veräusserung von Kapitalien oder die Aufnahme von Hypothekaranleihen angeordnet wird.

Art. 82 – Die Gemeinden und Burgerschaften sind gehalten, dem Staatsrate jede Schlussnahme zur Genehmigung zu unterbreiten, welche den Verkauf, den Tausch, die Teilung von Liegenschaften, die Veräusserung von Kapitalien, die Aufnahme von Anleihen und die Erteilung von Wasserkraft-Konzessionen oder deren Übertragung zum Gegenstande hat.

VI. Titel

Wahlmodus,
Bedingungen der Wahlfähigkeit,
Dauer der öffentlichen Ämter

Art. 69 – Die Abgeordneten auf den Grossen Rat und deren Ersatzmänner werden für jeden Bezirk unmittelbar durch das Volk, im Verhältnis von einem Abgeordneten und einem Ersatzmann auf 1000 Seelen Bevölkerung gewählt.

Die Bruchzahl von 501 zählt für 1000. Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

Die Wahl geschieht bezirks- oder kreisweise.

Die kreisweise Wahl wird nur auf Begehren, einer oder mehrerer Gemeinden des nämlichen Bezirkes, welche die zu einem oder mehreren Gesandten erforderliche Volkszahl haben, stattfinden.

Art. 70 – Der Grosse Rat, der Staatsrat, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind auf vier Jahre gewählt.

Der Präsident und der Vizepräsident des Staatsrates sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.

Art. 71 – Die Gerichtsbeamten werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Art. 72 – Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Grossen Rates findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt. Den Rang der Ersatzmänner bestimmt die Reihenfolge ihrer Erwählung, wenn diese in mehreren Wahlgängen stattgefunden; zwischen den im nämlichen Wahlgang Gewählten, die Anzahl der erhaltenen Stimmen.

VII. Titel

Wahlmodus,
Bedingungen der Wahlfähigkeit,
Dauer der öffentlichen Ämter

Art. 83 – Die Abgeordneten auf den Grossen Rat und deren Ersatzmänner werden für jeden Bezirk unmittelbar durch das Volk, im Verhältnis von einem Abgeordneten und einem Ersatzmann auf je 1200 Seelen der Gesamtbevölkerung, gewählt.

Die Bruchzahl von 601 zählt für 1200. Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

Die Wahl erfolgt in der Regel nach Bezirk und ausnahmsweise nach Kreis.

Die kreisweise Wahl findet nur auf Begehren einer oder mehrerer Gemeinden des gleichen Bezirkes statt, welche die erforderliche Bevölkerungs-Teilzahl besitzen.

Die Bruchzahl kommt dem Bezirke zugute. Ist jedoch die Bruchzahl des unabhängigen Kreises grösser als diejenige des Bezirkes, so wird der Abgeordnete, zu dessen Wahl diese Bruchzahlen berechtigten, auf den gesamten Bezirk gewählt.

Art. 84 – Der Grosse Rat, der Staatsrat, die Gerichtsbeamten, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

Abs. 2 beibehalten.

Fällt weg!

Art. 85 – Beibehalten.

Der neugewählte Grosse Rat tritt mit der Eröffnung der auf seine Wahl folgenden Maisession in Amtstätigkeit.

Art. 73 – Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre, am zweiten Sonntag Dezember statt.

Die Gemeindepräsidenten sind alle zwei Jahre einer Wiederwahl unterworfen. Die Gemeindebehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.

Im Fall von Einsprachen entscheidet der Staatsrat, welche Behörden bis zum Eintreten des Urteils zu funktionieren haben.

Art. 74 – Mit Erfüllung des zwanzigsten Altersjahres kann der Bürger seine politischen Rechte ausüben. Jeder Stimmfähige ist zu den öffentlichen Ämtern wählbar.

Art. 75 – Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen.

Art. 76 – Die geistlichen und die bürgerlichen Amtsverrichtungen sind unvereinbar.

Art. 77 – Es können nicht zu gleicher Zeit im Staatsrate sitzen:

1. Vater und Sohn;
2. Schwiegervater und Schwiegersohn;
3. Brüder und Stiefbrüder;
4. Schwäger;

5. Oheim und Neffe.

Die Unverträglichkeiten sind auch auf die Gemeinde- und Bürgerräte anwend-

Art. 86 – Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre am zweiten Sonntag Dezember statt.

In der Regel werden dieselben mit der absoluten Mehrheit und mittelst Listenskrutinium vorgenommen. Durch das Wahlgesetz wird jedoch die fakultative Einführung der Minderheits-Vertretung mittelst der limitierten oder der Verhältniswahl (proportionales Wahlverfahren) den Gemeinden zugesichert.

Die Form der daherigen Gesuchsstellung und die Wahlart werden durch das Gesetz bestimmt.

Abs. 2 weglassen!

Abs. 3 beibehalten.

Abs. 4 beibehalten.

Art. 87 – Beibehalten.

Art. 88 – Beibehalten

Art. 89 – Beibehalten

Art. 90 – Beibehalten mit Ausnahme von Ziff. 4 und 5.

4. Schwäger durch direkte Verschwägerung;
5. Oheim und Neffe durch Blutsverwandtschaft.

Abs. 2 beibehalten.

bar, so wie auch auf die Gerichte und Gerichtsschreiber.

Art. 78 – Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht sind durch die Kantons- und die Bundesgesetzgebung bestimmt.

Art. 79 – Der Regierungsstatthalter darf keine Gerichtsbeamtenstelle bekleiden.

Art. 80 – Die nämliche Person kann nicht zwei Ämter aus dem richterlichen oder dem Verwaltungsgebiete, deren eines dem andern über- oder untergeordnet ist, auf sich vereinigen.

Art. 81 – Niemand kann zugleich Gemeindepräsident und Friedensrichter sein.

Art. 82 – Niemand darf zu gleicher Zeit in der nämlichen Gemeinde Mitglied des Gemeinde- und des Burgerrates sein.

Art. 83 – Kein patentierter Advokat darf Mitglied eines Gerichtes sein, noch vor dem Gerichte, bei dem er als Schreiber angestellt ist, einen Handel führen.

Art. 84 – Niemand darf mehrere vom Staate bezahlte Beamtenstellen, deren Gehalte zusammen mehr als 2000 Franken betragen, auf sich vereinigen.

Art. 85 – Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeitsfälle.

Art. 91 – Beibehalten.

Art. 92 – Beibehalten.

Art. 93 – Beibehalten mit Streichung der Wörter «über- oder».

Art. 94 – Niemand kann zugleich Präsident und Richter derselben Gemeinde sein.

Art. 95 – Beibehalten.

Art. 96 – Beibehalten mit der Korrektur : ... dem Gerichte, bei dem er das Schreibamt versieht, ...

Fällt weg!

Art. 97 – Das Gesetz kann andere Unverträglichkeitsfälle bestimmen, sowie die Kumulation (Häufung) gewisser Beamten verbieten.

Art. 98 – Die in der gegenwärtigen Verfassung vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle sind auf die Substituten oder Ersatzmänner der betreffenden Beamten nicht anwendbar.

VII. Titel

Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus

Art. 86 – Die Vollziehungsgewalt sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag der

VIII. Titel

Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus

Art. 99 – Beibehalten.

Inkraftsetzung derselben, wenn anders ihn nicht der Grosse Rat selbst festsetzt.

Art. 87 – Die vorliegende Verfassung muss revidiert werden, wenn es die Mehrheit der stimmfähigen Bürger begehrt.

Ein von sechstausend Bürgern gestelltes Revisionsbegehren wird in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet.

Im bejahenden Falle haben diese Versammlungen zugleich zu entscheiden, ob die Revision eine vollständige (Total-) oder teilweise (Partial-) sein, und durch den Grossen Rat oder durch den Verfassungsrat vorgenommen werden solle. Jedes Revisionsbegehren wird an den Grossen Rat gerichtet. Die Unterschriften dafür werden gemeindeweise abgegeben und die Wahlfähigkeit der Bürger, welche sie beigesetzt, muss durch die Gemeindebehörden bescheinigt werden.

Art. 100 – Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) eine Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der gegenwärtigen Verfassung verlangen.

Das Initiativbegehren kann in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden.

Im einen wie im andern Falle muss das Begehren durch die Unterschrift von sechstausend Aktivbürgern unterstützt werden.

Art. 101 – Wird das Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt, so ist dasselbe dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Der Grosse Rat kann, wenn er es für zweckmässig erachtet, dasselbe mit einer Vormeinung begleiten.

Die Urversammlungen entscheiden im bejahenden Falle zugleich darüber, ob die Revision eine totale (vollständige) oder partielle (teilweise) sein solle und ob sie durch den Grossen Rat oder durch einen Verfassungsrat vorzunehmen sei. Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt, so berät der Grosse Rat darüber in zwei ordentlichen Sessionen. Stimmt er dem Entwurfe zu, so wird derselbe in der vorliegenden Verfassung dem Volke zur Abstimmung unterbreitet. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Grosse Rat die Verwerfung des Vorschlages beantragen oder diesem einen eigenen Entwurf gegenüberstellen.

Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 88 – Auch der Grosse Rat kann die Verfassung revidieren, gemäss der für die Ausarbeitung der Gesetze bestimmten Formen, nachdem er in zwei ordentlichen Sessionen die Zweckmässigkeit der Revision ausgesprochen.

Art. 89 – Die revidierte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt.

Art. 90 – Das Gesetz über die Organisation der Gerichte, das Wahlgesetz und das im Art. 13 der vorliegenden Verfassung vorgesehene Dekret müssen am 1. Dezember 1876 in Kraft gesetzt sein; das im Art. 57 vorgesehene Gesetz mit dem 1. Jänner 1878.

Art. 102 – Erfolgt die Revision durch den Grossen Rat, so wird dieselbe in zwei ordentlichen Sessionen beraten.

Findet dieselbe durch einen Verfassungsrat statt, so wird sie in zwei Lesungen beraten.

Die Verfassungsratswahlen erfolgen auf der gleichen Grundlage wie die Wahl der Abgeordneten auf den Grossen Rat. Auf dieselben ist keiner der für die Letzteren vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle anwendbar.

Art. 103 – Beibehalten.

Art. 104 – Beibehalten.

Art. 105 – Bei den in Vollziehung des Art. 101 angeordneten Abstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger.

Art. 106 – Jedes Revisionbegehren wird an den Grossen Rat gerichtet.

Die das Begehren unterstützenden Unterschriften werden gemeindeweise abgegeben und die Stimmberechtigung der Unterzeichner muss durch den Gemeindepräsidenten bescheinigt werden. Dieser hat sich auch von der Echtheit der ihm verdächtig scheinenden Unterschriften zu versichern.

Fällt weg!

VIII. Titel

Übergangsbestimmungen

Art. 91 – Die in dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen finden erst nach Ablauf der durch die gegenwärtige Gesetzgebung bestimmten Fristen statt.

Die Dauer der Gerichtsbeamtungen ist für die erste Periode ausnahmsweise auf zwei Jahre festgesetzt.

IX. Titel

Übergangsbestimmungen

Art. 107 – Abs. 1 beibehalten.

Abs. 2 fällt weg.

Die Bestimmung, betreffend Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten ist erst von der nächsten Volkszählung an anwendbar.

Das neue Wahlgesetz soll spätestens mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten.

Gegeben im Grossen Rate in Sitten, den 26. November 1875.

So entworfen im Staatsrate zu Sitten, den 4. Mai 1905.

